

MASTERARBEIT

Titel der Masterarbeit

SPÖ im Wandel

Zustimmungsverlust nach der Ära Kreisky

Analyse der Sozialdemokratischen Partei Österreichs ab 1945

verfasst von

Sabrina Vanessa Engl, BA

angestrebter akademischer Grad

Master of Arts (MA)

Wien, 2015

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt: Masterstudium Politikwissenschaften

Betreuerin / Betreuer: Univ. Prof. i. R. Dr. Karl Ucakar

Eidesstattliche Erklärung

Ich versichere hiermit, die vorliegende Arbeit eigenständig verfasst zu haben.

Die aus fremden Quellen stammenden direkten oder indirekten Zitate wurden als solche kenntlich gemacht.

Diese Arbeit wurde weder in gleicher noch in ähnlicher Form einer anderen Prüfungsbehörde vorgelegt und auch nicht veröffentlicht.

Wien, am

Unterschrift:

Danksagung

Zunächst möchte ich bei meinem Betreuer Univ. Prof. i. R. Dr. Karl Ucakar bedanken, der mir bei offenen Fragen immer zur Seite stand und mir hilfreiche Ratschläge gab.

Ein weiterer großer Dank gilt all meinen InterviewpartnerInnen, ohne die meine Masterarbeit gar nicht zustande kommen hätte können. Das gilt sowohl für die Leute aus meinem Gruppeninterview, als auch für die ExpertInnen, Andrea Brunner, Siegi Lindenmayer, Michael Rosecker und Karl Blecha. Es waren allesamt äußerst spannende und interessante Gespräche, die nicht nur für meine Arbeit, sondern auch für mich persönlich eine tolle Bereicherung sind.

Mein größter Dank gilt meinen Eltern, Sonja und Manfred, die mir dieses Studium ermöglichten und mich während dieser Zeit in jeglichen Belangen unterstützten.

Selbiges gilt für meinen Lebensgefährten Sebastian Albert, der mir vor allem bei computer-technischen Problemen immer zur Seite stand.

Zu guter Letzt möchte ich meiner Studienkollegin und Freundin, Judith Klinar auf's herzlichste danken. Mit ihr durfte ich die gesamte Studienzeit verbringen und eine bessere Freundin und Stütze als sie, hätte ich mir nicht wünschen können.

Abstract Deutsch

Die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) ist eine Partei mit einer sehr langen Geschichte und Tradition. 2014 feierte sie ihr 125-jähriges Bestehen, in dieser Zeit hat sich in der österreichischen Sozialdemokratie selbstverständlich viel verändert und immer weniger Menschen sind bereit ihre Stimme für die Partei abzugeben. Meine Forschungsfrage lautet daher: *Inwieweit trägt die SPÖ selbst die Verantwortung für die zunehmend geringer werdende Zustimmung innerhalb der Bevölkerung und welche Bedeutung hat hier die Rolle des Parteivorsitzenden?* Für die Beantwortung dieser Frage sind die ersten zwei, von insgesamt drei Abschnitten meiner Arbeit relevant.

Der erste Abschnitt behandelt die Entwicklung der SPÖ ab ihrer Gründung, aber vor allem von 1945 bis heute. Der zweite Abschnitt beinhaltet den empirischen Teil meiner Arbeit, hier wird die Partei aus Sicht von SPÖ-AkteurInnen und SympathisantInnen in Form der Auswertung von qualitativen ExpertInneninterviews und einer Fokusgruppe behandelt.

Die wichtigsten Ergebnisse, welche aus diesen beiden Abschnitten hervor gehen, sind:

- 1.) Das zu späte Erkennen des Eindringens der FPÖ in die KernwählerInnenschaft der SPÖ und sogar eine gezielte Förderung der Freiheitlichen von Seiten der SPÖ (Minderheitenregierungen unter Kreisky und Sinowatz).
- 2.) Das Verabsäumen auf die neuen Werte der Gesellschaft, wie Rettung der zunehmend bedrohten Umwelt, Sicherung des Weltfriedens, der Individualität etc. einzugehen.
- 3.) Innerparteiliche Konflikte ab Anfang der 1980er Jahre und später ein zunehmendes Hickhack mit dem Koalitionspartner ÖVP.
- 4.) Die schlechte Medieninszenierung der SPÖ, vor allem nach Vranitzky.
- 5.) Das schleichende Eindringen des Neoliberalismus in die SPÖ.
- 6.) Probleme mit dem „roten Riesen“ Konsum, mit der Gewerkschaft und mit dem Fall Lucona, sowie die Verwicklung in die Bawag-Affäre und anderen Skandalen.
- 7.) Das signifikante Abnehmen von persönlichem Kontakt der SPÖ-Mitglieder zum Rest der Bevölkerung (was auch mit der geringen Mitgliederanzahl von heute im Zusammenhang steht).
- 8.) Und zu guter Letzt, die Auswahl des Parteivorsitzenden, die lt. Meinungsumfragen und meinen InterviewpartnerInnen, nach Vranitzky aufgrund fehlendem Charismas und fehlenden Eingehens auf die Bedürfnisse der Menschen, nicht sehr zufriedenstellend war und ist.

Abstract English

The Austrian Social Democratic Party (SPÖ) is a party with a very long history and tradition. In 2014 it celebrated its 125th Birthday. Since then the Austrian Social Democracy has changed in many ways and a decreasing number of people are willing to vote for this party. My research question therefore is: *context? To what extent does the SPÖ take care of the decreasing agreement in the population and what is the role of the chairman of the party in this context.*

My Master Thesis refers in two of altogether three sections to this question.

The first section covers the historical part of my thesis since the establishment of the party, with special focus on the time period from 1945 till today.

The second section includes the empirical part of my thesis. Here the party will be explained from SPÖ-actors and sympathisers by means of expert interviews and a focus group.

The most important findings of these two sections are:

- 1.) The too late recognition that the FPÖ got in the core electorate from the SPÖ and actually a selective advancement of the liberals (minority government under Kreisky and Sinowatz)
- 2.) The miss to assume the new values of the society, like saving the increasingly threatened environment, protection of world peace, covering selfhood and so on.
- 3.) Conflicts within the party since the beginning of the 1980s and later increasing disagreement with the coalition partner ÖVP.
- 4.) Bad media coverage of the SPÖ, especially after Vranitzky.
- 5.) The creeping break of neo-liberalism in the SPÖ.
- 6.) Problems with the „red giant“ Konsum, with the trade union und with the case Lucona, as well as the implication of the Bawag-affair and other scandals.
- 7.) The significant decrease of personal contact of SPÖ-members to the rest of the population (also a reason of the few members today).
- 8.) And last but not least, the selection of the party's chairman, which is according to opinion polls and my interview partners, especially after Vranitzky, due to less charisma and less understanding of the needs of the population, not very satisfying.

INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT	12
AUFBAU DER ARBEIT.....	13
FORSCHUNGSFRAGE UND HYPOTHESEN.....	14
1. DIE ENTSTEHUNG DER ÖSTERREICHISCHEN ARBEITERBEWEGUNG	16
2. DIE SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI IN DER ERSTEN REPUBLIK.....	18
3. DIE SOZIALDEMOKRATIE IM AUSTROFASCHISMUS UND NATIONALSOZIALISMUS 1934 BIS 1945	20
4. ZWEITE REPUBLIK UND DIE GROßE KOALITION VON 1945 BIS 1966.....	21
4.1. DER OKTOBERSTREIK 1950 UND WAS DANACH FOLGTE	25
4.2. GRUNDSATZPROGRAMM 1958, INSTITUTIONALISIERUNG DER SOZIALPARTNERSCHAFT UND STABILITÄT DER GROSSEN KOALITION	26
4.3. DER FALL OLAH	28
5. DIE SPÖ IN DER OPPOSITION UND DIE WIEDERGEWINNUNG DER MEHRHEITSFÄHIGKEIT	31
6. DIE ÄRA KREISKY 1970 BIS 1983	35
6.1. DAS PARTEIPROGRAMM 1978.....	41
6.2. FRAUENPOLITIK IN DEN KREISKY-JAHREN	43
6.3. ZWENTENDORF UND VOLKSABSTIMMUNG 1978	45
6.4. ERSTE ABNUTZUNGSERSCHENUNGEN.....	50
6.5. RESÜMEE	54
7. DIE ÜBERGANGSÄRA SINOWATZ ODER DIE KLEINE KOALITION	56
7.1. PROBLEME IN DER ZEIT DER KLEINEN KOALITION	56
7.2. DIE WALDHEIM AFFÄRE	58
7.3. LEISTUNGEN UNTER SINOWATZ	60
7.4. AUFSTIEG DER FPÖ UND GEFAHR FÜR DIE SPÖ	61
8. DIE ÄRA VRANITZKY 1986 BIS 1997.....	63
8.1. PROBLEME MIT DEM KONSUM	69
8.2. PROBLEME MIT DER GEWERKSCHAFT	71
8.3. PROBLEME MIT DEM FALL LUCONA.....	72
8.4. VRANITZKY UND SEINE „NEUE“ POLITIK	73

8.5. VRANITZKYS GRÖßTER ERFOLG: ÖSTERREICHS BEITRITT ZUR EU	74
8.6. WEITERE ERFOLGE UND MISSERFOLGE UNTER VRANITZKY	75
8.7. VRANITZKYS FÜHRUNGSTIL UND CHARAKTER	76
9. VIKTOR KLIMA UND DER GANG IN DIE OPPOSITION	81
9.1. REFORMEN UNTER KLIMAS REGIERUNG	83
9.2. GRÜNDE FÜR DAS ENDE DER GROßEN KOALITION	84
9.3. PARTEIPROGRAMM 1998.....	86
10. GUSENBAUER ALS OPPOSITIONSFÜHRER UND REGIERUNGSCHEF	91
10.1. DIE SPÖ UNTER GUSENBAUER GEBREMST VON DER ÖVP.....	94
10.2. GUSENBAUERS POLITISCHE MEINUNGEN UND IDEEN	96
10.3. DIE GIFTIGE KOMBINATION ROT/SCHWARZ	101
11. WERNER FAYMANN AB 2008.....	103
11.1. KANZLER DER VERPASSTEN CHANCEN?	104
11.2. DIE NATIONALRATSWAHL 2013 UND REGIERUNGSBILDUNG	105
11.3. LETZTE MITTELGROSSE KOALITION?	108
11.4. STEUERREFORM 2016.....	110
12. DIE SPÖ AUS SICHT VON AKTEURINNEN UND INTERESSIERTEN SYMPATHISANTINNEN.....	113
13. ERGEBNISSE AUS DEN EXPERTINNENINTERVIEWS UND DER FOKUSGRUPPE ZU DEN HYPOTHESEN A BIS J	115
13.1. TRADITIONEN DER SPÖ	115
A) TROTZ ALLER GESELLSCHAFTLICHEN ÄNDERUNGEN IN DER ZWEITEN REPUBLIK, BERUHT DIE SPÖ NACH WIE VOR AUF IHREN TRADITIONELLEN WERTEN WIE GLEICHHEIT, FREIHEIT, GERECHTIGKEIT, SOLIDARITÄT.	115
Meinungen aus den ExpertInneninterviews zu Hypothese A.....	115
Interpretation der ExpertInneninterviews zu Hypothese A	116
Meinungen aus dem Gruppeninterview zu Hypothese A.....	116
Interpretation des Gruppeninterviews zu Hypothese A.....	118
B) DIE TRADITIONEN DER SPÖ WERDEN KAUM WAHRGENOMMEN BZW. GELEBT.....	118
Meinungen aus den ExpertInneninterviews zu Hypothese B.....	118
Interpretation der ExpertInneninterviews zu Hypothese B	120
Meinungen aus dem Gruppeninterview zu Hypothese B.....	120
Interpretation des Gruppeninterviews zu Hypothese B.....	122

C) DA ES KEIN EINHEITLICHES PROLETARIAT MEHR GIBT UND SICH DAS EINSTIGE ZWEIPARTEIENSYSTEM ZU EINEM MEHRPARTEIENSYSTEM ENTWICKELTE, WURDE DIE KLASSISCHE ARBEITERPARTEI ZU EINER VOLKSPARTEI, DIE EIN BREITES SPEKTRUM DER GESELLSCHAFT ANSPRECHEN WILL.	122
Meinungen aus den ExpertInneninterviews zu Hypothese C.....	122
Interpretation des ExpertInneninterviews zu Hypothese C	124
Meinungen aus dem Gruppeninterview zu Hypothese C.....	125
Interpretation des Gruppeninterviews zu Hypothese C.....	126
D) DIE SPÖ ZUR ZEIT DER ÄRA KREISKY IST AUFGRUND IHRER AUSGANGSLAGE (AUFBRUCH) NICHT MIT DER HEUTIGEN SPÖ ZU VERGLEICHEN.	127
Meinungen aus den ExpertInneninterviews zu Hypothese D	127
Interpretation der ExpertInneninterviews zu Hypothese D	129
Meinungen aus dem Gruppeninterview zu Hypothese D.....	130
Interpretation des Gruppeninterviews zu Hypothese D	133
13.2. REPRÄSENTATION DER PARTEI.....	134
E) DIE SPÖ IST NACH WIE VOR EINE LINKSPARTEI.	134
Meinungen aus den ExpertInneninterviews zu Hypothese E	134
Interpretation der ExpertInneninterviews zu Hypothese E	135
Meinungen aus dem Gruppeninterview zu Hypothese E	135
Interpretation des Gruppeninterviews zu Hypothese E	137
F) DIE SPÖ BEKÄME MEHR ZUSTIMMUNG VON DER BEVÖLKERUNG, WENN SIE WIEDER VERMEHRT DEN PERSÖNLICHEN KONTAKT ZU DEN MENSCHEN SUCHEN WÜRDEN.	137
Meinungen aus den ExpertInneninterviews zu Hypothese F	137
Interpretation der ExpertInneninterviews zu Hypothese F	140
Meinungen aus dem Gruppeninterview zu Hypothese F	141
Interpretation des Gruppeninterviews zu Hypothese F	141
G) DER PARTEIVORSITZENDE SPIELT EINE MASSGEBLICHE ROLLE FÜR DIE ZUSTIMMUNG ODER ABLEHNUNG DER WÄHLERINNEN FÜR DIE PARTEI.	142
Meinungen aus den ExpertInneninterviews zu Hypothese G	142
Interpretation der ExpertInneninterviews zu Hypothese G	144
Meinungen aus dem Gruppeninterview zu Hypothese G.....	145
Interpretation des Gruppeninterviews zu Hypothese G	147
13.3. POLITISCHE PARTIZIPATION	148
H) POLITISCHE PARTEIEN SIND NACH WIE VOR SEHR WICHTIG FÜR DIE POLITISCHE PARTIZIPATION.	148
Meinungen aus den ExpertInneninterviews zu Hypothese H	148
Interpretation der ExpertInneninterviews zu Hypothese H	149
Meinungen aus dem Gruppeninterview zu Hypothese H.....	150
Interpretation des Gruppeninterviews zu Hypothese H	152

I) DIE MITGLIEDSCHAFT ZU EINER PARTEI HAT FÜR DIE BEVÖLKERUNG KAUM BEDEUTUNG MEHR, FÜR DIE POLITISCHEN PARTEIEN SCHON.	152
Meinungen aus den ExpertInneninterviews zu Hypothese I	152
Interpretation der ExpertInneninterviews zu Hypothese I	154
Meinungen aus dem Gruppeninterview zu Hypothese I	155
Interpretation des Gruppeninterviews zu Hypothese I	156
J) EIN WEITERER AUSBAU DIREKTDEMOKRATISCHER INSTRUMENTE IST KEINE GARANTIE FÜR EINE HÖHERE POLITISCHE PARTIZIPATION.	157
Meinungen aus den ExpertInneninterviews zu Hypothese J	157
Interpretation der ExpertInneninterviews zu Hypothese J	159
Meinungen aus dem Gruppeninterview zu Hypothese J	159
Interpretation des Gruppeninterviews zu Hypothese J	160
14. SPÖ ALS ARBEITERINNENPARTEI?	161
14.1. DERZEITIGE UMSETZUNG DER SOZIALDEMOKRATISCHEN GRUNDWERTE	162
14.2. PERSONAL	166
ABSCHNITT III.	167
15. HERAUSFORDERUNGEN FÜR EINE ZUKÜNFTIGE POLITIK DER SPÖ	167
15.1. VORSCHLÄGE FÜR DIE ERHALTUNG UNSERER DEMOKRATIE	167
15.2. HERAUSFORDERUNG: MOBILISIERUNG DER JUGEND	169
15.3. POLITISCHE WENDE 2000 IM ZUSAMMENHANG MIT UNSERER ZIVILGESELLSCHAFT	170
15.4. AUSLÄNDERINNENFEINDLICHKEIT UND IHR EINFLUSS AUF DIE POLITIK	171
15.5. HERAUSFORDERUNGEN FÜR EINE TRANSNATIONALE DEMOKRATISCHE POLITIK	173
15.6. HERAUSFORDERUNG: VERTRAUEN IN DIE ÖSTERREICHISCHE POLITIK	174
15.7. SCHLUSSWORT - MEINE PERSÖNLICHEN EMPFEHLUNGEN FÜR DIE SPÖ	176
ONLINEQUELLEN:	182
ANHANG:	187
LEBENSLAUF	187

Vorwort

Die SPÖ hat sich verändert, das ist eine unbestreitbare Tatsache. Wahlergebnisse der Ära Kreisky sind heute unvorstellbar. Dafür gibt es mehrere Gründe, die nicht ausschließlich bei der Entwicklung der SPÖ zu suchen sind. Dennoch glaube ich, dass die Sozialdemokratie viele Fehler gemacht hat, dass sie Entwicklungen der Politikverdrossenheit und Entfremdung zu spät erkannt, oder sogar gefördert hat. In meiner Arbeit werde ich mich daher auf die Veränderungen der Sozialdemokratischen Partei Österreichs und den damit verbundenen Zustimmungsverlust der österreichischen Bevölkerung konzentrieren.

Meine Forschungsfrage lautet: *Inwieweit trägt die SPÖ selbst die Verantwortung für die zunehmend geringer werdende Zustimmung innerhalb der Bevölkerung und welche Bedeutung hat hier die Rolle des Parteivorsitzenden?*

Es ist nicht mein Ziel eine vollständige Aufarbeitung der SPÖ in der zweiten Republik zu präsentieren, das wäre mir auch gar nicht möglich. Mir geht es lediglich darum, auf jene Ereignisse und Handlungen einzugehen, welche die SPÖ in Bezug auf die öffentliche Resonanz, nachhaltig positiv oder negativ beeinflusst haben. Für diese öffentliche Resonanz spielt der Parteivorsitzende eine ganz wesentliche Rolle, da er die Partei präsentiert und deshalb für die Mehrheit der Bevölkerung auch der Erste ist, an den sie denkt, wenn es um die Partei geht, was auch stark mit den Berichterstattungen der Medien zu tun hat.

Mein Ziel ist es, die Epochen seit 1945 zu skizzieren und jene Ereignisse herauszufiltern, die für meine Forschungsfrage von Bedeutung sind. Dafür ist eine ausreichende literarische Grundlage natürlich unerlässlich, damit es aber nicht nur bei einem Sammelsurium von wissenschaftlichen und journalistischen Berichten über die jeweiligen Perioden bleibt, werde ich anschließend mit Hilfe von ExpertInneninterviews und einem Fokusgruppeninterview die persönlichen Eindrücke dieser Personen über die Entwicklung der Partei erläutern. Dafür habe ich drei Themenblöcke und einige Hypothesen formuliert, die ich im ersten Kapitel aufzählen werde. Diese sollen mit Hilfe der ausgewählten Literatur und vor allem mit den Antworten aus den Interviews verifiziert oder revidiert werden. Am Ende der Arbeit werden Zukunftsperspektiven für die SPÖ und für die Politik im Allgemeinen genannt und Vorschläge für die Erhaltung der Demokratie gegeben, auch ich werde in meinem Schlusswort Empfehlungen an die Partei formulieren.

Aufbau der Arbeit

Die Gliederung meiner Masterarbeit erfolgt in drei großen Abschnitten.

I. Der erste Abschnitt behandelt die Entwicklung der SPÖ von der Gründung der österreichischen Sozialdemokratie bis heute, wobei hier das Hauptaugenmerk auf der zweiten Republik liegt. In den darin enthaltenen Kapiteln werde ich mich auf ausgewählte, wissenschaftliche Literatur beziehen. Die Bücher und Beiträge stammen von namenhaften Sozial- und Staatswissenschaftlern wie Erich Fröschl, Hans Hautmann, Norbert Leser, Wolfgang C. Müller, Peter Pelinka, Karl Ucakar und vielen mehr.

II. Der zweite Abschnitt betrifft den empirischen Teil meiner Arbeit, hier wird die Sozialdemokratische Partei Österreichs aus Sicht von SPÖ-AkteurInnen und SympathisantInnen in Form der Auswertung von qualitativen ExpertInneninterviews und einer Fokusgruppe behandelt. In einem weiteren Kapitel wird darauf eingegangen, inwieweit die SPÖ ihre Grundwerte, Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit auslebt.

III. Im dritten und letzten Abschnitt, werden die Herausforderungen einer zukünftigen Politik der SPÖ dargestellt und Empfehlungen für eine erfolgreiche Politik abgegeben. Grundlage dafür bildet die Studie über den europäischen Wertewandel von 1990 bis 2008 >>Die Österreicherinnen<<, herausgegeben von Friesl Cristian, Hamachers-Zuba Ursula und Polak Regina (2009), welche heute in vielen Bereichen noch genauso aktuell ist wie vor sieben Jahren.

Forschungsfrage und Hypothesen

Ziel meiner Arbeit ist es die wesentlichen Aspekte dafür herauszufinden, warum die Bevölkerung zunehmend enttäuscht von der, früher so großen und mächtigen, SPÖ ist, was sich auch in den Wahlergebnissen widerspiegelt. In weiterer Folge sollen mit Hilfe von ausgewählter Literatur und den Interviews Möglichkeiten gefunden werden, die Partei für die Bevölkerung wieder attraktiver zu machen. Um dieses äußerst breite Thema zu gliedern, habe ich mir Hypothesen überlegt, die in drei Themenbereiche aufgeteilt sind, auf welche ich mich konzentrieren möchte.

Forschungsfrage:

Inwieweit trägt die SPÖ selbst die Verantwortung für die zunehmend geringer werdende Zustimmung innerhalb der Bevölkerung und welche Bedeutung hat hier die Rolle des Parteivorsitzenden? Analyse der Sozialdemokratischen Partei Österreichs in der zweiten Republik.

Hypothesen:

1) Traditionen der SPÖ

- a) Trotz aller gesellschaftlichen Änderungen in der zweiten Republik, beruht die SPÖ nach wie vor auf ihren traditionellen Werten wie Gleichheit, Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität.
- b) Die Traditionen der Partei werden kaum wahrgenommen bzw. gelebt.
- c) Da es kein einheitliches Proletariat mehr gibt und sich das einstige Zweiparteiensystem zu einem Mehrparteiensystem entwickelte, wurde die klassische Arbeiterpartei zu einer Volkspartei, welche ein breites Spektrum der Gesellschaft ansprechen will.
- d) Die SPÖ zur Zeit der Ära Kreisky ist aufgrund ihrer Ausgangslage (Aufbruch) nicht mit der heutigen SPÖ zu vergleichen.

2) Repräsentation der Partei

- e) Die SPÖ ist nach wie vor eine Linkspartei.
- f) Die SPÖ bekäme mehr Zustimmung von der Bevölkerung, wenn sie wieder vermehrt den persönlichen Kontakt zu den Menschen suchen würde.
- g) Der Parteivorsitzende spielt eine maßgebliche Rolle für die Zustimmung oder Ablehnung der WählerInnen für die Partei.

3) Politische Partizipation

h) Politische Parteien sind nach wie vor sehr wichtig für die politische Partizipation.

i) Die Mitgliedschaft zu einer Partei hat für die Bevölkerung kaum Bedeutung mehr, für die Parteien schon.

j) Ein weiterer Ausbau direktdemokratischer Instrumente ist keine Garantie für eine höhere politische Partizipation.

Abschnitt I

1. Die Entstehung der österreichischen Arbeiterbewegung

In Österreich nahm die Arbeiterschaft als „politische Bewegung“ im Jahr 1848 ihren Anfang. Als Ursprungsland für diese Bewegung gilt allerdings England zur Zeit der Industriellen Revolution, Ende des 18. und vor allem Anfang des 19. Jahrhunderts. Grund für die industrielle Revolution und der damit einhergehenden Arbeiterbewegung war die Entstehung einer lohnabhängigen Arbeiterschaft in Manufakturbetrieben (vgl. Sandner 2013, 6). Im Zuge der Märzrevolution vereinigten sich ArbeiterInnen, StudentInnen und BürgerInnen, um gegen die miserablen Zustände zu demonstrieren unter welchen sich die FabrikarbeiterInnen befanden (vgl. Peter Pelinka 1988, 11). In den Anfängen der bürgerlichen Revolution wurden Selbsthilfvereine gegründet, aber erst mit dem Durchbruch des Verfassungsstaates im Jahre 1867 wurden organisatorische Zusammenschlüsse von Arbeiterbildungsvereinen und Unterstützungsvereinen in größerem Umfang möglich. 1874 wurde in dem burgenländischen Ort Neudorf die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Österreichs gegründet, zu diesem Zeitpunkt bekannten sich aber noch nicht alle Strömungen zur österreichischen Arbeiterbewegung. Erst am Parteitag in Hainfeld im Jahre 1888/89 gelang es Viktor Adler die wichtigsten ideologischen Strömungen der Arbeiterbewegung in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs (SDAP) zu vereinigen. Aus diesem Grund gilt er auch als Gründer der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und gleichzeitig auch der Arbeiter-Zeitung (vgl. Ucakar in Dachs et al 2006, 322) (vgl. Sandner 2013, 14). Von da an war die österreichische Sozialdemokratie eine politisch handlungsfähige Massenpartei (vgl. Maderthaner 1989 in Ucakar in Dachs et al 2006, 322).

Das Programm, welches am Hainfelder Parteitag beschlossen wurde, bildete den programmatischen Orientierungsrahmen sozialdemokratischer Politik.

Nach diesem sollte das "gesamte Volk ohne Unterschied der Nation, der Rasse und des Geschlechtes...aus den Fesseln der ökonomischen Abhängigkeit,...der politischen Rechtlosigkeit und...der geistigen Verkümmern" befreit werden. Die erklärte Absicht des Hainfelder Parteitages war es, "das Proletariat politisch zu organisieren, es mit dem Bewusstsein seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen, es geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten,... " (Hainfelder Programm in Ucakar in Dachs et al 2006, 323)

„Diesem Ziel dienten nicht nur die sozialpolitischen Forderungen, sondern auch die Forderungen nach politischer Beteiligung der arbeitenden Menschen.“ (Ucakar in Dachs et al 2006, 323)

Des Weiteren im Programm stand, dass die Sozialdemokratische Arbeiterpartei das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht als eines der wichtigsten Mittel der Agitation und Organisation anstreben werde, "ohne sich über den Wert des Parlamentarismus, einer Form der modernen Klassenherrschaft, irgendwie zu täuschen." (Hainfelder Programm in Ucakar in Dachs et al 2006, 323)

Lt. Ucakar, war die Sozialdemokratie trotz der theoretischen Distanzierung im Hainfelder Programm von Anfang an sehr stark vom Parlamentarismus geprägt.

Mit etlichen Massendemonstrationen und Streiks konfrontiert, erreichte die Sozialdemokratische Arbeiterpartei am 26. Jänner 1907 das allgemeine und gleiche Wahlrecht für Männer (vgl. Ucakar in Dachs et al 2006, 323). Dem Voraus ging ein historischer Kompromiss zwischen Krone, Bürokratie und Arbeiterklasse im Jahr 1906 (vgl. Sandner 2013, 15).

„In dem ersten, auf der Basis dieses Wahlrechts gewählten Parlament war die Sozialdemokratische Arbeiterpartei als die stärkste Einzelfraktion vertreten. Sie war damit bereits nach der Jahrhundertwende zu einer stattlichen politischen Kraft herangewachsen, die allerdings zu Beginn und im Verlauf des Ersten Weltkrieges schwer erschüttert wurde.“ (Hainfelder Programm in Ucakar in Dachs et al 2006, 323) In vielen europäischen Ländern wurde die Einheit der Arbeiterbewegung durch die Gründung kommunistischer Parteien zerbrochen und die teilweise kriegszustimmende Haltung der europäischen Sozialdemokratien schwächte das Vertrauen der Massen in die Sozialdemokratie.

Dennoch „gelang es der österreichischen Sozialdemokratie, sowohl die Partei als auch die Gewerkschaftsorganisation in den Kriegsjahren handlungsfähig zu erhalten.“ (Ucakar in Dachs et al 2006, 323)

2. Die sozialdemokratische Partei in der ersten Republik

Im November 1918 brach die Monarchie zusammen, wodurch die bürgerlichen Parteien die führende Rolle beim Aufbau eines neuen Staates übernahm und sich vor die Aufgabe gestellt sah, für den parlamentarischen Fortbestand unter den Bedingungen der revolutionären Nachkriegskrise zu sorgen (vgl. Ucakar in Dachs et al 2006, 323).

„In den Jahren 1918 bis 1920 bildete die Sozialdemokratie mit den bürgerlichen Parteien eine Koalitionsregierung und nützte ihre führende Rolle unter anderem auch dazu, weit reichende sozialpolitische Maßnahmen durchzusetzen: die Errichtung von Einigungsämtern, die Invalidenfürsorge und die staatliche Arbeitslosenunterstützung, Maßnahmen zur Bekämpfung der Wohnungsnot, den Acht-Stunden-Tag, das Gesetz über die Errichtung von Betriebsräten, den bezahlten Urlaub für Arbeiter und die Errichtung der Kammern für Arbeiter und Angestellte.“ (Tálos 1981, 143, 144) 1918 wurde das aktive und passive Frauenwahlrecht eingeführt. Denn in einer politischen und gesellschaftlichen Umbruchsphase (Ende des ersten Weltkriegs, Zusammenbruch der k.-und k.-Monarchie) „konnte den Frauen das Wahlrecht nicht mehr vorenthalten werden.“ Es ist v.a. „als das Resultat eines lang andauernden und harten Kampfes der Frauen um Partizipationsmöglichkeiten zu werten, bei dem Männerinteressen immer wieder den Interessen von Frauen übergeordnet wurden.“ (www.demokratiezentrum.org)

„1920 zerbrach die Koalition, wodurch die Sozialdemokratische Arbeiterpartei bis zur Machtergreifung des Austrofaschismus in der Opposition blieb.“ (Ucakar in Dachs et al 2006, 323) Im Jahre 1926 versuchte die Sozialdemokratie durch den Beschluss des „revolutionären“ Linzer Programms, „den sich verschärfenden inneren Gegensätzen in der Republik Österreich gerecht zu werden, ohne vom bedingungslosen Festhalten an der parlamentarischen Demokratie abzurücken, wie es in folgendem Satz formuliert wird: "Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei wird die Staatsmacht in Form der Demokratie und unter allen Bürgschaften der Demokratie ausüben." (Linzer Programm in Ucakar in Dachs et al 2006, 323)

Karl Ucakar ist der Meinung, dass das Linzer Programm als das wichtigste Dokument des Austromarxismus angesehen werden kann, weil es sich vor allem mit der Frage des Kampfes um die Staatsmacht beschäftigt. Der Text des Programms stammt aus der Feder des führenden Parteitheoretikers, Otto Bauer (vgl. Sandner 2013, 27).

„Der Austromarxismus, wie er im Linzer Programm seinen Ausdruck fand, ging davon aus, dass die Arbeiterbewegung im Rahmen der Institutionen des bestehenden Staates, mit den in den bürgerlichen Revolutionen erkämpften rechtsstaatlichen Bürgschaften, die Möglichkeit haben werde, bei Erringung einer parlamentarischen Mehrheit, eine sozialistische Gesellschaftsordnung aufzubauen.“ (Ucakar in Dachs et al 2006, 324) Allerdings befürchtete man auch, dass sich die Bourgeoisie der demokratischen Umwälzung der Gesellschaft mit antidemokratischen Mitteln widersetzen könnte. Für diesen Fall ließ das Programm die Möglichkeit offen, dass die Arbeiterklasse den Widerstand des Bürgertums mit den Mitteln der Diktatur brechen kann (vgl. Linzer Programm 1926 in Ucakar in Dachs et al 2006, 324).

3. Die Sozialdemokratie im Austrofaschismus und Nationalsozialismus 1934 bis 1945

„Die weitere Entwicklung der Republik hat gezeigt, dass der Verdacht, das Bürgertum könnte sich einem demokratischen Machtwechsel mit Gewalt widersetzen, keineswegs unberechtigt war.“ (Ucakar in Dachs et al 2006, 324) In einem illegalen Akt, schaltete der christlich-soziale Bundeskanzler Dollfuß im März 1933 das Parlament aus. „Dollfuß wurde immer stärker von der Heimwehr und den italienischen Faschisten dazu gedrängt, entschieden gegen die Linke und die Arbeiterbewegung vorzugehen.“ (Sandner 2013, 31)

Am 12. Februar 1934 wurden in einem blutigen Bürgerkrieg die letzten Reste der Demokratie in Österreich vernichtet und die Arbeiterbewegung zerschlagen. Hautmann und Kropf zufolge war der 12. Februar sowohl ein Heldenkampf, als auch ein Debakel. Denn „Als einzige europäische Arbeiterbewegung hat die österreichische den siegreichen Vormarsch des Faschismus in einem heroischen bewaffneten Kampf aufzuhalten versucht.“ (Hautmann, Kropf 1974, 163) Es gelang den faschistischen Regimen nicht, die Arbeiterbewegung vollkommen auszuschalten. Unter dem Namen "Revolutionäre Sozialisten", bauten zum Weiterkämpfen entschlossene Funktionäre die "illegale Partei" auf, deren unmittelbares Ziel die Zerschlagung des Faschismus war. Außerdem bildete diese illegale Partei auch einen Teil des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus und wahrte gemeinsam mit jenen Funktionären, die während ihrer Emigration aktiv geblieben waren oder den Nationalsozialismus im Inland überlebt hatten, die Beständigkeit der österreichischen Sozialdemokratie (vgl. Ucakar in Dachs et al 2006, 324).

4. Zweite Republik und die große Koalition von 1945 bis 1966

Nach Kriegsende und Befreiung Österreichs im April 1945 begann sich die Partei unter dem neuen Namen „Sozialistische Partei Österreichs“ (Sozialdemokraten und revolutionäre Sozialisten) wieder aufzubauen. In diesem Parteinamen zeigt sich der Kompromiss zwischen radikalen, revolutionären Sozialisten und gemäßigten sozialdemokratischen Altfunktionären, wobei die Beifügung in Klammer bald wieder gestrichen wurde (vgl. Weber zit. in Ucakar in Dachs et al 2006, 324). Der Unterschied zwischen den Auffassungen und den Erfahrungen der Rechten, die sich zur Zeit des Faschismus in einer inneren Emigration befanden und den Linken, die von den ehemaligen Revolutionären Sozialisten gebildet wurden, blieb aber weiterhin bestehen und es kam am Beginn der zweiten Republik zu Fraktionskämpfen, „die mit dem Ausschluss des Zentralsekretärs Erwin Scharf im Jahr 1948 zugunsten der „Rechten“ entschieden wurde.“ (Weber zit. in Ucakar in Dachs et al 2006, 324)

Das Programm der Partei wurde aber weiterhin in der Tradition der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei geführt, so Ucakar. Erst 1947 gab es ein Aktionsprogramm, das Linzer Programm von 1926 blieb aber weiterhin Richtschnur (vgl. Ucakar in Dachs et al 2006, 324). Josef Cap ist hier etwas anderer Meinung, er misst dem Aktionsprogramm eine wesentlich höhere Bedeutung bei, wenn er schreibt, dass sich in diesem Programm der Weg von der Klassen- zur Volkspartei bereits deutlich abzeichnet. Er meint, dass schon die Formulierung „Die Sozialistische Partei Österreichs ist die Partei des arbeitenden Volkes in Stadt und Land“ vom Linzer Programm deutlich abweicht (vgl. Cap 1989, 11).

Österreich wurde von den Alliierten Truppen (USA, UdSSR, Frankreich, Großbritannien) besetzt und in vier Besatzungszonen aufgeteilt. Wien stand dabei unter gemeinsamer Verwaltung der vier Mächte. Der von den Besatzungsmächten gebildete „Alliierte Rat“ übte eine starke Kontrolle auf die Arbeit der neu gebildeten provisorischen Bundesregierung aus. Gesetze mussten von ihm genehmigt werden, bevor sie in Kraft treten konnten, ein Veto einer Besatzungsmacht genügte, um ein Gesetzesvorhaben zu Fall zu bringen (vgl. rotbewegt.at).

Am 25. November 1945 kam es zu den ersten freien Wahlen, bei welchen die SPÖ rund 45 Prozent der Stimmen erlangte, damit allerdings der ÖVP, mit 50 Prozent der Stimmen unterlag. Zu dem guten Ergebnis der ÖVP trugen, lt. Sandner, v.a. die von ihr geschürten Ängste hinsichtlich einer Einheitsfront aus Sozialisten und Kommunisten bei und zwar vor dem Hintergrund der Abneigung der Bevölkerung gegen die sowjetische Besatzung.

Das Ergebnis der Kommunistischen Partei fiel mit 5 Prozent der Stimmen überraschend schlecht aus, sie konnte aber zunächst in die Konzentrationsregierung aufgenommen werden (vgl. Sandner 2013, 44).

Peter Pelinka zufolge, war das schlechte Abschneiden der KPÖ nicht nur Ergebnis des überproportional hohen KP-Anteils an den NS-Opfern, „sondern auch Folge von Übergriffen der roten Armee, die die jahrelang betriebene NS-Propaganda vom slawisch-bolschewistischen Untermenschen zu bestätigen schienen.“ (Pelinka Peter 1988, 85)

Bundeskanzler der Konzentrationsregierung wurde Leopold Figl und Vizekanzler Adolf Schärf. Karl Renner wurde vom National- und Bundesrat zum Bundespräsidenten gewählt (vgl. Pelinka Peter 1988, 85). Nach dem Ausscheiden des letzten kommunistischen Ministers im Jahr 1947, begann die lange Phase der Großen Koalition (1947 bis 1966) (vgl. Sandner 2013, 44). Die Stellung der SPÖ im Parteiensystem verbesserte sich im Vergleich zur ersten Republik deutlich, da sie sich aus der permanenten Oppositionsrolle löste und eine führende Position im Regierungssystem übernahm, es wurde nun stärker auf Konsens gerichtete Strategien gesetzt, als in der ersten Republik (vgl. Sandner 2013, 44).

Dazu trug aber nicht nur die Große Koalition bei, in der die ursprünglich verfeindeten Lager nun zusammenarbeiteten, sondern auch die Sozialpartnerschaft. Leitlinie der Sozialpartnerschaft waren Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung und Währungsstabilität. „Der Begriff Sozialpartnerschaft bezeichnet seither die Kooperation der Bundesregierung mit den Interessensorganisationen ÖGB, Arbeiterkammer, Handelskammer (später Wirtschaftskammer) und Landwirtschaftskammer.“ (Sandner 2013, 45)

Als Höhepunkt der Linksoption gegen die Parteiführung kann der Parteitag 1947 gewertet werden, Ausdruck dieses Höhepunktes war einerseits die „Resolution der 44“ der orthodoxen Parteilinken sowie ein kritischer Antrag der Sozialistischen Jugend und andererseits eine radikale Resolution der sozialistischen Gewerkschaftsfraktion, eine offenbare „Entlassungsoffensive“. Josef Hindels, Gewerkschafter und Freiheitskämpfer vertrat die SJ-Resolution, die eine Verschärfung des Kampfes gegen die Österreichische Volkspartei forderte. Hindels war wohl einer der größten Koalitionsgegner und das über Jahre hinweg. Er meinte, wenn die SPÖ weiter vor der ÖVP zurückweiche: „dann werden unsere besten und treuesten Funktionäre in Passivität und Indifferenz versinken oder das Opfer fremder Agenten werden.“ (Hindels zit. in Pelinka, Steger 1988, 27)

Die meisten SPÖ-Funktionäre befürworteten allerdings eine Koalition mit der Volkspartei, so meinte Karl Czernetz, Internationaler Sekretär der SPÖ, dass man durch eine Koalition mit anderen zum Sozialismus kommt und von dem Gewerkschafter Friedrich Hillegeist kam das Argument, dass man auf Jahre hinaus nicht ohne oder gar gegen die Bauern regieren könne (vgl. Czernetz, Hillegeist zit. in Pelinka, Steger 1988, 28). Verstärkt wurde diese Sicht, vom Parteivorsitzenden Schärf, der meinte, dass: „eine Zerfleischung zweier gleich starker Parteien wahrscheinlich nicht zu dem Ergebnis führen (wird), das sich manche erwarten, nämlich zu einer Besserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter.“ (Schärf, zit. in Pelinka, Steger 1988, 28)

Eine viel größere Abneigung und das mehrheitlich, gab es wie angedeutet, für die KPÖ, bis 1957 war es unter Schärf einer der obersten Bemühungen, sich von der KPÖ abzugrenzen, wodurch die ehemaligen Revolutionären Sozialisten und die Linkssozialen innerhalb der Partei immer mehr an Einfluss verloren. „Helmer war für alle Linken in der Partei, die sich noch am Parteitag 1947 mit einer „Resolution der 44“ zu Wort gemeldet hatten, aber eine Abfuhr erleben mussten, ein rotes Tuch.“ (Leser 2008, 125)

Oskar Helmer war ein fanatischer Antikommunist, wenn nicht auch Antisemit (er behauptete, laut Leser, dass der starke Anteil von Juden an der Führung der alten Partei zur Unbeliebtheit und Niederlage der SPÖ beigetragen habe) (vgl. Leser 1990, 128), denn er verhinderte, dass Leute die den Bauer'schen Ideen des „integralen Sozialismus“ weitertrugen Mandate oder Einfluss in der Partei erlangten, sowie Josef Hindels, der an der „Idee des integralen Sozialismus“ festhielt. Er fand in der von Schärf und Helmer dominierten Partei, keine seinem Können entsprechende Position und bekam dann beim Gewerkschaftsführer der Privatangestellten, Friedrich Hillegeist einen Posten als dessen Zentralsekretär (vgl. Leser 1990, 125).

„In Österreich, einem Land im Schnittpunkt der Einflußsphären der Großmächte, die durch ihre Truppen unmittelbar präsent waren, vollzog sich die internationale Krise modellhaft.“ (Pelinka Peter 1988, 87) Da blieb auch in der SPÖ wenig Platz für Otto Bauers Traum vom „Integralen Sozialismus“ für eine neutrale Haltung oder einen Dritten Weg (vgl. Pelinka Peter 1988, 87). Damit wäre auch das harte Vorgehen Helmers gegen Hindels und andere zu erklären. 1948 wurde der ehemalige Zentralsekretär der SPÖ, Erwin Scharf, aufgrund angeblicher pro-kommunistischer Haltung von der Partei ausgeschlossen, die Linkssozialistin Hilde Krones, die seinen Kurs weitgehend mitbestimmte, beging Selbstmord (vgl. Pelinka

1988, 87) und der ehemalige Mitarbeiter der Arbeiter-Zeitung Otto Leichter wanderte in die USA aus, wohin er bereits während des zweiten Weltkrieges emigriert war (vgl. Sandner 2013, 46).

Der Umgang mit ehemaligen Nationalsozialisten war sowohl innerhalb der Partei als auch zwischen den Parteien heftig umstritten, zunächst wurden auf Druck der Alliierten ehemalige NSDAP-Mitglieder aus dem öffentlichen Dienst entlassen, wodurch sie ihr Wahlrecht verloren. Der angefangene kalte Krieg untergrub jedoch den Konsens unter den Alliierten Mächten, vor allem nach der Minderbelastetenamnestie von 1948 begann man wieder um die Stimmen der wieder Wahlberechtigten zu werben. Um die Wählergunst der (früheren) Nationalsozialisten zu gewinnen, trat bei der Nationalratswahl 1949 erstmals der VdU (Verband der Unabhängigen) an, aus dem 1956 die FPÖ (Freiheitliche Partei Österreichs) entstand. Diese vierte Partei der „Ehemaligen“ wurde von der SPÖ forciert um das bürgerliche Lager aufzuspalten und zu schwächen. „Helmer setzte sich in seiner Funktion als Innenminister vehement dafür ein, dass der VDU zu den Wahlen zugelassen werde.“ (Fröschl u.a. 1990, 491) Ein Teil der ehemaligen Nationalsozialisten hatte auch für die beiden Großparteien gestimmt, so bekamen die ÖVP 44 Prozent, die SPÖ 38,7 Prozent, der VdU 11,7 Prozent und die KPÖ 5,1 Prozent der Stimmen (vgl. Sandner 2013, 46). „Die Taktik Helmers ging nicht auf: Zwar verlor die ÖVP acht Mandate an den VdU, aber ebenso die SPÖ, dazu noch eines an, die um Scharfs Partei kurzfristig zum „Linksblock“ erweiterte, KPÖ.“ (Pelinka 1988, 89)

Die SPÖ verfehlte zwar ihr Hauptziel, nämlich die Erringung der Mehrheit, aber dafür sind zwei weitere Ziele erreicht worden, einerseits die Brechung der absoluten Mehrheit der ÖVP und andererseits die Eindämmung der Kommunisten.

Es wurde als beachtlicher taktischer Erfolg der SPÖ verstanden, dass das Bürgertum ihr nun nicht mehr als „einheitlicher Bürgerblock“ gegenüberstand (vgl. Schärf zit. in Pelinka, Steger 1988, 29).

4.1. Der Oktoberstreik 1950 und was danach folgte

Die SPÖ präsentierte sich, neben ihrem Koalitionspartner, als eine innerhalb der westlichen Wertegemeinschaft stehende, antisowjetische Partei während des kalten Krieges, das zeigt sich auch in den Auseinandersetzungen um das vierte Lohn-und Preisabkommen im Oktober 1950. Es kam zu massiven Protesten gegen die Preissteigerungen und den verhältnismäßig geringen Lohnerhöhungen, welche in diesem Abkommen festgesetzt wurden. Ausgelöst wurde der Streik zu einem wesentlichen Anteil vom Sozialisten Franz Olah und der von ihm geführten Bauerngewerkschaft (vgl. Sandner 2013, 46).

„Als im September 1950 eine große, vom VDU-dominierten Linzer VOEST-Betriebsrat, ausgehende Streikbewegung gegen das 4. Lohn-Preis-Abkommen (...) begann, stellte sich die sozialistische Gewerkschaftsfraktion gegen die von den anfangs überraschten Kommunisten angestrebte Ausdehnung zum Generalstreik.“ (Pelinka 1988, 92,93)

Trotz der Reallohnverluste nach insgesamt fünf Lohn-und Preisabkommen kam es Anfang der 50er Jahre zu starken Verbesserungen der Lebensbedingungen, vor allem auch für die schlecht Verdienenden, da ihre Einkommen durch eine angepasste Lohnpolitik der Gewerkschaften überproportional stiegen. Auf Initiative der Sozialisten, erreichte die große Koalition beträchtliche sozialpolitische Fortschritte, wie z.B. die Einführung der Kinder- und der Wohnungsbeihilfe oder die Schaffung eines Jugendeinstellungsgesetzes (vgl. Pelinka 1988, 91).

Im Jahr 1951 erfolgte die erste direkte Volkswahl des Staatsoberhauptes in Österreich, in welcher der ehemalige Wiener Bürgermeister und Kandidat der SPÖ, Theodor Körner als Sieger hervorging (vgl. Sandner 2013, 46).

Ab 1953/54 war die Wiederaufbauperiode im Wesentlichen zu Ende. Im Jahr 1953 erreichten die letzten Wirtschaftszweige den Level der Wirtschaftsproduktion vor dem zweiten Weltkrieg, außerdem lief der Marshallplan aus, durch den Österreich insgesamt 960 Millionen Dollar erhalten hatte.

Die Arbeiterbewegung sah sich nun mit einer stärkeren konservativen Offensive konfrontiert. Mit der Ablösung Leopold Figls durch Julius Raab konnte gemeinsam mit Finanzminister Kamitz der neoliberale „Raab-Kamitz-Kurs“ entstehen. Durch diesen Kurs wurde die Sozialpolitik gedrosselt und der verstaatlichte Sektor zurückgedrängt. Da die Arbeitslosigkeit zu dieser Zeit aber relativ hoch war (1953: 185. 000, 1954: 165 000), konnte sich die SPÖ verstärkt als Garantin sozialer Rechte profilieren, sodass sie bei den Nationalratswahlen 1953

mit etwa 42 Prozent, erstmals stimmenstärkste Partei wurde. Aufgrund der ungerechten Wahlarithmetik bekam sie dennoch ein Mandat weniger als die ÖVP.

Mit dem Staatsvertrag von 1955 erlangte Österreich endlich die Unabhängigkeit. Pelinka meint, dass die SPÖ mit Vizekanzler Schärff, sowie mit Kreisky als Staatssekretär im Außenministerium, erheblich zu diesem diplomatischen Erfolg beigetragen hat. „Kreisky war 1950 in die wirtschaftspolitische Abteilung des Außenamtes in Wien einberufen worden - durchaus auch eine Folge des neuen Trends in der Regierung, Sozialisten mehr Entscheidungs- beziehungsweise Arbeitsbefugnisse in „außenwirtschaftlichen“ Angelegenheiten einzuräumen.“ (Rathkolb in Fröschl et al 1990, 507)

4.2. Grundsatzprogramm 1958, Institutionalisierung der Sozialpartnerschaft und Stabilität der großen Koalition

Bei den Nationalratswahlen 1956 blieb die SPÖ mit 43 Prozent der Stimmen hinter der ÖVP. Nach dem Tod Theodor Körners im Jahr 1957 folgte ihm Adolf Schärff nach. Neuer SPÖ-Vorsitzender und Vizekanzler wurde Bruno Pittermann, der dieses Amt bis 1966 innehatte. 1958 wurde das neue Grundsatzprogramm der SPÖ unter Pittermann beschlossen, welches nach dem Aktionsprogramm von 1947 endgültig das Linzer Programm (1926) ablöste.

Verfasser des Vorentwurfs war Benedikt Kautsky, welcher der SPÖ ein reformistisches, antikommunistisches Profil verlieh, das gleichzeitig an die sozialistische programmatische Tradition der Partei anschließen wollte (vgl. Sandner 2013, 47). Aber auch Bruno Kreisky und Fritz Klenner (Gewerkschafter) trugen zum neuen Grundsatzprogramm bei, welches in weiten Bereichen die sozialpartnerschaftliche und großkoalitionäre Realpolitik der SPÖ festlegte „und weiter die Überwindung des Kapitalismus, die Erkenntnisse des wissenschaftlichen Sozialismus und die Schaffung einer sozialistischen Gewerkschaftsordnung“ propagierte. (Pelinka 1988, 94)

Im selben Jahr kletterte die Mitgliederzahl der Partei erstmals auf über 700.000 Mitglieder und nach dem Wahlsieg von 1959 schien es nur mehr eine Frage der Zeit, bis die SPÖ den Bundeskanzler stellen würde (vgl. Pelinka 1988, 95).

Bei der Nationalratswahl 1959 bekam die SPÖ mit 44,8 Prozent zwar die Stimmenmehrheit, erhielt aufgrund der Wahlarithmetik aber erneut ein Mandat weniger als die ÖVP, wodurch Julius Raab Bundeskanzler bleiben konnte. 1961 wurde er von seinem Parteikollegen Alfons Gorbach abgelöst (vgl. Pelinka 1988, 47).

Parallel zur Großen Koalition, in welcher die SPÖ immer an zweiter Stelle stand, wurde die Sozialpartnerschaft institutionalisiert. Im Jahr 1957 wurde die Paritätische Kommission für Lohn-und Preisfragen gebildet, 1963 der, für längerfristige Planungen zuständige, Beirat für Wirtschafts-und Sozialfragen.

Ferdinand Bald dehnte das politische System und seine Wirkungsmacht auf fast alle gesellschaftlichen Bereiche aus und teilte diese auf (Wirtschafts-und Landwirtschaftsvertretung – ÖVP, Arbeiterkammer und Gewerkschaftsbund – SPÖ), wodurch ein zweites System „zur proporzmäßig ausgeübten politischen Machtaufteilung“ entstand.

Dieses System war und ist wesentlich stabiler, als jenes der Parteien, da es nicht an Wahlen gebunden ist und konnte/kann so als Juniorpartner der Großen Koalition einen gewissen Ausgleich schaffen (vgl. Pelinka Peter 1988, 93,94).

Hammer von der Bauarbeitergewerkschaft meinte, dass die Voraussetzung für die paritätische Kommission starke Gewerkschaften sind, die genau arbeiten. „Sozialpartnerschaft ist nur möglich, wenn der andere Partner weiß, dass er große Risiken auf sich nimmt, wenn er aus der Partnerschaft aussteigt.“ (Hammer zit. in Lehmann in Maimann 1988, 248)

Die Koalition selbst funktionierte erstaunlich gut. „Die einst durch strikte Grenzen getrennten politischen Lager verloren immer mehr an Konturen und auch die weltanschaulichen Gegensätze waren geringer geworden.“ (Sandner 2013, 47) Nichtsdestotrotz gab es immer wieder Krisen und Belastungsproben für die beiden Großparteien, eine davon war die sogenannte Habsburg-Krise im Jahr 1963, in dieser Krise ging es unter anderem um die Frage, ob Otto Habsburg aufgrund seiner bereits erfolgten Verzichtserklärung (die durch das Habsburgergesetz von 1919 Voraussetzung für seine Einreiseerlaubnis nach Österreich war), Rechtsgültigkeit beanspruchen konnte. SPÖ und FPÖ zogen hier an einem Strang und entschieden sich parlamentarisch gegen die Einreise des Kaisersohns, die ÖVP hingegen setzte sich für Otto Habsburg ein. Schließlich konnte er erst im Jahr 1966, als die ÖVP bereits die absolute Mehrheit hatte, einreisen (vgl. Sandner 2013, 48).

Im Jahr 1965 wurde im Zuge der Borodajkewycz-Affäre klar, dass Österreich seine NS-Vergangenheit noch nicht vollständig überwunden hatte. Der Professor an der Universität für Welthandel ließ in seinen Vorlesungen keine Gelegenheit aus, antisemitische Witze und Schmähungen zu äußern. Sozialistische StudentInnen machten Mitschriften zu seinen Äußerungen und veröffentlichten Diese. Hunderte Menschen protestierten daraufhin auf der Straße, dabei kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Antifaschisten und

Rechtsextremen, bei welchen der Kommunist und Widerstandskämpfer Ernst Kirchweger niedergeschlagen wurde und an den Folgen starb. Damit war er das erste politische Todesopfer der Zweiten Republik, im Jahr 1966 wurde Taras Borodajkewycz zwangspensioniert (vgl. Sandner 2013, 48).

4.3. Der Fall Olah

Die größte Krise der 60er Jahre war jene um den ehemaligen ÖGB-Präsidenten Franz Olah. Im Jahr 1959 trat er als Nachfolger des verstorbenen Johann Böhm als ÖGB-Präsident an. Seine politische Karriere begann 1949, als er in der Parteivertretung der SPÖ, sowie im Vorstand des ÖGB und im Nationalrat saß. Daneben war er auch noch Vorsitzender der einflussreichen Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter, hier waren die Kontakte zur amerikanischen Gewerkschaftsbewegung von wesentlicher Bedeutung für seine Karriere.

Die Absicht Olah's, war es, Politik im Interesse der sozial Schwachen zu machen, wodurch er bei der Bevölkerung sehr schnell beliebt wurde (vgl. Konrad in Maimann 1988, 253).

Im bereits erwähnten Oktoberputsch von 1950 wurde Olah zur Symbolfigur des sozialdemokratischen Antikommunismus, wodurch er über „Sonderprojekte“ Geldmittel für seine politische Arbeit beschaffen konnte, dadurch konnte er seinen Handlungsspielraum erheblich erweitern und auch von der Bevölkerung erhielt er große Zustimmung (vgl. Konrad in Maimann 1988, 253). „Die örtliche Gewerkschaft versagte uns einen kollektivvertraglich zustehenden Zuschuß, wir beschwerten uns bei Olah, er schaltete sich ein und wir kamen dann zu unserem Recht.“ (Hammer zit. in Lehmann in Maimann 1988, 247)

Den innerparteilichen Gegnern (v.a. Karl Waldbrunner und später Christian Broda) gelang es aber, ihn 1953 als politischen Minister zu verhindern, doch im ÖGB wurde er bereits 1955 Vizepräsident und 1959 Präsident, in den späten 50er Jahren sahen ihn viele als einen der mächtigsten Politiker im Land.

Durch das politische Ansehen, welches vor allem auch durch das Raab-Olah-Abkommen und die Mithilfe zur Aussöhnung zwischen Arbeiterbewegung und Kirche stieg, begann Olah mit seiner Macht und der damit verbundenen Verfügungsgewalt über finanzielle Mittel, locker umzugehen (vgl. Konrad in Maimann 1988, 253). So kam es dazu, dass ein Teil jener Gelder die für die Rettung der Tageszeitung „Expreß“ vorgestreckt worden waren, „nicht in die

Gewerkschaftskassen zurückfloß, sondern zur finanziellen Absicherung der FPÖ verwendet wurde.“ (Konrad in Maimann 1988, 254)

Die Million die im Herbst 1962 zur FPÖ wanderte, sah eben diese Partei als Möglichkeit eine kleine Koalition mit der SPÖ bilden zu können. Damit wäre das „Bürgerblockgespenst“, sowie es Konrad formuliert, zwar gebannt gewesen, aber Olah selbst hatte sich damit eine tiefe Grube gegraben, in die er später selbst fallen sollte. Denn auch sein Engagement in der Gründungsgeschichte der Kronenzeitung war enorm, Diese startete 1959 mehr oder weniger ohne Eigenkapital. Hans Dichand brachte gerade einmal jene 10 Prozent (170.000 Schilling) auf, die zum Kauf der Titelrechte notwendig waren. Ein Jahr später konnte der Zeitungsverlag ein Stammkapital von einer Million vorweisen, davon stammten 10 Prozent von Dichand, 30 Prozent von Kurt Falk und 60 Prozent von Ferdinand Karpik, wobei sowohl Falks als auch Karpiks Anteil mit Olah zusammenhingen. Der Abgang der ersten fünf Jahre der Kronenzeitung, welcher durch Kredite abgefangen werden musste, betrug 10 Millionen. „Dass man diese Geldmittel zu sensationellen Konditionen (nämlich 5 ½% Kreditzinsen) bekam, war nur möglich, weil gewerkschaftseigene Sparbücher verpfändet wurden, bei denen man auf die vereinbarten höheren Zinsen verzichtete.“ (Konrad in Maimann 1988, 254)

1963 tauchten bei der Betriebsprüfung der Arbeiterbank offene Fragen bei der Zinsbonifikation für den ÖGB auf, durch die Kontrollkommission des ÖGB wurde schließlich ein Fehlbetrag von 1,8 Millionen Schilling festgestellt. Trotzdem die sozialistischen Fraktionen den Betrag refundierten räumte Olah den Platz als ÖGB-Präsident und wurde noch im selben Jahr Innenminister. Aber auch innerhalb der SPÖ wurde die Front gegen ihn zunehmend größer. Einflussreiche Männer wie Sozialminister Anton Proksch, Justizminister Christian Broda, Bildungsobmann Karl Czernetz, aber auch der Parteiboss Bruno Pittermann traten gegen Olah auf, sodass er am 17. September 1964 wegen „Mitarbeit an nichtsozialistischen Presseerzeugnissen ohne Einvernehmen mit dem Parteivorstand“ verwarnet wurde und als Innenminister zurücktreten musste. Der Beschluss des Schiedsgerichts führte zu Streiks und Massenkundgebungen für Olah, kurzfristig wurde am 18. September 1964 sogar der Strom in Wien abgeschaltet. Vor der SPÖ-Parteizentrale in der Löwelstraße demonstrierte eine wütende Menschenmenge mit Transparenten und Parolen für Olah und gegen Broda, Benya und Pittermann (vgl. Konrad in Maimann 1988, 255).

Durch diese Demonstrationen wurde deutlich, dass Olah noch immer die größte Popularität aller sozialistischen Politiker besaß. Der endgültige Kontrollbericht der zentralen Kontrollkommission des ÖGB führte jedoch dazu, dass Olah sich verpflichten musste, alle

Funktionen im Gewerkschaftsbund zurückzulegen und zu versprechen, auch in Zukunft keine Funktion mehr anzunehmen. Die logischen Folgen waren Parteiausschluss und der darauffolgende Gerichtsprozess. Im Prozess wurde deutlich, dass Olah sich mit seinen Handlungen nie selbst bereichern wollte, sondern immerzu aus politischer Motivation handelte. In dieses Bild passt auch sein Verurteilungsgrund: „das unberechtigte Abheben von ÖGB-Geldern zur Finanzierung seiner neuen Partei“, der DFP (Demokratisch Fortschrittliche Partei). (Konrad in Maimann 1988, 255)

Warum dieser Fall hier so „ausführlich“ behandelt wurde? Weil er gemeinsam mit einer Wahlempfehlung der KPÖ von der sich die Sozialdemokraten distanziert hatten, ausschlaggebender Grund dafür war, dass die SPÖ 1966 in die Opposition musste, jedenfalls ist das die Meinung vieler Autoren wie P. Pelinka, Leser und Konrad etc. Die ÖVP erlangte, mit Josef Klaus an ihrer Spitze, über 48 Prozent der Stimmen und damit die absolute Mehrheit, während die SPÖ auf 42,5 Prozent abrutschte (vgl. Sandner 2013, 48). Außerdem zeigte der Fall Franz Olah die Chancen und Gefahren eines politischen Weges auf, der die Menschen durch einen westorientierten, antikommunistischen, pragmatischen, volksnahen, demagogisch und populistischen Weg besser erreichen konnte, als politische Programme. Andererseits zeigt der Fall auch auf, dass man die damaligen Kontrollmechanismen noch viel zu wenig kannte, „um den Umgang mit der Macht nicht in jene Grauzonen der Politik zu führen, in denen Franz Olah agierte.“ (Konrad in Maimann 1988, 255)

5. Die SPÖ in der Opposition und die Wiedergewinnung der Mehrheitsfähigkeit

1966 war es also so weit, erstmals seit Beginn der zweiten Republik erlangte die ÖVP die Absolute und die SPÖ ging in Opposition. Außenminister Bruno Kreisky sagte in seiner Rede als Abgeordneter vor dem Parlament: „Hohes Haus! Ich kann nicht genug davor warnen, dass es in Zukunft manche gibt, die glauben, jetzt wäre die Zeit gekommen, in der man alles alleine machen könne.“ (Kreisky zit. in Gatty et al 1997, 38) Er meinte damit, dass man auch weiterhin mit der ÖVP, v.a. bei Entscheidungsfindungen für außenpolitische Angelegenheiten, zusammenarbeiten müsse. Des Weiteren kündigte er eine harte, aber faire Opposition der SPÖ an. „Am 5. Juni 1966 wurde Kreisky zum Landesparteivorsitzenden der SPÖ Niederösterreich gewählt.“ (Gatty et al 1997, 38) Nach der Wahlniederlage und der Erkrankung Bruno Pittermanns, fand ein mehrheitliches Umdenken in der Partei statt, wodurch die Landesorganisationen innerhalb der SPÖ an Gewicht gewannen und das während der gesamten Periode der ÖVP-Alleinregierung, im Zentrum der Partei stand allerdings nach wie vor Wien (vgl. Gatty u.a. 1997, 38).

Norbert Leser zufolge, überlegte Pittermann noch bis kurz vor der Wahl gegen Kreisky anzutreten, schickte dann aber Hans Czettel ins Rennen. Lt. Leser war die Nominierung Czettels von Seiten Pittermanns ein Akt der Resignation, aber auch ein Akt der Unfairness.

Er fühlte sich hintergangen, da er immer hart für die Partei arbeitete und jetzt so in Verlegenheit gebracht wurde. Czettel konnte sich aus der Schlinge Pittermanns befreien und motivierte die Niederösterreicher für die Wahl Kreiskys (vgl. Leser 1988, 141).

In seiner anschließenden Rede konnte Pittermann, Leser zufolge, nicht unbedingt Sympathien wecken. „Pittermann blieb der schlechten Tradition des Austromarxismus, die Fehler und die Schuld immer nur bei den anderen und nie bei sich selbst zu suchen, treu und produzierte eine larmoyante Selbstbemitleidung und –verteidigung, die jeden Tiefgang vermissen ließ.“ (Leser 1988, 141) Er stellte sich als Opfer einer kapitalistischen Verschwörung dar. Einer der größten Kritiker Pittermanns und Befürworter einer Parteiveränderung war der Reformier Dr. Alfred Migsch, er meinte zu Pittermann gewandt: „Ich habe niemals nach einer Schuld gesucht, stets nach Ursachen. Eine Verschwörung, und sei es eine kapitalistische, als Ursache für unsere Wahlniederlage anzunehmen, das ist mir zu einfach, das nehme ich dir nicht ab.“ (Migsch zit. in Leser 1988, 144)

Es gab aber auch einige, die wie Pittermann an den Traditionen der Partei hingen und nicht für Veränderungen waren, so auch Anton Benya, der sich gegen Kreisky wandte und ihm vorwarf speziell Werbung für sich zu betreiben (vgl. Leser 1988, 142)

Was Bruno Kreisky in jedem Fall zugutekam, war die politische Modernisierung im Laufe der 60er Jahre, wozu vor allem die Wahlkämpfe zählen, die durch die Einbeziehung von professionellen Meinungsforschern intensiv unterstützt wurden. Auch das Fernsehen wurde immer wichtiger, was sich auch im Rundfunkvolksbegehren im Jahr 1964 zeigt, welches von mehr als 832.000 Menschen unterschrieben wurde und sich für das politische Herausheben der Parteien auf den Rundfunk einsetzte.“ (Sandner 2013, 49)

Kreiskys Ziel war die Öffnung der Partei für neue Wählerschichten, der Ausbau der innerparteilichen Demokratie und eine Erhöhung der Transparenz der politischen Medien. Er erkannte sehr früh die zunehmende Bedeutung der Medien.“ (Gatty et al 1997, 38)

Im Februar 1967 wurde Bruno Kreisky zum Parteivorsitzenden gewählt, zwar stellte ihn nicht die engere Parteispitze auf, doch seine Kandidatur wurde mit einer deutlichen Mehrheit von den Delegierten der Länder befürwortet, wodurch schließlich auch der Parteivorstand überzeugt werden konnte.

Beim Bundesparteitag 1967 empfahl der neu gewählte Parteivorstand mit 32 von 54 Stimmen die Wahl Kreiskys zum Parteivorsitzenden. Er erhielt 347 von 497 Delegiertenstimmen (vgl. Gatty et al 1997, 38/39).

Gleich nach seiner Wahl führte er Gespräche mit seinen innerparteilichen Gegnern und bald schon konnte er Sympathien von Leuten wie Anton Benya und Karl Waldbrunner gewinnen. Sein großes Ziel war es, die Abwärtsentwicklung der Partei zu stoppen, „eine gute Stimmung zu schaffen, das Bild der Partei den gesellschaftlichen Veränderungen anzupassen und die SPÖ schließlich mit modernen Methoden auf die nächste Wahlauseinandersetzung im Jahr 1970 vorzubereiten.“ (Gatty 1997, 39) Er wollte der WählerInnenschaft zeigen, dass die Sozialdemokratie besser in der Lage ist, den notwendigen gesellschaftlichen Wandel in Österreich – „Das moderne Österreich“ – zu realisieren. Damit hatte er und die Partei auch die Absicht verfolgt, die Sozialdemokratie nicht nur für die traditionelle KernwählerInnenschaft, sondern auch für Teile der bürgerlichen Mittelschicht attraktiv und damit wählbar zu machen. „Diesem Ziel dienten sowohl die Aussöhnung und Aufnahme des Dialogs mit der katholischen Kirche (1967), als auch die (zum Unterschied von der 1966 noch stillschweigend akzeptierten Wahlempfehlung der KPÖ für die SPÖ) offensive und scharfe

Abgrenzung gegenüber dem Kommunismus (Eisenstädter Erklärung).“ (Fröschl in Fröschl 1996, 15) Durch diese Handlungen wurden gleich zwei Vorurteile der ÖVP gegen die SPÖ beseitigt, welche bei Wahlkämpfen immer wieder zum Ausdruck kamen: Erstens, dass die Roten gegen die Kirche und Religion sind – „Sozialismus und Religion sind keine Gegensätze, jeder religiöse Mensch kann gleichzeitig Sozialist sein.“ (Kreisky in Fröschl 1996, 40, 41) und zweitens, dass sie Kommunisten-Sympathisanten seien. „Mit der antikommunistisch ausgerichteten Eisenstädter Erklärung von 1969 betonte die SPÖ (...) erneut ihre Distanz zur allerdings bedeutungslos gewordenen KPÖ.“ (Sandner 2013, 49)

Bruno Kreisky schrieb in seinen Memoiren: „Nicht nur ich, sondern viele mit mir waren der Auffassung, dass die Eisenstädter Erklärung mit ihrer eindeutigen Absage an den sog. real existierenden Sozialismus mit dazu beigetragen hat, Klarheit zu schaffen bei vielen Wählern, die dieser Klarheit bedurften.“ (Kreisky zit. in Sandner 2013, 49)

Am Vorabend einer Wahlbewegung, bei welcher die konservativen Gegner neuerdings den Versuch wagten die SPÖ zu verdächtigen mit Kommunisten zu sympathisieren, erklärte Kreisky mit aller Eindeutigkeit, dass sich die Sozialistische Partei nur die Unterstützung jener ÖsterreicherInnen wünsche (in der Hoffnung es mögen möglichst viele sein), „die sich zu ihren Zielen, der sozialen Gerechtigkeit und der uneingeschränkten Freiheit bekennen.“ (Die Eisenstädter Erklärung in Fröschl 1996, 45) Und weiter, dass sie jegliche Unterstützung oder Empfehlung durch die Kommunisten mit aller Entschiedenheit ablehne (vgl. Die Eisenstädter Erklärung in Fröschl 1996, 45). Selbst dem Dritten, wenn nicht sogar schwerwiegendsten Vorwurf der Christlich Sozialen an die SPÖ, nämlich dass sie nichts von Wirtschaft verstehen würden, konnte entgegengewirkt werden, so bildete das Wirtschaftsprogramm 1968 das Kernstück der neuen Programmalterative (vgl. Fröschl in Fröschl 1996, 15). Grundlage dieses Wirtschaftsprogramms war ein Policy-Mix des Austro-Keynesianismus, der bereits ab 1970 in die Praxis umgesetzt wurde. Er zielte, ausgehend von einer gemischten Wirtschaftsstruktur (staatlich und privat) darauf ab „durch modernisierte Instrumente der Budget-, Infrastruktur-, Arbeitsmarkt- und Industriepolitik optimale Rahmenbedingungen für die Funktion der staatlichen und privaten Wirtschaft zu schaffen, dadurch entsprechendes wirtschaftliches Wachstum zu erzielen,...“ (Fröschl in Fröschl 1996, 15)

Das Jahr 1968 gilt in vielen Teilen der Welt als tiefer kultureller und politischer Einschnitt. „Vor allem die von der US-amerikanischen Studentenbewegung übernommenen Protestformen, sowie das Eintreten für Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern,

Frieden und Demokratisierung von unten, aber auch der Kampf gegen eine rigide, meist konfessionell geprägte Sexualmoral, erreichten in abgeschwächter Form Österreich,...“ (Sandner 2013, 49) Peter Pelinka zufolge, kamen diese internationalen Studentenbewegungen zumindest indirekt auch der SPÖ zugute, obwohl sie kurzfristig politische Konflikte auszutragen hatte, denn nachdem sozialistische StudentInnen die Wiener Maifeier mit ihren Diskussionswünschen unterbrachen, wurden einige von ihnen ausgeschlossen, oder traten aus der Partei aus. Langfristig gesehen aber nutzte der SPÖ, dieser sich manifestierende Wunsch einer Demokratisierung der Gesellschaft. „Sie konnte sich am Ende der vier Jahre der ÖVP-Alleinregierung als Kraft präsentieren, welche die wirtschaftlich nötige Modernisierung des Landes in Richtung „Europareife“ ebenso wie den gesellschaftlich nötigen Liberalisierungsschub besser garantieren konnte.“ (Peter Pelinka 1988, 101)

Die Sozialpartnerschaft funktionierte unter der Alleinregierung genauso gut wie unter der großen Koalition (vgl. Peter Pelinka 1988), denn Sozialpartnerschaft bedeutet, unabhängig von parlamentarischen Mehrheitsverhältnissen und unabhängig von der Regierungsbildung, dass der mehrheitlich sozialistische ÖGB, welcher den Faktor Arbeit repräsentiert und die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft (Teilorganisation der ÖVP und heutige Wirtschaftskammer), welche den Faktor Kapital repräsentiert, eine Art permanente Große Koalition bilden. Beide Kammern haben in den wichtigsten Fragen des „Unterbaues“ der jeweils andern Kammer ein absolutes Vetorecht zugestanden bekommen (vgl. Peter Pelinka, Steger 1988, 58).

In verschiedensten Kommissionen und mit Hilfe von 1.400 Experten entwickelte die SPÖ in unterschiedlichen Arbeitskreisen zu Themen wie Ausbildung, Verwaltung, Wohnbau, Justiz etc. neue Programme, außerdem wurde ein Humanprogramm ausgearbeitet, welches die Forderung nach einer „Durchflutung aller Lebensbereiche mit Demokratie“ zur obersten Priorität hatte (vgl. Gatty et al 1997, 39).

Für das SPÖ-Volksbegehren von 1969, welches auf Initiative des Österreichischen Gewerkschaftsbundes erhoben wurde und die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden forderte, wurden fast 900.000 Unterschriften gesammelt (vgl. Peter Pelinka 1988, 100) (vgl. Benya in Fröschl 1996, 52). Zu Jahresbeginn 1969 erlangte der Generalkollektivvertrag, über die Einführung einer 43-Stunden-Woche Gültigkeit, ab 1. Jänner 1975 wurde dann die 40-Stunden-Woche eingeführt (vgl. Sandner 2013, 49).

6. Die Ära Kreisky 1970 bis 1983

Nach den Erfolgen der SPÖ bei verschiedenen Regionalwahlen, konnte die Partei die Nationalratswahlen am 1. März 1970 mit einer relativen Mehrheit gewinnen. Sie erreichte über 48,4 Prozent der Stimmen und war der ÖVP somit um 3,7 Prozentpunkte überlegen (vgl. Sandner 2013, 54). Doch gerechnet hat damit, zumindest innerhalb der Partei kaum jemand, nicht einmal Bruno Kreisky selbst. So berichtet unser heutiger Bundespräsident Heinz Fischer über seine Erfahrungen mit Bruno Kreisky während des Wahlkampfes, als er Kreiskys Sekretär Peter Janakowitsch vertrat. Kreisky und Fischer fuhren im Februar 1970 eine Woche lang quer durch Österreich und an eine Fahrstrecke entlang des Millstätter Sees in Kärnten erinnert sich Fischer ganz genau, sie redeten über die Wahlchancen ihrer Partei und Bruno Kreisky meinte damals: „Wir werden aufholen, wir werden den Abstand an Mandaten zur ÖVP verringern, aber den Sprung, selbst stärkste Partei zu werden, das werden wir wohl nicht schaffen.“ (Fischer in Fröschl, Zoitl 1986, 17) Außerdem war seine Einschätzung, dass es Verhandlungen mit der ÖVP über eine große Koalition geben werde, die zwar nicht einfach werden würde, es am Ende aber dennoch zu einer Koalition kommen werde. Kreisky sagte, dass man in dieser Koalition die Chance nutzen müsse, ihre (rote) Politik einzubringen und es dann zu schaffen bei der nächsten Wahl stimmenstärkste Partei zu werden (vgl. Fischer in Fröschl, Zoitl 1986, 17).

Die SPÖ schaffte aber, wie erwähnt, schon am 1. März 1970 die relative Mehrheit. Für eine absolute Mandatsmehrheit hätte die SPÖ einen Koalitionspartner gebraucht, doch die langen Verhandlungen mit der ÖVP führten zu keinem befriedigenden Ergebnis und der Parteiboss der ÖVP, Klaus, schloss eine Regierung mit der FPÖ aus. Daher entschied sich Kreisky eine Minderheitsregierung mit der FPÖ zu bilden, welche 5,5 Prozent der Stimmen erreicht hatte.

Das gemeinsame Interesse von SPÖ und FPÖ war eine Wahlrechtsreform, die den Aspekt des Verhältniswahlrechts verstärken sollte (vgl. Ucakar 1985, 489) und so begann die Minderheitsregierung ihre Arbeit. Das damalige Programm lautete: „eine Reformpolitik, bei der wir uns für jeden Vorschlag um eine Mehrheit im Parlament bemühen werden.“ (Fischer in Fröschl, Zoitl 1986, 18) Fischer meint, dass das manchmal ziemlich anstrengend war, aber dass in diesem Jahr, bis Oktober 1971 gute Arbeit geleistet wurde. Es wurde eine Reihe populärer Reformen entwickelt, dazu gehören die Freifahrten für SchülerInnen auf

Öffentliche Verkehrsmittel, die Abschaffung der AHS-Aufnahmeprüfungen, die Herabsetzung der Volljährigkeit auf 19 Jahre, die Abschaffung der Hochschultaxen, „die Kürzung der Präsenzdienstzeit auf sechs Monate Grundwehrdienst“ und die „Einführung eines „Startgeldes“ für Ehepaare.“ (Peter Pelinka 1988, 103) Auch die „kleine Strafrechtsreform“ und die Gleichstellung des unehelichen Kindes wurden durchgesetzt (vgl. Schmid in Gatty et al 1997, 39).

Bald kam der Zeitpunkt, an dem sich die SPÖ dazu entschloss, ein zweites Mal etwas zu wagen und zwar nach dem Risiko der Minderheitsregierung, vorzeitig Neuwahlen anzusetzen. Davor fanden aber noch Bundespräsidentswahlen im April 1971 statt, in welchen Franz Jonas (SPÖ) vor Kurt Waldheim (ÖVP) klar gewann (vgl. Peter Pelinka 1988, 104). Die SPÖ wurde also erneut gestärkt. Am 5. Oktober 1971 fanden Neuwahlen statt, mit dem Ziel die ÖsterreicherInnen um ein Urteil der bisherigen Phase zu bitten. Das Ergebnis dieser Wahl war, dass die relative Mehrheit zu einer Absoluten wurde und zwar mit 50,04 Prozent der Stimmen und 93 von insgesamt 183 Mandaten. Diese absolute Mehrheit war sehr knapp und damit nicht bequem, aber eigentlich, so Fischer, haben sich die SPÖ-Parlamentarier immer ziemlich sicher gefühlt (vgl. Fischer in Fröschl, Zoitl 1986, 18). Die Reformarbeit wurde nach dieser Wahl zügig fortgesetzt. „Bei einem Parteitag im April setzten die sozialistischen Frauen die Reform des lange bekämpften Paragraph 144 auf eine Fristenlösung bei Schwangerschaftsabbrüchen, statt der ursprünglich von Justizminister Broda vorgesehenen Indikationenlösung durch.“ (Peter Pelinka 1988, 104) In den Jahren 1972/73 kam es zu Gratis-Schulbuchaktionen, ab 1973 gab es die Mehrwertsteuer (vgl. Peter Pelinka 1988, 104). Die meisten und wichtigsten Reformen wurden dann im Jahr 1974 durchgesetzt: die Große Strafrechtsreform, die ORF-Reform, das Schulunterrichtsgesetz, das Arbeitsverfassungsgesetz und die Einführung des Zivildienstes.

Des Weiteren kam es in diesem Jahr zur Einführung einer Heiratsbeihilfe, zur Stahlfusion und damit zu einer Strukturverbesserung der verstaatlichten Industrie, zu einer neuen Gewerbeordnung, der Einführung des „Mutter-Kind-Passes“ und der damit verbundenen Geburtenhilfe, dem Gesetz über die 40-Stunden-Woche für Unselbstständige und zur (zumindest schriftlich festgehaltenen) Gleichberechtigung von Mann und Frau in der Ehe (vgl. Schmid in Gatty et al 1997, 40).

All diese Reformen brachten eine Demokratisierung der Gesellschaft, sowie eine Öffnung des Bildungssektors und eine Liberalisierung des Klimas. Was sie lt. Peter Pelinka aber nicht brachten, war eine Veränderung zentraler Einkommens- und Machtverhältnisse. Die Relationen zwischen den höchsten und niedrigsten Einkommen, sowie die Verteilung zwischen Löhnen und Gewinnen blieben etwa gleich (vgl. Peter Pelinka 1988, 105).

Kreisky war stets um ein gutes Verhältnis der Sozialdemokratie zur Kirche bemüht, was, denkt man an die erste Republik und die großen Gegensätze, nicht einfach war. Trotzdem gelang ihm die Aussöhnung, was auch dem damaligen Oberhaupt der österreichischen Katholiken, Kardinal Franz König zu verdanken ist. Ohne den eisernen Willen der beiden Männer miteinander Dialog zu führen, wäre die von der SPÖ durchgesetzte Straffreistellung des Schwangerschaftsabbruchs (Fristenregelung 1973/74) und die „Kleine Strafrechtsreform“ 1971 (Legalisierung der Homosexualität unter Erwachsenen und Straffreistellung des Ehebruchs nach mindestens einjähriger Trennung) wahrscheinlich nicht möglich gewesen (vgl. Schmid in Gatty et al 1997, 37).

Peter Pelinka zufolge war es, in erster Linie, die von der SPÖ praktizierte liberale „Nachziehpolitik“, vor allem im Justiz- und Bildungsbereich, welche die Partei so stark machte. Denn die SPÖ verwirklichte Reformen, die in anderen Ländern mit erfolgreichen bürgerlichen Revolutionen längst durchgeführt wurden. „Bruno Kreisky hatte es erfolgreich verstanden, seine Partei als sozialliberale Partei für all diejenigen zu präsentieren, die mit dem Stammwählerkreis „ein Stück des Weges gemeinsam gehen“ wollen.“ (Peter Pelinka 1988, 105)

Innenpolitisch kam es mit dem „Kärntner Ortstafelkonflikt“ im Oktober 1972 zwar zu Spannungen, als deutschnationale Extremisten die Bundes- und Landes-SPÖ zur Abkehr eines minderheitenfreundlichen Kurses veranlassten (vgl. Peter Pelinka 1988, 105). „Die Kärntner Slowenen bestanden auf der Erfüllung des Staatsvertrages und auf der Errichtung zweisprachiger Ortstafeln in den Bezirken mit slowenischer und deutschsprachiger Bevölkerung.“ (Schmid in Gatty et al 1997, 40) Insgesamt konnte diese Panne aber keine Abkehr von der Partei bewirken. In der Bundespartei wirkten sich vor allem die gestiegene Bedeutung Österreichs in der Weltpolitik und hier insbesondere die aktive Nahostpolitik Kreiskys positiv aus (vgl. Peter Pelinka 1988, 106).

Wenn man von Kreisky spricht darf man seine uneingeschränkte Außenpolitik natürlich nicht vergessen, die er aktiv betrieb. Um nur einige wenige seiner Taten zu nennen: Beim 13. Kongress der Sozialistischen Internationale in Genf zwischen 26. und 28.11. 1976 wurde Kreisky zum Vizepräsident und Willy Brandt zum Präsidenten ernannt. Das entstandene Trio Brandt, Palme und Kreisky wurde dann zum zentralen Motor der SI. Er trat stets für humanitäre Anliegen ein, was ihm später auch die Anerkennung der Bewegung „Charta 77“ in der CSSR einbrachte, zu welcher der Nobelpreisträger Sacharov und viele andere Personen und Institutionen vor allem aus der Dritten Welt gehörten.

„Mit der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) (bei welcher auch Kreisky teilnahm) und der Unterzeichnung der Schlußdokumente in Helsinki, 1975 wurde nicht nur der Status quo in Europa besiegelt, sondern auch ein wichtiger Beitrag zur Entspannung und Verbesserung der Durchsetzbarkeit der Menschenrechte geleistet.“

„Es gilt heute als unbestritten, dass der „Helsinki-Prozeß“ die späteren demokratischen Entwicklungen in Osteuropa begünstigt hat.“ (Schmid in Gatty et al 1997, 41)

„In der Wirtschaftspolitik waren sowohl die Folgen des Ölpreisschocks (1973), als auch die der Rezession spürbar.“ (Schmid in Gatty et al 1997, 40) Kreisky trat energisch für eine Vollbeschäftigungspolitik ein, der „österreichische Weg“ wie er von der SPÖ immer gerne bezeichnet wird, bezog sich Mitte der 70er Jahre immer mehr auf wirtschaftspolitische Angelegenheiten und auf den Versuch die internationale Wirtschaftskrise, welche nach Ende der Hochkonjunktur und im Gefolge des Ölpreisschocks entstand, von Österreich möglichst fern zu halten.

Der Austrokeynesianismus beinhaltet 1. die „Sicherung der Vollbeschäftigung durch staatliche Investitionen, sowie öffentliche Förderungen für private in- und ausländische Investitionen, 2. den „Verzicht auf Einkommensverteilungen durch eine sozialpartnerschaftliche Kontrolle der Lohn und Preisentwicklung“ und 3. die „Hartwährungspolitik durch eine Bindung an die D-Mark zur Beschränkung der Inflation.“ (Peter Pelinka 1988, 107)

Mit dem Keynesianischen Modell als Vorbild begann durch das Budget von 1974 eine Politik des „deficit spending“. Im Zeitraum von 1975 bis 1977 wurden Aufträge im Wert von 160 Mrd. Schilling an die Wirtschaft vergeben.

Mit dieser Politik gelang es, trotz Skepsis vieler Nationalökonomien, Vollbeschäftigung, Wirtschaftswachstum und Preisstabilität zu erhalten (vgl. Schmid in Gatty et al 1997, 40).

Die Arbeitslosenrate stieg in Österreich von 1,7 auf 2,1 Prozent, was aber im Vergleich zu den übrigen OECD-Ländern (Anstieg von 4,8 auf 8,2 Prozent) sehr niedrig war (vgl. Peter Pelinka 1988, 107).

Die Siebziger Jahre waren die Blütezeit der Sozialpartnerschaft und der Kanzler bemühte sich die Meinungen, der von der ÖVP dominierten Bundeswirtschaftskammer, in wirtschaftspolitischen Fragen entsprechend zu berücksichtigen. Bei den Nationalratswahlen am 04. Oktober 1975 konnte die SPÖ noch etwas an Stimmen zulegen (50,4%), die Mandatsanzahl von 93 blieb aber gleich. Die Arbeit der SPÖ-Alleinregierung konnte somit fortgesetzt werden (vgl. Schmid in Gatty et al 1997, 40/41). Die wichtigsten Gesetze, die in dieser dritten Kreisky-Periode beschlossen wurden waren, das Gesetz über den Mindesturlaub von 4 Wochen, das Unterhaltsvorschussgesetz, die Einführung der Volksanwaltschaft, die Neuordnung des Kinderstrafrechts, die Sozialversicherung für freie Berufe, das Konsumentenschutzgesetz und anderen Regierungsprojekte.

Jedenfalls konnte Kreisky bei den Bundesparteitage der SPÖ mit einer fast lückenlosen Zustimmung zu seiner Politik und seiner Person rechnen (vgl. Schmid in Gatty et al 1997, 41). Es war aber nicht alles in der Sozialdemokratie rosig und auch Kreisky musste im Laufe seiner Amtszeit einiges an Kritik und eine Niederlage einstecken. Eine heftige Auseinandersetzung gab es mit dem Leiter des jüdischen Dokumentationszentrums, Simon Wiesenthal, nachdem Dieser ein Dossier über Einsätze der Ersten SS-Infanteriebrigade im zweiten Weltkrieg erstellte, dem der FPÖ-Vorsitzende Friedrich Peter angehörte.

Er veröffentlichte das Dossier, welches dokumentierte, dass Peter nachweislich an Massenmorden an der Zivilbevölkerung beteiligt gewesen war erst nach der Nationalratswahl, um das Ergebnis nicht zu beeinflussen. Kreisky reagierte darauf ungewöhnlich aggressiv (vgl. Sandner 2013, 57). Er sah „in der Wiesenthal-Aktion nicht einen Beitrag zur Bewältigung der Vergangenheit oder zur Aufklärung von Kriegsverbrechen, sondern eine Aktion die er als gegen sich selbst gerichtet interpretierte.“ „>>Hier sollte ein Politiker umgebracht werden<<“, donnerte Kreisky am 10. Oktober, und tatsächlich sagte Wiesenthal einige Wochen später in einem Interview mit der Hamburger Welt, für ihn sei Peter bereits >>ein toter Mann<<.“ (Kreisky zit. in Fischer 1994, 146)

In einem Gespräch mit dem Profil meinte Kreisky: „Der Herr Wiesenthal hat zur Gestapo, behaupte ich, eine andere Beziehung gehabt als ich.“ (profil vom 18. Nov. 1975, zit. in Fischer 1994, 146) Spätestens ab diesem Zeitpunkt war es nicht mehr die Causa Peter um die es ging, sondern die Causa Wiesenthal/Kreisky (vgl. Fischer 1994, 146).

Wiesenthal kündigte daraufhin eine Klage gegen Kreisky an und Kreisky postulierte, dass er unter allen Umständen seine Immunität verlange und notfalls sogar sein Mandat zurücklegen würde um den Prozess gegen Wiesenthal führen zu können. Er hielt es außerdem für relevant einen Untersuchungsausschuss einzusetzen, „um die >>quasi Mafiamethoden<< Wiesenthals und seine Querverbindungen zur Staatspolizei zu untersuchen.“ (Fischer 1994, 146)

Fischer war zu dieser Zeit gerade einmal zwei bis drei Wochen Klubobmann und schon beschloss der Klub unter seiner Aufsicht die Immunität Kreiskys *nicht* aufzuheben. Wiesenthal zog seine Anklage gegen Kreisky zurück und der Untersuchungsschuss wurde *nicht* eingesetzt. Damit wurde einem sehr unerfreulichen und unangenehmen Kapitel der „jüngeren“ Zeigeschichte ein Ende bereitet (vgl. Fischer 1994, 147).

Ende des Jahres, im Dezember 1975, kam es zu einem Terroristenüberfall auf die OPEC-Konferenz in Wien. Fünf Terroristen nahmen insgesamt elf Ölminister in ihre Gewalt, drei Menschen kamen dabei ums Leben. „Nachdem die Forderung der Bundesregierung nach Freilassung der österreichischen Geiseln erfüllt worden war, konnten die Terroristen mit den restlichen Geiseln Österreich in Richtung Algerien verlassen, wo diese Geiseln ebenfalls ihre Freiheit erlangten.“ (Fischer 1994, 148). Dieser Anschlag war ein weiterer Anlass für Kreisky über die Wurzeln des Terrors nachzudenken und über die Möglichkeiten diese Wurzeln zu überwinden und seine Beziehungen mit dem Nahen Osten weiter zu stärken (vgl. Fischer 1994, 148).

Der 23. Bundesparteitag der SPÖ, der vom 11. bis 13. März 1976 stattfand wurde erstmals von Karl Blecha und Friz Marsch organisiert. Bei Diesem begann die Diskussion über ein neues Parteiprogramm der SPÖ, vor allem gab es aber Bemühungen, „die SPÖ im Sinn einer >>offenen Partei<< zu organisieren und Ämterkumulierungen zu vermeiden.“ (Fischer 1994, 148) „Der Parteitag beschloß daher eine Abänderung des Parteistatus, wonach Parteimitglieder mehrere Funktionen nur insoferne ausüben dürfen, als dadurch:

a) die Willensbildung in der Partei nicht eingeengt

- b) die Kontrolle in der Partei nicht behindert wird und
- c) eine Überlastung des einzelnen Funktionärs, durch die die volle Ausübung der ihm übertragenen Aufgaben beeinträchtigt werden könnte, nicht eintritt.“ (Fischer 1994, 148)

Ende 1976, Anfang 1977 begann die Lütgendorf-Affäre, die Ende Mai 1977 aufgrund eines illegalen Exportes von Munition und Gewehren nach Syrien zu Lütgendorfs Rücktritt als (parteiloser) Verteidigungsminister führte (vgl. Fischer 1994, 149). „Die ÖVP brachte Misstrauensanträge gegen den Bundeskanzler und gegen Verteidigungsminister Lütgendorf ein und der Nationalrat beschloß die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses, mit dem Auftrag die Angelegenheit zu klären.“ (Fischer 1994, 149)

Wie ich bereits erwähnt habe, wendeten Parlament und Regierung in den 70er Jahren enorme Kraft für die Realisierung von Reformvorhaben im Sinne einer Schaffung des >>modernen Österreichs<< auf. Anfang 1977 kam es dann endlich zur Einrichtung einer Volksanwaltschaft und das nach siebenjährigen Bemühungen von Seiten der SPÖ (vgl. Fischer 1994, 153) und am 20. Mai 1978 wurde am Bundesparteitag das neue Parteiprogramm beschlossen (vgl. www.renner-institut.at/ Parteiprogramm 1978).

6.1. Das Parteiprogramm 1978

Bevor es überhaupt zur Umsetzung dieses Programmes kam, vergingen eineinhalb Jahre intensiver Diskussionen innerhalb der SPÖ. Diese Diskussion wurde so intensiv und breit geführt, dass es in der politischen Geschichte Österreichs kaum ein vergleichbares Beispiel dafür gibt. Denn es waren nicht nur, wie sonst, Mitglieder und Funktionäre der SPÖ eingeladen, Beiträge zu diesem Programm zu leisten, von welchen weit über 200.000 Mitglieder und zehntausende Funktionäre mithalfen, sondern erstmals auch Nicht-Mitglieder der SPÖ, außerdem wurden Wissenschaftler aus dem In-und Ausland zur Erarbeitung der Grundlagen des neuen Programms herangezogen (vgl. www.renner-institut.at/ Parteiprogramm 1978). Allein schon diese Diskussion kann als Stück Verwirklichung sozialistischer Grundwerte angesehen werden. Das Maiprogramm 1978 schließt an das Parteiprogramm 1958 an, geht aber noch weit darüber hinaus.

„Es behält die grundlegende Orientierung auf eine Gesellschaft ohne Klassen, Privilegien und Abhängigkeiten bei, fügt dieser grundsätzlichen Ausrichtung jedoch die vier Grundwerte hinzu, die gerade auch für tagtägliche Politik die Gradmesser dafür sind, ob die Orientierung auf dieses Ziel freigehalten wird. Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind damit auch zu Orientierungswerten für jene geworden, die die Praxis der SPÖ an ihrem Programm messen wollen.“ (www.renner-institut.at/Parteiprogramm 1978)

Grundwerte: „Wir Sozialisten streben eine klassenlose Gesellschaft an, in der Herrschaftsverhältnisse und Privilegien überwunden sind und die auf den Grundwerten Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität aufbaut.“ (www.renner-institut.at/Parteiprogramm 1978)

Freiheit: „Freiheit bedeutet Absage an jeder Form der Diktatur sowie vielfältige Wahlmöglichkeiten und sozial verantwortete Selbstbestimmung der Menschen.“ Voraussetzung für die Verwirklichung menschlicher Freiheit, ist die „Freiheit von Not, Furcht, Unwissenheit, Bevormundung und Ausbeutung.“ (www.renner-institut.at/Parteiprogramm 1978)

Gleichheit: „Die Sozialisten treten unverrückbar für die Gleichheit als Ausdruck der Gleichwertigkeit aller Menschen ein. Sie ist die Voraussetzung für die freie Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit.“ (www.renner-institut.at/Parteiprogramm 1978)

Gerechtigkeit: „Die Sozialisten treten unverrückbar für das Prinzip der Gerechtigkeit ein. Gerechtigkeit sichert die Würde der Menschen im Verhältnis zueinander durch die Verwirklichung gleicher Rechte und durch die Wahrung einer umfassenden Gleichheit der Chancen.“ (www.renner-institut.at/Parteiprogramm 1978)

Solidarität: „Die Sozialisten halten unverbrüchlich am Prinzip der Solidarität fest. Solidarität bedeutet ein aktives Eintreten für den Mitmenschen und Mitarbeit am Gemeinwohl.“ (www.renner-institut.at/Parteiprogramm 1978)

Der dominierende Gedanke des neuen Parteiprogrammes ist jener der sozialen Demokratie bzw. die Aufforderung den Prozess der Verwirklichung der sozialen Demokratie weiterzutreiben.

Das Parteiprogramm 1978 grenzt sich scharf von der Skepsis bürgerlicher Theoretiker und ihrer Unfähigkeit eine Antwort auf die gesellschaftlichen Herausforderungen zu finden, ab. Die Sozialdemokraten waren zu diesem Zeitpunkt zutiefst überzeugt, dass eine Veränderbarkeit der Gesellschaft und eine Machbarkeit dieser Veränderungen möglich sind. Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky schloss seine Rede auf dem Parteitag 1978 mit der Antwort auf die kritische Aussage, dass die bürgerliche Demokratie tot sei, die Demokratie von morgen aber noch nicht gefunden worden ist: „Die Gesellschaft von morgen ist gefunden, es ist die soziale Demokratie, deren Verwirklichung bereits begonnen hat.“ (www.renner-institut.at/Parteiprogramm 1978)

Wesentliche Kernpunkte des neuen Programms, die sich vom Parteiprogramm 1958 unterscheiden sind außerdem: „die wachsende Bedeutung der Entscheidungsverhältnisse im ökonomischen Bereich im Sinne einer „Reform der Entscheidungs- und Eigentumsverhältnisse“; eine starke Betonung auf die Notwendigkeit der Ausweitung der Demokratie, über den Bereich der politischen Demokratie hinaus, auf alle anderen Bereiche der Gesellschaft; Vorsorgemaßnahmen in der Gesundheitspolitik; das Prinzip der Nachhaltigkeit in der Wirtschafts- und Umweltpolitik; das Bekennen des Staates zu seiner Verantwortung für eine aktive Arbeitsmarktpolitik und eine beschleunigte Gleichberechtigungspolitik im Interesse der Frauen (vgl. Fröschl in Fröschl 1996, 16, 17).

Während sich die SPÖ im Parteiprogramm 1958 noch als „die Partei aller Arbeitenden definiert“, wird sie im Parteiprogramm 1978 folgend bezeichnet:

„Wir sind heute die Partei der Arbeiter und Angestellten, der Beamten, Akademiker und Kulturschaffenden und jener Selbstständigen in Gewerbe und Landwirtschaft, für die der eigene Arbeitseinsatz die Voraussetzung ihrer Existenz darstellt.“ (Cap 1989, 11) (www.renner-institut.at/Parteiprogramm 1978)

6.2. Frauenpolitik in den Kreisky-Jahren

Für den Aufstieg der Frauen waren die Kreisky-Jahre eine folgenreiche Zeit (vgl. Sandner 2013, 57). „Das Jahr 1975 wurde von den Vereinten Nationen zum „Jahr der Frau“ erklärt.“ (Mesner, Zoitl 1989, 57) Davor kämpfte die sozialistische Frauenbewegung seit fast einem Jahrhundert für die politische, rechtliche und materielle Gleichstellung der Frauen.

Die sich in den siebziger Jahren neu formierende Frauenbewegung entstand aus der Jugend- und StudentInnenbewegung der späten sechziger Jahre und bildete sich unabhängig von den

etablierten Parteien. Doch obwohl sich die autonome Frauenbewegung von den etablierten Parteien abgrenzte, gaben sie dennoch wichtige Impulse an die in den Parteien organisierten, Frauen (vgl. Köpl in Fröschl, Zoitl 1986, 250).

„Ein Teil ihrer Forderungen und Inhalte fand in den Parteien Eingang und bestimmte zusammen mit älteren, teilweise bereits in der Ersten Republik konzipierten Frauenforderungen, die Frauenpolitik der Ära Kreisky.“ (Köpl in Fröschl, Zoitl 1986, 250)

Bei der Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruches kam die Transformation von subjektiver Politik in die öffentliche Politik das erste Mal zum Tragen (vgl. Köpl in Fröschl, Zoitl 1986, 250).

Ende der 70er Jahre und v.a. mit dem neuen Parteiprogramm von 1978 gab es erste ernsthafte Diskussionen über den Einsatz von Quotenregelungen (vgl. Mesner, Zoitl 1989, 57). Die Frauenquote (25 Prozent Quote) wurde aber erst am Parteitag 1985 auf Drängen der SPÖ-Frauen eingesetzt. „Vor allem die Reformen im Strafrecht und im Familienrecht verbesserten die Situation der Frauen in der österreichischen Gesellschaft entscheidend und passten das Recht an die gesellschaftlichen Entwicklungen an.“ (Sandner 2013, 57) Auch im Bereich der politischen Repräsentation gab es Änderungen, so wurde Johanna Dohnal im Jahr 1979 als Staatssekretärin für allgemeine Frauenfragen im Bundeskanzleramt angelobt. In dieser Position erreichte sie eine ganze Reihe von wichtigen frauenpolitischen Maßnahmen, wie beispielsweise die Ausdehnung des Mutterschutzes auf Bäuerinnen und gewerblich selbstständige Frauen (vgl. Sandner 2013, 57).

Der Frauenanteil wurde in der Regierung ab 1979 von zwei, auf insgesamt sechs weibliche Mitglieder erhöht, das geschah allerdings nicht einfach so, bzw. auf Willen der Parteifunktionäre, sondern „aufgrund der breiten Mobilisierung von Frauen, die mehr Mitspracherecht und Möglichkeiten zum Engagement in der Politik forderten.“ (Köpl in Fröschl, Zoitl 1986, 255) Da sich die Vertretung der Frauen in den repräsentativen Körperschaften nicht wesentlich verbessert hatte und auch die Wiedererringung der absoluten Mehrheit durch die SPÖ nach 1979 keine Änderung erwarten ließ, wurde von den Frauenlobbies innerhalb der Partei und von der relativ starken autonomen Frauenbewegung „Druck auf die männerdominierende Parteienführung ausgeübt.“ (Köpl in Fröschl, Zoitl 1986, 255) Zu der ursprünglich geplanten Erweiterung der Regierungsmannschaft um eine Staatssekretärin, die sich mit Frauenpolitik auseinander setzen sollte, gesellten sich vier weitere Staatssekretärinnen, die allerdings mit unterschiedlichen Aufgaben betraut wurden

(vgl. Köpl in Fröschl, Zoitl 1986, 255). „Mit der Bestellung von vier Frauen zu Staatssekretären, erhofften Regierung und Regierungspartei Teile der autonomen Frauenbewegung durch die Errichtung von zwei Frauenstaatssekretariaten in das Umfeld sozialdemokratischer Organisation und Politik zu integrieren,...“ (Köpl in Fröschl, Zoitl 1986, 256)

Das im Jahr 1979 in Kraft getretene Gleichbehandlungsgesetz und v.a. dessen § 2, welches jede benachteiligende Differenzierung aufgrund des Geschlechts ohne sachliche Rechtfertigung bei der Entgeltfestsetzung in privatrechtlichen Dienstverhältnissen verbietet, bedeutete einen wichtigen formalen Schritt zum Abbau frauenspezifischer Diskriminierung. Auch wenn dieses Gesetz nicht ausreichte, um Probleme der unterschiedlichen Arbeitsbewertung und unterschiedlichen Aufstiegschancen von Frauen und Männern (versteckte Diskriminierung) zu lösen (vgl. Köpl in Fröschl, Zoitl 1986, 253).

Die erwartete Signalwirkung, welche man von Kreisky bezogen auf die bessere Repräsentation von Frauen im öffentlichen Leben erwartete, blieb fast gänzlich aus. Der Altkanzler sagte in einem Interview selbst, dass die Bestellung der vier weiblichen Staatssekretäre, im Gegensatz zum Schwangerschaftsabbruch eher Symbolcharakter hatte (vgl. Köpl in Fröschl, Zoitl 1986, 256). Außerdem ist die verfassungsrechtliche Stellung einer Staatssekretärin problematisch, da sie als eine Art Ministergehilfin dem jeweiligen Ressortchef gegenüber weisungsgebunden und hinsichtlich ihrer Kompetenzen von diesem abhängig ist (vgl. Köpl in Fröschl, Zoitl 1986, 256).

6.3. Zwentendorf und Volksabstimmung 1978

Ein Kapitel der Ära Kreisky, welches Fischer zufolge für den Ausgang der Nationalratswahlen im Jahr 1979 nicht ganz unbedeutend war, ist das Kapitel der friedlichen Nutzung der Kernenergie in Österreich, oder kurz gesagt, das Kapitel >>Zwentendorf<<.

Die friedliche Nutzung von Kernenergie bzw. die Errichtung von Kernkraftwerken war klarerweise, so auch Fischer, keine Erfindung Österreichs und auch keine Erfindung Kreiskys (vgl. Fischer 1994, 155). Ähnlich wie in Deutschland, Frankreich, der Schweiz und in Schweden wurde auch in Österreich schon in den 60er Jahren die Errichtung von Kernkraftwerken geplant.

Die Planung begann in der Ära Klaus und setzte sich in den 60er und 70er Jahren unverändert fort. Als man begann das Kernkraftwerk zu bauen, waren wahrscheinlich noch 90 Prozent der ÖsterreicherInnen und auch 90 Prozent der Abgeordneten für die saubere Form der Energiegewinnung (vgl. Fischer 1994, 155). „Der gordische Knoten, der schließlich am Tisch der österreichischen Innenpolitik lag, kam dadurch zustande, dass die Zahl der Kernkraftskeptiker und auch in anderen europäischen Staaten gerade in jenen Jahren deutlich anstieg, in denen das Kernkraftwerk errichtet wurde.“ (Fischer 1994, 155)

Hinzu kam, dass die ÖVP als Oppositionspartei klar machte, dass sie zwar prinzipiell nichts gegen die Errichtung und die Inbetriebnahme eines Kernkraftwerkes ins Österreich einzuwenden habe, aber dass die alleinige Verantwortung dafür die Regierung zu tragen habe und genau das wollte Kreisky nicht.

Er erklärte sowohl innerhalb der Partei als auch in der Öffentlichkeit, dass er für die Inbetriebnahme Zwentendorfs sei, aber dass das nur passieren werde, wenn die ÖVP im Parlament die Mitverantwortung dafür übernehme (vgl. Fischer 1994, 155, 156). Die unzähligen Verhandlungen zwischen den Klubobmännern der SPÖ (Fischer) und ÖVP (Koren und ab 1978 Mock) und anderen Abgeordneten führten zu keinem befriedigenden Ergebnis, zumindest nicht für Kreisky. „Die ÖVP war nicht bereit, über eine Formel -etwa in einem Entschließungsantrag- hinauszugehen, wonach der Nationalrat die Inbetriebnahme von Zwentendorf zur Kenntnis nimmt, nachdem die Regierung die Garantie für die Sicherheit des Kraftwerkes und für die Lösung der Entsorgungsfrage übernommen hatte.“ (Fischer 1994, 156) Für Benya war das ausreichend, für Kreisky aber nicht und so schildert Fischer, kam es zu parteiinternen Verhandlungen, die nicht gerade harmonisch und gemütlich waren.

Der Druck und das Drängen Benyas und anderer Kernkraftbefürworter wurden immer stärker, die Irritation Kreiskys größer und der Spielraum für Verhandlungen mit der Volkspartei immer kleiner. Es kam so weit, dass Kreisky eine Verhandlungsrunde abbrach, an der Taus, Mock (ÖVP) und Kreisky, Fischer (SPÖ) sowie andere Abgeordnete beider Parteien teilnahmen. Lt. Fischer hatte Taus so lange um den heißen Brei herumgeredet, dass Kreisky bald seine Papiere zusammenpackte und die Unterredung für beendet erklärte (vgl. Fischer 1994, 156). „So paradox es klingt: Je öfter Kreisky das Thema intern oder öffentlich ansprach, um es politisch zu entschärfen, unter Kontrolle zu bringen und die Verantwortung der ÖVP zu betonen, umso brisanter wurde das Thema, umso mehr geriet es außer Kontrolle und umso mehr geriet es in das Gravitationsfeld unserer politischen Verantwortung.“ (Fischer 1994, 159)

In dieser heißen Phase, welche Kreisky ziemliches Kopfzerbrechen bereitete, musste sich eben dieser noch dazu einer Operation im AKH unterziehen, drei oder vier Tage nach dieser Operation, so Fischer, kam die Nachricht vom Spital, dass Kreisky den Besuch von Androsch, Gratz und Fischer wünsche. Die drei Herren taten wie geheißen und als Kreisky sie empfing sagte er zu ihnen ohne weitere Umschweife: *„Ich habe über die Zwentendorfffrage sorgfältig nachgedacht. Ich halte es für falsch das Kraftwerk nicht in Betrieb zu nehmen und viele Milliarden Schilling beim Fenster hinauszuerwerfen, das wird auch die Bevölkerung nicht verstehen. Ich halte es aber ebenso für falsch, das Projekt durchzutrupfen wie sich der Toni Benya das vorstellt, und die ÖVP aus ihrer Verantwortung zu entlassen. Ich mache euch aber einen Vorschlag als Ausweg: Wir machen zur Frage der Inbetriebnahme von Zwentendorf eine Volksabstimmung. Die Mehrheit der Bevölkerung wird sicher dafür sein, und das muß dann auch die ÖVP zur Kenntnis nehmen, ob es ihnen passt oder nicht.“* (Kreisky zit. in Fischer 1994, 157)

Fischer erlaubte sich daraufhin einen juristischen Einwand und meinte, dass man eine Volksabstimmung nur über ein vom Nationalrat beschlossenes Gesetz durchführen kann, dass im Zusammenhang mit Zwentendorf kein Gesetz beschlossen wurde und dass es daher auch keine Volksabstimmung gibt. Kreisky lies sich aber nicht so leicht abschütteln und reagierte leicht aufbrausend als er meinte: „Damit braucht ihr mir gar nicht zu kommen, für jeden Unfug werden von euch Gesetze beschlossen und da wollt ihr mir einreden, dass man für ein so wichtiges Thema nicht ein Gesetz erfinden kann, über das man dann eine Volksabstimmung durchführen kann.“ (Kreisky zit. in Fischer 1994, 157)

Was darauf folgte ist bekannt, es wurde tatsächlich ein neues Gesetz erfunden, welches vom Nationalrat mit Mehrheit beschlossen wurde und auch die Volksabstimmung wurde mit Zustimmung des Nationalrates durchgeführt.

Die besagte Volksabstimmung fand dann am 5. November 1978 statt und das überraschende und für Kreisky persönlich, enttäuschende Ergebnis war, dass 49,5 Prozent der ÖsterreicherInnen für die Inbetriebnahme stimmten und 50,5 Prozent dagegen (vgl. Fischer 1994, 157, 158).

Fischer selbst, der am Tag der Wahl von Vancouver nach Wien reiste um in seinem Wahllokal seine Stimme abzugeben, war geradezu erleichtert, als das endgültige Wahlergebnis feststand, da ihm eine knappe Nein-Mehrheit wesentlich lieber war, als eine knappe Ja-Mehrheit, denn wäre die Wahl ganz knapp für die Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes ausgegangen, wäre diese zwar formal durchgeführt worden, allerdings mit

dem Wissen das rund die Hälfte der Bevölkerung dagegen war, wodurch das Problem nicht aus der Welt geschafft, sondern nur komplizierter und kontroversieller geworden wäre (vgl. Fischer 1994, 161).

Fischer ging in die Löwelstraße um Kreisky zu besuchen, der zuvor ein Interview in der >>Zeit im Bild<< gab. Kreisky saß gemeinsam mit Blecha, Androsch, Gratz und Firnberg in Blechas Zimmer und sie verfolgten gemeinsam die Berichterstattung im Fernsehen. Als die Berichterstattung zu Ende war, ergriff Fischer das Wort und meinte, dass sie vielleicht anderer Meinung als er sein werden, aber, dass ein hauchdünnes Nein, so glaubte er, immer noch besser sei, als ein haudünnes Ja. „Weil an diesem Ja hätten wir uns bis zur Nationalratswahl erwürgt.“ (Fischer 1994, 161)

Die Stimmung besserte sich bald und man fing an sich darüber Gedanken zu machen wie es nun weiter gehen sollte. Denn wenn die Kernkraftwerksgesellschaft auf stur schalte, werde sie dennoch die Betriebsbewilligung verlangen und selbst wenn diese vom Gesundheitsministerium nicht erteilt würde, können sie zum Verwaltungsgerichtshof gehen, wo schließlich ein Gericht entscheidet ob das Kernkraftwerk in Betrieb geht oder nicht (vgl. Fischer 1994, 161) und wieder meinte Kreisky, dass man eben ein Gesetz erfinden müsse, das diese Möglichkeit verhindert. Schon am nächsten Tag machte Kreisky den Vorschlag ein solches Gesetz zu beschließen und er wollte den Text schon am darauffolgenden Tag haben.

Das Hauptinteresse der österreichischen Öffentlichkeit galt aber, weder diesem Gesetz, noch dem Umgang mit Zwentendorf, sondern dem politischen Schicksal Kreiskys, der die Volksabstimmung zu einer Art Vertrauensfrage gemacht hatte und nach dem Vorliegen der Ergebnisse im Fernsehen ankündigte, dass er dem Parteivorstand der SPÖ sagen werde, welche Konsequenzen aus dem Ergebnis zu ziehen seien (vgl. Fischer 1994, 162).

Und wirklich erklärte er dann im Parteipräsidium „die Gründe warum er die Durchführung einer Volksabstimmung empfohlen habe, warum er in den letzten Wochen vor der Volksabstimmung sein ganz persönliches Prestige in die Waagschale geworfen habe und weshalb er jetzt im Parteipräsidium seinen Rücktritt anbiete.“ (Fischer 1994, 162) Er meinte, dass er die Funktion des Bundeskanzlers schon seit acht Jahren ausführe, dass er also schon eine lange Zeit eine große Last trage und dass der Wechsel an der Spitze der Regierung ja ohnehin erfolgen müsse, also warum nicht gleich aus diesem Anlass.

Danach meldeten sich einige zu Wort, u.a. Benya, Gratz, Blecha und Fischer die den Rücktritt Kreiskys eindeutig ablehnten. Sie meinten, dass sie die Ansicht der Notwendigkeit der Nutzung der Kernenergie gemeinsam teilen und auch die Durchführung der

Volksabstimmung gemeinsam beschlossen haben und dass es deshalb falsch wäre einen einzelnen als Sündenbock zu suchen. Außerdem sei das Vertrauen in Kreisky nicht erschüttert, sondern im Gegenteil, er solle mit vermehrtem Vertrauen und vergrößerten Vollmachten weitermachen.

Nachdem fast alle Mitglieder des Präsidiums sich zu Wort meldeten und ihm eine Generalvollmacht gaben, meinte Kreisky zum Schluss, dass er die Aufforderung zur Fortsetzung seiner Tätigkeit als Bundeskanzler akzeptiere, dass er aber dann größere Vollmachten zur Erfüllung dieser Aufgaben brauche. Er schlug außerdem vor, dass dieses Ergebnis der Präsidiumssitzung nicht von ihm, sondern von einem anderen Mitglied des Präsidiums, dem Parteivorstand und der Öffentlichkeit mitgeteilt werden sollte. Schließlich wurde Hertha Firnberg mit dieser Aufgabe betraut (vgl. Fischer 1994, 163).

Fischer zufolge wurde Kreiskys Generalvollmacht fast zur Allmacht hochstilisiert und die ÖVP handelte damit sehr unüberlegt. Denn anstatt Kreisky als geschwächten und geschlagenen Regierungschef darzustellen und damit die Chancen von ÖVP-Obmann Taus und der Partei zu vergrößern, um bei der Wahl mehr Prozente zu bekommen, war es ausgerechnet die Volkspartei, die Kreisky „zum Superkreisky, zum stärksten Kreisky den es je gab“ machte und somit mithalf, „die psychologischen Folgen der Abstimmungsniederlage möglichst rasch zu beseitigen.“ (Fischer 1994, 163) Die Idee der Generalvollmacht erfüllte also durchaus ihren Zweck (vgl. Fischer 1994, 163).

„Die >>Volksabstimmung<< über Zwentendorf war in politischer Hinsicht eine Volksbefragung, also ein Hilfsmittel, um die Meinung der Österreicher festzustellen und diese Erfahrung war auch ausschlaggebend dafür, dass das Instrument der Volksbefragung schließlich durch das Bundesverfassungsgesetz vom 29. November 1988, BGBl. 685/1988 in der österreichischen Verfassung verankert wurde.“ (Fischer 1994, 163)

Fischer meint, dass die Bevölkerung Kreisky in einer bestimmten Frage Grenzen gesetzt hatte und ihm sogar eine Niederlage zufügte, ABER auch dass sie mit ihm als Regierungschef ganz und gar nicht unzufrieden war. Er fand Anerkennung für die Schaffung des >>modernen Österreichs<< als politische Leitlinie und für seinen Einsatz für die vielen gesellschaftlichen Probleme, sowie für seine ruhige und bedächtige Art damit umzugehen. Die ÖsterreicherInnen fühlten sich wohl unter seiner Leitung (vgl. Fischer 1994, 164).

Bei der Nationalratswahl 1979 erreichte die SPÖ mit 2,412.778 Stimmen das beste Ergebnis in der Geschichte der Sozialdemokratie (51, 03%) und erlangte 95 Mandate.

Die ÖVP kam auf weniger als zwei Millionen Stimmen (41,9%) und verlor damit von ihren 80 Mandaten zwei an die SPÖ und eines an die FPÖ (6,1%).

Die SPÖ und Kreisky befanden sich nun am Höhepunkt ihres Einflusses und zwar nicht nur was die Zahl der für sie abgegebenen Stimmen anbelangt, sondern auch was die geistige Überlegenheit betrifft (vgl. Peter Pelinka 1988, 109). „Kreiskys geflügelter Satz, ihm seien Millionen Schilling Staatsschulden lieber als Hunderttausende Arbeitslose, ist (fast) zum Grundkonsens geworden.“ (Peter Pelinka 1988, 109)

6.4. Erste Abnutzungserscheinungen

Am Beginn der 80er Jahre begann der Höhenflug der SPÖ langsam zu sinken. Die Arbeitslosenrate stieg bis 1983 auf mehr als 4 Prozent, das Haushaltsdefizit des Bundes stieg von 2,6 auf 5,4 Prozent, wodurch der Spielraum für eine deficit spending-Politik eingeschränkt wurde (vgl. Peter Pelinka 1988, 110).

„Wenn auch im internationalen Vergleich die Arbeitslosenzahlen in Österreich überaus niedrig waren, so wurden sie von den Anhängern der SPÖ umso drastischer empfunden, als gerade das Argument der „Sicherung der Vollbeschäftigung“ lange Jahre eines der wesentlichen Argumente der SPÖ in den politischen Auseinandersetzungen mit der Opposition war.“ (Kostelka in Peter Pelinka, Steger 1988, 76)

1980 wurde durch die Vorgänge um den Bau des Allgemeinen Krankenhauses in Wien und die in diesem Zusammenhang erhobenen Vorwürfe der Korruption und Misswirtschaft, das Vertrauen der WählerInnen in die SPÖ erschüttert (vgl. Kostelka in Peter Pelinka, Steger 1988, 75). Es wurden Provisionskonten in Liechtenstein entdeckt und Manager verurteilt (vgl. www.wien-vienna.at).

Im Jänner 1981 legte Hannes Androsch, nach internen Konflikten seine Regierungs- und Parteiämter zurück. Als Finanzminister folgte ihm Herbert Salcher.

„Zuvor hatte Kreisky im Zuge des eskalierenden Konfliktes mit Androsch, ein „Zehn-Punkte-Programm“ zur Bekämpfung von Politikprivilegien und Korruption verkündet.“ (Peter Pelinka 1988, 110) „Erst gegen Ende seines politischen Wirkens wurde ihm mehr und mehr bewusst, dass er mit seinem versäumten Privilegienabbau sein ganzes Lebenswerk in Frage stellte.“ (Leser 2008, 171)

Die Erlassung des Zehnpunkteprogramms im September 1980, war ein letzter Versuch und Vorstoß gegen den Privilegienabbau, der aber Leser zufolge „to little an to late“ war bzw. erfolgte (vgl. Leser 2008, 171).

Nur um es hier kurz zu erwähnen: Folgt man u.a. den Berichten von Norbert Leser über das Verhältnis von Kreisky und Androsch, muss man sagen, dass es bis zum Ausbruch des Konfliktes ein sehr Gutes gewesen sein soll und dass Androsch Kreiskys absoluter Favorit als sein Nachfolgekandidat war. Auslöser für den Konflikt war wahrscheinlich Androschs Ansinnen an Kreisky, ihn zum Präsidenten der Nationalbank zu machen. Kreisky soll ihm daraufhin erschüttert geantwortet haben: „Geht es dir wirklich nur ums Geld?“ (Kreisky zit. in Leser 2008, 165)

Bruno Kreisky sagte Leser und anderen später, dass für ihn damals eine Welt zusammengebrochen sei, er war zutiefst verletzt und enttäuscht, dass Androsch das in ihn gesetzte Vertrauen, seine Nachfolge anzutreten nicht würdigte. Androsch meinte im Gegenzug, dass er damals schon die Aussichtslosigkeit, tatsächlich Nachfolger Kreiskys zu werden erkannte und sich daher nach einem Ersatzposten umsah und dabei natürlich ganz hoch griff (vgl. Leser 2008, 165).

Neben diesen internen Spannungen machte der SPÖ auch noch die internationale Entwicklung zu schaffen: Die sozialliberale Ära in der BRD neigte sich dem Ende zu und in Großbritannien sowie in den USA hatte bereits die Ära der neokonservativen Politik begonnen. Des Weiteren wurde die SPÖ durch „neue soziale Bewegungen“ gefordert, die sich abseits der traditionellen politischen Lager organisierten, denn auch in Österreich ging ein sozialer Wandel vor sich. Die Anzahl an Selbstständigen halbierte sich, es gab um 150 Prozent mehr Angestellte und Beamte. Der Mittelstand wuchs an und die Qualifikationen dieses Mittelstandes stimmten immer weniger mit der Berufsrealität überein (vgl. Peter Pelinka 1988, 110). Hinzu kam noch der international feststellbare Wertewandel in der jungen Generation, d.h., dass die traditionellen Werte der Aufbaugeneration – Einkommenssteigerung, sowie Ruhe und Ordnung von „postmaterialistischen“ Werten in den Hintergrund gedrängt wurden. Wichtig wurden: „Rettung der zunehmend bedrohten Umwelt, Sicherung des Weltfriedens, Sicherung von Individualität, Selbstverwirklichung und Autonomie – auch gegenüber einem vielfach als einengend empfundenen Sozial- und Wohlfahrtsstaat mit seiner ausufernden Bürokratie.“ (Peter Pelinka 1988, 111)

Ökologie-, Friedens-, Frauenbewegungen und lokale Bürgerinitiativen erstarkten vor diesem Hintergrund. Sie forderten v.a. direkte Mitbestimmung und traten für Demokratie ein, ihre Forderungen richteten sie in erster Linie an die SPÖ, wodurch sie mit ihr als Regierungspartei konfrontiert waren und es zu starken innerparteilichen Konflikten kam:

- Schon 1978 gab es ein Personenkomitee „Sozialisten gegen Zwentendorf“, das gegen die offizielle Parteilinie agierte und etwa 25 Prozent der sozialistischen WählerInnen ausmachte (vgl. Peter Pelinka 1988, 111).
- 1980 und 81 kam es zu heftigen Debatten um die Panzerexporte verstaatlichter Firmen in die faschistischen Länder Chile und Argentinien, während sich im Fall Chile die Waffenexportgegner (Regierung) durchsetzten, gelang das im Fall Argentinien nicht. Wodurch es vor den Firmentoren zu Ausschreitungen zwischen vorwiegend sozialistischen Gewerkschaftern und großteils sozialistischen Rüstungsgegnern kam (vgl. Peter Pelinka 1988, 111,112).
- Die vom ehemaligen AZ-Chefredakteur Paul Blau und Juso-Chef Josef Cap initiierte „rot-grüne Plattform“ wurde 1982 vom SPÖ-Parteivorsitzenden verboten. Obwohl Cap im Mai 1982 vom Parteitag aus dem Parteivorstand gewählt wurde, nachdem er den burgenländischen Parteivorsitzenden Theodor Kery wegen dessen Privilegien attackierte, zog er bei der Nationalratswahl 1983 mit elf Prozent der Vorzugsstimmen der Wiener SPÖ-Wähler in das Parlament ein (vgl. Peter Pelinka 1988, 111).
- Den ebenfalls von den SPÖ-Jugendorganisationen unterstützten Friedenskundgebungen im Mai 1982 (70. 000 TeilnehmerInnen) gegen den NATO-Doppelbeschluss, stand die SPÖ anfangs sehr skeptisch gegenüber, aber auch hier änderte sich ihre Position bis zur nächsten Demonstration im November 1983 (100. 000 TeilnehmerInnen) (vgl. Peter Pelinka 1988, 111).

Was der SPÖ in ihrem weiteren Wirken außerdem zu schaffen machte, war die Etablierung einer „alternativen Liste“, die zuerst bei den Kommunalwahlen in Salzburg und Graz Mandate bekamen und später im Herbst 1982 auch bundesweit als neue Partei auftrat. Diese Etablierung stellte das faktische Monopol der SPÖ auf „linke“ Stimmen in Frage zu diesen linken Stimmen gehörten jüngere, gut ausgebildete und oft gut verdienende Angehörige der „Neuen Mittelschichten“ aus Bildungs- und Sozialberufen (vgl. Peter Pelinka 1988, 113).

Auch die Vereinten Grünen Österreichs (VGÖ) traten bei der Nationalratswahl 1983 zum ersten Mal an und auch sie zählten zu einer linken Gruppierung, die für manche eine „bessere“ Alternative zur SPÖ darstellte. „Viele der sogenannten „Kreisky-Wähler“, also Wähler, die nicht einer Stammwählerschicht der SPÖ zuzuzählen sind, die jedoch im Hinblick auf die von der SPÖ vertretenen Reformpolitik in den 70er Jahren bereit waren „ein Stück des Weges mit ihr zu gehen“, waren 1983 nicht mehr bereit ihr zu folgen. Gerade dieses Wählersegment wanderte wiederum an die ÖVP zurück, teilweise aber auch an die VGÖ und ALÖ.“ (Kostelka in Peter Pelinka, Steger 1988, 76) Der entscheidende Grund für das Ende der Ära Kreisky war aber die wirtschaftliche Entwicklung im Land. Schon 1979 warnte der damalige Kabinettschef Ferdinande Lacina davor, dass die Österreichische Interholding AG als Dachorganisation der Verstaatlichten Industrie immer weniger beschäftigungs- und regionalpolitische Zielsetzungen erfüllen könne, der Beschäftigungsstand der ÖIAG sank von 116.602 (1979) auf 106.619 (1983) (vgl. Peter Pelinka 1988, 113). Im Parteiprogramm von 1978 war noch von der Schaffung eines qualitativen Wachstums und von einer Änderung der Entscheidungsverhältnisse in den Betrieben zugunsten der Arbeitnehmer die Rede.

Das Wirtschaftsprogramm der SPÖ von 1981 enthielt schon wesentlich vorsichtigere Bezeichnungen im Bezug auf Wirtschaft und ArbeitnehmerInnen. Hier hieß es „Strukturhilfe für die Verstaatliche Industrie“, „Verbesserungen der Investitionsförderung“ und „Erleichterung der Eigenkapitalbildung“. Es standen also wieder ausschließlich quantitative Interessen zur Belebung des Wachstums im Vordergrund (vgl. Peter Pelinka 1988, 112, 114). Beschäftigungsprogramme zur Sicherung der Vollbeschäftigung gab es aber auch noch am Ende der Ära Kreisky, diese waren allerdings mit Sparappellen in anderen Bereichen und mit Überlegungen in sozial gerechte Form, zu neuen Finanzierungsquellen zu kommen verbunden. Eine dieser Finanzierungsquellen, die „Quellensteuer“ wurde von Kreisky und Salcher knapp vor der Nationalratswahl 1983 zur Diskussion gestellt. Diese sollte eine direkte Besteuerung der Zinseinkommen bei den Banken ermöglichen und eine fast hundertprozentige Steuerhinterziehung der Einkommenssteuer unterliegenden Beiträge verhindern. Dadurch sollten die überproportional gestiegenen Einkommen vermindert und das Kapital von den Banken weg, zurück in den Geldumlauf gebracht werden. Von der Opposition und von den Boulevardmedien wurde diese Steuer als „Sparbuchsteuer“ heruntergemacht, mit dem Resultat, dass besagte Steuer nie eingeführt wurde.

Hier zeigte sich deutlich die Medienschwäche der SPÖ und dass der große „Medienzar“ Kreisky, durch Krankheit geschwächt, kein überragendes Gegengewicht mehr bilden konnte (vgl. Peter Pelinka 1988, 114).

Bei der Nationalratswahl 1983 verlor die SPÖ rund 100.000 Stimmen, oder 3,4 Prozent. Mit einem Stimmenanteil von 47,7 Prozent erhielt sie nur mehr 90, statt der bis dahin innegehabten 95 Mandate. Die SPÖ blieb damit stimmen- und mandatsstärkste Partei, verlor jedoch um zwei Mandate ihre absolute Mehrheit, über die sie zwölf Jahre lang verfügte. Die ÖVP konnte 116.000 Wähler dazugewinnen, womit sie mit einem Plus von 2,2 Prozent, 43,2 Prozent der Stimmen und 81 Mandate erhielt (zuvor 77). Die FPÖ gewann durch die Wahlarithmetik ein zusätzliches Mandat dazu (insgesamt 12 Mandate), obwohl sie im Verhältnis zur Wahl 1979, 45.000 WählerInnenstimmen verloren hatte und von 6,06 Prozent auf 4,98 Prozent absank. Die Alternative Liste Österreichs (66.000 Stimmen, 1,4 Prozent) und die erstmals kandidierenden Vereinten Grünen Österreichs (94.000 Stimmen, 1,9 Prozent) schafften es (noch) nicht in den Nationalrat (vgl. Kostelka in Peter Pelinka, Steger 1988, 75).

6.5. Resümee

Für die Ära Kreisky zwischen 1970 und 1983 gab es im Hinblick auf die Wahlerfolge international kein vergleichbares Beispiel. Es gelang der Sozialdemokratie nirgendwo sonst dreimal hintereinander die Alleinregierung zu stellen und das mit wachsender Wählermehrheit.

„Der Erfolg ihrer Politik ergab sich aus liberalen Reformen im Bereich des gesellschaftlichen „Überbaus“ und aus dem Versuch, im Rahmen der kapitalistischen Struktur des Landes eine möglichst eigenständige Gegenstrategie zur weltweiten Wirtschaftskrise in Gestalt des „austrokeynesianistischen“, als „österreichischen Weg“ bezeichneten Systems zu entwickeln.“ (Peter Pelinka 1988, 115) Bis zum Beginn der 80er Jahre gelang es auch wirklich Inflation und Arbeitslosigkeit gering zu halten und das Österreichische Ansehen in der Welt zu stärken. Mit dem Ende der Ära Kreisky, kam es einerseits zur Schwächung des mächtigsten österreichischen Bundeskanzlers aller Zeiten und zu parteiinternen Spannungen, andererseits kam es zu einem internationalen und gesellschaftlichen Wandel.

So wurde der international aufkommende Neokonservatismus auch für Österreich zunehmend attraktiver und es wurde immer schwieriger, die ökonomische Weltkrise von Österreich fernzuhalten.

In der österreichischen Gesellschaft konnten sich neue soziale Bewegungen etablieren, auch weil sich für die SPÖ neue Probleme ergaben, die für sie scheinbar nicht mehr bewältigbar waren (vgl. Peter Pelinka 1988, 115).

7. Die Übergangsära Sinowatz oder die kleine Koalition

Entsprechend seinen Ankündigungen im Wahlkampf erklärte Bruno Kreisky noch am 24. April 1983 seinen Rücktritt als Bundeskanzler und Parteivorsitzenden. Schon zwei Tage später wurde Vizekanzler und stellvertretender Parteivorsitzender Fred Sinowatz zum Kanzlerkandidaten der SPÖ nominiert (vgl. Kostelka in Peter Pelinka, Steger 1988, 77). „Die Schwäche Kreiskys, die sich in der Partei am meisten auswirkte, kam schon in der Wahl seines Nachfolgers im Staat und in der Partei zum Ausdruck.“ (Leser 2008, 174)

Kreisky war von Sinowatz überzeugt, da er im Burgenland die Jahre zuvor schon einige Erfolge aufweisen konnte. Er war maßgeblich mitverantwortlich für den Machtwechsel von der ÖVP zur SPÖ bei den burgenländischen Landtagswahlen 1964. Leser zufolge hätte Sinowatz gut daran getan, sich rechtzeitig für die Nachfolge Kerys, der nach der verlorenen Landtagswahl 1988 zurücktrat, vorzubereiten. Er versäumte diese Etablierung allerdings und wurde dafür von Kreisky als dessen Nachfolger ausgewählt. Zuerst wehrte er sich, „in richtiger Selbsteinschätzung“ gegen diesen Plan, da er insgeheim wusste, dass er dem Amt des Bundeskanzlers nicht gewachsen war. „Aber er beugte sich letzten Endes doch der Parteiräson, die für ihn als Parteisoldaten über alles ging.“ (Leser 2008, 174)

„Innerparteilich war die Ära Sinowatz gegenüber der Kreiskys ein Rückfall und Rückschritt, die Übertragung landespolitischer Vorgangsweisen auf die Bundespolitik tat dieser und Sinowatz selbst nicht gut.“ (Leser 2008, 175)

Die Koalition zwischen SPÖ und FPÖ ergab sich übrigens u.a. aus „der mangelnden Bereitschaft der ÖVP, der SPÖ entsprechend dem Wahlergebnis die führende Rolle in einer gemeinsamen Koalition zu überlassen.“ (Kostelka in Peter Pelinka, Steger 1988, 77)

Wobei hier zu erwähnen ist, dass auch die SPÖ „in erster Linie nicht an eine Koalition mit der ÖVP dachte.“ (Kreisky in Kostelka in Peter Pelinka, Steger 1988, 77)

7.1. Probleme in der Zeit der kleinen Koalition

Jedenfalls wurde die dreijährige Amtszeit des Kabinetts Sinowatz/Steger von mehreren Skandalen überschattet (vgl. Peter Pelinka 1988, 116). Der Konflikt zwischen den inzwischen SPÖ-Ehrenvorsitzendem Bruno Kreisky und seinem ehemaligen Vizekanzler Androsch eskalierte und nachdem Finanzminister Salcher eine Sachverhaltsdarstellung über mögliche

Steuerhinterziehung durch Androsch bei Gericht hinterlegte, wurde er im Herbst 1984 durch Länderbank-Generaldirektor Franz Vranitzky ersetzt. Androsch legte später seine Ehrenfunktion in der SPÖ zurück, nachdem der Streit mit Kreisky kein Ende nahm, im Dezember 1987 wurde er in erster Instanz wegen falscher Zeugenaussage vor dem AKH-Ausschuss verurteilt und als CA-Generaldirektor abgelöst (vgl. Peter Pelinka 1988, 116/117).

- Bautenminister Sekanina legte, wegen massiver Vorwürfe unsauberer Geschäfte, alle seine Ämter in Regierung, Partei und Gewerkschaft nieder.
- „Im Dezember 1984 kam es nach der Besetzung der Donauauen bei Hainburg durch Gegner des geplanten Donaukraftwerks zu Konfrontationen mit Gewerkschaften.“ (Peter Pelinka 1988, 117) Die Regierung initiierte einen vorläufigen Baustopp und eine Verhandlungsphase. Die anschließende Entlassung Günther Nennings (Vorsitzender der Journalistengewerkschaft und Wortführer) aus der SPÖ und des ÖGB sorgte in den Medien und in der Bevölkerung für Aufruhr und die Partei schadete sich damit selbst. „Nach dem Motto „Schafft den Narren fort“ wurde die an Persönlichkeiten und bunten Vögeln ohnehin arme Partei eines Glanzlichtes beraubt, das sicherlich auch Züge eines Irrlichtes hatte, insgesamt aber zur Verlebendigung der Partei beitrug.“ (Leser 2008, 175)
- Nennung, sowie die aus der SPÖ ausgetretene Freda Meissner-Blau, wanderten zu den neuformierten Grünen.
- Auch die Koalition mit der FPÖ wirkte sich ungünstig auf die Sozialdemokraten aus. Zum Beispiel als der FPÖ-Verteidigungsminister Frischenschlager, den aus italienischer Haft entlassenen SS-Kriegsverbrecher Walter Reder, am Flughafen mit einem Handschlag begrüßte. Die SPÖ verurteilte dies zwar als schweren politischen Fehler, unternahm aber nichts dagegen, sodass Frischenschlager erst Monate später die Regierung verließ. Durch die Zusammenarbeit mit der FPÖ, wurde eines der wenigen, noch funktionierenden Ideologeelemente schwer belastet, nämlich die des Antifaschismus (vgl. Peter Pelinka 1988, 118, 119).

Was der SPÖ aber den größten Schaden zufügte, war die schwere Krise der verstaatlichten Industrie (vgl. Peter Pelinka 1988, 118, 119). Im Bereich der verstaatlichten Industrie wurden sowohl bei der VOEST-Tochter Intertrading, als auch bei der Chemie-Linz-Tochter Merx enorme Spekulationsversuche bekannt.

Bei der VOEST-Alpine-Intetrading, kamen die hohen Verluste im Ölhandel ans Licht. „Es war eine nationale Katastrophe, weil es sich bei der VOEST um die österreichische Großindustrie handelt...“ (Cap 1989, 71)

„In der Not der verstaatlichten Industrie, verkaufte die Voest so genannte „Noricum“-Kanonen an die kriegführenden Länder Iran und Irak.“ (www.wien-vienna.at)

Die verstaatlichte Industrie, welche jahrelang den billigen Zulieferbereich für die Privatwirtschaft darstellte und an ihrer Umstrukturierung oft gehindert wurde, bekam die vollen Auswirkungen der internationalen Stahlkrise, aber auch der jahrelangen Bürokratisierung zu spüren. Die danach überstürzt begonnene Wendung zu neuen Technologien und kurzfristige Gewinne versprechende Ölspekulationen gelangen nicht (vgl. Peter Pelinka 1988, 118). „Auch Demonstrationen der Beschäftigten änderten nichts mehr daran, dass Rationalisierungen und Privatisierungen nun die Zahl der Arbeitsplätze weiter schrumpfen ließen.“ (Peter Pelinka 1988, 118) Durch diese Krise wurden die SPÖ-Politik der Arbeitsplatzsicherung und die Bedeutung des verstaatlichten Sektors schwer geschwächt. „Da nutzte es nur wenig, dass 1984 ein Startschuss für eine Perspektive-90“-Debatte gegeben wurde, die ideologische Krise saß nach Ende der „Ära Kreisky“, nach 13 Jahren Alleinregierung, nach stolz verantwortendem „österreichischen Weg“ zu tief.“ (Peter Pelinka 1988, 119)

7.2. Die Waldheim Affäre

Während des Präsidentschaftswahlkampfes 1986 kamen viele historische Tabus auf, wie z.B. Antisemitismus, die Rolle Österreichs im Dritten Reich, oder die Definition von „Pflichterfüllung“ im Rahmen des Nazi-Systems. Hintergrund für diese und ähnliche Debatten war die Aufstellung Kurt Waldheims als ÖVP-Spitzenkandidat zum Bundespräsidenten, denn im März 1986 tauchten in einem österreichischen Nachrichtensender und später in einer amerikanischen Zeitung Nachrichten über eine Mitgliedschaft Waldheims in NS-Organisationen auf „und später immer konkreter werdende Informationen über die Tätigkeit Waldheims in den Jahren 1942 bis 1945, als mit Geheimdienstaufgaben beschäftigter Ordonnanzoffizier, im Stab der in Südeuropa stationierten Heeresgruppe E der deutschen Wehrmacht.“ (Kostelka in Peter Pelinka, Steger 1988, 90)

Vorerst wies Waldheim alle Vorwürfe zurück, doch schon bald stellte sich heraus, dass Waldheim zumindest einer der am bestinformiertesten Offiziere der Heeresgruppe E war. Waldheim verteidigte sich, indem er sagte, dass „er wie hunderttausend andere Österreicher nur seine Pflicht getan habe“ und leugnete u.a. von Judendeportationen gewusst zu haben (vgl. Kostelka in Peter Pelinka, Steger 1988, 90).

Besonders dramatisch wurde der Wahlkampf, als der Jüdische Weltkongress in New York begann, bis dahin unbekannte Informationen und Dokumente über die Vergangenheit Waldheims zu veröffentlichen. „Die ÖVP-Wahlkampfführung reagierte darauf mit dem berüchtigt gewordenen Plakat: “Wir Österreicher wählen wen wir wollen – jetzt erst recht Waldheim.““ (Kostelka in Peter Pelinka, Steger 1988, 90) Mit dieser Aussage wurden ganz bewusst die Emotionen der “Kriegsgeneration“ angesprochen, antisemitische und neofaschistische Reaktionen wurden dabei offensichtlich in Kauf genommen (vgl. Kostelka in Peter Pelinka, Steger 1988, 90). Einzelne ÖVP-Politiker wie der ehemalige Generalsekretär Graff und der Linzer Vizebürgermeister Hödl, setzten vor und nach der Wahl Waldheims, das Erbe des christlich-sozialen Antisemitismus fort und traten erst nach heftigen öffentlichen Protesten zurück (vgl. Peter Pelinka 1988, 119).

Es ist der ÖVP gelungen, die Schuld für die offengebliebenen Fragen in der Vergangenheit Waldheims und der dadurch erfolgten internationalen Rufschädigung Österreichs, der SPÖ zuzuschieben (vgl. Kostelka in Peter Pelinka, Steger 1988, 90).

„Die SPÖ und ihr Kandidat Dr. Kurt Steyrer mußten zur Kenntnis nehmen, dass ein nicht unbeträchtlicher Teil der Österreicher, die tatsächliche Vergangenheit eines Präsidentschaftskandidaten gar nicht kennen wollte.“ (Kostelka in Peter Pelinka, Steger 1988, 90) Auch, dass Waldheim nachgewiesen werden konnte, mehrmals die Unwahrheit gesagt zu haben, störte viele WählerInnen zu diesem Zeitpunkt offenbar nicht. „Ganz im Gegenteil: Jeder, der den Schleier der Vergeßlichkeit über Dr. Waldheims Kriegsjahre nur ein wenig lüftet, hatte (...) damit zu rechnen, als “Nestbeschmutzer“ angegriffen zu werden.“ (Kostelka in Peter Pelinka, Steger 1988, 90,91)

Norbert Leser ist der Meinung, dass die eigentliche Niederlage der SPÖ, die dann auch zum Ende der Ära Sinowatz führte, der Kampf gegen Kurt Waldheim im Zuge der Bundespräsidentenwahl 1986 war. Sinowatz und seine engsten Mitarbeiter entfesselten die Kampagne gegen Kurt Waldheim und der Bundeskanzler soll ihn wie einen Staatsfeind behandelt haben (vgl. Leser 2008, 177).

Leser kritisiert, dass Sinowatz nicht wie ein Bundeskanzler vorging, sondern wie ein burgenländischer Landesparteiensekretär, der einen in Ungnade gefallenen Bürgermeister zu Fall bringen wollte und meint, dass er unterschätzte, welche internationalen Dimensionen dieser Fall durch die US-amerikanische Allianz annehmen würde, auch war ihm nicht klar, welcher Schaden für Österreich aus dieser Allianz erwachsen sollte (vgl. Leser 2008, 177).

Während es Sinowatz und der SPÖ, Leser zufolge, bloß darum ging, den Sieg Waldheims bei der Bundespräsidentchaftswahl zu verhindern, so ging es für die beteiligte amerikanische Allianz um einen Rachefeldzug aufgrund der Nahostpolitik, „die Waldheim als Generalsekretär der Vereinten Nationen betrieben hatte.“ (Leser 2008, 178)

Der erste Wahlgang am 05.05.1986 brachte für Waldheim bereits eine relative Mehrheit. Kurt Steyrer lag mit 43,7 Prozent fast 6 Prozent hinter Waldheim. Der grün-alternativen Kandidatin Meissner-Blau gelang immerhin ein Achtungserfolg von 5,5 Prozent, der neofaschistische und der rechtsradikale Kandidat Scrinzi erreichte trotz „Waldheim-Kampagne“ nur 1,2 Prozent. Da bei dieser Wahl am 05.05. aber noch nicht die Hälfte aller gültigen Stimmen abgegeben wurden, brauchte man einen zweiten Wahlgang, der am 08.06. erfolgte. Bei Diesem fiel das Ergebnis noch deutlicher aus und Waldheim ging mit 53,9 Prozent als eindeutiger Sieger hervor. Bundeskanzler Sinowatz zog die Konsequenzen daraus und trat als Bundeskanzler zurück, hatte er sich doch deutlicher als jeder andere Spitzendkandidat gegen Waldheim eingesetzt (vgl. Kostelka in Peter Pelinka, Steger 1988, 91). Sein Nachfolger wurde Finanzminister Franz Vranitzky.

7.3. Leistungen unter Sinowatz

Fest steht, dass Sinowatz, was man von seiner Person und Stärke als Bundeskanzler auch halten mag, es in dieser dreijährigen Phase unglaublich schwer hatte. Seine Mühen die er in dieser Zeit durchaus für die Partei und für die Gesellschaft aufwendete, wurden von zahlreichen Problemen und Skandalen überschattet, für die er nichts konnte.

Was hier z.B. nicht erwähnt wurde, ist das Arbeitsübereinkommen von SPÖ und FPÖ, welches u.a. Ideen für die Finanzierung einer Beschäftigungspolitik enthielt, es wurde außer Streit gestellt, dass der Staat als Eigentümer der verstaatlichten Industrie, die Verantwortung dafür trägt, dass diese über genügend Investitionsmittel verfügt, „um die Grundstoffproduktion weiter zu modernisieren und in neue Bereiche der Finalindustrie vorstoßen zu können. Zur Erhaltung des Budgetspielraums sah das Übereinkommen

Einsparungen, insbesondere aber die Einführung der Zinsertragssteuer in Form einer „Anonymitätsabgabe“ in Höhe von 20% des Zinsertrags, sowie die Abschaffung der monatlichen Wohnungsbeihilfe vor.“ (Kostelka in Peter Pelinka, Steger 1988, 78) Außerdem wurde eine umfassende Reform der Sozialversicherung vereinbart, um auch in Zukunft ein gerechtes und gesichertes Leistungssystem zu gewährleisten. Des Weiteren wurde eine Steuerreform zum frühest möglichen Zeitpunkt in Aussicht gestellt, diese sah vor, „die unzähligen einkommenssteuerrechtlichen Ausnahmen und Begünstigungen zu durchforsten und mit dem so gewonnenen budget-politischen Spielraum den Steuertarif zu senken.“ (Kostelka in Peter Pelinka, Steger 1988, 78) Die Reform war in mehrfacher Hinsicht sozialdemokratisch, leider kam sie aber nicht zustande, weil die budgetäre Entwicklung es nicht zuließ, zur Senkung des Steuertarifs auch Budgetmittel heranzuziehen (vgl. Kostelka in Peter Pelinka, Steger 1988, 82).

Wie erwähnt wurden auch Maßnahmen gegen den Privilegienabbau angekündigt, Sinowatz und sein Kabinett waren also keinesfalls untätig. Doch daran, als Kanzler nach dem so erfolgreichen Kreisky anzutreten und dann noch mit solchen Problemen konfrontiert zu sein, hätten sich wahrscheinlich die Meisten, ihre Zähne ausgebissen.

7.4. Aufstieg der FPÖ und Gefahr für die SPÖ

Zur FPÖ lässt sich sagen, dass sie es in der kleinen Koalition mit der SPÖ nicht schaffte, sich zu profilieren. Sie verfehlte ihr Ziel, Heimat des liberalen Teils des bürgerlichen Lagers zu werden. Der Versuch ihre Stammwählerschaft zu wechseln ging nach hinten los und gefährdete die Existenz der FPÖ. Die nationalen Wählerschichten wendeten sich nach und nach von ihr ab und die erhofften neuen bürgerlichen WählerInnen konnten nicht gewonnen werden. Vor allem von Parteiobmann Steger fühlten sie sich nicht angesprochen (vgl. Kostelka in Peter Pelinka, Steger 1988, 91).

Auch politisch war in der Partei keine klare Linie zu erkennen, sie vermittelte den Eindruck von einem zum andern Tag politisch überleben zu wollen. Auch das Einziehen der Grün-Alternativen in das Parlament setzte die FPÖ unter Druck und die Diskussion um die Person des Parteiobmanns verstärkte sich. Der Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider nutzte diese Situation und erhob am Innsbrucker Parteitag im September 1986, nach intensiven, strategischen innerparteilichen Vorarbeiten, im Sommer den Anspruch, Vizkanzler Steger als

Parteiboss abzulösen. Steger war das gar nicht recht, er weigerte sich strikt auf seine Kandidatur zu verzichten, aber Haider kam mit seinen neonazistischen Äußerungen gut an.

„Es wäre jedoch unrichtig, das Phänomen Haider nur mit Neonazismus zu umschreiben. Er ist zweifellos einer der populistischsten Politiker Österreichs seit 1945, der bereits zuvor im FP-Landtagswahlkampf in Kärnten mit sehr aggressiv geführten Wahlkämpfen, vor allem Junge und Protestwähler anzusprechen vermochte.“ (Kostelka in Peter Pelinka, Steger 1988, 91) Jedenfalls wurde Haider am Bundesparteitag von den Delegierten gewählt, wodurch sie gegen die Politik ihrer Partei und auch gegen die Regierungsfraktion seit 1983 stimmten (vgl. Kostelka in Peter Pelinka, Steger 1988, 92). Denn sie wussten, dass eine erneute kleine Koalition mit Haider an ihrer Spitze nicht möglich werden würde.

Die bereits bekannten, überwiegend rechtsextremen Ansichten des neuen FPÖ-Parteichefs, ließen den neu gewählten SPÖ-Parteiboss Franz Vranitzky nicht lange zögern, als er sich für Neuwahlen aussprach (vgl. Sandner 2013, 66).

Der von Spitzenkandidaten Vranitzky getragene Wahlkampf brachte der SPÖ schlussendlich den erhofften Erfolg, wobei dieser „Erfolg“ mit einem weinenden und mit einem lachenden Auge zu betrachten ist. Einerseits verloren die Sozialisten 4,4 Prozent der Stimmen und damit 10 Mandate, andererseits konnte sie mit immerhin 43,1 Prozent und 80 Mandaten die relative Mehrheit unangefochten behalten.

Der Überraschungssieger dieses Wahlkampfes war die FPÖ, die ihren Stimmenanteil von 4,9 Prozent auf 9,7 Prozent erhöhen konnte und mit 18 Mandaten (davor 12) im Nationalrat vertreten war. Auch die Grünen konnten erwartungsgemäß mit 4,8 Prozent und 8 Mandaten im Nationalrat vertreten werden (vgl. Kostelka in Peter Pelinka, Steger 1988, 92).

Dieses Wahlergebnis ist bezeichnend dafür, dass die Zahl der WechselwählerInnen stark zunahm. „Immer mehr Menschen entschieden sich bei der Wahl neu und oft auch immer kurzfristiger, wem sie ihr Vertrauen schenken wollten.“ (Sandner 2013, 66). Folglich gingen auch die Mitgliederzahlen bei den politischen Parteien zurück, wovon eine Massenpartei wie die SPÖ besonders betroffen war und ist. An die neuen Parteien FPÖ und Grüne „keine Stimmen zu verlieren oder schon verlorene wieder zurück zu gewinnen, erforderte eine andere Strategie als die Mobilisierung der jeweiligen StammwählerInnen, auf die selbstverständlich auch weiterhin nicht verzichtet werden konnte. Aus all diesen Gründen begannen sich Politik und politische Auseinandersetzungen immer mehr zu verändern.“ (Sandner 2013, 66)

8. Die Ära Vranitzky 1986 bis 1997

Franz Vranitzky stammt aus einer Arbeiterfamilie und war schon in der Ära Kreisky als wirtschaftspolitischer Berater von Finanzminister Hannes Androsch tätig, „bevor er in leitender Funktion für verschiedene Banken arbeitete.“ (Sandner 2013, 67) Er wurde über Sinowatz' Vorschlag zuerst Finanzminister und dann zu seinem Nachfolger ernannt, seine Wahl traf er aber nicht einfach aus dem Bauch heraus, sondern stützte sich auf eine Meinungsumfrage: „Mitte der Achtzigerjahre gab es eine Umfrage, bei der von allen Berufsgruppen das Image der Banker am besten benotet wurde. Die Banker hatten 82 Prozentpunkte auf der Beliebtheitsskala erhalten. Diesen Bonus hat Vranitzky mitgebracht, durch seine Person, durch seine Art wie er aufgetreten ist. Er hat weder Kreisky, noch Sinowatz imitiert. Er blieb vorsichtig, wie er war. Er war halt der Banker für ganz Österreich. Politik ist Vertrauenssache.“ (Grassl-Kosa, Steiner 1995, 77) Sinowatz selbst meinte in „Ein großer Europäer – Weggefährten über Vranitzky“, dass seine Regierung darunter litt, dass sie nicht jene wirtschaftliche Kompetenz hatte, die eigentlich notwendig gewesen wäre. „Hier schaffte Vranitzky einen Ausgleich. Man darf auch nicht vergessen, dass alle Mitglieder der Bundesregierung aus einer bestimmten Zeit gekommen sind – der Zeit Bruno Kreiskys. Es war eine erfolgreiche Zeit, aber die Zeit ist in der Zwischenzeit anders geworden. Und deswegen habe ich diese Entscheidung mit Franz Vranitzky, der die Dinge aus einer anderen Position betrachtet hat, getroffen.“ (Sinowatz in Knehs-Vranitzky, Gross 2007, 230) Nach Bruno Kreisky war er der bisher am längsten amtierende Parteivorsitzende und Bundeskanzler der SPÖ. Es gelang ihm bei insgesamt vier Wahlen (1986, 1990, 1994 und 1995) mit der SPÖ an erster Stelle zu stehen, während an der ÖVP-Spitze ein laufender Wechsel stattfand: Auf Alois Mock folgte Josef Riegler, danach übernahm Erhard Busek und 1995 wurde dieser von Wolfgang Schüssel abgelöst. Obwohl die SPÖ stimmenstärkste Partei blieb, verlor sie zunehmend WählerInnen und Mitglieder, während die FPÖ unter Haider gleichzeitig an Stimmen dazugewann (vgl. Sandner 2013, 67).

Noch im Jahr 1986, also kurz nach den Wahlen wurde ein umfangreiches Sanierungspaket für die Verstaatlichte Industrie geschnürt und es kam „zu ersten Schritten in Richtung einer Privatisierung von Bundesbeteiligungen an der E-Wirtschaft, der AUA, sowie an Banken und Unternehmungen aus dem ÖIAG- und VOEST-Bereich.“ (Sandner 2013, 67)

Mit diesen Schritten machte sich der Bundeskanzler innerhalb der SPÖ und auch unter ihren WählerInnen nicht nur Freunde, denn die Maßnahmen die damit verbunden waren, standen in

einem ausgesprochenen Spannungsverhältnis mit den Traditionen der sozialistischen Politik, zu denen zweifelsohne auch die verstaatlichte Industrie zählte (vgl. Sandner 2013, 67).

Drei weitere Umbrüche die in dieser Ära zu tragen kamen prophezeite Peter Pelinka schon 1988. Diese betreffen erstens, die ökonomisch-soziale Ebene, zweitens, die Ebene des politischen Systems und drittens die historisch-moralische Ebene:

1.) Umbruch auf ökonomisch-sozialer Ebene: Peter Pelinka schreibt 1988, dass Österreich den relativen Spielraum für eine eigenständige Wirtschafts- und Sozialpolitik, wie es sie in den siebziger Jahren gab, weitgehend verloren hat und dass die dadurch nötige, stärkere Einbindung in einen europäischen Markt die Gefahr eines Absinkens des sozialen Standards und damit wachsende Konflikte mit sich bringen wird. Vor allem auch weil die Sozialpartnerschaft ihren zentralen Einfluss durch Niederlagen bei Zwentendorf und Hainburg teilweise verloren hat und bei einer Europaannäherung noch weiter verlieren wird. „Und weil man die Wiedererlangung des Budgetspielraums zur Vermeidung „europareifer“ Arbeitslosenraten ebenso wenig mit einer reinen Sparpolitik auf der Ausgabenseite erlangen wird, wie man konfliktfrei neue Einnahmequellen erschließen kann.“ (Peter Pelinka 1988, 121)

2.) Umbruch auf Ebene des politischen Systems: Peter Pelinka erkannte folgerichtig, dass die Integrationsfähigkeit der Großparteien Mitte der 80er Jahre zu sinken begann, 1986 lagen beide Parteien zusammen unter der Neunzig-Prozent-Marke.

Nach der Nationalratswahl 1986 gab es erstmals seit 1959 wieder vier Parteien im Nationalrat. Auch die Mitgliederzahlen der Parteien (SPÖ rund 700.000, ÖVP ca. 800.000) begannen zu dieser Zeit erstmals seit dreißig Jahren wieder leicht zurück zu gehen und die Zahl der Nicht- und Wechselwähler fing an zuzunehmen.

Das ist ihm zufolge, alles ein Zeichen dafür, dass die extreme Stabilität des politischen Geschehens in Österreich nach der Kreisky-Ära abzunehmen begann, ebenso die extreme Durchdringung aller gesellschaftlichen Bereiche von der Wohnungs- bis zur Postenvergabe durch Parteipolitik und Parteiinteressen. Was in den 80er-Jahren noch dazukam, war die „Amerikanisierung des politischen Lebens“ und die wachsende Entideologisierung der Lager. Der soziologische Wandel hatte begonnen und die traditionelle, soziale Basis der Großparteien wurde kleiner, wodurch Bauern nicht mehr selbstverständlich WählerInnen der ÖVP waren und ArbeiterInnen nicht mehr selbstverständlich der SPÖ angehörten (vgl. Peter Pelinka 1988, 122).

3.) Umbruch auf historisch-moralischer Ebene: Pelinka meint hier, dass Österreich ihre Identitätsprobleme bis 1988 nicht lösen konnte und dass diese Probleme auch weiterhin eine Rolle spielen werden. Weder die Periode von 1934 bis 1948 noch die Rolle der ÖsterreicherInnen danach, wurde von den Koalitionsparteien konfliktfrei aufgearbeitet. „Das Verständnis der eigenen Vergangenheit bestimmt aber Gegenwart und Zukunft mit – vor allem, da nach Auslöschung der „Insel der Seligen“ selbstzufriedene Nabelschau weniger denn je möglich ist.“ (Peter Pelinka 1988, 122,123) Hierzu muss man sagen, dass sich der Umgang mit dem Nationalsozialismus gerade unter Vranitzky, Anfang der 90er Jahre rasant änderte. Der Bundeskanzler trat für einen offenen und kritischen Umgang mit der Zeit des Nationalsozialismus ein und reagierte damit auf eine weit verbreitete, vor allem internationale Kritik des Verhältnisses und Umgangs Österreichs mit seiner Geschichte (vgl. Sandner 2013, 67). „Mit seinen Reden 1991 vor dem Nationalrat und 1993 in Israel, in denen er die Mitverantwortung Österreichs für die nationalsozialistischen Verbrechen klar benannte, setzte er wichtige und letztlich unverzichtbare Schritte.“ (Sandner 2013, 67)

Jedenfalls haben die soziologischen Veränderungen, so Peter Pelinka, die Arbeiterpartei SPÖ längst zur „linken Volkspartei“ gemacht. „Ihr Organisationsaufbau gleicht aber noch der Partei der Ersten Republik, obwohl Sinn und Inhalt dieses „geschlossenen Lagers“ längst verlorengegangen sind.“ (Peter Pelinka 1988, 123) Symptomatisch hierfür sind seiner Meinung nach die Umbenennungen der Arbeiterzeitung zu AZ (welche Anfang 1992 in Insolvenz ging), aber auch die „neuerliche“ Entwicklung anderer Einrichtungen der Arbeiterbewegung wie BAWAG oder Konsum (vgl. Peter Pelinka 1988, 124).

Die Partei selbst nannte sich im Jahr 1991 um und zwar von „Sozialistische Partei Österreichs“ zu „Sozialdemokratische Partei Österreichs“, „womit sie wieder zu ihrem traditionellen Namen zurückkehrte und zumindest indirekt auf die Diskreditierung des Begriffs Sozialismus nach dem Zusammenbruch des „Realsozialismus“ und dem Fall des Eisernen Vorhangs reagierte.“ (Sandner 2013, 67)

Für mich ist es erstaunlich zu lesen, wie viel von dem was Peter Pelinka 1988 schrieb, heute noch genauso aktuell ist wie vor 26 Jahren: Die zunehmende Bedeutung der EU und der damit einhergehende kleinere Spielraum für eine eigene Wirtschafts- und Sozialpolitik, die sinkende Bedeutung der Sozialpartnerschaft, die Entwicklung von einem Zweiparteisystem zu einem Mehrparteisystem durch die Etablierung neuer Parteien (damals FPÖ und Grüne, die immer

stärker wurden und werden, heute zusätzlich das Team Stronach und mehr noch die NEOS) und die dadurch entstandenen WechselwählerInnen, die zunehmende Politikverdrossenheit und die damit verbundenen Nicht-WählerInnen, das scheinbar immerwährende Thema Interessens- bzw. Klientelpolitik, die Entwicklung der Arbeiterpartei zu einer Volkspartei, die Entideologisierung der Lager, die zunehmende Individualialisierung durch eine „Amerikanisierung“, etc. etc. Es scheint, als wäre die Partei in manchen Belangen stehengeblieben, denn all die aufgezählten Entwicklungen kommen in den Medien heute hochaktuell zum Vorschein. Sie ist in vielerlei Hinsicht mit denselben Problemen konfrontiert wie in den 80er und 90er Jahren nur in einem noch viel größeren Ausmaß.

Bevor ich zu den Problemen der heutigen Zeit komme, welche in dieser Arbeit noch beschrieben werden, müssen aber noch einige weitere Ereignisse und Entwicklungen geschildert werden, die unter Vranitzky, Klima, Gusenbauer und heute Faymann, zustande kamen. Mir war es jedoch wichtig, hier kurz einen Schnitt zu machen und die Prophezeiungen Peter Pelinka's aufzuzählen. Ihm und auch anderen Autoren zufolge, die hier zitiert wurden, kam es nach der Ära Kreisky zu einem Umbruch. Von dem Zeitpunkt an, wurde es für die SPÖ immer schwieriger ihren Status als mächtige Regierungspartei zu halten und unter der Führung der weiteren Parteivorsitzenden war die Partei mit immer schwerwiegenden Problemen konfrontiert.

Bei den Nationalratswahlen 1990 erreichte die SPÖ noch 42,8 Prozent, wobei die FPÖ immer „gefährlicher“ für sie wurde. Sie erreichte 16,6 Prozent, nahm damit aber zunächst der ÖVP die Stimmen weg, die über 9 Prozentpunkte verlor und auf 32,1 Prozent absank (vgl. Sandner 2013, 68). Von der ideologisch rechtsextremen FPÖ grenzte sich Vranitzky, wie bereits erwähnt, ganz deutlich ab, was von den Freiheitlichen immer wieder als eine Politik der „Ausgrenzung“ bezeichnet wurde. „Vor allem das Thema „Ausländer“ wurde nun zunehmend zu einem Politikfeld, das polarisierte und die Freiheitlich ließen nichts unversucht, diese Polarisierung immer weiter anzuheizen.“ (Sandner 2013, 67) 1992 wurde das Anti-Ausländer-Volksbegehren („Österreich zuerst“) von der FPÖ unter Haider initiiert und erreichte 1993 450.000 Unterschriften, womit es deutlich unter den Erwartungen blieb. Allerdings kam es daraufhin, mit 250.000 TeilnehmerInnen, zur bisher größten Demonstration der zweiten Republik, sie nannte sich Lichtermeer und es wurde gegen AusländerInnenfeindlichkeit und Rechtsextremismus demonstriert.

Der immer deutlicher werdende Rechtsruck der FPÖ und das schlechte Abschneiden beim Volksbegehren, führten schließlich zur Abspaltung des Liberalen Forums von der FPÖ unter Heide Schmidt. Nichtsdestotrotz hatte die SPÖ zusehends mit dem Eindringen der FPÖ in ihre Kernwählerschaft der ArbeiterInnen zu kämpfen, wodurch sie schließlich selbst auf eine restriktive „Ausländerpolitik“ setzte (vgl. Sandner 2013, 68).

Bei der Stichwahl zum Bundespräsidenten im Mai 1992, rechnete sich die SPÖ gute Chancen aus den neuen Bundespräsidenten zu stellen, nachdem der umstrittene Bundespräsident Waldheim auf eine Wiederkandidatur verzichtete. Überraschender Weise siegte aber der ÖVP-Kandidat Thomas Klestil klar über den SPÖ-Kandidaten Josef Streicher. 1998 wurde Klestil als Bundespräsident nochmals bestätigt, die SPÖ verzichtete bei dieser Wahl auf einen eigenen Kandidaten (vgl. Sandner 2013, 68).

Die erfolgreiche Volksabstimmung am 12.06. 1994 über den Beitritt zur Europäischen Union, bescherte der zehneinhalb Jahre andauernden Ära unter Vranitzky sicherlich den größten Erfolg. Rund zwei Drittel der WählerInnen entschieden sich für den Beitritt. Die Verankerung der in Österreich äußerst wichtigen Neutralität hat das Abstimmungsergebnis sicher erheblich begünstigt. Schon im Sommer 1989 hatte sich die sozialdemokratische Linie mit dem „Brief nach Brüssel“ durchgesetzt, welcher einen Neutralitätsvorbehalt für Österreich forderte (vgl. Sandner 2013, 68). Der Text des Briefes wurde von den beiden Koalitionspartnern verfasst und von Außenminister Alois Mock, dem Präsidenten des EG-Ministerrates, Roland Dumas, übergeben.

Brief im Wortlaut:

„Herr Präsident !

Im Namen der Republik Österreich habe ich die Ehre, unter Bezugnahme auf Artikel 237 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft den Antrag auf die Mitgliedschaft Österreichs in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu stellen.

Österreich geht bei der Stellung dieses Antrages von der Wahrung seines international anerkannten Status der immerwährenden Neutralität, die auf dem Bundesverfassungsgesetz vom 26. Oktober 1955 beruht, sowie davon aus, dass es auch als Mitglied der Europäischen Gemeinschaften aufgrund des Beitrittsvertrages in der Lage sein wird, die ihm aus seinem Statuts als immerwährend neutraler Staat erfließenden rechtlichen Verpflichtungen zu

erfüllen und seine Neutralitätspolitik als spezifischen Beitrag zur Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit in Europa fortzusetzen.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung.“
(www.parlament.gv.at)

Bei der Nationalratswahl 1994 erreichte die Sozialdemokratische Partei Österreichs mit 34,9 Prozent, ihr vorerst schlechtestes Ergebnis in der zweiten Republik und verlor gegenüber der Wahl von 1990 rund 8 Prozent, dennoch blieb sie stärkste Kraft vor der ÖVP (27,7 Prozent). Die FPÖ konnte sich um etwa 5 Prozent steigern und erreichte 22,5 Prozent, die Grünen erreichten 7,3 Prozent und mit 6 Prozent zog auch das Liberale Forum ins Parlament ein. Spätestens nach dieser Wahl musste jedem klar werden, dass sich die politische Landschaft grundlegend verändert hatte, immer häufiger wurde das „Ende der Großparteien“ diagnostiziert.

Kurz nach der Wahl gab es heftige Auseinandersetzungen, um das von der Regierung ausgearbeitete Sparpaket. „Da die Sozialpartner aus ihrer Sicht nicht oder zu wenig in die Diskussions- und Entscheidungsprozesse einbezogen wurden, gab es seitens der Interessensvertretungen Widerstand gegen die geplanten Maßnahmen.“ (Sandner 2013, 68)

Die Kontroversen erwiesen sich auch als Belastungsprobe zwischen Bundeskanzler Vranitzky und dem ÖGB, der als größter Gegner des neuen Pakets auftrat.

Im Frühjahr 1995 musste dann auch noch der Konsum den Ausgleich anmelden, wodurch ein langes Kapitel in der Geschichte des sozialdemokratischen Genossenschaftswesens ein rasches Ende fand. Die bis dahin größte Wirtschaftspleite der zweiten Republik wurde entfacht (vgl. Sandner 2013, 68).

1995 kam es zu Neuwahlen die von der ÖVP unter ihrem neuen Bundesvorsitzenden Wolfgang Schüssel initiiert wurden, allerdings brachten sie für die Volkspartei nicht den gewünschten Erfolg. Die SPÖ gewann mit 38,1 Prozent über drei Prozent dazu, während die ÖVP nur minimal zulegen konnte (28,3%). Die kleineren Parteien verloren Stimmen, allerdings in unterschiedlichem Ausmaß (FPÖ 21,9%, Liberales Forum 5,5%, Grüne 4,8%) (vgl. Sandner 2013, 68, 69).

8.1. Probleme mit dem Konsum

1856 wurde im niederösterreichischen Teesdorf der erste österreichische Konsumverein gegründet. Ziel der Arbeiter war es, gemeinsam den Preissteigerungen bei den Lebensmitteln zu entgehen. Schon ein paar Jahre später gab es Hunderte Konsumgenossenschaften. „Im Ersten Weltkrieg übernahmen sie Verteilungsfunktionen von Lebensmitteln mit entsprechend lukrativen Auswirkungen auf die Gewinnzahlen der Genossenschaften.“ (www.orf.at/stories/2100253/2100262/) 1945 begann der Aufstieg des Konsum.

In den 50er Jahren konnte er bereits 17.000 Mitarbeiter, 1.055 Standorte, fast 700.000 Quadratmeter Verkaufsfläche und mehr als 700.000 Genossenschafter verzeichnen, welche mehrheitlich in der SPÖ verankert waren. Deshalb wurde der Konsum, neben der SPÖ und dem Gewerkschaftsbund, als „dritte Säule der Arbeiterbewegung“ bezeichnet.

„In Österreich wurde versucht, mit der Gründung von Konsum Österreich 1978 eine Einheitsgenossenschaft zu schaffen.“ (www.orf.at/stories/2100253/2100262/)

Mit Ausnahme einiger weniger regionaler Genossenschaften, z.B. im Ausseerland und im Salzkammergut, schlossen sich unter Konsum-Generaldirektor Manfred Kadits, die meisten zum Konsum Österreich zusammen, welcher in der Öffentlichkeit positiv als „roter Riese“ aufgenommen wurde (vgl. www.orf.at/stories/2100253/2100262/). Johann Brazda vom Fachbereich Genossenschaftswesen im Institut für Betriebswirtschaftslehre an der Universität Wien ist davon überzeugt, dass der Schritt zum Konsum Österreich bereits zu spät kam. Er meint, dass die beginnende Konkurrenz der Diskonter dem Handelsunternehmen zu schaffen machte. Hinzu kamen teure Fehlentscheidungen wie etwa das 720-Millionen-Schilling-Zentrallager in Hirschstetten. „Ende der 80er Jahre lag der Verlust bereits bei 1,3 Milliarden Schilling. Auch die politische Intervention roter Gewerkschafter, fehlende Kontrolle und riskante Geschäfte beschleunigten den Niedergang.“ (www.orf.at/stories/2100253/2100262/)

Anfang der 90er Jahre legte ÖGB-Präsident Anton Benya, langjähriger Vorsitzender des Konsum-Aufsichtsrats sein Amt als Vorsitzender zurück. Hermann Gerharter folgte auf Kadits als Generaldirektor des Konsum. 1993 ging der „rote Riese“ eine Kooperation mit dem Schweizer Handelsriesen Migros ein. Migros übernahm unter anderem die Hälfte der Anteile und die Unternehmensleitung der gemeinsamen Gesellschaft Konsum/Migros-Warenhandelsgesellschaft. Aber auch mit dieser Kooperation konnten die Verluste nicht abgebaut werden. 1995 zogen sich die Schweizer, nicht zuletzt aufgrund grober Differenzen zurück. Am 31. März desselben Jahres musste der Konsum den Ausgleich anmelden, kurz darauf wurde das Verfahren eröffnet (vgl. /www.orf.at/stories/2100253/2100262/).

Hansjörg Tengg übernahm die Führung von Gerharter. „Die Gläubiger akzeptierten die 40-prozentige Ausgleichsquote. Nur mit Hilfe der Gläubigerbanken konnte ein drohender Konkurs abgewendet werden. Im Falle eines Konkurses wäre auch die Nachschusspflicht der Konsum-Genossenschafter zum Tragen gekommen.“ (www.orf.at/stories/2100253/2100262/) Mit dem Ausgleich musste auch die Genossenschaft aufgeteilt werden. „Die BAWAG-Anteile wurden für 4,3 Milliarden Schilling an die Bayerische Landesbank verkauft. Rund 630 Filialen wurden unter Spar, Billa, Adeg und Löwa aufgeteilt. Gerngross ging an den Palmers-Konzern, die Brotfabrik Ährenstolz an Ankerbrot. Diese Gewinne aus der Konsum-Insolvenz brachte allerdings einige ins Trudeln. Meinel und Löwa verschwanden von der Bildfläche, auch Ährenstolz war nicht ganz unbeteiligt an der Ankerbrot-Pleite.“ (www.orf.at/stories/2100253/2100262/)

„Konsum“-Direktor Anton E. Rauter, der in Lesers Werk „Der Sturz des Adlers“ zitiert wird, beschreibt in seiner 1983 veröffentlichten Habilitation „Konzentration im Handel“ die Fehlentwicklungen des Konsum, welche vorhersehbar und abwendbar gewesen wären (vgl. Rauter in Leser 2008, 181). Er meint, dass die größten Mängel in der kaufmännischen Beherrschung des Warenstromes zur Erzielung eines größtmöglichen Gesamterfolges für die Konsumgenossenschaftsbewegung, bestanden. Ausgangspunkt für die Zersplitterung der genossenschaftlichen Einkaufsmacht waren meistens die Sondervorteile der einzelnen Konsumgenossenschaften, was gleichzeitig deutliche Einbußen für die Gesamtbewegung bedeutete. Leser schreibt, dass lt. Rauter bereits 1979 die Bilanz des Konsum Österreich nur durch die außerordentlichen Erträge, wie z.B. den Verkauf von Anteilen der Konsumbank und nur mit einem geringen Überschuss, abgeschlossen werden konnte. 1980 zeichnete sich dann schon ein Abgang von 110 Millionen Schilling ab. Was Rauter zufolge, außerdem zum späteren Ruin führte, der sich aber schon Anfang der 80er Jahre abzeichnete war, dass „in zunehmendem Maße Fremdkapital in Anspruch genommen wurde und dafür Zinsen bezahlt werden mussten.“ (Rauter zit. in Leser 2008, 181)

„Doch was das Maß voll machte und den Konsum wirklich in den Abgrund stürzte, waren die überhöhten Gehälter der Funktionäre, allen voran des Generaldirektors Dr. Hermann Gerharter, dessen Spuren ja in die BAWAG führen und im dortigen Prozess eine Rolle spielen sollten.“ (Rauter in Leser 2008, 181)

Leser resultiert aus den Zitaten Rauters, dass es möglich gewesen wäre, das Debakel zu vermeiden. Doch anstatt aus den alarmierenden Feststellungen Rauters Konsequenzen zu ziehen, zog man sein Werk aus dem Verkehr (vgl. Leser 2008, 181). Lt. Leser verschloss auch Anton Benya, „Säulenheiliger“ der Sozialpartnerschaft und jahrzehntelanger Aufsichtsratsvorsitzender des Konsums, die Augen vor den Entwicklungen. „Damit ist aber auch schon der Zusammenhang zwischen dem Debakel des Konsum und dem Verfall der Gewerkschaft hergestellt, der ebenfalls eine lange Vorgeschichte hat.“ (Leser 2008, 182)

8.2. Probleme mit der Gewerkschaft

Sozialdemokratie und Gewerkschaft galten schon unter Viktor Adler als siamesische Zwillinge. Doch schon immer sorgten Interessenkonflikte für roten Bruderzwist (vgl. www.profil.at). Leser findet, dass die Gewerkschaft sowohl in Sach- als auch in Personalfragen einen Druck auf die Gesamtbewegung SPÖ ausgeübt hat, der ihr nicht dienlich war.

Als Beispiel für eine solche negative Auswirkung nennt er, dass die SPÖ den damaligen Finanzministers Ferdinand Lacina ziehen ließ, der Leser, aber auch meinen Interviewpersonen zufolge, hervorragende Arbeit geleistet hat. Ein Mitarbeiter des Finanzministeriums meinte, dass Vranitzky immer nach außen hin moderiert hat, die eigentliche Arbeit im SPÖ-Regierungsteam aber immer Ferdinand Lacina gemacht hat (vgl. Kosa, Steiner 1995, 83). Auch Franz Fischler, ehem. ÖVP-Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft sagt, dass Vranitzky die Agrarpolitik seinem Finanzminister Ferdinand Lacina übergab und demnach immer auch dessen Vorschlägen folgte (vgl. Fischler in Knehs-Vranitzky, Gross 2007, 64). Er meint das aber in einem positiven Sinn, da Vranitzky ein enormes Vertrauen zu seinen Regierungsmitgliedern hatte und auf sie baute.

Aber zurück zum ÖGB: „Da die roten Gewerkschafter sein (Lacinas) Sparpaket für unsozial hielten, organisierten sie eine Demonstration vor seinem Büro. In ÖGB-Publikationen wurde der Parteilfreund attackiert wie einst der Klassenfeind. Der Minister habe „kein soziales Gewissen“, klagte der damalige Chef der Gewerkschaft der Privatangestellten, Hans Sallmutter. Das reichte, Lacina trat zurück.“ (www.profil.at)

Leser zufolge traf die Gewerkschaft oft die Entscheidung für Personalfragen und nahm das Sozialministerium für sich in Anspruch, wobei die, von ihr gewählte Besetzung, nicht immer die optimale war.

Auch Mandate sind, wie Leser schreibt, quasi automatisch an die Gewerkschaft, an Vertreter der Kammern und an Interessensorganisationen gegangen (vgl. Leser 2008, 182).

Neben der schleichenden Korruption, die die Gewerkschaft einholte, wurden auch Entwicklungen die zu einem Umdenken hätten führen müssen, entweder absichtlich übersehen oder nicht zur Kenntnis genommen. „So z.B. der Umstand, dass sich die Gewerkschaft zwar als Interessensvertretung der Beschäftigten und Pragmatisierten, nicht aber der Arbeitslosen und prekär Beschäftigten verstand.“ (Leser 2008, 183)

Außerdem blockierten die Gewerkschaften einige Reformen, wodurch sie zusehends erstarrte, als Beispiel seien die Forderungen der Lehrgewerkschaft genannt.

Der Wiener Stadtschulratspräsident Kurt Scholz, welcher, so Leser, einer der besten Köpfe der Partei war, wurde zu einem großen Anteil wegen der Konflikte mit der zuständigen Lehrgewerkschaft geopfert. Die Polizeigewerkschaft fiel des Öfteren dadurch unangenehm auf, dass sie so genannte schwarze Schafe, wie Prügelpolizisten, selbst in offensichtlichen Fällen des Missbrauchs der Amtsgewalt deckte, anstatt sich von solchen Leuten zu trennen und dadurch ihren eigenen Ruf reinzuhalten (vgl. Leser 2008, 183).

„Aus diesen und anderen Fehlentwicklungen konnte sich jenes bürokratisch verfilzte System entwickeln, das in der BAWAG-Affäre virulent geworden ist. Aus einer Arbeiterbank und einer „Bank für Arbeit und Wirtschaft“ wurde im Laufe der Zeit ein Selbstbedienungsladen für Funktionäre, die jedes Maß und jeden „Genierer“ verloren haben.

Und als das ganze Ausmaß der Verfehlung an die Öffentlichkeit drang, schoben die des Fehlverhaltens überführten Funktionäre einander die Schuld zu.“ (Leser 2008, 183/184)

8.3. Probleme mit dem Fall Lucona

Die Lucona-Affäre hat zwar nicht direkt mit der Regierungszeit Vranitzky zutun, wurde aber erst in seiner Ära aufgearbeitet. Der Fall Lucona ist der menschlich wohl schwerwiegendste Skandal der österreichischen politischen Geschichte in der zweiten Republik.

Die Aufklärung des Falls dauerte 15 Jahre lang, sodass Udo Proksch, Besitzer der Hofzuckerbäckerei Demel, Designer und Begründer des Club 45 (Seilschaft von größtenteils SPÖ-Politikern) erst 1991 am Flughafen Wien verhaftet wurde, nachdem er sich einer Gesichtsoperation unterzogen hatte, um unerkannt zu bleiben. 1992 wurde er wegen Mordes zu lebenslanger Haft verurteilt. Sechs Besatzungsmitglieder ertranken damals (vgl. www.wien-vienna.at).

1976 charterte Udo Proksch, alias Serge Kirchhofer den Frachter Lucona, um eine auf 212 Millionen Schilling versicherte Uranerzmühle zu verschiffen. Als die Lucona am 23. Jänner 1977 im Indischen Ozean nach einer Explosion unterging, zahlte die Bundesländer-Versicherung die Versicherungssumme nicht aus, da sie davon ausging, die Lucona habe nur Schrott geladen gehabt (vgl. de.wikipedia.org).

„Wegen Prokschs hervorragender Beziehungen in die höchsten Kreise der Politik unternahmen die Ermittlungsbehörden lange Zeit nichts um den Vorwürfen auf den Grund zu gehen. Erst am 15. Februar 1985 wurden Proksch und Hans Peter Daimler wegen Betrugsverdachts verhaftet, aber schon am 28. Februar wieder auf freien Fuß gesetzt.“ (de.wikipedia.org)

Die Aufarbeitung (Untersuchungsausschuss) des Lucona-Skandals begann erst nach der Aufdeckungsarbeit der Journalisten Gerald Freihofner und Hans Pretterebner (dessen Buch „Der Fall Lucona“ im Dezember 1987 erschien) und der anschließenden Flucht Prokschs Anfang 1988. Nach Prokschs Flucht nach Asien und halb Europa, sowie einer Gesichtsoperation in Manila, wurde er im Oktober 1992, unter dem Namen Alfred Semrad auf dem Flughafen Wien Schwechat verhaftet.

Durch ein Tiefseetauchteam und Roboter wurde das Wrack der Lucona am Meeresgrund inspiziert. Bei den anschließenden Ermittlungen stellte sich heraus, dass es sich bei der Fracht nicht um eine Uranerzaufbereitungsanlage handelte, sondern um eine große Kunststoff Extruderanlage zur Ummantelung von Fernwärmerohren. „Sie wurde jedoch nie in Betrieb genommen. Udo Proksch wusste von der Anlage, da er seinerzeit für die Herstellerfirma gearbeitet hatte, und erwarb sie acht Jahre nach der Erstellung zum Schrottwert.“ (de.wikipedia.org). Die Affäre führte u.a. zum Rücktritt des Nationalratspräsidenten Leopold Gratz und des Innenministers Karl Blecha, da diese Prokschs Freilassung aus der Untersuchungshaft bewirkt hatten (vgl. de.wikipedia.org).

8.4. Vranitzky und seine „neue“ Politik

Leser zufolge machte Vranitzky als Bundeskanzler eine gute Figur und er war eine blendende Persönlichkeit. Das Wort „blendend“ verwendet er bewusst im doppelten Sinn, „Seine erstklassige Erscheinung mit einem eleganten und topfitten Outfit hatte gleichzeitig auch die Tendenz, die eigenen Schwächen zu überspielen und daher blendend im Sinne von verblendend auf andere zu wirken.“ (Leser 2008, 187)

Auch Künstlerin Erika Pluhar ist der Meinung, dass Vranitzky blendend aussah: „Ich gebe offen zu, dass ich Franz Vranitzky in seinen Anfängen vor allem als den weltweit am besten aussehenden Politiker empfand, und ich scheue mich nicht, dies auch unverblümt zu äußern.“ (Pluhar in Knehs-Vranitzky, Gross et al 2007, 173) Und weiter: „Bei Frauen stand ich mit dieser meiner Meinung nicht alleine da, aber ich nahm mit Erstaunen wahr, dass viele Männer, auch kluge Männer, gerade deshalb in unkontrollierte, wilde Wut gerieten und sich aufgebracht über die >>Feschheit<< Vranitzkys mokierten.“ (Pluhar in Knehs-Vranitzky, Gross et al 2007, 173) Bei der Interviewauswertung wird auf das “blendende“ Aussehen Vranitzkys auch noch näher eingegangen.

Sein gutes und sicheres Auftreten hatte nach der Wahl Waldheims zum Bundespräsidenten lt. Leser, v.a. im Ausland eine besondere Bedeutung. Wie bereits weiter oben erwähnt, hat Vranitzky eine inhaltlich sehr gute Aufarbeitungspolitik, bezogen auf die Nazi-Vergangenheit Österreichs geleistet und dabei seine Repräsentationsfunktion gut erfüllt. Mit dieser Aufarbeitungs- und Aufklärungsarbeit hat er dem Ansehen Österreichs gedient und insbesondere das Verhältnis zu Israel, wo sehr viele emigrierte Österreicher leben, gelockert und normalisiert (vgl. Leser 2008, 187).

8.5. Vranitzkys größter Erfolg: Österreichs Beitritt zur EU

Der wahrscheinlich größte und wesentlichste Erfolg seiner Ära war der Beitritt Österreichs zur Europäischen Union 1995. Er musste hier einige parteiinterne Widerstände überwinden. „Bis zum Beitrittsantrag Österreichs 1989 musste Franz Vranitzky viele Skeptiker überzeugen – vor allem innerhalb des ÖGB gab es hier große Zurückhaltung gegenüber dem europäischen Projekt.“ (Ederer in Knehs-Vranitzky 2007, 45) „Die Vorbereitung der Volksabstimmung im Jahre 1994 war ein steiniger Weg, weil natürlich nicht nur in der SPÖ, sondern generell im Lande große Skepsis gegenüber einer EG-Mitgliedschaft vorherrschend war. Der Gedanke, den Sonderrollenstatus zu verlieren, also die päpstliche Gartenlaubenidylle von der >>Insel der Seligen<< aufgeben zu müssen (...), war allzu vielen nicht geheuer.“ (Ederer in Knehs-Vranitzky 2007, 45) Am 12. Juni 1994 stimmten jedenfalls 66, 4 Prozent der österreichischen Bevölkerung für den EU-Beitritt (vgl. Fischler in Knehs-Vranitzky 2007, 66).

8.6. Weitere Erfolge und Misserfolge unter Vranitzky

Auch die Durchsetzung der Privatisierung der ehemals verstaatlichten Industrie verzeichnet Leser als positiven Punkt unter Vranitzky, wobei ihm dieses Vorhaben innerhalb der Partei nicht nur Freunde machte, entsprach es doch so gar nicht den sozialdemokratischen Idealen (vgl. Leser 2008, 187). Ein weiterer Entschluss, der seine Willens- und Entscheidungsmacht sehr gut zum Ausdruck bringt, war die Beendigung der Koalition mit der FPÖ nach der Wahl Jörg Haider zum Parteiobmann am Innsbrucker Parteitag 1986.

Es war keineswegs eine ausgemachte Sache die rot-blaue Koalition nach dem Führungswechsel in der FPÖ zu beenden, es gab einige die eine solche Fortsetzung befürwortet hätten. Vranitzky aber stellte seine Partei vor vollendete Tatsachen und ging davon aus sich durchsetzen zu können (vgl. Leser 2008, 188). Diese Entscheidung wurde kurz darauf aber auch im historischen Rückblick unterschiedlich beurteilt. Manche verehrten ihn dafür: „Er lehnte Haider und Konsorten, all diese rechtsextremen Nazi-Bübchen, diese Parteien, denen später, wie-auch-immer-farbig, in unsere Regierung zu gelangen ermöglicht wurde, von vornherein ab und blieb konsequent, unkorruptierbar und kompromisslos. Allein deshalb, darauf bestehe ich, gebührt ihm aller Respekt, unabhängig davon was immer Kritiker die es zu jeder Zeit und für jeden und jedes gibt, ihm in seiner Zeit und späterhin auch ankreiden mochten.“ (Pluhar in Knehs-Vranitzky, Gross et al 2007, 174) Andere wiederum vertraten die Meinung, dass erst diese Ausgrenzung Haider so stark werden ließ. Einer dieser Vertreter war Hubertus Czernin, der diese These in seinem Buch „Der Haidermacher“ darstellt. Auch Leser selbst glaubt, dass sich Haider als Vizekanzler akklimatisiert und nicht die spätere radikale Entwicklungen genommen hätte (vgl. Leser 2008, 188). Doch diese Annahmen sind bloße Spekulationen, wie es tatsächlich gewesen wäre, werden wir nie wissen. Jedenfalls handelte Vranitzky damals aus echter Überzeugung heraus, was wiederum seine Willenskraft beweist.

Folgt man Leser, der die gesamte Vranitzky-Ära und seine Person sehr kritisch betrachtet, dann wurden alle positiven Aspekte seiner Person und seiner Ära bereits genannt. Die negativen Entscheidungen und Auswirkungen dieser Zeit werden um einiges ausführlicher beschrieben und nehmen in seinem Buch der „Sturz des Adlers“ wesentlich mehr Platz ein. Einige dieser Kritikpunkte sollen hier genannt werden. So empfindet er die sachlichen Leistungen Vranitzkys als mager, da er die Lösung wichtiger anstehender Probleme vor sich hergeschoben und seinen Nachfolgern überlassen hat.

Als Beispiel nennt er seinen berühmten Brief an die Pensionisten im Jahr 1995 vor der Zwischenwahl, dieser brachte ihm zwar die Verlängerung seiner Ära, aber keine tatsächlichen Lösungen für die Probleme. In diesem Brief wurde den PensionistInnen versprochen, dass es keine Pensionskürzungen geben werde, nach der Wahl sei der Inhalt des Briefes seitens der Sozialdemokraten jedoch unter den Tisch gekehrt worden (vgl. www.ots.at). Vranitzky konnte nicht halten, was er versprochen hatte. -1996 wurde der Krankenversicherungsbeitrag der PensionistInnen um 0,25 Prozent erhöht, 1997 fiel die Pensionsanpassung überhaupt ins Wasser (vgl. www.wienerzeitung.at/meinungen/analysen/91611).

8.7. Vranitzkys Führungsstil und Charakter

Am Negativsten beurteilt Leser den Einfluss, den Vranitzky auf die Partei hatte. Er nennt hier den Wegfall des „Konsum“ und das Verschwinden der Arbeiter-Zeitung in seiner Ära, wobei diese Verluste wahrscheinlich auch unter anderer Führung zum tragen gekommen wären.

Was seiner Meinung nach am meisten ins Gewicht fällt, ist die Art und Weise wie die Partei administriert wurde, nämlich kaltschnäuzig (vgl. Leser 2008, 188). „In der Periode Vranitzky starben nicht nur bis dahin lebensfähige Organe ab, es ging der Partei auch ein restliches Stück ihrer Seele verloren. Vranitzky führte die Partei im Stile eines Bankdirektors, der unrentabel gewordene Filialen schließt und überflüssig gewordene Mitarbeiter bei der erstbesten sich bietenden Gelegenheit entlässt.“ (Leser 2008, 188, 189). Kluge Köpfe und eigenständig denkende Leute, wie Zentralsekretär Heinrich Keller mussten gehen und „stromlinienförmige Handlanger“ wurden rekrutiert. So konnte es nicht wundern, dass am Ende seiner Ära das personelle Angebot so dürftig war, dass man auf Viktor Klima setzte, dessen kurze Periode mit keinen besonderen Entscheidungen und Veränderungen gekennzeichnet war (vgl. Leser 2008, 189).

„Mit der Person und dem Typus Vranitzky hat sich die SPÖ erstmals stillschweigend von einer weiteren Säule ihrer Tradition und Doktrin verabschiedet und zwar vom Gedanken der Gleichheit, welcher Christian Broda noch als den „harten Kern des Sozialismus“ bezeichnete.“ (Leser 2008, 189)

Diese Meinung der Kaltschnäuzigkeit Vranitzkys teilen nicht alle, so schreibt Erika Pluhar in -Weggefährten über Vranitzky-: „Kurz nach dem Tod meiner Tochter ANNA waren wir beide Besucher eines Abends im Akademietheater. Mitten im überfüllten Foyer trat er wortlos, aber

ohne jede Scheu auf mich zu und schloss mich kurz in die Arme. Nur das. Es wird mir unvergesslich bleiben.“ (Pluhar in Knehs-Vranitzky, Gross et al 2007, 173) Aber auch auf politischer Ebene schätzten und schätzen ihn einige: „Er ist einer, der es noch wagt, konkrete politische Utopien zu formulieren und der Diesen auch nahe zu kommen versucht und der es deshalb wie nur wenige vermag, anderen Menschen Orientierung zu geben.“ (Clement in Knehs-Vranitzky, Gross et al 2007, 37)

Außerdem verfügte er über ein „tiefes und gefestigtes Wertegebäude, in dem gesellschaftliche und daher auch politische Verantwortung hoch oben angesiedelt ist.“ (Ederer in Knehs-Vranitzky, Gross et al 2007, 43)

Caspar Einem (bis 1997 Innenminister, danach bis 2000 Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr) schätzt, im Gegensatz zu Leser, Vranitzkys Auswahl seines Regierungskabinetts, denn seiner Meinung nach ist es in der Politik üblich, dass sich die jeweilige Nummer 1 mit ähnlichen oder sogar etwas schwächeren Mitspielern umgibt, auch damit kein Wettkampf um den Vorsitz entsteht. „Anders bei Vranitzky. Ein Blick auf die Liste der von ihm nominierten Ministerinnen und Minister, zeigt eine große Vielfalt und ein breites Spektrum unterschiedlichster Persönlichkeiten mit einem beträchtlichen Spannungspotential. Gerade diese Mischung –ein starker Parteivorsitzender und Bundeskanzler und ein Team starker Persönlichkeiten gänzlich unterschiedlichen Zuschnitts – haben wesentlich zum Erfolg Franz Vranitzkys beigetragen.“ (Einem in Knehs-Vranitzky, Gross et al 2007, 53)

Und Othmar Höll, Direktor des Österreichischen Instituts für Internationale Politik (OIIP), behauptet bezogen auf die Führung und den Einfluss Vranitzkys auf seine Partei, überhaupt das Gegenteil von Leser: „Was ich in den 11 Jahren der engen Zusammenarbeit als Direktor an Franz Vranitzky u.a. besonders zu schätzen gelernt habe, ist sein Führungsstil, den ich am besten als unterstützend und offen bezeichnen würde.“ (Höll in Knehs-Vranitzky, Gross et al 2007, 88)

Was Leser Vranitzky stark ankreidet ist sein hohes Gehalt, welches er in seiner Zeit als Bundeskanzler, aber auch davor bezog und sein Spitzeneinkommen als Pensionist.

Schon in Lesers Buch „Salz der Gesellschaft“ machte er auf die Gefahren aufmerksam, die sich durch eine „technokratische“ Führung ergeben könnten, z.B., dass ein Mann wie Vranitzky, der von dem Zeitpunkt an, als er die Karriereleiter empor stieg, sich nur mit Spitzenverdienern und Aufsteigern umgeben hat, sich gar nicht in sein eigentliches

WählerInnenklientel (die sozial Schwächeren) hineinversetzen kann (vgl. Leser 1988, 262). Diese Befürchtungen haben sich, folgt man Leser, bestätigt. Er bekräftigt, dass er diesen Eindruck für sich behalten würde, wäre es nur sein Eigener, da aber viele andere in Vranitzkys Zeit als Bundeskanzler das Gefühl hatten, von ihm und seinem Kabinett, also von „denen da oben“ im Stich gelassen zu werden, kann er nicht umhin diesem Gefühl Ausdruck zu verleihen. „So haben VÖEST-Arbeiter bei einem Besuch in Linz geknickte Rosen und Nelken überreicht. In einem Radiointerview sagte ein VÖEST-Betriebsrat, man habe es Vranitzky direkt angemerkt, welche Überwindung es ihm koste, den einfachen Betriebsangehörigen die Hand zu geben, man hatte den Eindruck, dass sich Vranitzky viel lieber im Kreise der Direktoren und Generaldirektoren bewege.“ (Leser 2008, 192)

Es hat demnach nichts zu bedeuten aus welcher Herkunft ein Politiker stammt, so könne sich Androsch beispielsweise wesentlich besser in die kleinen Leute hineinversetzen, obwohl er aus gehobeneren Verhältnissen stammt. Androsch wäre Leser zufolge der bessere Parteivorsitzende gewesen und auch als Bundeskanzler wäre er ihm um nichts nachgestanden (vgl. Leser 2008, 192).

Um Lesers Hauptkritik an der Periode Vranitzky und seiner Person zusammenzufassen: Er findet, dass ein langsames, aber sicheres Aufgeben von Grundsätzen zu einer Änderung der politischen Praxis geführt hat (vgl. Leser 2008, 193), dass unter Vranitzky an die Stelle des Ringens um die bestmögliche Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft, ein dem status quo verpflichtetes technokratisches Management trat und dass durch ihn persönlich, neben der bereits weit fortgeschrittenen Bürokratisierung der Partei, die Kommerzialisierung trat, die Vranitzky nicht nur gefördert, sondern auch verkörpert hat (vgl. Leser 2008, 196).

Auch Karl Blecha war 1994 der Meinung, dass man Vranitzky die Verantwortung für den Tiefstand der SPÖ –bezogen auf das Wahlergebnis der Nationalratswahl 1994– nicht absprechen kann. Er meinte, dass Franz Vranitzky im Gegensatz zu Bruno Kreisky keine Voraussetzungen für einen Spitzenpolitiker mitbrachte, sondern ein begabter Mann der Wirtschaft ist und dass er nach der Wahlniederlage 1994 die Konsequenzen daraus ziehen und gehen hätte sollen (vgl. Blecha in Grassl-Kosa, Steiner 1995, 108).

Kurt Falk, ehem. Verleger der Tageszeitung „Täglich Alles“ und der Zeitschrift „Die ganze Woche“, beschreibt Vranitzky nur mit einem Wort: Telekratie. „Er verkörpert weder Werte derentwegen er gewählt wird, noch Haltung die vielen ein Vorbild sein könnte. Vranitzky lebt nur als Fernsehbild.“ (Falk in Grassl-Kosa, Steiner 1995, 117)

Bei all diesen Kritikpunkten möchte ich nochmal auf das zurückkommen, was Peter Pelinka 1988 schrieb, nämlich dass Österreich den relativen Spielraum für eine eigenständige Wirtschafts- und Sozialpolitik, wie es sie in den siebziger Jahren gab, weitgehend verloren hat. Dadurch war es notwendig den europäischen Markt stärker einzubinden, wodurch wiederum die Gefahr eines Absinkens des sozialen Standards bestand, das wachsende Konflikte mit sich bringen würde (vgl. Peter Pelinka 1988, 122). Genau das traf ein und ich denke, mag man über die Person Vranitzky denken, wie man möchte, dass der ehemalige Bundeskanzler sein Bestes gab um mit den neuen Problemen, die sich durch den gesellschaftlichen Wandel und vieles andere ergaben, umzugehen. Er war wohl der am wirtschaftlichsten denkende Parteivorsitzende, den die SPÖ je zuvor hatte und er war der Erste, der die SPÖ mit neo-liberalen Ansätzen leitete, was ihm viele Parteigenossen verübelten. Gleichzeitig wurde unter seiner Kanzlerschaft das Sozialsystem Österreichs den neuen Rahmenbedingungen und Bedürfnissen angepasst und das Pflegegeld eingeführt.

Peter Marizzi findet, dass Vranitzkys Fähigkeit Wirtschaftskompetenz und soziales Engagement zu vereinen, ihn im besten Sinne des Wortes zu einem >>echten Sozialdemokraten<< macht (vgl. Marizzi in Knehs-Vranitzky, Gross 2007, 143).

Wäre eine andere Politik bzw. eine Fortsetzung der altbekannten Politikführung unter gegebenen Umständen, wie z.B. der Europäisierung, dem gesellschaftlichen Wandel, den Veränderungen in der Parteienlandschaft etc. überhaupt möglich gewesen oder war Vranitzky genau der richtige um die Sozialdemokratie aus ihren verkrusteten Idealen herauszureißen? Othmar Höll meint dazu, dass die Instrumente der Vergangenheit in einer tiefgreifend veränderten Welt entweder nur noch bedingt, oder gar nicht mehr greifen und dass >>neue<< oft als >>dritter<< Weg bezeichnete politische Strategien meist nicht die erhofften Erfolge erbrachten und erbringen. Vranitzky war sowohl als Finanzminister, wie auch als Bundeskanzler mit dieser komplexen und teils unvorhersehbaren Lage konfrontiert, die das Umfeld Österreichs veränderten, aber auch tiefe Spuren in der österreichischen sozio-ökonomischen Realität hinterlassen hat (vgl. Höll in Knehs-Vranitzky, Gross 2007, 83).

„Aus heutiger Sicht kann jedenfalls ohne Übertreibung festgehalten werden, dass der Minister und Bundeskanzler Vranitzky sich den vielfältigen neuen Herausforderungen der Umgestaltung mit großem Realitätssinn und mit Weitsicht und Mut vor teils herber Kritik aus den eigenen Reihen gestellt hat.“ (Höll in Knehs-Vranitzky, Gross 2007, 83)

Angesichts der Tatsache, dass die SPÖ mit großen gesellschaftlichen Veränderungen und mit zahlreichen Skandalen konfrontiert war, hat die Partei unter Vranitzky immer noch großen Zuspruch von der Bevölkerung erhalten.

Im Jahr 1997 entschloss sich Franz Vranitzky dennoch die Kanzlerschaft und den Parteivorsitz an Viktor Klima abzugeben, dieser war vor seiner politischen Karriere bei der Österreichischen Mineralölverwaltung (OMV) tätig gewesen. Im Jahr 1992 wechselte er als Minister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr in das Kabinett Vranitzky und wurde 1996 zum Finanzminister ernannt.

Bevor es zu diesem Führungsspitzenwechsel kam wurden mehrere Volksbegehren durchgeführt, die unterschiedlich erfolgreich waren. Das Anti-Gentechnik Volksbegehren unterschrieben 1,2 Millionen BürgerInnen, das Frauenvolksbegehren fand 650.000 UnterstützerInnen und das, von der FPÖ inszenierte Anti-EU-Volksbegehren bekam 254.000 Unterschriften.

Außerdem wurde der rechtsradikale Briefbombenattentäter Franz Fuchs gefasst. Über mehrere Jahre hinweg forderte seine Anschlagserie vier Todesopfer und 15 (schwer) Verletzte. Darunter auch der damalige Wiener Bürgermeister Helmut Zilk, der durch eine Briefbombe schwer an der linken Hand verletzt wurde. Die vier Todesopfer waren Bewohner einer Roma Siedlung im burgenländischen Oberwart, sie kamen durch eine Sprengfalle ums Leben. Das Gericht verurteilte Franz Fuchs zu lebenslanger Haft. Im Februar 2000 beging er Selbstmord (vgl. Sandner 2013, 69).

9. Viktor Klima und der Gang in die Opposition

Lt. Rathkolb entwickelte Klima, im Gegensatz zu Vranitzky einen sehr persönlichen und freundschaftlichen Stil. Denn Vranitzky war ihm zufolge, sowohl innerhalb der Partei, als auch gegenüber dem Koalitionspartner bestrebt, Distanz zu wahren und interagierte in erster Linie sachorientiert. Der Wiener Bürgermeister Michael Häupl meinte 1997 beispielsweise, dass „mit dem Amtsantritt Bundeskanzler Klimas >>mehr Wärme<< in die Partei einkehren werde.“ (Häupl zit. in Rathkolb 2005, 206)

„Eine tiefe Wunde erhielten die Große Koalition und der neue ÖVP-Vizekanzler Wolfgang Schüssel (allerdings) durch den Verkauf der >>schwarzen<< Creditanstalt-Bankverein an die >>rote<< Bank Austria.“ (Rathkolb 2005, 206) Klima setzte diesen Verkauf Anfang 1997 um, wodurch, so Rathkolb, der Anfang vom Ende der Großen Koalition gekommen war. Außerdem hatte die SPÖ bei den ersten Privatisierungen, v.a. bei der Reorganisation der verstaatlichten Holding ÖIAG, die Wirtschaftskompetenz der ÖVP in Frage gestellt.

Die SPÖ war auch eher bereit mit dem alten Besitz-und Proporzdenken zu brechen – „eine Tendenz, die ihr allerdings im Zusammenhang mit dem Verkauf der Bank Austria an die deutsche Hypo-Vereinsbank eher schaden sollte und zu gewaltigen Verlusten in der Vermögensbilanz der Stadt Wien und der Wiener Städtischen Versicherung führte.“ (Rathkolb 2005, 206)

In der zweiten Hälfte des Jahres 1998 hatte Österreich die EU-Präsidentschaft inne, was sowohl Bundeskanzler Viktor Klima als auch Außenminister und Vizekanzler Wolfgang Schüssel für sich nutzen konnten um ihr Profil zu schärfen (vgl. Sandner 2013, 69). Innerhalb der Koalition kam es aber immer wieder zu heftigen Kontroversen, die z.B. die Rolle der österreichischen Neutralität betrafen. Während die SPÖ diese vehement verteidigte, gab es von Seiten der ÖVP heftige Relativierungsversuche.

Es gab aber auch wesentlich ernstere Auseinandersetzungen, gemeint ist hier der tragische Tod des Nigerianers Marcus Omofuma, der im Zuge einer Abschiebung im Mai 1999, im Flugzeug der Mund verklebt wurde, wodurch er erstickte. SPÖ- Innenminister Karl Schlögl musste die politische Verantwortung für den Vorfall übernehmen und es kam zum heftigen Streit. Menschenrechtsorganisationen und die Grünen warfen ihm vor, Repräsentant einer unmenschlichen Asylpolitik zu sein.

FPÖ-Chef Haider meinte hingegen, man müsse das Risiko eines solchen Todesfalls gegen das Leben der österreichischen Drogentoten abwägen. Wobei Omofuma nachweislich kein Drogendealer gewesen war (vgl. Sandner 2013, 69).

Bei den Wahlen zum europäischen Parlament im Juni 1999 gewann die SPÖ mit ihrem umstrittenen Spitzenkandidaten Hans Peter Martin mit rund 31 Prozent, knapp vor der ÖVP. Bald darauf startete der Wahlkampf für die Nationalratswahl 1999. Klima, der von seinen Beratern scheinbar alle Ecken und Kanten abgeschliffen bekam, führte einen extrem vorsichtigen Wahlkampf, ganz im Gegensatz zu Haider. Dieser fischte in den, von der SPÖ, ins Abseits gerückte Themen EU-Erweiterung und Asyl-sowie Migrationsfragen und erreichte damit 1999 seinen größten Wahlerfolg. Rathkolb zufolge blieb im SPÖ-Wahlkampf als einzige Botschaft (abgesehen von einem netten Klima) die Einsetzung einer Kommission zur Bundesheerreform (vgl. Rathkolb 2005, 207). „Der Versuch, an die Erfolge der deutschen und britischen Sozialdemokratie anzuschließen („Dritter Weg“ „Schröder-Blair Kurs“ etc.), gelang nicht.“ (Sandner 2013, 70)

Bei den Nationalratswahlen blieb die SPÖ mit rund 33 Prozent der Stimmen zwar stärkste Partei, sie erzielte damit allerdings ihr bisher schwächstes Ergebnis in der zweiten Republik und verlor den Status als führende Partei der ArbeiterInnen, die diesmal nur zu 35 Prozent für die SPÖ, aber zu 47 Prozent für die FPÖ votiert hatten.“ (Sandner 2013, 70) Die Wahlanalyse aus dem SORA-Institut ergibt, dass die SPÖ am 3. Oktober 1999 in Summe 176.000 Stimmen an die FPÖ verloren hat, was einem Anteil von 10 Prozent ihrer früheren WählerInnen entspricht. „Ein weiteres Problem der SPÖ war die schwache Mobilisierung der eigenen Klientel: Die SPÖ hat 127.000 Stimmen durch Wahlenthaltung eingebüßt, aber praktisch keine (8.000) ehemaligen NichtwählerInnen für sich gewonnen. Insgesamt ergibt sich bei der SPÖ eine Behalterate von nur 74%.“ (www.sora.at/nrw99) ÖVP und FPÖ hatten beide jeweils 26, 9 Prozent, wobei die FPÖ um ein paar hundert Stimmen mehr bekam. Die Grünen erhielten 7,4 Prozent der Stimmen.

Die Bemühungen Klimas nach der Nationalratswahl 1999 eine Fortsetzung der großen Koalition auszuverhandeln („Sondierungsgespräche“) scheiterten kläglich und so schloss die ÖVP einen Koalitionspakt mit der FPÖ und stellte als drittstärkste Partei den Bundeskanzler. „Klima versuchte durch einen jovialen Koalitionsstil die Differenzen mit der ÖVP zu überdecken, ohne zu erkennen, dass diese sich immer mehr mit dem Ende der Koalition anfreundete.“ (Rathkolb 2005, 206)

Die SPÖ warf der ÖVP vor, bereits während der Gespräche mit den Sozialdemokraten, Parallelverhandlungen mit der FPÖ geführt zu haben und dass sie von Anfang an kein Interesse einer Fortsetzung der rot-schwarzen Koalition gehabt hätte. Erstmals seit 1970 war die SPÖ so wieder zur Oppositionspartei geworden (vgl. Sandner 2013, 70).

Am vierten Februar 2000 wurde die schwarz-blaue Regierung von Bundespräsident Klestil, trotz dessen offensichtlicher Präferenzen für eine Fortsetzung der großen Koalition, angelobt. Aufgrund der öffentlichen Proteste und Demonstrationen musste eine Regierung erstmals einen unterirdischen Gang für den Weg zur Angelobung beim Präsidenten nehmen (vgl. Sandner 2013, 70).

Von Seiten der EU, genauer von den EU-14 Staaten wurde wegen der FPÖ/ÖVP-Koalitionsregierung beschlossen, die diplomatischen bilateralen Beziehungen zum EU-Mitgliedsland Österreich auf Minister- und Kanzlerebene einzufrieren. Mit der Angelobung der schwarz-blauen Regierung am 4. Februar 2000 traten die Maßnahmen in Kraft (vgl. www.demokratiezentrum.org).

„Zuvor hatten die drei "Weisen", Martti Ahtisaari, ehemaliger finnischer Staatspräsident, Jochen Frowein, Verfassungsrechtler aus der BRD, und Marcelino Oreja, ehemaliger spanischer Außenminister, ihren Bericht über Österreich vorgelegt. „Ziel des Weisenberichts war die "Verpflichtung der österreichischen Regierung gegenüber den europäischen Werten, vor allem hinsichtlich Minderheiten, Flüchtlingen und ImmigrantInnen sowie die Entwicklung der politischen Natur der FPÖ" zu prüfen.“ (www.demokratiezentrum.org) Nachdem die drei "Weisen" den EU-14 die Aufhebung der sogenannten "Sanktionen" gegen Österreich empfahlen, wurden sie am 12. September 2000 außer Kraft gesetzt. Eine der Schlussfolgerungen des Berichts lautete, dass die österreichische Regierung die europäischen Werte eingehalten habe. Gleichzeitig wurde aber auch scharfe Kritik an der FPÖ geübt (vgl. www.demokratiezentrum.org).

9.1. Reformen unter Klimas Regierung

Während Viktor Klimas Regierungszeit gelang es zahlreiche groß angelegte Reformvorhaben umzusetzen (vgl. rotbewegt.at). Am 13.03.1997 einigten sich die beiden Koalitionsparteien SPÖ und ÖVP „auf die Novellierung der Ausländergesetze nach dem Grundsatz „Integration statt Zuwanderung.“ (Khol et al 1998, 860)

Ziel der Novellierung war es Personen, die zwar eine Aufenthaltsbewilligung, aber keine Arbeitsbewilligung besitzen, den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern. Gleichzeitig beschränkte man die Quote für Neuzuwanderung und nahm dabei nur auf unverzichtbare Fachkräfte und Familienangehörige bereits in Österreich lebender Ausländer, Rücksicht

Des Weiteren wurde die Einrichtung eines weisungsfreien Bundesasylsenats beschlossen, der bei Asylverfahren in zweiter Instanz eingesetzt werden sollte (vgl. Khol et al 1998, 860). Im Mai desselben Jahres, gelang es die monatelang andauernden Verhandlungen über eine Neugestaltung der Gehaltspyramide hochrangiger Politiker erfolgreich zu beenden.

In dem beschlossenen Bezügebegrenzungs-gesetz wurde der Brutto-Jahresbezug eines Nationalratsabgeordneten (ÖS 1,4 Millionen) als Grundlage zur Errechnung der Bezüge von Bundespräsident, Kanzler, MinisterInnen, NationalratspräsidentInnen, Landeshauptleuten, StaatssekretärInnen und dem Rechnungshofpräsidenten, verwendet (vgl. Khol et al 1998, 860).

Außerdem wurde eine umfangreiche Pensionsreform angekündigt, welche folgende Punkte zur Behandlung vorsahen: Einbeziehung der Erwerbstätigkeit in die Sozialversicherung; Eindämmung der Frühpensionen „Angleichung der Versicherungssysteme untereinander und mit den Versorgungssystemen der Beamten, Ausdehnung der Durchrechnungszeiträume zur Berechnung der Pensionen.“ (Khol et al 1998, 506) Um die Finanzierungskrise der österreichischen Pensionsversicherungssysteme langfristig zu lösen, beauftragte die Regierung den Sozialexperten Bert Rürup von der technischen Universität Darmstadt. „Rürup schlug im Wesentlichen drei Bündel von Maßnahmen vor: Die Ausdehnung des Durchrechnungszeitraumes von 15 auf 25 Jahre; die Gleichwertigkeit der einzelnen Versicherungsmonate und die Leistungsreduktion für die Inanspruchnahme vorzeitiger Alterspensionen.“ (Khol et al 1998, 506)

9.2. Gründe für das Ende der Großen Koalition

Lt. Lang war die Pensionsreform mit Auslöser für die erste Koalitionskrise, da es zwischen den Parteien Meinungsverschiedenheiten bezogen auf die langfristige Sicherung der Pensionssysteme gab, auch von Seiten der Gewerkschaft kam es zu massiven Protesten. Klima musste zwischen der Gewerkschaft, welche die Meinung vertrat, das Pensionssystem sei in der gegenwärtigen Form noch über Jahre finanzierbar und der ÖVP vermitteln (vgl. Lang 2001, 23).

Erst am 10.10.1997 einigten sich die Koalitionsparteien auf eine Pensionsreform. Die Gewerkschaften waren allerdings keinesfalls zufrieden damit und so kam es zu weiteren Verstimmungen zwischen Diesen, insbesondere der Beamtengewerkschaft unter Fritz Neugebauer und der Regierung. Nach zähen Verhandlungen zwischen Regierung und Gewerkschaft kam es dann auch, bezogen auf die Beamtenpensionen, zu einer Einigung (vgl. Lang 2001, 23). Der Nationalrat stimmte diesem Kompromiss am 5.11.1997 mit den Stimmen der beiden Koalitionsparteien, sowie der InteressensvertreterInnen von SPÖ und ÖVP-Parlamentsklubs zu. „Nachhaltiger Teil der Reform ist wohl die Tatsache, dass die Beamtenpensionen statt -wie bislang an Letztbezug- nun an einen Durchrechnungszeitraum von 15 Jahren gekoppelt sind.“ (Lang 2001, 23)

Rürüp erkannte seinen Vorschlag zur Reform in dem Beschlossenen nicht wieder, er meinte: „Die Regierung hat nur drei Prozent Einsparungsvolumen aktiviert: Das ist gerade einmal ein Zehntel von dem, was notwendig gewesen wäre.“ (Rürüp in Lang 2001, 23 aus Profil 46/1997, 26) Viktor Klima entgegnete: „Was Professor Rürüp vorgeschlagen hat, wäre unsozial gewesen.“ (Lang 2001, 23)

Abgesehen von der Pensionsreform gab es auch noch andere politische Themen in welchen sich die beiden Koalitionspartner so gar nicht einig waren. Eine dieser Differenzen betrifft die Neutralität, während die SPÖ diese in ihrer traditionellen Form erhalten wollte, war die ÖVP für eine Annäherung an die NATO. Aufgrund dieser wahrhaft großen unterschiedlichen Meinungen konnte der NATO-Optionenbericht auf Beamtenebene nicht, wie geplant, bis Herbst 1997 ausgearbeitet werden. Es wurde klar, dass es einen derartigen Bericht in dieser Legislaturperiode nicht geben würde, da die grundsätzliche Frage zur zukünftigen Sicherheitspolitik Österreichs nicht geklärt werden konnte. (Lang 2001, 25)

Auf ein weiteres Unverständnis von Seiten der ÖVP, aber auch der Opposition, stieß die von Klima angekündigte Lehrlingsoffensive. In Dieser versprach er, gemeinsam mit Bundesgeschäftsführer Andreas Rudas, dass es im Herbst 1997 keinen Jugendlichen ohne Lehrstelle oder Ausbildungsplatz geben werde. Die ÖVP wurde dabei durch die Einbeziehung des Wirtschaftsministeriums und der Wirtschaftskammer ungefragt mit eingebunden.

Klima konnte sein Ziel nicht erreichen. Was er aber wenigstens durchsetzen konnte war, dass Betriebe welche Lehrlinge ausbilden bei öffentlichen Aufträgen zu bevorzugen sind (vgl. Lang 2001, 25).

Rathkolb zufolge setzte Klima als Bundeskanzler bedeutend weniger um, denn als Verkehrs- und Finanzminister. Außerdem scheiterten seine Versuche, mittels Umarmungen und Kontaktversuchen, Haider's scheinbar ungebremsten Populismus zu beenden. (vgl. Rathkolb 2005, 207). „Das Grundproblem der Ära Klima war, dass die angekündigte >>Politik der Wärme<< letztlich in einer Politik der Konfrontationsverweigerung endete.“ (Rathkolb 2005, 207) Konkrete politische Ziele und Inhalte blieben auf der Strecke (vgl. Rathkolb 2005, 207). Nach der Bildung der ÖVP-FPÖ-Regierung übergab Viktor Klima im Frühjahr 2000 das Amt des Bundesparteivorsitzenden an Alfred Gusenbauer und arbeitet seitdem als Präsident von VW-Argentinien.

9.3. Parteiprogramm 1998

„Im Jahr 1998 beschloss die SPÖ ein neues Parteiprogramm, das Jenes von 1978 ablösen sollte. In einem langen und intensiven Diskussionsprozess, versuchte die Sozialdemokratie neue Inhalte mit den programmatischen Traditionen der Partei rund um die Werte Gleichheit, Freiheit und Solidarität zu verbinden.“ (Sandner 2013, 69)

Die Definierung der Grundwerte hat sich im Gegensatz zum Grundsatzprogramm von 1978 kaum verändert, lediglich bei ein paar Stellen wurden Sätze präziser formuliert, vom Inhalt her hat sich nichts geändert, sie wurden daher auch nicht auf die gesellschaftlichen Veränderungen angepasst, die sich in den 20 Jahren ergeben hatten. Ganz anders sieht es mit dem Rest des Programms aus. Das Parteiprogramm 1998 hebt sich drastisch von den vorhergehenden Programmen ab und wurde dementsprechend auch stark kritisiert, da es den schon genannten neoliberalen Kurs, der in der Ära Vranitzky einsetzte, unterstreicht. Einer dieser Kritiker ist Josef Falkinger, Mitglied der SPÖ Alsergrund und hier vor allem der Sektion 8, auf deren Diskussionsplattform er auch den Blog: -Zwei Parteiprogramme: 1978 und 1998- verfasste (vgl. www.blog.sektionacht.at). Er meint, dass der Text des Parteiprogramms von 1998 vorwiegend abstrakte Wertvorstellungen enthält, anstatt konkreter gesellschaftsverändernder Zielsetzungen. „Während es in Bezug auf die hehren Grundsätze im Programm 1998 schier keine Grenzen gibt, wird der konkrete Handlungsspielraum der Politik so engmaschig definiert, dass er kaum mehr sichtbar ist.“ (www.blog.sektionacht.at)

Dieser Handlungsspielraum ist durch die Globalisierung eingeschränkt, die zu einem verschärften Wettbewerb führt. Unter diesen Bedingungen kann der Lebensstandard nur dann gehalten werden, wenn verstärkt in Forschung und Entwicklung investiert wird.

„Regulierende Eingriffe in den Markt sind nur auf europäischer Ebene, oder gar Weltebene möglich, da sonst das Kapital abwandert.“ (www.blog.sektionacht.at)

Das Parteiprogramm 1998 ist vor diesem Hintergrund ein Musterbeispiel für ein politisches Programm in der Zeit der Postdemokratie, so Falkinger. Auch die bis dahin geltenden Werte der Sozialdemokratie wurden umgewertet.

Die Entwicklung seit 1978, die durch starke Machtverschiebungen von Arbeit in Richtung Kapital geprägt war, wird im 98-Programm grundsätzlich positiv bewertet (vgl. www.blog.sektionacht.at).

(10) „(...) das Tempo der gesellschaftlichen Veränderungen hat sich nicht verlangsamt, sondern eher beschleunigt. Sozialdemokratisch mitbestimmte Politik hat nicht nur geholfen, das Wohlstandsniveau zu heben, sondern auch, traditionelle Fesseln des Denkens und Handelns zu überwinden.“ (www.renner-institut.at/Parteiprogramm 1998)

In der Ära Vranitzky und danach bei Klima wurde die Wirtschaftspolitik nicht mehr nach dem austrokeynesianistischen Modell geführt, sondern neoliberal. So kam es zu Teilprivatisierungen, Ausgliederungen und „einer teilweise unschönen Sozialschmarotzerdiskussion“, wie Falkinger sie nennt (vgl. www.blog.sektionacht.at).

Die österreichische Sozialdemokratie selbst hat sich aber nie in diesem Licht gesehen, im Gegenteil, sie kritisierte den Neokonservatismus und Neoliberalismus vehement:

(14) „Die Arbeitslosigkeit in Europa ist angestiegen, manche traditionelle Instrumente zu ihrer Bekämpfung verlieren ihre Wirksamkeit. Ein rücksichtsloser Neoliberalismus und ein unsozialer Neokonservatismus versuchen, aus diesen Entwicklungen dauerhafte Vorteile zugunsten der Kapitalinteressen und zu Lasten der arbeitenden Menschen zu ziehen.“ (www.renner-institut.at/Parteiprogramm 1998)

(12) „Die wirtschaftliche Entwicklung hat deutlich an Dynamik der Veränderung gewonnen. Geographische Entfernungen beginnen ihre Bedeutung zu verlieren, die Mobilität der Menschen nimmt zu.

Der internationale Konkurrenzdruck wächst als Ausdruck sich angleichender Verwertungsbedingungen des Kapitals.“ (www.renner-institut.at/Parteiprogramm 1998)

Lt. Programm kann man einige dieser wirtschaftlichen Entwicklungen unter dem Sammelbegriff „Globalisierung“ zusammenfassen, wobei es die positiven und negativen Auswirkungen richtig einzuschätzen gilt. Grundsätzlich wird die Globalisierung aber nicht als etwas Negatives gesehen, da sie die Entwicklung der Europäischen Union erst möglich gemacht hat. „Was alten Programmen die Vision der sozialistischen Gesellschaft war, ist dem Programm von 1998 die Vision einer irgendwann abgeschlossenen europäischen Einigung.“ (www.blog.sektionacht.at) Auch der Konkurrenzdruck (freier Wettbewerb), der im 78-Programm gemeinsam mit dem Kapitalismus noch aufs schärfste kritisiert wurde, wird positiv gewertet.

III.1. (8): *„Funktionierende Märkte und fairer Wettbewerb leisten einen wichtigen Beitrag zur Förderung des Wohlstands durch ihren Zwang zu effizienter und preiswerter Erbringung von Leistungen und Gütern im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher.*

Wir treten daher für offene Märkte und gegen bestehende und neue Monopole mit ihren Nachteilen und Kosten ein. Ein modernes Wirtschafts- und Kartellrecht hat daher die Aufgabe, das Funktionieren des Markts zu gewährleisten.“ (www.renner-institut.at/Parteiprogramm 1998)

Zum Vergleich ein Zitat aus dem 78er Programm:

Die Welt, die wir verändern wollen: „Der Kapitalismus hat sich gewandelt, aber seine entscheidenden Merkmale sind geblieben. Auch in der modernen Industriegesellschaft entscheiden Unternehmer, ob als Eigentümer oder als Manager, über Produktion, die Investition und somit über die Arbeitsplätze. Ihre Entscheidungen kommen nicht auf Grund langfristiger gesellschaftlicher Planung zustande, sondern auf Grund von Gewinnerwartungen und Konkurrenzdruck. So kommt es insbesondere in Krisen dazu, dass notwendige Investitionen eingeschränkt oder nur für Rationalisierungsmaßnahmen, die Arbeitsplätze einsparen, eingesetzt werden.“ (www.renner-institut.at/Parteiprogramm 1978)

Es sollen hier aufgezeigt werden wofür sich die SPÖ im Parteiprogramm 1978 stark machte, bzw. wofür die Partei steht. Es sind Forderungen, die heute nach wie vor aktuell sind und teilweise erst jetzt langsam umgesetzt werden, Falkinger hat hier dankenswerter Weise schon die Vorarbeit geleistet und einige Standpunkte der SPÖ ausgewählt, die ich hier verwenden werde.

Die SPÖ stand 1978:

„Für die Beseitigung obrigkeitsstaatlicher Bürokratie. In der Demokratie sind alle Einrichtungen so zu gestalten, dass sie für die Bevölkerung überschaubar und für die Volksvertreter kontrollierbar sind.“ (zit. in www.blog.sektionacht.at)

„Für die Schaffung offener Strukturen und für die Übertragung möglichst vieler Entscheidungs-, -Mitwirkungs- und Kontrollrechte auf kleinere demokratisch organisierte Gemeinschaften, um die Entscheidungsprozesse überschaubarer zu machen und die Eigenverantwortlichkeit des einzelnen zu stärken.“ (zit. in www.blog.sektionacht.at)

„Für eine Stärkung und Ausweitung der demokratischen Kontrolleinrichtungen, die die Tätigkeit der öffentlichen Verwaltung nicht nur im Hinblick auf ihre Wirtschaftlichkeit, sondern auch auf die Erfüllung ihrer Leistungs- und Planungsverpflichtungen für die Bevölkerung prüfen. Diese Kontrolleinrichtungen sollten im Auftrag gewählter Organe tätig werden und sich nicht nur aus Beamten zusammensetzen.“ (zit. in www.blog.sektionacht.at)

„Die große Mehrheit der öffentlichen Bediensteten verrichtet ihre Arbeit in sachlich nicht begründbarer und deshalb überflüssiger hierarchischer Abhängigkeit. Diese Fremdbestimmtheit hindert sie oft daran, ihre Tätigkeit als Dienst im Interesse der Bevölkerung, vor allem der sozial Schwächeren, zu erfüllen.“ (zit. in www.blog.sektionacht.at)

„Es ist absolut nicht gelungen die Vorhaben des 1978er-Programmes auch nur ansatzweise umzusetzen, im Gegenteil: Kaum war es erschienen, begann die SPÖ-Führung immer schneller einen dem Programm völlig entgegengesetzten Kurs einzuschlagen.“ (www.blog.sektionacht.at)

Bis vor Kurzem hätte ich Josef Falkinger diesbezüglich völlig recht gegeben. Aber heute ist ein kleiner Lichtblick und eine Tendenz in Richtung –Einhaltung dieser Forderungen- in Sicht, so wurde am 10.Juli 2014 eine U-Ausschuss-Reform entschieden, nach der die Einsetzung von Untersuchungsausschüssen zum Minderheitenrecht und damit zum Normalfall wird (vgl. www.parlament.gv.at).

„Wenn es den Regierungsparteien reichte, knipsten sie die parlamentarische Untersuchung aus wie eine Nachttischlampe.“ (www.salzburg.com/113425) Man denke hier an die Inseratenaffäre, bzw. an die Vorwürfe, Faymann „habe sich in seiner Zeit als Infrastrukturminister (2007/08) mit teuren Inseratenkampagnen die Gunst des Zeitungsboulevards erkaufte und die Rechnungen dafür von ÖBB und Asfinag bezahlen lassen. Die FPÖ hatte einen Monat später mit einer Anzeige die Justiz eingeschaltet.“ (www.kleinezeitung.at/3458819) Die SPÖ setzte damals alle Hebel in Bewegung um eine Zeugenladung von Werner Faymann vor den Untersuchungsausschuss zu verhindern. „Nun aber werden U-Ausschüsse zur Normalität.“ „Ihre Dauer wird klar geregelt, ihre Tagungszeit sauber vom Wahlkampf abgegrenzt. Die Vorsitzführung durch die Nationalratspräsidenten, die Installierung eines Verfahrensrichters und die Schiedsrichterfunktion des Verfassungsgerichtshofs dürften garantieren, dass in Zukunft die Wahrheitssuche im Vordergrund steht und nicht das Münzen politischen Kleingeldes.“ (www.salzburg.com/113425)

Was allerdings die Transparenz bezogen auf die VolksvertreterInnen anbelangt, ist nach wie vor einiges zu tun, ebenso wie bei „*einer sinnvollen Verteilung der Aufgaben zwischen Bund, Ländern und Gemeinden.*“ (zit. in www.blog.sektionacht.at)

10. Gusenbauer als Oppositionsführer und Regierungschef

Nachdem Viktor Klima sein Amt niederlegte, musste ein neuer Parteivorsitzender her. Die Wahl fiel auf den, damals in der Öffentlichkeit eher unbekannten, Alfred Gusenbauer. Dieser war unter anderem Bundesvorsitzender der Sozialistischen Jugend von 1984 bis 1990, später Bezirksvorsitzender der SPÖ Melk von 1990 bis 2000 und Bundesgeschäftsführer der SPÖ im Jahr 2000 (vgl. parlament.gv.at/00663).

Norbert Leser meint, dass es sich in einer wirklich demokratischen Partei ergeben hätte können, den Parteitag zwischen mehreren KandidatInnen entscheiden zu lassen. Doch ihm zufolge, war die SPÖ längst keine demokratische Partei mehr (vgl. Leser 2008, 207), spätestens seit Vranitzky, wie er in seinem Buch „Der Sturz des Adlers“ wiederholt zum Ausdruck bringt.

Das sogenannte eiserne Gesetz der Oligarchie (vgl. Michels 1925) bestätigte sich, denn nach diesem „entscheidet nicht die Masse und die numerische Mehrheit, sondern ein kleiner Kreis von Spitzenfunktionären, die eine Vorentscheidung treffen und den offiziell zuständigen Gremien zur Genehmigung vorlegen.“ (Leser 2008, 207, 208)

„Man brauchte einen Mann, welcher der Partei gegenüber unbedingt loyal war, jemanden gegen den nichts vorlag, der aber auch noch keine besonderen Leistungen und Verdienste, die natürlich sofort pro und kontra polarisiert hätten, aufzuweisen hatte, der also guten Gewissens allen empfohlen werden konnte, ohne besondere Emotionen positiver oder negativer Natur zu erwecken.“ (Leser 2008, 208) Doch Gusenbauer wurde von außen eher mit Skepsis betrachtet. Das deutsche Nachrichtenmagazin „der Spiegel“ verglich ihn mit einem „spätsowjetischen Kaderleiter“. Gusenbauer und seine Vertrauten taten beinahe jede Kritik damit ab, sie kämen von „bürgerlichen Feindmedien“.

Bei den EU-Sanktionen hatte er sich dem Profil zufolge völlig überschätzt. „Stolz darauf, in der Sozialistischen Internationale Kontakte zu den roten Größen der Welt geknüpft zu haben, wollte er eitel demonstrieren, dass er im Gegensatz zu Schwarz-Blau international empfangen wird.“ (www.profil.at/0640/560/153340)

Diese Einschätzung wurde lt. Profil aber weit verfehlt, so meinten einige Regierungsparteien, Gusenbauer „champagnisiert“ (vgl. www.profil.at/0640/560/153340).

Gusenbauer selbst nahm dazu immer wieder Stellung, z.B. erklärte er am 29.01.2010 in der Presse:

„Wolfgang Schüssel hat mich ersucht, alle Kontakte wahrzunehmen, damit wir diese Maßnahmen wegbekommen. Es gab viele Regierungen, die nicht bereit waren, mit ihm zu reden. Die waren aber sehr wohl bereit, mit mir zu reden.

Ich habe also einige Hauptstädte besucht, die Verantwortlichen getroffen, Vorträge gehalten, um klarzumachen: Freunde, das bringt so nichts. In Paris waren gerade die Feierlichkeiten zum Ende des Zweiten Weltkriegs im Gang. Und da war ein Empfang im Élysée. Nachdem man in Frankreich bekanntlich nicht Grünen Veltliner trinkt, wurde halt mit Champagner angestoßen. Die Reaktionen in Österreich zu diesem Treffen waren Ausdruck einer unheimlichen Doppelbödigkeit. Zum einen wurde ich aufgerufen mitzuhelfen, damit wir das beenden. Zum anderen wurde ich diskreditiert, nachdem ich genau das versucht habe.“
(diepresse.com/536395)

Zweifelsohne resultierte die negative Stimmung auch aus der unangenehmen Erkenntnis, dass schwarz-blau Realität geworden war, dass nichts darauf hinwies, dass sich das in nächster Zeit ändern werde und natürlich weil die SPÖ vor einem riesigen Schuldenberg stand. Dem Profil zufolge wirkte Gusenbauer ungeschickt, sogar ein wenig hilflos. Außerhalb der Partei irritierten seine Ideen von der „solidarischen Hochleistungsgesellschaft“ oder die „Verankerung des Nulldefizits in der Verfassung“ (vgl. www.profil.at/0640/560/153340). „Bei Gusenbauer verstärkte die mangelnde Akzeptanz seiner Denkanstöße den Glauben klüger zu sein als der Rest.“ (www.profil.at/0640/560/153340)

Außerhalb des intellektuellen Zirkels wirkte sein Wissen oft arrogant. „Wer gut ist braucht das nicht jedem aufs Aug zu drücken“, meinte der Gewerkschafter Hans Sallmutter (www.profil.at/0640/560/153340).

Nach der „Niederlage“ bei der Nationalratswahl 2002 riss die interne Kritik an Gusenbauer nicht ab. Es wurde ihm unter anderem eine populistische Linie beim Asylgesetz, sowie die missglückte Präsentation seines Wirtschaftsprogramms, vorgeworfen (vgl. www.profil.at/0640/560/153340).

Um noch einmal auf die Nationalratswahl zurückzukommen: Die SPÖ konnte, trotz all der erwähnten Kritik, dazugewinnen und erreichte etwa 36 Prozent, doch der Wahlsieger war eindeutig die ÖVP, welche sich von 27 Prozent 1999 nun auf 42 Prozent steigern konnte (vgl. Sandner 2013, 71). Die FPÖ verlor 16,75 Prozent und rutschte damit auf 10 Prozent hinunter, fast gleichauf mit den Grünen (9,5 Prozent), die um 2,1 Prozent dazugewannen.

Lt. SORA war das ein historischer Wahltag, „Noch nie hat es in der 2. Republik derart starke Veränderungen im Wahlergebnis gegeben.“ (www.sora.at/nrw02)

Die Gründe für den ÖVP-Wahlsieg und die Niederlage der FPÖ beschreibt das SORA-Institut folgendermaßen:

- „Zufriedenheit mit der Regierungsarbeit von Schwarz-Blau, vor allem mit der Wirtschaftspolitik und dem Nulldefizit“
- „Einschätzung der FPÖ als "nicht regierungsfähig", die Abwendung von Jörg Haider und die Entscheidung, "diesmal Schüssel" zu wählen“
- „Ablehnung von SPÖ bzw. Rot-Grün“ (www.sora.at/nrw02)

„Inhaltlich gelang es der ÖVP, sich mit FPÖ-Themen wie Asylpolitik und der Warnung vor Rot-Grün zu positionieren.“ (www.sora.at/nrw02) Der ÖVP gelang es hervorragend, die im September ausgesprochene Führungskrise der FPÖ strategisch auszunutzen.

„Nach der ersten Führungskrise in der FPÖ (Knittelfeld, Rücktritt von Riess-Passer, Grasser und Westenthaler), verkündete sie (ÖVP) Neuwahlen und konnte viele Freiheitliche für sich gewinnen.“ (www.sora.at/nrw02)

Bald „präsentierte die ÖVP, Karl-Heinz Grasser als potentielltes Regierungsmitglied der ÖVP und verstärkte so den Wählerschwund von der FPÖ zur ÖVP in der Schlussphase des Wahlkampfes.“ (www.sora.at/nrw02)

Doch nun wieder zur SPÖ und ihrem Parteivorsitzenden Alfred Gusenbauer, um auch einmal einige seiner Erfolge aufzuzeigen: In seiner Zeit als Vorsitzender, wurden die bereits erwähnten beträchtlichen Parteischulden abgebaut, die sogenannten „Braunen Flecken“ wurden historisch aufgearbeitet. „Als einzige österreichische Partei hatte die SPÖ ihren Umgang mit ehemaligen Nationalsozialisten in der Partei und in der Frage der Vermögensrückstellung wissenschaftlich aufarbeiten und die Ergebnisse auch wissenschaftlich publizieren lassen.“ (Sandner 2013, 71)

Auf Länderebene konnte sich die SPÖ weiter profilieren, besonders bei den Landtagswahlen in Salzburg (2004) und in der Steiermark (2005), wo jahrzehntelang die ÖVP regierte (vgl. Sandner 2013, 71).

2004 gewann der SPÖ-Kandidat Heinz Fischer, welcher zuvor viele Jahre lang als erster Nationalratspräsident amtiert hatte, die Bundespräsidentenwahl gegen die ÖVP-

Kandidatin Benita Ferrero-Waldner eindeutig. Und in Wien konnte die SPÖ mit fast 50 Prozent der Stimmen die absolute Mandatsmehrheit zurückerobern (vgl. Sandner 2013, 71).

„2005 spaltete sich unter der Führung des Kärntner Landeshauptmanns Jörg Haider das BZÖ (Bündnis Zukunft Österreich) von der FPÖ ab, doch trotz dieser krisenhaften Entwicklung blieb die Regierung im Amt.“ (Sandner 2013, 71)

Im Jahr 2006 erreichte die SPÖ entgegen der Umfrageprognosen und trotz BAWAG-Skandal (Aufdeckung der bis 2006 vertuschten, enorm hohen Verlustgeschäfte der Bank für Arbeit und Wirtschaft -damals Eigentum des ÖGB- und den darin verstrickten Chef Helmut Elsner) mit 35,3 Prozent der Stimmen den ersten Platz bei der Nationalratswahl. Als Vorsitzender der stimmenstärksten Partei, wurde Alfred Gusenbauer von Heinz Fischer mit der Regierungsbildung beauftragt. „In der ÖVP gab es von Beginn an massive Widerstände gegen eine Beteiligung als Juniorpartner der Sozialdemokratie.“ (Sander 2013, 71). Nach langen Sondierungen und zähen Verhandlungen, kam die Große Koalition dann aber zustande, allerdings musste die SPÖ der ÖVP weitreichende Zugeständnisse machen (z.B. Besetzung wichtiger Ministerien) (vgl. Sandner 2013, 71).

10.1. Die SPÖ unter Gusenbauer gebremst von der ÖVP

Die fünf-Jahre andauernde schwarz-blaue Regierung bilanzierte die SPÖ unter Gusenbauer vernichtend: Rekordarbeitslosigkeit, Höchstverschuldung und Armutsverbreitung waren die Schlagwörter des Parteichefs und der Bundesgeschäftsführer Doris Bures (heutige Nationalratspräsidentin, davor Infrastrukturministerin) und Norbert Darabos in einer Pressekonferenz Anfang Februar 2005 (vgl. www.news.at/104160).

Gusenbauer hatte einige Reformideen, von denen einige leider erst nach seiner Amtszeit umgesetzt wurden, oder nach wie vor diskutiert werden. So trat er für die Abschaffung der Studiengebühren ein, welche aber erst nach seinem Abtreten im September 2008 beschlossen und im März 2009 verwirklicht wurde (vgl. www.oe4.at). Eines seiner größten Ziele in seiner Zeit als Bundeskanzler von 2006 bis 2008 war die Umsetzung einer Steuer- und Gesundheitsreform. Diese war ihm sogar so wichtig, dass er bei Nicht-Umsetzung dieser Reform damit drohte bis 2009 die Koalition aufzulösen (vgl. www.market.at). Dieser mutige Vorstoß kam bei der Bevölkerung allerdings nicht besonders gut an, weil ihr einerseits der Glaube dafür fehlte und sie sich andererseits klar gegen vorgezogene Wahlen aussprach.

Generell war die Unzufriedenheit der Bevölkerung Ende 2007, Anfang 2008 groß. Lt. einer market-Umfrage war nur ein Fünftel der österreichischen Bevölkerung mit der Arbeit der Bundesregierung zufrieden und drei Viertel der SPÖ-SympathisantInnen waren mit ihrer eigenen Partei unzufrieden. Vor allem der raue Umgangston zwischen den Koalitionspartnern wurde kritisiert. Außerdem wurde die Vorgangsweise, Forderungen und Probleme in den Medien zu diskutieren, bevor sie mit dem Regierungspartner besprochen wurden, als unpassend empfunden (vgl. www.market.at).

Eine Steuerreform wurde erst 2009, also nach Gusenbauers Zeit als Bundeskanzler verwirklicht (vgl. brwup.univie.ac.at). Ebenso wenig konnte, in Gusenbauers Regierungszeit, die von ihm geforderte Gesundheitsreform umgesetzt werden. Was er jedoch umsetzen konnte war das Pflegegesetz Ende 2007. Das Pflege-Modell wurde entwickelt um Schwarzarbeit im Pflegebereich zu minimieren, es sieht also vor, selbstständige und unselbstständige Pflege staatlich zu fördern. „Der Erfolg des neuen Modells ist: Alle, die sich bisher 24-Stunden-Betreuung nur illegal leisten konnten, können das jetzt legal tun.“ (Gusenbauer 2008, 103)

Des Weiteren kam es in seiner Zeit als Parteivorsitzender und noch Oppositioneller, wie erwähnt, zu einigen Änderungen im Asylrecht, welche vor allem von der Sozialistischen Jugend stark kritisiert wurden.

Mit der Neukodifikation des österreichischen Asylgesetzes im Rahmen des Fremdenrechtspakets 2005 (BGBl. I 100/2005) ist es lt. Bundesministerium für Inneres im österreichischen Asylrecht mit 1. Jänner 2006 zu bedeutenden Änderungen gekommen. „Dabei wurden die Verfahrensregeln unter Berücksichtigung der Besonderheiten des Asylrechts und unter strikter Beachtung der rechtsstaatlichen Prinzipien, noch effizienter gestaltet. Schutzbedürftigen Fremden wird dadurch rasch Asyl oder subsidiärer Schutz gewährt; ebenso erhalten Fremde, die die Voraussetzungen nicht erfüllen, rasch Rechtssicherheit.“ (www.bmi.gv.at) „Im Parlament verriet die SPÖ mit dem Ja zum Asylgesetz linke Grundsätze, vor der Tür protestierte unter anderem die Sozialistische Jugend dagegen.“ (www.linkswende.org) Gusenbauer selbst meinte zu seiner Zustimmung zum neuen Asylgesetz: „Ich sage heute hier ganz klar und deutlich: Wir verabschieden gemeinsam ein Paket, das einen humanen und fairen Umgang mit Asylwerbern und Flüchtlingen vorsieht; das gleichzeitig aber Missbrauch in den sensiblen Bereichen verhindert; das ist deutlich erkennbar. Ich bekenne mich daher persönlich zu dieser Beschlussfassung.“ (www.ots.at)

10.2. Gusenbauers politische Meinungen und Ideen

Seine weiteren Vorhaben und Vorstellungen bezogen auf die SPÖ, die Koalition, die Entstehung des Populismus etc. sollen hier skizziert werden. Er schildert seine Ideen detailliert in seinem autobiografischen Buch „Die Wege entstehen im Gehen“ im Gespräch mit Katharina Krawagna-Pfeifer und Armin Thurnher.

Den Unterschied zwischen der großen Koalition der 90er Jahre und der Großen Koalition des 21. Jahrhunderts beschreibt er etwa so, dass in den 90er Jahren, in vielen Fragen, die Sozialdemokratie das blockierende Element war, im Gegensatz zu heute, wo seiner Meinung nach in allen wesentlichen Fragen die ÖVP das blockierende Element ist. „Vielleicht hängt das damit zusammen, dass die gängigen Reformideen der 90er Jahre neoliberale Ideen waren, gegen die sich die Sozialdemokratie zur Wehr gesetzt hat. „Während die gängigen Reformideen des 21. Jahrhunderts eben Ideen in Richtung Chancengleichheit, Wissensgesellschaft, Bildungszugang, Verteilungsgerechtigkeit sind.“ (Gusenbauer 2008, 37) Er meint, dass die Reformideen des 21. Jahrhunderts eher sozialdemokratisch geprägte Ideen sind und zwar in ganz Europa. Daher ist es seiner Meinung nach verständlich, dass die österreichische Volkspartei, welche nicht imstande ist, sich aus jenen neoliberalen Fängen zu befreien, in die sie sich selbst begeben hat, diese Reformideen blockiert (vgl. Gusenbauer 2008, 37).

Gusenbauers politische Antwort auf eine größere Gerechtigkeit in Österreich ist eine Steuergerechtigkeit. Er meint, dass die Sozialdemokratie nicht möchte, dass die Reichen anders behandelt werden als alle anderen. „Er (der Vermögende) soll genauso seine Steuern zahlen wie derjenige, der sich jeden Tag acht Stunden mühen muss, um sein Einkommen für sich und seine Familie zu verdienen. Wir wollen nur, dass sie genauso behandelt werden wie alle anderen.“ (Gusenbauer 2008, 42) „Je mehr jemand verdient, desto weniger Steuern zahlt er, im besten Fall zahlt er gar keine. Dann müssen Arbeitnehmer und Konsumenten die Kosten des Gemeinwesens alleine zahlen.“ (Gusenbauer 2008, 42) Gusenbauer ist für ein leistungsorientiertes Steuerrecht. Es könne nicht sein, „dass nur diejenigen die ihr Einkommen aus Arbeit beziehen, Steuern bezahlen, während die anderen Einkommensarten, die in der Zwischenzeit ein enormes Wachstum erlebt haben, keinen Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens leisten.“ (Gusenbauer 2008, 43)

Auf die Aussage der Interviewer, dass das politische Geschäft nicht leicht sei, weil man oft eine Idee hat die einleuchtend ist und trotzdem nie die ganze Gesellschaft dafür ist, auch wenn nur ein Prozent dagegen ist, meint Gusenbauer: „Es gibt nichts, wofür 99 Prozent sind. Selbst zum Abbau der Arbeitslosigkeit in Österreich beträgt die Zustimmung nur 87 Prozent. Was soll jemand gegen Abbau von Arbeitslosigkeit haben?“ (Gusenbauer 2008, 37)

Auf die Frage ob seine Lieblingsoption Rot-Grün, bezogen auf die kommenden Nationalratswahlen sei, meinte er: „Nein, die Lieblingsoption ist eine sozialdemokratische Alleinregierung, abgesehen davon schauen wir uns an wie die nächsten Wahlen ausgehen.“ (Gusenbauer 2008, 56)

Der Populismus in Österreich ist seiner Meinung nach am Ende der Kreisky Ära entstanden. Das ganze System der Ära Kreisky war davon bestimmt, dass es ein paar wenige Männer gab, die verschiedenste Einflusskanäle hatten und die in dieser Form die Macht organisierten. Außerdem gab es später und gibt es heute stärker denn je Gruppen in einer Gesellschaft, die den Eindruck haben, sie kommen zu kurz und Gruppen die sich gefährdet fühlen. Diese beiden Elemente waren seiner Meinung nach eine sehr relevante Grundlage für den Aufstieg des Populismus (vgl. Gusenbauer 2008, 59). „Paradoxerweise wird linkspopulistische Politik, etwa bei sozialpolitischen Forderungen, ebenfalls von der FPÖ betrieben. Deshalb hat ja auch die SPÖ, Wähler an die Freiheitlichen verloren.“ (fm4.orf.at) Ein weiterer Grund für den Aufstieg des Populismus und damit der „kleineren Parteien“, v.a. der FPÖ, war der Umgang der Gewerkschaft mit ihren „Schützlingen“. Da sie sich immer um diejenigen gekümmert hat, die ihre Mitglieder waren, also lt. Gusenbauer eine Politik für diejenigen gemacht hat, die dem Standardbild des Arbeitnehmers entsprechen. Nach und nach gab es aber immer mehr Leute die sich von der klassischen Gewerkschaftspolitik nicht mehr angesprochen fühlten, weil sich eine sehr vielfältige Arbeitsrealität entwickelte, die von Arbeitslosigkeit, über Teilzeitbeschäftigung und prekären Arbeitsverhältnissen reichte. Dazu kam, dass die Gewerkschaften immer darauf Rücksicht nehmen mussten ob die Konjunktur läuft oder nicht, wobei sie im öffentlichen Bereich darauf offenbar weniger Rücksicht nehmen mussten. „Auf Basis einer solchen Strategie kommt es naturnotwendig zu einem Auseinanderklaffen. Ein Großteil der Beschäftigten in der Privatwirtschaft wird nie über solche sozialrechtlichen Errungenschaften verfügen wie das Pensionsrecht der öffentlichen Bediensteten.“ (Gusenbauer 2008, 61)

Wie soll das ein Bauarbeiter, der jeden Tag, bei jedem Wetter auf der Baustelle stehen muss, nachvollziehen können, wenn er mit den Pensionsregelungen des öffentlichen Dienstes konfrontiert wird. „Das ist eine wunderbare Grundlage für jegliche Art der populistischen Agitation. Es ist nämlich ungerecht.“ (Gusenbauer 2008, 61)

Auf die Frage wie Gusenbauer Politik macht, antwortet er, dass man versuchen muss über die Öffentlichkeit Akzeptanz zu finden um Ideen schaffen zu können und dann Situationen herbeizuführen, in welchen man die Ideen zum Ausdruck bringt. „In einer großen Koalition wird es nie gelingen eine Idee zu 100 Prozent durchzusetzen. Man wird immer Kompromisse machen müssen, aber wichtig ist, dass das richtige Projekt, und sei es noch so embryonal, in die Welt gesetzt wird.“ (Gusenbauer 2008, 65)

Sehr ehrlich argumentierte er auf die Frage, ob gebrochene Wahlversprechen seine Glaubwürdigkeit beschädigen würden. Er schrieb: „Dass es meinem Ruf geschädigt hat, ist völlig klar. Die Wahrheit ist, ich kann ein Wahlversprechen nur dann durchsetzen, wenn ich dafür die Mehrheit habe.“ (Gusenbauer 2008, 68) Am meisten zur Last viel ihm wohl das Wahlversprechen zur Abschaffung der Studiengebühren, welches er nicht einhalten konnte:

„Das Problem ist nur, die Mehrheit gibt es nicht, da nur die SPÖ und die Grünen für die Abschaffung der Studiengebühren sind und die miteinander keine Mehrheit im Parlament haben.“ (Gusenbauer 2008, 68) Es gab einige Demonstrationen, eine dieser wurde sogar in seinem Wohnviertel veranstaltet, wo er gemeinsam mit 20 anderen Parteien wohnt.

Ab sechs Uhr früh begannen die StudentInnen zu demonstrieren und beschossen das Haus, in welchem Gusenbauer wohnt, mit roten Farbbeuteln.

Über diese Aktion war der ehem. Bundeskanzler sehr verärgert, besonders gestört haben ihn die Transparente mit der Aufschrift: „Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten!“ Diese Aussage hat ihn, wie er selbst schreibt, dazu motiviert, Geschichtsunterricht zu erteilen. „Wenn die nicht wissen, in welchem historischen Kontext gewisse Phrasen etabliert worden sind, dass diese Losung der kommunistischen Sozialfaschismustheorie war, die im Übrigen zur historischen Niederlage der Arbeiterbewegung in den 30er Jahren geführt hat.

Wenn sich Intellektuelle und politisch Engagierte völlig unreflektiert solcher Methoden bedienen, dann findet das nicht meine Zustimmung und motiviert mich, mit entsprechender Konsequenz die politische Auseinandersetzung zu führen – sorry.“ (Gusenbauer 2008, 159)

Gusenbauer ist für ein Mehrheitswahlrecht, weil er der Meinung ist: „Je komplizierter die Mehrheitsfindung im politischen System ist, umso weniger handlungsfähig ist das politische System, und umso mehr ist die Politik anderen Subsystemen der Macht unterlegen.“ (Gusenbauer 2008, 73) Allerdings hält er es aufgrund der österreichischen Tradition für völlig unrealistisch, dass es in Österreich zum Mehrheitswahlrecht kommt, weil Konsens und Kompromiss hier als viel höhere Werte gelten, als Klarheit und Schnelligkeit der Entscheidung. Außerdem findet er es in einem Fünf-Parteien-Parlament problematisch, lediglich zwei Parteien die Möglichkeit zum Regieren zu geben und die anderen in Opposition verharren zu lassen (vgl. Gusenbauer 2008, 74).

Zur österreichischen Gesellschaft meint er, dass wir ein Problem mit dem Verhältnis zum Guten und zu guten Leistungen haben. Er behauptet, dass selbst wenn etwas gut ist, wir in erster Linie sagen, „es war nicht schlecht“. „Wir haben ein Problem der Anerkennung dessen was gut ist, was erreicht wurde, das hängt eng damit zusammen, positive kollektive Zielsetzungen zu akzeptieren.“ (Gusenbauer 2008, 83)

Zur Pensionsreform, welche im Herbst 2007 beschlossen wurde und eine Erhöhung dieser bedeutete, gab es von Seiten der Bevölkerung scharfe Kritik. Der Tenor lautete, dass die junge Generation der große Looser sei, welcher später einmal alles zahlen und arbeiten müsse bis er 75 ist und danach keine Pension bekommt und wenn, dann nur eine kümmerliche.

Ein weiteres Problem, welches bemängelt wurde, stellten die Frühpensionen dar, die eine Art Umverteilung zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung sind. Und „dann gibt es noch drittens die Beamten, die eine, im Vergleich zu pensionierten Arbeitern und Angestellten, unglaublich hohe Pension bekommen.“ (Gusenbauer 2008, 107, 108).

Gusenbauer antwortet auf die Frage ob unser Pensionssystem gefährdet ist, dass es, was die Arbeiter und Angestellten betrifft, prinzipiell solide ist, da es einen Deckungsbeitrag von über 80 Prozent zwischen Einzahlungen und Auszahlungen gibt.

Er behauptet, dass unser Pensionssystem daher auch in der Zukunft finanzierbar sein werde, sofern es eine halbwegs stabile Wirtschaftsentwicklung gibt, was man im vornherein nie sagen kann. Die Beamtenpensionen, die weit über die der Angestellten hinausgehen, sieht er tatsächlich als Finanzierungsproblem. In seinem Buch sagt er, dass es in Zukunft zu einer Einschleifung der Beamtenpension kommen werde, allerdings nicht so schnell wie bei den Angestellten (vgl. Gusenbauer 2008, 109).

Nach dem Sozialrechts-Änderungsgesetz 2011 wurde das kleine Pensionsgesetz beschlossen, durch welches die Pensionen im Jahr 2012 mehrheitlich um 2,7 Prozent erhöht wurden. Lediglich BezieherInnen höherer Pensionen ab 3.300 € müssen mit einer Pensionsanpassung unterhalb der Inflationsrate vorlieb nehmen.“ (www.parlament.gv.at) 2014 sind die Pensionen dann wieder um 1,6 Prozent angehoben worden (vgl. derstandard.at/1385168755594).

Als die InterviewerInnen, Gusenbauer auf den Vorwurf ansprechen, er sei in der Regierung führungsschwach, reagiert er etwas zynisch: „Besonders herzig ist, wenn diese Kritik von ÖVP-lern kommt, die bekanntlich nichts anderes tun, als den ganzen Tag dazusitzen und zu sagen: Bitte führe uns! Drollig.“ (Gusenbauer 2008, 160)

Er ist der Meinung, dass die politische Strategie der ÖVP ganz simpel ist, sie wollen erstens, keine Erfolge der sozialdemokratischen Regierung, also diese möglichst vermeiden und zweitens wollen sie jeden Erfolg des Bundeskanzlers verhindern, „damit es nicht zu einem Kanzlerbonus kommt.“ (Gusenbauer 2008, 160)

Was Gusenbauer besonders betont, ist der Kontakt zu den Menschen. So meint er, dass er, wann immer es ihm möglich war, versucht hat mit den BürgerInnen in Kontakt zu treten, egal ob im Wirtshaus oder auf der Straße, das war für ihn natürlich auch mit ein Grund warum er quer durch Österreich reiste. „Ich will soweit es mir möglich ist, einen unmittelbaren Bezug zu den Problemlagen der Leute haben, das Gefühl dafür nicht verlieren, wie sie leben, was sie bewegt, was ihre Ängste, was ihre Befürchtungen sind.“ „Und ich habe es mir zur Angewohnheit gemacht, mit den Leuten in Kontakt zu sein, nicht weil es so populär ist, sondern weil es wirklich etwas bringt. Der persönliche Eindruck ist eine wichtige Ergänzung zu den Grundlagen.“ (Gusenbauer 2008, 156)

Der persönliche Kontakt zu den Menschen (Aufklärung) ist für mich ein sehr wichtiger Punkt, da er nach einer meiner Thesen, viel bringen würde um der aktuellen Politikverdrossenheit entgegenzuwirken. Die Frage ist nur in welchem Ausmaß ein Bundeskanzler das kann. Ich denke es sollte jede Gemeinde-und Bezirksorganisation der SPÖ sich dazu angehalten fühlen mit den Menschen in Kontakt zu treten, wann immer sie es in ihren Alltag einbauen können. Der persönliche, zwischenmenschliche Kontakt war immer schon Rezept der österreichischen

Sozialdemokratie, der jetzt durch Formen von Social Media, Schnellegeit etc. nach und nach verloren geht. Das finde ich sehr schade.

Auch meine InterviewpartnerInnen waren fast einheitlich der Meinung, die SPÖ müsse wieder verstärkt den Kontakt zu den Menschen suchen. Warum sie das so empfinden, werde ich in meiner Interviewanalyse genauer beschreiben.

10.3. Die giftige Kombination rot/schwarz

Alfred Gusenbauer ist es nicht gelungen eine Koalition mit der ÖVP fortzusetzen. Am 07. Juli 2008 erklärte die ÖVP die Koalition für beendet. „In einer Pressekonferenz kündigte Vizekanzler und ÖVP-Chef Wilhelm Molterer an, dem Parteivorstand am 8. Juli einen vorgezogenen Urnengang vorzuschlagen.“ (www.bka.gv.at) Molterer meinte, dass er selbst bei der vorgezogenen Nationalratswahl als Spitzenkandidat der ÖVP antreten werde. Begründet hat Molterer das Regierungsende damit, dass mit der SPÖ keine gute Arbeit mehr möglich sei (vgl. www.bka.gv.at).

Ganz passend dazu ist Lesers Meinung über die große Koalition: „Entgegen den hochfliegenden Erwartungen, die gar manche in diese Koalition setzten, hat sich diese als jene Missgeburt entpuppt, als die ich sie von allem Anfang an gesehen habe.“ (Leser 2008, 212)

Er vergleicht diese Konstellation mit dem Spruch „Viele Köche verderben den Brei“. Leser meint, dass man diese Weisheit auch auf zwei, an einer Regierung beteiligten, Parteien anwenden kann. Seiner Auffassung nach können zwei Köche, wenn sie einander zuarbeiten eine bekömmliche Speise zubereiten, aber nur in einer Koalition mit einer großen und einer kleinen Partei, so hat die kleinere Partei die Möglichkeit durch Zutaten und helfende Zugriffe, die Bekömmlichkeit der Speise zu erhöhen. „Nicht so bei zwei Partnern, die, wie die der großen Koalition, nicht nur über deren Herstellung, sondern auch über deren Natur uneinig sind.“ „Unter diesen Umständen kommt entweder überhaupt keine Speise oder eine ungenießbare zustande.“ (Leser 2008, 213)

Leser schreibt Gusenbauer keine Schuld an dem „Untergang der Partei“ zu. Hauptverantwortlicher ist seiner Meinung, wie wiederholt erwähnt, Franz Vranitzky: „Es kam in der Ära Vranitzky eine Eiszeit, von der sich die Partei bis heute nicht erholt hat.“ (Leser 2008, 215)

Meiner Meinung nach, macht es sich Leser mit dieser Aussage etwas zu leicht. Ich bin nicht der Auffassung, dass ein einzelner Mann und sei er Bundeskanzler, es schaffen kann, die SPÖ dahin zu bringen wo sie jetzt ist, schon gar nicht wenn die Regierungszeit dieses Kanzlers mittlerweile 14 Jahre vorbei ist. Die Partei hätte ja einen Kurswechsel einschlagen können, was sie unter Gusenbauer teilweise auch tat. Aber sich eine SPÖ der 70er Jahre wieder herbeizuwünschen ist unrealistisch, auch weil wir jetzt vor ganz anderen Herausforderungen stehen. Die Gesellschaft von damals befand sich im Aufbruch. Heute befinden wir uns trotz Wirtschaftskrise in einer stabilen Lage, die durch globale Einflüsse immer komplexer wird. Wir haben ganz andere Möglichkeiten zu kommunizieren, unsere Freizeitgestaltungen sind wesentlich vielfältiger geworden und wir werden über soziale Medien im Internet und hunderten Zeitschriften/Zeitungen tagtäglich mit Informationen überflutet, welche wir gar nicht aufnehmen können. Zu einer genaueren Erläuterung werde ich später noch kommen. Jedenfalls kann man die heutige Gesellschaft nicht mit jener vor 40 Jahren vergleichen und ebenso wenig ihre Politik, die sich ja der Gesellschaft versucht anzupassen.

Wo ich Leser allerdings recht geben muss, was ja auch Gusenbauer selbst sagt, ist dass es in einer großen Koalition kaum machbar ist, seine Ideen, genauso wie man es sich vorstellt, umzusetzen, da die andere Partei immer blockieren wird.

Das ist natürlich ein Problem, denn damit befindet sich die Partei, in diesem Fall die SPÖ, in einem Teufelskreis, sie möchte die WählerInnen zufrieden stellen, versucht ihre Ideen umzusetzen, macht Wahlversprechungen und muss die WählerInnen dann enttäuschen, weil sie es nicht geschafft hat ihr Versprechen einzuhalten. Die Folgen sind WechselwählerInnen und Politikverdrossenheit. Die Lösung bestünde, meiner Meinung nach darin, die BürgerInnen aufzuklären, ehrlich mit Ihnen zu sein und ihnen zu sagen: „Es tut uns leid, aber wir können keine Versprechungen abgeben, weil unser Koalitionspartner uns daran hindert unsere Vorhaben so durchzusetzen, wie wir uns das vorstellen, wenn ihr also wollt, dass dies oder jenes umgesetzt wird, dann müsst ihr uns wählen und zwar auch jene von euch, die das bisher nicht getan haben.“ Natürlich werden nie ALLE die SPÖ wählen und dieses Statement abzugeben, reicht noch lange nicht aus, es wird dadurch kein Wunder passieren, aber es wäre ein Anfang. Ehrlichkeit, Offenheit und Transparenz: Wenn die SPÖ es schafft diese drei Eigenschaften zu vermitteln, dann ist sie, so denke ich, am besten Weg wieder mehr Zustimmung innerhalb der Bevölkerung zu erhalten. Das wird nicht vom einen auf den anderen Tag passieren, weil verlorenes Vertrauen erst wieder aufgebaut werden muss, aber es wird sich bessern, wenn die Partei dranbleibt.

11. Werner Faymann ab 2008

Anfang Juli 2008 beendete ÖVP-Obmann Wilhelm Molterer die Koalition mit der SPÖ und kündigte sofortige Neuwahlen an (vgl. Sandner 2013, 71). Der Vizekanzler sagte bei einer Pressekonferenz: "Es reicht" - "Gute Arbeit ist nicht mehr möglich - Die SPÖ ist nur noch mit sich selbst beschäftigt." (derstandard.at/3404122) Neuer Spitzenkandidat der SPÖ wurde Infrastrukturminister Werner Faymann.

„Von 1985 bis 1994 war Werner Faymann Mitglied des Landtages und Gemeinderates und 1988 Geschäftsführer der Wiener Mietervereinigung. Von 1994 bis 2007 war er als Stadtrat für Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung, Präsident des Wohnfonds Wien und Vizepräsident des Wiener Wirtschaftsförderungsfonds (WWFF) tätig.“ (www.bka.gv.at)

Von Jänner 2007 bis August 2008 war Faymann Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie und danach geschäftsführender Vorsitzender des Sozialdemokratischen Partei Österreichs. „Am 8. August 2008 wurde Werner Faymann am 40. ordentlichen Bundesparteitag im Design Center Linz mit 98,36 Prozent der Stimmen zum Vorsitzenden der SPÖ gewählt.“ (www.bka.gv.at)

Ende September 2008 erreichte die SPÖ bei der NRW 2008 nur mehr 29,3 Prozent (-6) und die ÖVP 26,0 Prozent (-8,3), FPÖ und BZÖ konnten hingegen dazugewinnen, FPÖ 17,5 Prozent (+6,5) und BZÖ 10,7 Prozent (+6,6). Die Grünen verloren 0,6 Prozentpunkte und rutschten auf 10,4 Prozent ab. Die Wahlbeteiligung lag bei 78,8 Prozent. „Die in der Wahltagsbefragung erhobenen Wählermotive zeigen, dass die Regierung aus Enttäuschung und Protest verloren hat. Das zeigt sich auch in den Wählerströmen: Von der SPÖ sind 106.000 und von der ÖVP 116.000 enttäuschte Wähler zu Hause geblieben und nicht zu den Urnen gegangen.“ (www.sora.at/nrw08) Die Rechtsparteien profitierten von den Proteststimmen gegen die Regierung. Vor allem die SPÖ musste hier große Verluste einstecken, 181.000 Stimmen ehem. SPÖ-WählerInnen wanderten zur FPÖ und 78.000 zum BZÖ. Die ÖVP verlor vor allem an das BZÖ (152.000) und an die FPÖ (88.000). Den Grünen schadete die Konkurrenz des Liberalen Forums (Verlust von 45.000 Stimmen) und etwa 20.000 Stimmen gingen an weitere Kleinparteien.

Am 02. Dezember 2008 übernahm Werner Faymann, neben seiner Funktion als Parteivorsitzender auch die des Bundeskanzlers (vgl. www.bka.gv.at).

11.1. Kanzler der verpassten Chancen?

„Kanzler der verpassten Chancen“ so lautet die Überschrift eines Presse-Artikels vom 06.07.2013. In diesem Beitrag versucht Franz Schellhorn, Wirtschaftsfachmann und Presse-Redakteur zu bilanzieren, was Faymann und sein Team in der Legislaturperiode von 2008 bis 2013 und danach geleistet hat.

Die Bundesregierung ist mit ihrer Arbeit überaus zufrieden, das beteuert sie auch des Öfteren in diversen Zeitungs- und Fernsehinterviews. Auch wenn in der vergangenen Legislaturperiode nicht alles perfekt gelaufen ist, z.B. das Lehrerdienstrecht, in Summe könne sich die Leistung schon sehen lassen. Das Land wurde von Kanzler Werner Faymann ja auch „mit sicherer Hand“ durch die Krise geführt. Das war einerseits auf den Wahlplakaten (2013) der SPÖ zu lesen, andererseits aber auch im „Österreich-Bericht“ der OECD. Nach Diesem habe sich Österreich in der Wirtschaftskrise gut behauptet, da die Arbeitslosigkeit niedrig, der Lebensstandard, sowie der soziale Frieden hoch sei und die Wirtschaft immer noch wachse. Soviel zu den positiven Berichten. Weniger positiv ist, dass die BürgerInnen Österreichs heute um 20 Millionen mehr Steuern zahlen, als vor fünf Jahren. Lt. Schellhorn steigt die Wirtschaftsleistung zwar, aber nur noch virtuell. „Die Regierung hat in den vergangenen fünf Jahren das gemacht, was bereits ihre Vorgängerkabinette seit Jahren praktizierten: den Staat im Namen seiner Bürger zu verschulden, um sich mit wachsenden Staatsausgaben Wirtschaftswachstum zu erkaufen.“ (diepresse.com/1427305) So erhöhte sich zwar die Wirtschaftsleistung in den vergangen Jahren um 35 Milliarden Euro, die Staatsschulden stiegen allerdings im selben Zeitraum um 51 Milliarden Euro oder 28 Prozent an. Das bedeutet, dass jeder aufgenommene Schuldeneuro die Wirtschaftsleistung um ganze 68 Prozent erhöht hat. Wo der Rest hingekommen ist, weiß niemand. Allerdings kann man dafür nicht alleine die Bundesregierung verantwortlich machen, es geht schließlich um den gesamten Staatssektor, dennoch ist es die Bundesregierung die den Kurs vorgibt. Lt. Schellhorn lebt die SPÖ bzw. die Koalition eine Lebenslüge. Daher wird diese selbst täuschende Politik an dieser Stelle auch einwenden, dass der Staat die versagenden Banken retten musste, wodurch die Kosten explodiert seien. Das ist lt. Schellhorn zwar nicht frei erfunden, aber selbst wenn man alle Ausgaben der Bankenrettung wegrechnet, sind die öffentlichen Schulden noch immer um 41 Milliarden Euro oder 22 Prozent höher als am Anfang der Legislaturperiode.

„Geradezu haltlos wird das Argument, wenn man weiß, dass die Staatsausgaben in den fünf Jahren vor Ausbruch der Krise schneller gewachsen sind als in den fünf Jahren danach.“ (diepresse.com/1427305)

„Auch die Regierung Faymann I konnte und wollte nicht damit aufhören, die Gegenwart mit finanziellen Vorgriffen auf die Zukunft auszupolstern.“ (diepresse.com/1427305)

Die Steuern wurden erhöht und die strukturelle Sanierung des Haushalts wurde in die nächste Legislaturperiode verschoben, wo sie, Schellhorn zufolge, wahrscheinlich ebenfalls unerledigt bleiben wird. Er meint außerdem, dass verpuffende Konjunkturpakete, nicht gestopfte Haushaltslöcher und eine furchtsame Regierung die wahren Gründe für die sich auftürmenden Schuldenberge sind (vgl. diepresse.com/1427305). Das soll nicht heißen, dass der Regierung in den vergangenen Jahren nichts gelungen ist. Sie hat z.B. mit der Einführung der Kurzarbeit tausende ArbeitnehmerInnen im Job gehalten, obwohl die Aufträge schlagartig eingebrochen sind. Außerdem hat das Wirtschaftsministerium den bürokratischen Aufwand für Betriebe reduziert, wenn auch nur gering (vgl. diepresse.com/1427305).

Schellhorn meint auch, dass es nicht darin liegt, dass das Kabinett Faymann I alles falsch gemacht hätte. Im Gegenteil, es liegt eher darin, dass es viel Richtiges nicht umgesetzt hat. Als Beispiel nennt er eine verfassungsrechtlich abgesicherte Schuldenbremse. „Wie wichtig dieses Instrument ist, zeigt die Schweiz, deren öffentliche Haushalte in den vergangenen fünf Jahren der Wirtschaftskrise verlässlich Überschüsse abgeliefert haben, ohne dass bis dato jemand auf die Idee gekommen wäre, das Land als „kaputtgespart“ zu bezeichnen.“ (diepresse.com/1427305) Was außerdem von den Nachbarn abzuschaun wäre, ist die Steuerhoheit für Länder und Gemeinden, so könnte man öffentliches Geld sparsam einsetzen. Was er ebenfalls kritisiert ist das heimische Frühpensions(un)wesen. In Österreich arbeitet nur jeder fünfte 60 bis 64-Jährige, in anderen OECD-Staaten sind es immerhin 40 Prozent. Damit hat die Regierung wieder die Möglichkeit das „Jobwunder Österreich“ zu feiern. „Womit einmal mehr bewiesen wäre, dass es sich mit einer zurechtgebogenen Wirklichkeit ganz komfortabel leben lässt.“ (diepresse.com/1427305)

11.2. Die Nationalratswahl 2013 und Regierungsbildung

Bei der Nationalratswahl am 29. September 2013 wählten 26,8 Prozent der WählerInnen die SPÖ (-2,4), 24 Prozent die ÖVP (-2,0), 20,5 Prozent die FPÖ (+3,0), 12,4 Prozent die Grünen (+2,0), 5,7 Prozent das Team Stronach, 5 Prozent die NEOS und 3,5 Prozent (-7,2) das BZÖ.

Die Wahlbeteiligung lag bei 74,1 Prozent und somit um etwa 20 Prozentpunkte unter jener der fünfziger Jahre. In den siebziger Jahren lag die Wahlbeteiligung bei über 92 Prozent, in den neunziger Jahren zwischen 80 und 86 Prozent und ab der NRW 2006 begann die Wahlbeteiligung erstmals unter die 80-Prozent-Marke abzusinken (vgl. Ulram in Khol 2014, 21). Laut SORA war die Stimmung im Land zur politischen Lage weder von großer Zufriedenheit noch von starker Unzufriedenheit geprägt.

„Auf die Frage, wie sich Österreich seit der Nationalratswahl 2008 entwickelt hat, antwortete mit 46 Prozent die Mehrheit der Befragten, dass sich nichts verändert habe. 30 Prozent meinten, das Land habe sich negativ entwickelt, 21 Prozent sahen eine positive Entwicklung, (3% weiß nicht)“ (www.sora.at/nrw13)

Die wichtigsten Themen im Wahlkampf waren für die ÖsterreicherInnen, Bildung/Schule, Arbeitsplätze, Steuern, Zuwanderung/Intergration sowie Wirtschaft. Über 36 Prozent der Befragten gaben an, sich im Wahlkampf mit diesen Themen besonders beschäftigt zu haben. Die Wahltagsbefragung zeigt außerdem eine inhomogene politische Landschaft, da es keine Volksparteien mehr gibt, in dem Sinn, dass eine Partei in allen Bevölkerungsgruppen gleich gut abschneidet (vgl. www.sora.at/nrw13).

Sehr groß war bei dieser Wahl der Gender Gap, vor allem bei FPÖ und ÖVP, während 29 Prozent der gültigen Stimmen für die FPÖ von Männern kamen und nur 16 Prozent von Frauen, war es bei der ÖVP umgekehrt, 29 Prozent der Frauen wählten die ÖVP und nur 20 Prozent der Männer. Die SPÖ wurde ebenfalls überdurchschnittlich von Frauen gewählt (29 Prozent in dieser Gruppe) sowie von Älteren bzw. PensionistInnen (34 Prozent in dieser Gruppe). Wahlmotive für die SPÖ waren sowohl ihre Programmatik, als auch ihr Spitzenkandidat und die bisherige Regierungsarbeit. Über dreiviertel der Befragten nannten diese Motive. Inhaltlich konnte die SPÖ mit den Themen und Konzepten zu Arbeitsplätzen, Pensionen, sowie zu Wohnen/Mieten punkten (über 70 Prozent ihrer WählerInnen befanden die SPÖ bei diesen Konzepten als beste Partei) (vgl. www.sora.at/nrw13).

Mit der Nationalratswahl 2013 wurde die MIGROKO (Mittelgroße Koalition) verlängert. Die Fortsetzung von Rot/Schwarz war die einzig mögliche bzw. plausible Regierungsvariante, denn nur die beiden alten Regierungsparteien verfügten zusammen über eine Mehrheit.

Alternativen gab es nicht, weil die FPÖ nur mit der SPÖ zusammenarbeiten wollte, aber keine Partei mit der FPÖ. Die Grünen wollten mit der SPÖ, notfalls auch mit der ÖVP, beides war nicht möglich.

Es ging sich also weder eine Koalition Rechts der Mitte, noch Links der Mitte aus und Minderheitsregierungen haben in Österreich weder Tradition noch Verfechter – zumindest nicht unter den Regierungsparteien (vgl. Khol in Khol et al 2014, 6).

Beide Regierungsparteien kamen als Verlierer aus der Wahl, Gewinner waren die neuen NEOS. Lt. Wählerstromanalyse wählten rund ein Viertel ehemaliger ÖVP-WählerInnen und ein Viertel ehemaliger Grün-WählerInnen die Neos. Weitere 34.000 Stimmen kamen von sonstigen WählerInnen und von ehemaligen NichtwählerInnen (26.000) (vgl. www.sora.at/nrw13). Das Team Stronach schaffte mit 5,7 Prozent zwar locker den Einzug in den Nationalrat, enttäuschte aber alle Hoffnungen, denn erwartet wurden aufgrund von Umfragen 10 Prozent und mehr. Es konnte von allen Parteien dazugewinnen, mit 68. 000 Stimmen am meisten vom BZÖ, gefolgt von SPÖ, ÖVP und FPÖ. Weitere 32.000 Stimmen kamen von vorherigen NichtwählerInnen (vgl. www.sora.at/nrw13). FPÖ und Grüne gewannen zwar dazu, aber nicht so stark wie erhofft. Das BZÖ flog aus dem Parlament.

„Überragendes Wahlmotiv war die Unzufriedenheit mit der streitenden, reformschwach erlebten, ungeliebten MIGROKO.“ (Khol in Khol et al 2014, 10) „Ein klares Signal waren die Wahlen dennoch nicht – eher eines zum „Weiterwurschteln und Weitergfretn.“ (Baron Eduard Taffe in Khol et al 2014, 10) Das historisch schlechteste Ergebnis der beiden Regierungsparteien „war wesentlich von einer allgemeinen Unzufriedenheit mit der Arbeit der Regierungen unter Werner Faymann und Josef Pröll, gefolgt von Michael Spindelegger geprägt.“ (Khol in Khol et al 2014, 10) „Nach einem relativ guten Start der Zusammenarbeit 2008, waren die letzten beiden Jahre durch ständige Streitereien miteinander und der Kampagnisierung gegeneinander gekennzeichnet.“ (Khol in Khol et al 2014, 10) Diese Streitereien taten auch schon der Regierung unter Gusenbauer nicht gut. Jedenfalls waren die zentralsten Streitthemen vor der NRW 2013 erstens die Gesamtschule: während kurz nach der Nationalratswahl der Kompromiss „Neue Mittelschule“ gefunden worden ist und eine neue, einheitliche Lehrerausbildung im Parlament beschlossen wurde, machte die SPÖ bald darauf klar, dass die Diskussion damit nicht beendet war, sondern dass der Kampf um die Gesamtschule erst richtig begonnen hatte. Zweitens das Thema Reichensteuer, welches natürlich wieder von der SPÖ hochgezogen wurde und drittens das Kampfthema Berufsheer. Zur Wehrpflicht, also Berufsheer (SPÖ) oder Beibehaltung des Bundesheers (ÖVP) gab es im Jänner 2014 eine Volksbefragung, die zu knapp 60 Prozent für die Beibehaltung des Bundesheeres ausging.

Neben diesen ständigen Streitthemen, trat dann auch noch die Diskussion um die direkte Demokratie auf. Wobei sich hier v.a. auch die Oppositionsparteien mit einbanden und sich für mehr direkte Demokratie aussprachen. „Diese ständig präsent gehaltenen Streitthemen zwischen den beiden Regierungsparteien verdunkelten das Bild einer sehr guten Gesamtleistung Österreichs im Wirtschaftlichen und einer konfliktfreien Europapolitik, verbunden mit einer recht erfolgreichen und geräuschlosen gemeinsamen Aufarbeitung der Wirtschafts-, Finanz Schulden – und Eurokrise von 2008 bis 2012.“ (Khol in Khol et al 2014, 11)

Die meisten Medien und hier vor allem der breiter gewordene Boulevard trugen durch ihre ständigen Negativkampagnen mit dazu bei, dass das Bild auf die Koalition immer düsterer wurde. Neben den Zeitungsmedien ließen auch der ORF und die Opposition kein gutes Haar an der Regierung und sie selbst leistete Vorschub indem sie ein Bild des Streits lieferte (vgl. Khol in Khol et al 2014, 11).

11.3. Letzte Mitttelgroße Koalition?

Die ÖVP folgte der Einladung zu Regierungsgesprächen unwillig, hatte aber keine andere Wahl. Ihr Ziel stärkste Partei zu werden hatte sie verfehlt, allerdings konnte sie den Abstand zur SPÖ weiter verkleinern. Die Verhandlungen waren intensiv.

Beide Regierungsparteien wollten eine projektorientierte Regierung neuen Stils, „welche die liegen gebliebenen Reformen mit mutigem Schwung anpacken sollte.“ (Khol in Khol et al 2014, 12) Doch mitten in den Verhandlungen tauchte ein „Prognoseloch“ auf: „Im Planungszeitraum von 2014 bis 2016 fehlten zuerst geschätzte 40, dann 30 und schließlich herunterverhandelte 18 Milliarden Euro. Ausgangspunkt waren Einnahmen- und Ausgaben-Schätzungen in einem „Worst-Case“ Szenario, also die Annahme der geringsten möglichen Einnahmen und der höchsten zu erwartenden Ausgaben.“ (Khol in Khol et al 2014, 12) Die Reformbereitschaft war damit stark eingeschränkt und die letzte noch verbliebene Glaubwürdigkeit war Geschichte.

Im Wahlkampf wurden eine schnelle Steuerreform, sowie die Erhöhung des Familiengeldes und andere Wohltaten versprochen und die Notwendigkeit eines Sparpakets wurde verneint. Doch als sich während der Beratungen und Verhandlungen nach der NRW herausstellte, dass das Wirtschaftswachstum und damit die Einnahmen höher waren als gedacht und die Pensionslasten sowie andere Ausgaben geringer als angenommen ausfallen würden, konnte

man den Wahlversprechungen nicht mehr Rechnung tragen (vgl. Khol in Khol et al 2014, 12). In den Schlussverhandlungen wurde klar, dass über viele verlangte große Reformen z.B. im Bereich der Verwaltung, der Schule, des Pensionswesens, des Bundesrates etc. kein Konsens erzielt werden konnte.

In manchen Bereichen waren es die Differenzen zwischen Bund und Ländern, die nicht zu überbrücken waren, in anderen die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Regierungsparteien. „So wurde aus dem Regierungsübereinkommen der großen Reformen ein Regierungsprogramm der vielen kleinen und mittleren Vorhaben, viele von ihnen unter dem Finanzierungsvorbehalt, d.h. die Reform kann erst beschlossen werden, wenn das Geld dafür vorhanden ist -, Musterbeispiel die versprochene Steuerreform. Andere Reformen kommen erst dann, wenn sich zeigt, dass die schon getroffenen Veränderungen ihre Ziele nicht erreichen – Musterbeispiel Pensionsreform.“ (Khol in Khol et al 2014, 13)

Lt. Khol ist das derzeitige Regierungsprogramm, wie schon viele davor, nicht besser, aber auch nicht schlechter als andere.

Ein Reformziel wird jedoch den anderen deutlich übergeordnet: das strukturelle Nulldefizit, welches im Jahr 2016 erreicht und dann geschichtet weiter zu Überschüssen und Schuldentilgungen führen soll. Weder die Medien noch die Bevölkerung glauben aber daran, dass dieses große Vorhaben durchgesetzt wird (vgl. Khol in Khol et al 2014, 13).

„Die Änderung des Parteiensystems ist Realität geworden, auch wenn das Team Stronach zerfällt – es bleiben sechs Parteien, das Parlament und sein Betrieb ändern sich, zweidrittel-Mehrheiten, also Verfassungsmehrheiten, sind für die Regierung schwer erreichbar und machen sie erpressbar.“ (Khol in Khol et al 2014, 13) Das Wahlrecht wird weiter personalisiert, Vorzugsstimmen werden zunehmend wichtiger, vor allem in den Regional- und Landeswahlkreisen. Das Amtsgeheimnis wird abgeschafft und ein Grundrecht auf Information verankert. Lücken in der Korruptionsbekämpfung sollen geschlossen und die Wahlkampfkosten der Parteien begrenzt werden (vgl. Khol in Khol et al 2014, 13, 14).

Khol zufolge fruchtet das Regierungsprogramm wenig und die Erwartungen in die neue Regierung sind gleich null – „die diesbezüglichen Kommentare der Chefredakteure wichtiger österreichischer Zeitungen in diesem Jahrbuch sprechen für sich: kein Vertrauen, keine Perspektive, das Ende der MIGROKO ist so gut wie sicher, und dann kommt alles anders. Besser? Wer weiß?“ (Khol in Khol et al 2014, 14)

Im Prinzip hat die Koalition nur die Chance des Unerwarteten, man glaubt nicht an sie, also kann sie es nur besser machen, als allgemein erwartet (vgl. Khol in Khol et al 2014, 14).

Was die Steuerreform anbelangt, kam es im März 2015 zu einer Einigung zwischen SPÖ und ÖVP. Mit dem neuen Vizekanzler Reinhold Mitterlehner (Wirtschafts- und Wissenschaftsminister) und dem neuen Finanzminister Hans Jörg Schelling (u.a. ehem. Geschäftsführer von XXX-Lutz und Vizepräsident der Wirtschaftskammer Österreich) die am 1. September 2014 angelobt wurden, kam Schwung in die Debatte.

Es wird den BürgerInnen also bald mehr Geld in der Tasche bleiben, dass ist für sie natürlich ein Grund zur Freude und für die Regierung ist diese Reform wahrscheinlich die letzte Chance um auch 2018 wieder die Zustimmung vieler ÖsterreicherInnen zu erhalten (vgl. www.salzburg.com/1-121493). Umfragen zufolge, haben die Regierungsparteien im Moment keine Mehrheit hinter sich, während die FPÖ als stärkste Partei ausgewiesen wird (vgl. www.salzburg.com/1-121493).

11.4. Steuerreform 2016

Die heiß ersehnte Steuerreform wurde am 17. März 2015 beschlossen und soll ab 01. Jänner 2016 geltend werden. Bis dahin vergehen noch einige Monate und ob alles bleibt, wie derzeit angekündigt, wird sich weisen. SPÖ und ÖVP sind jedenfalls mit dem Ergebnis zufrieden.

Die SPÖ konnte ihre wichtigsten Forderungen Erbschafts- und Vermögenssteuern zwar nicht durchsetzen, aber immerhin hat sie durch Druck auf die ÖVP eine Steuerentlastung von etwa 5 Milliarden Euro erzielt. Denn das größte Ziel der SPÖ war, dass den Menschen mehr Netto vom Brutto bleibt und um diesen Vorsatz zu erreichen waren die Roten schlussendlich auch bereit mit der ÖVP bei der Besteuerung von Vermögen einen Kompromiss zu finden (vgl. salzburg.com/139128). Im Schnitt entsprechen die 5 Milliarden Euro einer Entlastung von 1000 Euro für jeden, jede ArbeitnehmerIn pro Jahr (vgl. apa.at/6222722436). „Ein großer Teil der Entlastung (fast zwei Milliarden Euro) soll durch den verstärkten Kampf gegen Steuerbetrug finanziert werden – Stichwörter: Registrierkassen und Bankgeheimnis.

Wenn das gelingt, wäre das eine wichtige Botschaft an die Steuermoral der Menschen.“ (derstandard.at/2000013013244) Denn das Land kann wesentlich mehr verteilen, wenn alle ehrlich Abgaben bezahlen. Auch die Bekämpfung des Sozialbetrugs soll massiv verstärkt werden. 850 Millionen Euro verspricht sich die Regierung durch eine Selbstfinanzierung über höheren Konsum. 1,1 Milliarden an Einsparungen wird es lt. Regierung bei Förderungen und in der Verwaltung geben (vgl. www.salzburg.com/142042). 900 Millionen sollen durch Strukturmaßnahmen im Steuerrecht gewonnen werden.

„Dazu zählt etwa die Anhebung der Mehrwertsteuer auf lebende Tiere, Pflanzen, Futtermittel, Bäder, kulturelle Dienstleistungen, Museen, Tiergärten oder Übernachtungen.“
(www.salzburg.com/142042)

Die Anhebung der Mehrwertsteuer auf Beherbergung von 10 auf 13 Prozent, wird auf Grund des Protests in der Tourismuswirtschaft erst am 1. April 2016 und nicht schon am Jahresanfang geltend werden (vgl. www.salzburg.com/142042).

„Sonderausgaben vor allem für die Bereiche Wohnraumschaffung und Sanierung sowie für die Altersvorsorge können steuerlich nicht mehr geltend gemacht werden.“
(www.salzburg.com/142042) „Bei Übertragung von Immobilien im Rahmen von Unternehmen soll der Freibetrag von 365.000 auf 900.000 Euro erhöht werden.“
(www.salzburg.com/142042)

Der Immo-Ertragssteuersatz wird von 25 Prozent auf 30 Prozent angehoben und die Kapitalertragssteuer wird von 25 auf 27,5 Prozent erhöht. Ausgenommen sind hierbei Zinserträge aus Geldeinlagen, Sparbüchern und Girokonten.

Außerdem soll es im kommenden Jahr auch eine außerordentliche Erhöhung der Höchstbeitragsgrundlage um 100 Euro geben. „Insgesamt soll dieses Solidaritätspaket rund 400 Millionen zur Gegenfinanzierung der Lohnsteuer-Entlastung beitragen.“
(www.salzburg.com/142042)

Das waren zusammengefasst die wichtigsten Eckdaten zur Gegenfinanzierung der Steuerreform. In den meisten Medien wird diese Reform als kein großer Wurf gesehen. Man bemängelt, warum die Regierung nicht gleich auch die Lohnnebenkosten gesenkt oder eine Verwaltungsreform angepackt haben (vgl. salzburg.com/142541).

Es wird behauptet, dass die Steuersenkung einen hohen Preis hat und die BürgerInnen, sowie die Wirtschaft langfristig gesehen nicht ent-, sondern belastet werden, oder dass die kalte Progression alle Entlastungen wegspülen wird (vgl. salzburg.com/142068). Von vielen wird eine Erbschaftssteuer vermisst (vgl. derstandard.at/2000013013244).

Aber die Regierung hat das getan was von ihr verlangt wurde, nämlich eine spürbare Steuerentlastung der arbeitenden Menschen im kommenden Jahr. Dass es bei der notwendigen Umverteilung nicht nur Gewinner geben kann, ist klar.

Umso mehr ist es erstaunlich, dass die beiden ideologisch so unterschiedlichen Regierungsparteien sich überhaupt auf eine Reform einigen konnten (vgl. derstandard.at/2000013013244).

Natürlich wird die Gegenfinanzierung für die Steuerreform in manchen Bereichen, wie z.B. im Bereich der Betrugsbekämpfung, kritisch hinterfragt. So zweifeln manche ExpertInnen daran, dass dadurch tatsächlich 1,9 Milliarden Euro erreicht werden können (vgl. orf.at/stories/2268894). Bis Jänner 2016 vergehen aber noch einige Monate und in dieser Zeit kann sich einiges ändern. Doch selbst wenn sich nichts verändern sollte und die Reform, so wie sie im März 2015 beschlossen wurde auch umgesetzt wird, bin ich mir nicht sicher ob sie einen so großen Einfluss auf die Weiterführung der mittelgroßen Koalition haben wird, wie das Khol behauptet. Bis zur nächsten Nationalratswahl 2018 dauert es noch. Wer weiß schon was bis dahin passiert? Auswirkung wird die Reform aber wahrscheinlich auf die vielen Gemeinderats- und Landtagswahlen in diesem Jahr haben.

Wie zufrieden die ArbeitnehmerInnen, also diejenigen die von der Steuerreform am meisten profitieren, mit der Steuerreform sind, ist schwer zu eruieren. Ich bin jedenfalls der Meinung, dass es wesentlich schlimmer hätte ausfallen können und bin ehrlich gesagt über den SPÖ-ÖVP-Kompromiss, der er nun mal ist, positiv überrascht.

Abschnitt II

12. Die SPÖ aus Sicht von AkteurInnen und interessierten SympathisantInnen

Als Methode zur Beantwortung meiner Hypothesen wählte ich einerseits ExpertInneninterviews und andererseits das Fokusgruppeninterview, welche der qualitativen Sozialforschung zuzuordnen sind (vgl. Flick Uwe, 2010).

Die ExpertInnen wurden nach folgenden Kriterien ausgewählt:

- ✓ Funktion in der Partei
- ✓ Umfangreiches Wissen über die Partei
- ✓ Expertise auf den unterschiedlichen Ebenen: Bezirk, Land und Bund

Aus diesen Kriterien heraus habe ich mich für folgende ExpertInnen entschieden:

- Siegi Lindenmayr (Bezirksvorsitzender der SPÖ Alsergrund, Gemeinderat und Landtagsabgeordneter)
- Mag. Dr. Michael Rosecker (Historiker am Karl-Renner-Institut in der Abteilung Politische Aus- und Weiterbildung und Grundlagenarbeit)
- Karl Blecha (Ehem. Innenminister in der Ära Kreisky, heutiger Präsident des Pensionistenverbandes Österreichs)
- Mag. Andrea Brunner (SPÖ-Bundesfrauengeschäftsführerin)

Meiner Meinung nach ergibt sich aus den oben genannten Personen eine sehr gute Mischung jener Expertise, die zur Beantwortung meiner Hypothesen notwendig waren.

Siegi Lindenmayr war in der Lage meine Fragen aus Bezirksperspektive zu beantworten, er ist durch seine Funktion als Bezirksvorsitzender sehr nah am Menschen und konnte so auch persönliche Erlebnisse mit einbringen, aber auch über die Bezirksebene hinaus wies er ein erstaunliches historisches Wissen über die Partei auf.

Mag. Dr. Michael Rosecker war aufgrund seiner Position als Historiker der perfekte Interviewpartner, um auf wissenschaftlicher Ebene Erklärungen für Zusammenhänge geben zu können. Da er aber auch als Privatperson sehr in der Partei engagiert ist, konnte er auch aus persönlicher Erfahrung sprechen.

Ich denke die Auswahl auf Karl Blecha versteht sich von selbst. Er war in der Zeit der Ära Kreisky Innenminister und hat die Entwicklung von damals bis heute selbst miterlebt. Er konnte also persönliche Erfahrungen aus seiner Zeit als Innenminister erzählen und mit Blick auf heute erklären, warum vieles nicht mehr so funktioniert wie früher.

Mag. Andrea Brunner habe ich einerseits ausgewählt, weil sie noch relativ jung ist und damit vielleicht eine andere Sichtweise wie Karl Blecha und Siegi Lindenmayr auf verschiedene Themen hat und andererseits um bestimmte Fragen aus Frauenperspektive beantwortet zu wissen. Leider ist sie, von den ExpertInnen, die einzige Frau, dafür aber Bundesfrauengeschäftsführerin und somit Repräsentantin einer großen Frauengemeinschaft.

Die Personen für das Fokusgruppeninterview wurden nach folgenden Kriterien ausgewählt:

- ✓ Interesse für die SPÖ
- ✓ Historisches Wissen über die Partei
- ✓ Kritisches Auseinandersetzen mit der Partei

Meine InterviewpartnerInnen aus dem Gruppeninterview wollen anonym bleiben. Folgendes kann ich aber verraten: Es waren 8 Personen zwischen 26 und 76 Jahren, davon drei Frauen und fünf Männer. Mit Ausnahme einer Person sind die Anderen in irgendeiner Form in der SPÖ engagiert, die meisten in einer Sektion, alle Personen sind SPÖ-SympathisantInnen und kennen sich sowohl historisch als auch persönlich sehr gut in, sowie mit der Partei und ihrer Entwicklung aus.

13. Ergebnisse aus den ExpertInneninterviews und der Fokusgruppe zu den Hypothesen A bis J

13.1. Traditionen der SPÖ

A) Trotz aller gesellschaftlichen Änderungen in der zweiten Republik, beruht die SPÖ nach wie vor auf ihren traditionellen Werten wie Gleichheit, Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität.

Meinungen aus den ExpertInneninterviews zu Hypothese A

Lindenmayer:

„DIE SPÖ hat ihre Grundwerte, glaube ich, nicht verändert, sondern die einzelnen Repräsentanten der SPÖ haben das Bild der SPÖ in der Öffentlichkeit stark verändert. In welche Richtung auch immer.“

Lindenmayer ist davon überzeugt, dass die Zeiten der Alleinregierungen vorbei sind.

Während die SPÖ von 1970 bis 1983 noch alles alleine entscheiden konnte, mussten die Koalitionsregierungen danach Kompromisse schließen. Er wirft den Spitzen der SPÖ heute allerdings vor, dass sie sich zu wenig für ihre Ziele einsetzen, da manche schon mit der Einstellung in eine Koalitionsverhandlung gehen, dass sie ihr Ziel sowieso nicht durchsetzen können.

Blecha:

„Wir sind der Auffassung, dass die individuelle Freiheit, die Gleichheit in der Gesellschaft, dass die soziale Gerechtigkeit, die aus beidem zu fließen hat und die Solidarität - das für den Schwachen jederzeit auch eintreten und für die in Not geratenen -, dass, diese vier Grundwerte miteinander wachsen können. Wir können Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität gemeinsam heben.“ Blecha ist fest davon überzeugt, dass es mehr Gerechtigkeit gibt, wenn man in einer Gesellschaft mehr Gleichheit durchsetzt und dass in Gesellschaften mit weniger Ungleichheit, die Solidarität wächst. Wenn man also gegen diese Ungleichheit kämpft, so Blecha, dann wächst die Solidarität in einer Gesellschaft.

Wenn nichts gegen diese Ungleichheit getan wird, dann geht die Solidarität zu Grunde.

Was außerdem noch unterstreicht, wie wichtig sozialdemokratische Grundsätze sind, ist: *„Je egalitärer eine Gesellschaft, umso glücklicher sind die Menschen.“*

Brunner:

Brunner ist der Meinung, dass die SPÖ noch genauso zu ihren Grundwerten steht wie in den 50er, 60er und 70er Jahren. Für sie stellen die Grundwerte: Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität das Fundament der SPÖ dar. *„Auf diesem Fundament bewegen wir uns auch in allem worüber wir diskutieren. Manchmal mehr und manchmal weniger, aber das war vor 60 Jahren nicht anders.“*

Interpretation der ExpertInneninterviews zu Hypothese A

Diese Hypothese wird bestätigt. Die InterviewpartnerInnen sind der Meinung, dass die SPÖ ihre Grundwerte nicht verloren hat und immer noch genauso zu ihnen steht, wie sie immer dazu gestanden ist (Rosecker hat sich dazu nicht geäußert). Was sich allerdings verändert hat, ist die Deutung dieser Grundwerte. Heute sind Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität anders zu deuten, als vor 20 oder 40 Jahren (Parteiprogramm 78 und 98), daher soll es im Jahr 2016 auch ein neues Parteiprogramm geben.

Kurt Flecker, Vorsitzender der SPÖ-Bezirksorganisation Liezen (Stmk) sieht das nicht so eindeutig, in >> Kapitel 15 –SPÖ als ArbeiterInnenpartei? << nimmt er zu den Grundwerten Stellung, er erklärt was er unter Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit versteht und mit Blick auf seine Stellungnahme, ob die Grundwerte von der Partei tatsächlich gelebt werden.“ (Flecker in Khol et al 2014, 94)

Meinungen aus dem Gruppeninterview zu Hypothese A

Person 4:

Person 4 ist der Meinung, dass das Stehen zu den Grundwerten, mit Sinowatz beginnend abgenommen hat. Danach gab es nur noch ein Koalitionsverhalten, wo es darum ging, wie man sich in der Koalition behaupten kann und die Grundwerte verschwanden in den Hintergrund.

Zu sagen: „>>Ich habe den Grundwert und bleibe dabei<< und das bis zum Ende der Verhandlungen durchzuführen, das gibt es heute nicht mehr.“

Person 1:

Person 1 fügt dem von Person 4 Gesagtem hinzu, dass es heute nicht mehr so einfach ist seine Ziele in einer Koalition durchzusetzen. Vor Sinowatz gab es eine Alleinregierung „und es ist ein Unterschied, ob ich jetzt alleine etwas bestimme, oder ob ich mich mit wem wohin setzen muss und es gibt ein Hickhack und dann hast du auch noch die Oppositionsparteien die auf dich einschlagen.“ Grundsätzlich ist sie aber der Meinung, dass die SPÖ nach wie vor zu ihren Grundwerten steht, auch wenn sie Diese nicht immer so durchsetzen kann, wie sie möchte.

Person 6:

Person 6 glaubt, dass sich die Partei sehr wohl noch für Gleichheit, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität in unserer Gesellschaft einsetzt.

Person 3:

„Bei uns ist es in der Praxis so, wenn ein Beamter um die 40 mit Matura beschäftigt ist, zwei Kinder hat, seine Frau nur eine kleine Beschäftigung hat, im allgemeinen bereits eine Wohnbeihilfe bekommt.“

Person 5:

Person 5 findet, dass die SPÖ vor allem im Gesundheitsbereich zu ihren Grundwerten steht. „Im Gesundheitssektor stehen wir schon noch für die Werte, Stichwort: Zahnsperre.

Wenn jemand eine bestimmte Versorgung braucht, bekommt er sie auch und da sind wir schon Vorreiter. In England z.B. bekommt man ab einem bestimmten Alter keine Hüftprothese mehr, oder in der Tschechei wo die Medikamentenversorgung ein Graus ist, also da muss man sich wirklich glücklich schätzen und da steht die SPÖ dahinter, da kann man nichts sagen.“

Person 3:

„Ich glaube, dass wir, was die Sozialversicherung in Österreich anbelangt, egal ob das jetzt Krankenversicherung oder Pensionsversicherung ist, also die ASVG im Allgemeinen, dass wir da im Vergleich zu anderen Ländern an der Spitze liegen.“

Interpretation des Gruppeninterviews zu Hypothese A

Die Hypothese kann hier ebenso bestätigt werden. Auch in der Gruppe sind fast alle der Meinung, dass die SPÖ sich immer noch für ihre Grundwerte stark macht, nur die Umsetzung ihrer Ziele, die mit ihren Grundwerten verbunden sind, kann die Partei nicht immer erreichen, da ihr heute die Macht fehlt, die sie noch vor Jahrzehnten, v.a. unter Kreisky hatte.

Eine genauere Analyse der Grundwerte Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit gibt es, wie erwähnt, von Kurt Flecker in Kapitel 15.

B) Die Traditionen der SPÖ werden kaum wahrgenommen bzw. gelebt.

Meinungen aus den ExpertInneninterviews zu Hypothese B

Blecha:

„Also bestimmte Traditionen werden gehalten, aber ganz wenige wie der erste Mai, werden auch tatsächlich von einer bemerkenswerten Bevölkerungszahl angenommen.“ Blecha meint, dass man mit den Organisationen der Arbeiterbewegung eine Gegenwelt zu den bürgerlichen Organisationen gestellt hat und weil die Organisationen der Arbeiterbewegung einen so enormen Einfluss auf die Arbeiterklasse hatten, konnten diese Organisationen jene der Bürgerlichen oft auch zahlenmäßig überholen. In der zweiten Republik wurde das fortgesetzt, allerdings nicht mehr so eindeutig. Man wusste nicht mehr, dass die Volksbildung bzw. die Arbeiterbildung rot war. *„Sondern man hat das Ganze jetzt in ein parteiloses Wasser gefahren, aber nachwievor war das Bestreben da, den bürgerlichen Vorstellungen von Volksbildung eine eigene Arbeiterbewegung entgegenzusetzen. Heutzutage sind Volkshochschulen Parteigrenzen übergreifend und ideologisch zuordenbar und damit ist auch der Einfluss der Arbeiterbewegung zurückgegangen.“*

Blecha findet es aber durchaus richtig, dass wir jetzt eine breite Form der Volksbildung, des Massen- und Breitensports und Ähnlichem haben.

Des Weiteren erwähnt er den Frauentag, der eine sozialistische Einrichtung ist, heutzutage aber schon von allen gefeiert wird *„und so könnte ich dann weitere Beispiele ziehen, dass es Traditionen gibt, die aber nicht mehr alleine Tradition der Sozialdemokratie sind, sondern die eigentlich in das allgemeine, gesellschaftliche Bewusstsein des Brotlaibs gedrungen sind. Viele andere Traditionen sind verschwunden.“*

Rosecker:

Rosecker ist der Meinung, dass es Mitte der 80er Jahre zu einer grundlegenden Veränderung in der Gesellschaft und damit auch in der SPÖ kam, nämlich zur Auflösung der alten industriegesellschaftlichen Strukturen und damit verbunden ein gewisser Hegemonieverlust einer sozialdemokratischen Linken. Dieser Hegemonieverlust dient zur Interpretation der gesellschaftlichen Zusammenhänge. Es kommt lt. Rosecker zu einem neuen Mainstream, welcher die folgenden 30 Jahre mitbestimmen sollte; *„das kann man Neoliberalismus nennen, das kann man von der Wohlstandsgesellschaft hin zur Konsumgesellschaft nennen, das hat natürlich auch Verschiebungen in den Werthaltungen der Menschen nach sich gezogen.“* Ihm zufolge haben sich die Bildungsmöglichkeiten sowie die Aufstiegsmöglichkeiten hin zum Konsum verschoben, aber soziale Positionen kann man nicht über den Konsum definieren. Die Aufstiegsmöglichkeiten funktionieren mit dem Konsum nicht so gut wie versprochen, so Rosecker. *„Auf diese Dinge wurde in der Sozialdemokratie nur zögerlich bis gar nicht reagiert, nicht nur in Österreich sondern auch in Europa.“* Dadurch kam es zu einer Kluft und zu einem Problem, welche Rosecker zufolge, die Schwäche der europäischen Sozialdemokratie strukturell stark ausgeprägt hat. *„Es gibt zwei Antworten darauf. Die eine ist, wie ich sie zynisch nenne, die museale Antwort, also das Festhalten an Traditionen, die Vorstellungswelt im kommunistischen Manifest und im Hainfelder Parteiprogramm war das eh schon alles auch gestanden, also man hält fest am Tradierten, am Hergebrachten und versucht zwanghaft die Wirklichkeit nach diesem Muster interpretieren zu können. Dieser musealen Tradition steht der „alles über Bord werfen-Tradition“ gegenüber, in dem Glauben quasi die Welt hat sich doch irgendwie verändert und alles was früher war hat eh keinen Sinn mehr. Aber weder der museale Weg noch der Weg des „alles über Bord werfens“ waren Antworten um die Sozialdemokratie fit für das 21. Jahrhundert zu machen.“*

Das alles hat Rosecker zufolge, dazu geführt, dass manche historische Entwicklungen, die man heute vielleicht gerne wieder aufleben lässt, für jene abgerissen sind, die alles über Bord

geworfen haben. Oder aber man ging den musealen Weg, der für die heutigen jungen Generationen allerdings ein Unverständlicher ist.

Brunner:

„Es gibt auch heute noch Traditionen die besonders stark auftreten, zum Beispiel der erste Maiaufmarsch. In manchen Bundesländern, in Tirol zum Beispiel, wo ich herkomme, kennt man das überhaupt nicht, aber in Wien spürt man diese Traditionen sehr stark.“ Neben dem Maiaufmarsch nennt sie auch den Gedenktag am 12. Februar. Brunner glaubt, dass die aktiven SPÖ-Mitglieder die Traditionen der Partei sehr intensiv wahrnehmen. *„Eine Tradition die wir in die Partei gebracht haben ist der 8. März, das machen zwar nicht nur die SPÖ-Frauen, sondern auch die Frauen aus anderen Parteien und außerhalb des politischen Umfelds, aber wir haben diesen Tag sehr stark in die SPÖ geholt. Der 1. Frauentag 1911 ist auch mit sozialdemokratischen Frauen entstanden, vor allem seit den 70er Jahren wird der 8. März sehr stark gefeiert.“*

Interpretation der ExpertInneninterviews zu Hypothese B

Diese Hypothese wird teilweise bestätigt. Zwar gibt es nach wie vor Traditionen die in Österreich gefeiert werden, wie der oft erwähnte Maiaufmarsch, oder der internationale Frauentag. Die wenigsten wissen aber, dass diese Traditionen ihren Ursprung bei der SPÖ haben, abgesehen natürlich von den Parteimitgliedern und SympathisantInnen.

ArbeiterInnenlieder, wie die Internationale, die vor ein paar Jahren noch häufig von den eingefleischten SozialdemokratInnen in den Sektionen gesungen wurden, werden immer weniger und wenn man sie lernt, dann nur in der Wiener Parteischule. Auch in Jugendorganisationen ist es nicht üblich, solche gesanglichen Traditionen aufleben zu lassen, wie ich u.a. aus Gesprächen mit SJ-Vorsitzenden weiß.

Meinungen aus dem Gruppeninterview zu Hypothese B

Person 5:

Person 5 meint, dass es darauf ankommt was man unter Tradition versteht. Sie selbst ist in der Parteischule und dort werden die Traditionen schon noch sehr stark vorgelebt.

Es werden ArbeiterInnenlieder gesungen, erklärt woher der Ausdruck Freundschaft kommt und warum man in der SPÖ per du ist. Auch außerhalb der Parteischule gibt es Traditionen, die auch von der breiten Masse in Anspruch genommen werden. Als Beispiel nennt sie den ersten November auf den Friedhöfen und den ersten Mai.

Person 4:

„Ich glaube gerade der erste Mai hat wirklich noch Tradition. Aber das ist einmal im Jahr. Aber von den Friedhöfen bekomme ich zumindest nichts mit. Man liest und hört nichts davon.“

Person 8:

„Also das mit dem ersten Mai würde ich so ähnlich wie das Neujahrskonzert sehen, das kommt halt jedes Jahr und das hat auch irgendwie eine Tradition.“

Person 2:

„Diese Traditionen erscheinen oft inhaltsleer. Denn warum geht man zum 1. Mai? Weil es halt ein großer Aufmarsch ist, es kommt auch ein bisschen rüber, dass man Stärke beweisen muss, sozusagen die Breite der Partei, wie eine Heeresschau kann man fast sagen.“

Person 3:

„Es weiß keiner mehr wie das zustande gekommen ist und was die Ziele gewesen sind und ich finde das ist extrem traurig, gerade für dieses und für das vorige Jahr. Das erste große Thema für den ersten Mai 1890 war der 8-Stunden Tag und wir reden jetzt wieder vom 12-Stunden-Tag. Da sind wir nicht sehr weit gekommen, wenn wir das jetzt wieder akzeptabel finden. Da wäre es schon interessant wieder auf den 8-Stunden-Tag zurückzukommen.“

Person 7:

„Witziger Weise heißt der erste Mai im Englischen >>Labour-Day<<. Es wäre halt schön wenn das bei uns auch so wäre, aber bei uns ist es nur der erste Mai und was da eigentlich dahinter steht, ist irgendwie verdunstet.“

Interpretation des Gruppeninterviews zu Hypothese B

Diese Hypothese kann bestätigt werden. Zwar gibt es vereinzelt noch Einrichtungen wie die Wiener Parteischule, welche Traditionen aufleben lässt. Aber grundsätzlich verblassen sie immer mehr. Die einzige Tradition die in der Gruppe von allen erwähnt wurde, war der erste Mai. Die Partei selbst weiß was der erste Mai bedeutet, bzw. was an diesem Tag gefeiert wird, die Bevölkerung aber zu einem Großteil nicht.

Wenn man allerdings Begrüßungs-und Ansprechroutinen wie „Freundschaft“ und „Genosse“ ebenfalls als Tradition wertet, dann muss man sagen, dass diese innerhalb der Partei und nur innerhalb dieser, sehr wohl gelebt wird.

C) Da es kein einheitliches Proletariat mehr gibt und sich das einstige Zweiparteiensystem zu einem Mehrparteiensystem entwickelte, wurde die klassische Arbeiterpartei zu einer Volkspartei, die ein breites Spektrum der Gesellschaft ansprechen will.

Meinungen aus den ExpertInneninterviews zu Hypothese C

Lindemayr:

Lt. Lindemayer ist die SPÖ keine Arbeiterpartei mehr, früher waren Arbeiter ihr Hauptklientel, aber heute gibt es kaum mehr Arbeiter im klassischen Sinn. „Wir sind eine ArbeitnehmerInnenpartei und die sind wir weiterhin. Der größte Teil der Unselbstständigen wählt uns ja noch und ich bin froh, dass wir uns auch ein bisschen erweitert haben auf kleine EPU's, also Einpersonunternehmen und überhaupt auch kleine Selbstständige. Also der Schuster um's Eck, der früher genauso zum Feindbild gezählt hat, wie der Fabrikant auf der grünen Wiese, von dem sind wir weggekommen. Wir haben uns schon ein bisschen verbreitet.“

Blecha:

„Die Arbeiter sind ein kleiner Teil in unserer Gesellschaft. Eine Arbeiterpartei, wenn sie sich wirklich nur auf die Arbeiter stützen, würde 20 Prozent haben und nicht mehr.“

Die SPÖ ist für die Masse der Bevölkerung da und das muss sie sein. Nur das ist momentan jetzt nicht der Fall, weil sonst hätte die SPÖ mehr wie 27 Prozent. Wir haben immer 50 gehabt.“

Rosecker:

„Also der klassische Arbeiter im tertiären Sektor und im sekundären Sektor wird immer mehr verdrängt von Angestellten. Er wird immer mehr verdrängt, natürlich weg vom Produzierenden hin zum Dienstleistungssektor, generell, egal ob als Arbeiter oder als Angestellter. Da gibt es grundlegende Verlagerungen, die die Rolle und auch den Begriff des Arbeiters verändert haben, auch die gesellschaftliche Rolle des Arbeiters verändert haben. Teile dieser Problematik der Arbeiter im klassischen Sinne lassen sich ja auch daran demonstrieren, dass eine soziale Gruppe, die Gruppe der Arbeiterschaft bereits in den 80er Jahren ein distanzierteres Verhältnis zur Sozialdemokratie bekommt und das waren die Facharbeiter. Die Trägerschicht der Kreisky-Ära wird in den 80er-Jahren die Schicht, die sehr früh anfällig wird auch FPÖ zu wählen. Warum? Weil genau die Facharbeiter natürlich von vielen der Entwicklungen der 80er Jahre betroffen waren: Instabilität der Arbeitsverhältnisse, neue Arbeitsweisen, neue arbeitsrechtliche Verhältnisse, entstehender Migrationsdruck etc.“

Rosecker denkt, dass man niemanden in der SPÖ etwas Gutes damit tut, die Sozialdemokratie auf eine Arbeiterpartei im 21. Jahrhundert reduzieren zu wollen, da diese Reduktion heute, so glaubt er, unterkomplex ist und für den Begriff der Sozialdemokratie zukunftsraubend sein würde. Seiner Meinung nach, ist der Begriff der Sozialdemokratie nicht nur auf ArbeitnehmerInnen bezogen, vielmehr geht es um Gleichwertigkeitsfragen, Chancengleichheitsfragen, sowie um Fragen der Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit die sich allesamt auf die Ausbaufähigkeit der Demokratie beziehen sollten.

„Also zu guter Letzt: Wir diskutieren seit Ende der 80er Jahre wer die stärkere Arbeiterpartei ist, die FPÖ oder die SPÖ. Das ist eine Frage die nach jeder Wahl seit 1990 geführt wird, aber teilweise die falschen Fährten legt. Weil, wenn heute ehemalige klassische Arbeiterbezirke, sei es in Wien oder in anderen sozialdemokratischen Hochburgen, teilweise andere Parteien wählen, heißt das was anderes als in den 60er Jahren. In den 60er Jahren oder davor waren Arbeiterviertel soziologisch beschreibbare Viertel, wo viele Arbeiter lebten: Menschen mit weniger formaler Bildung, Menschen mit weniger Einkommen, Menschen mit klagbaren Lebensläufen als Arbeiter und, das ist wichtig, diese Menschen

haben mit einer hohen Wahrscheinlichkeit auch politische Milieus gebildet. Die Menschen hatten viel gemeinsam, sie arbeiteten oft am selben Boden, sie hatten ähnliche Wertvorstellungen, sie haben die Freizeit gemeinsam verbracht, also quasi ein politisches Milieu.“ Heute gibt es zwar immer noch, oder verstärkt wieder Viertel, in denen Menschen mit weniger Chancen und Benachteiligungen leben, aber dieses große politische Milieu der ArbeiterInnen und den Zusammenhalt dieser Menschen gibt es, Rosecker zufolge, nicht mehr. Nur weil sie ähnliche arbeitsrechtliche und formale Bildungsstandards aufweisen, bedeutet das nicht, dass sie ähnliche Wertvorstellungen und Lebenspläne haben. „Also wenn man das beschreibt, sollte man schon differenzieren und auch die Veränderungen der letzte 20 Jahre mitnehmen.“

Brunner:

„Wenn man es am Begriff fest macht würde ich sie als ArbeiterInnen- und Angestelltenpartei bezeichnen. Wobei es unter den ArbeiterInnen sehr viele Gruppen gibt, z.B. die jungen Männer und Arbeiter die inzwischen sehr stark in Richtung Strache gehen, da sie einen starken Mann suchen. Das macht es natürlich schwieriger die SPÖ als reine ArbeiterInnenpartei zu bezeichnen.“

Ein weiteres Problem, das Brunner nennt, ist, dass es MigrantInnen gibt die unter den ArbeiterInnenbegriff fallen, die aber zum Teil gar nicht wählen dürfen, oder nicht in der Partei organisiert sind. *„Diese Leute müssten wir uns wieder zurückholen.“*

„Aber wenn man es jetzt nicht nur am Begriff fest macht (Arbeiter in einer Fabrik), sondern man unter dem Begriff versteht, dass die SPÖ für die Ärmern und Schwächeren bzw. Lohnabhängigen zuständig ist, dann sind wir auf jeden Fall die Arbeiterpartei.“

Interpretation des ExpertInneninterviews zu Hypothese C

Hypothese C wird bestätigt. Da der Anteil der klassischen ArbeiterInnen in unserer Gesellschaft heute sehr gering ist, kann sich die SPÖ auch nicht mehr als ArbeiterInnenpartei bezeichnen. Wie Rosecker erwähnt, kam es hier vor allem in den 80er Jahren zu einem Bruch. Von da an wurden die ArbeiterInnen im klassischen Sinn zunehmend von Angestellten verdrängt, der Dienstleistungssektor wurde zunehmend wichtiger und die Produzenten (in Fabriken z.B.) wurden zusehends von Maschinen ersetzt. Daher bekamen vor allem Facharbeiter ein schlechteres Verhältnis zur Sozialdemokratie und wanderten in zunehmenden Maße zur FPÖ, weil eben gerade die Facharbeiter von den Entwicklungen der 80er Jahre wie

neue Arbeitsweisen, Instabilität der Arbeitsverhältnisse, neue Arbeitsrechtliche Verhältnisse, entstehender Migrationsdruck etc. betroffen waren.

Die SPÖ musste sich daher eine neue Strategie überlegen und ihr WählerInnenklientel erweitern. Heute würden die meisten die SPÖ als ArbeiterInnen- und Angestellten-Partei bezeichnen. Auch Sandner ist dieser Meinung, wie ich auf Seite 45 schon zitiert habe: „An diese Parteien (FPÖ und Grüne) keine Stimmen zu verlieren, oder schon verlorene wieder zurück zu gewinnen, erforderte eine andere Strategie als die Mobilisierung der jeweiligen StammwählerInnen, auf die selbstverständlich auch weiterhin nicht verzichtet werden konnte.“ (Sandner 2013, 66) „Aus all diesen Gründen begannen sich Politik und politische Auseinandersetzungen immer mehr zu verändern.“ (Sandner 2013, 66)

Lindenmayer findet es auch gut, dass sich die Sozialdemokratie verbreitet hat. Er ist froh, dass der größte Teil der Unselbstständigen in Österreich rot wählt und dass vermehrt auch Einpersonunternehmen und kleine Selbstständige zum Wählerkreis der SPÖ gehören.

Die SPÖ spricht jetzt zwar ein breiteres Spektrum der Bevölkerung an als in den 50er bis 80er Jahren, aber mehr WählerInnen im prozentuellen Sinne erreicht sie dadurch nicht. Wobei man sagen muss, dass sich die SPÖ schon lange vom klassischen Arbeiterbegriff verabschiedet hat, im Parteiprogramm 1978 ist bereits zu lesen: „Wir sind heute die Partei der Arbeiter und Angestellten, der Beamten, Akademiker und Kulturschaffenden und jener Selbstständigen in Gewerbe und Landwirtschaft, für die der eigene Arbeitseinsatz die Voraussetzung ihrer Existenz darstellt.“ (www.renner-institut.at/Parteiprogramm 1978) (Cap 1989, 11)

Meinungen aus dem Gruppeninterview zu Hypothese C

Person 7:

Person 7 meint, dass man mit dem klassischen Arbeiterbegriff also am Hochofen sehr vorsichtig sein muss. *„Das ist sehr dünn geworden, alleine von der Anzahl her, das industrielle Zeitalter ist halt vorüber. Die Wurzeln der SPÖ sind nun mal in dieser Zeit also in der Mitte des 19. Jahrhunderts anzutreffen, aber diese Form der Arbeit gibt es nicht mehr, noch dazu unter den damaligen Verhältnissen - 12 Stunden, 16 Stunden zum Teil. Darum bin ich sehr für den Begriff Arbeitnehmer.“*

Person 3:

Auch Person 3 ist der Ansicht, dass es den Begriff Arbeiterpartei bezogen auf die SPÖ nicht mehr gibt, sie glaubt aber, dass die Trennung zwischen Arbeitern und Angestellten, wie sie die SPÖ Jahrzehnte lang gehabt hat, ganz gut war. Womit Person 3 ein Problem hat, ist der Ausdruck „Arbeitnehmer“, da die Partei der Geber und nicht der Nehmer ist.

„Der Unternehmer nimmt unsere Arbeit, aber das ist eine Sprachverwirrung. Aber abgesehen davon, sind wir nachwievor eine Arbeitnehmerpartei.“

Person 6:

„Eine Partei der Vollbeschäftigung sind wir, egal jetzt welcher Dienstnehmer.“

Person 2:

„Ich glaube nicht, dass die sozialdemokratisch geführte Regierung heute weniger Rücksicht nimmt auf Unternehmerinteressen und Kapitalinteressen. Im Gegenteil würde ich sogar sagen. Und ich glaube, dass dadurch sogar weniger transparent ist, für was die Sozialdemokratie eigentlich steht. Dadurch das wir ja eh für das Gesamtwohl eintreten, sieht man weniger wo eigentlich die Kernwerte der SPÖ liegen sollten, oder wo die Kernanliegen und Forderungen liegen sollten.“

Interpretation des Gruppeinterviews zu Hypothese C

Bestätigt werden kann, dass die SPÖ heute keine „klassische“ ArbeiterInnenpartei mehr ist, weil es nur noch wenige „klassische“ ArbeiterInnen (FacharbeiterInnen) gibt.

Außerdem lässt sich verifizieren, dass die SPÖ jetzt ein größeres Spektrum innerhalb der Bevölkerung anspricht, was auch daraus hervor geht, dass ihr früheres WählerInnenklientell, heute verschwindend klein ist. Im Gegensatz zu Siegi Lindenmayr hält Person 2 es für weniger gut, dass die SPÖ für immer mehr Menschen in unterschiedlichsten Arbeitsbereichen eintritt, da dadurch nicht eindeutig erkennbar ist, für wen die SPÖ eigentlich steht. Nicht klar hervorgehen aus dem Interview, der Zusammenhang zwischen der Entwicklung eines Zweiparteiensystems zu einem Mehrparteiensystem und die damit verbundene Auflösung der ArbeiterInnenpartei. Logisch ist der Zusammenhang dennoch und in den ExpertInneninterviews ist er auch mehrmals erklärt worden: Dadurch, dass der SPÖ ihre ursprüngliche WählerInnenschaft abhanden gekommen ist und viele der noch übrig gebliebenen FacharbeiterInnen zur FPÖ (die es im Zweiparteiensystem noch nicht gab)

wanderten, blieb der SPÖ nichts anderes übrig, als ihre Reichweite auf mehrere Leute in unterschiedlichen Arbeitsbereichen, wie DienstnehmerInnen und KleinunternehmerInnen zu erweitern. „Paradoxerweise wird linkspopulistische Politik, etwa bei sozialpolitischen Forderungen, ebenfalls von der FPÖ betrieben. Deshalb hat ja auch die SPÖ, WählerInnen an die Freiheitlichen verloren.“ (fm4.orf.at).

In Kapitel 15 wird gezeigt was Kurt Flecker unter dem Begriff Arbeiterpartei versteht. Nur so viel vorweg: Er sieht die Grundwerte der SPÖ-Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit eng mit dem Begriff der Arbeiterpartei verknüpft, da diese Werte für jene stehen die in der Gesellschaft unterprivilegiert sind. Dass diese Unterprivilegierten zur Gründungszeit der Partei die ArbeiterInnen waren und es zum Teil heute noch sind, „rechtfertigt auch die SPÖ als Arbeiterpartei zu bezeichnen, aber nicht sie in diesem verengten Spektrum zu sehen und zu verstehen.“ (Flecker in Khol et al 2014, 88)

D) Die SPÖ zur Zeit der Ära Kreisky ist aufgrund ihrer Ausgangslage (Aufbruch) nicht mit der heutigen SPÖ zu vergleichen.

Meinungen aus den ExpertInneninterviews zu Hypothese D

Lindenmayr:

Lindenmayer zufolge kann man die SPÖ zur Zeit der Ära Kreisky nicht mit jener von heute vergleichen, weil die Rahmenbedingungen andere sind. „Die ganze Welt hat sich verändert, früher war in Österreich Schluss, da war der Eiserne Vorhang und dann war halt der Ostblock. Das gibt es alles nicht mehr. Wir sind in der Mitte von Europa, alles bewegt sich und für junge Menschen ist es selbstverständlich, dass sie in ganz Europa auf Arbeitsplatzsuche gehen. Das war damals nicht so, damals ist man als Wiener in Wien geblieben, als St.Pöltener wahrscheinlich in St.Pölten. Es war alles viel kleinräumiger und die Konkurrenz war auch geringer.“ Außerdem erwähnt er, dass es damals nur drei Parteien gegeben hat, während heute bei jeder Wahl mindestens 10 bis 14 Parteien antreten. Wenn man früher aus Protest gewählt hat, hatte man also viel weniger Möglichkeiten als heute. Diejenigen, welche die SPÖ von links kritisiert haben, haben kommunistisch gewählt und die anderen, so Lindemayr, vermutlich damals schon freiheitlich.

Blecha:

Auch Blecha meint, dass man die beiden Äras nicht miteinander vergleichen kann.

„Weil, erstens haben wir andere Voraussetzungen gehabt, man muss ja wissen, dass es einen enormen Reformstau in Österreich gegeben hat und dass, nach einer Alleinregierung der Volkspartei zwischen 66 und 70, in Österreich große Teile der Bevölkerung den Eindruck gehabt haben, wir sind da zurückgeblieben. Und in der Tat war Österreich in Europa ein Hinterland, dass sich der heutige Österreicher gar nicht vorstellen kann, der im drittreichsten Land der EU lebt und der die niedrigste Arbeitslosigkeit in der europäischen Union hat, der das beste Gesundheitssystem nach allen Befunden, auch der internationalen Organisationen hat, die es gibt, der kann sich nicht vorstellen, dass wir einmal, was das Pro-Kopf einkommen betroffen hat, nur von den zu diesem Zeitpunkt faschistischen drei Staaten unterbunden wurden – Spanien, Portugal, Griechenland. Alle anderen waren weit vor uns. Das Einkommen der Österreicher war eines der niedrigsten in Europa.“

Doch mit Kreisky ist die SPÖ an die Spitze katapultiert, so Blechas Worte, weil sie (SPÖ-Spitze) damals in einer Zeit gewesen sind, die es ihnen möglich gemacht hat die Massen aufzurufen. Die Vollbeschäftigung war Blecha zufolge, die unbestreitbare Maxime kreiskyscher Politik. Die schreckliche Wirtschaftskrise der 30er Jahre und das Elend der Arbeiterklasse und die hohe Arbeitslosigkeit hat Kreisky so geprägt, dass er sich geschworen hat, dass wir nie wieder so eine hohe Arbeitslosigkeit haben dürfen und die gab es bisher auch nicht.

Rosecker:

„Wir können zwei Zäsuren annehmen, einmal Mitte der 60er Jahre, wo die entstehende Wohlstandsgesellschaft und Konsumgesellschaft quasi Reformschritte notwendig macht, wo eine Befreiungsbewegung durch die Gesellschaft rückt, wo dann sehr bald die 68er-Bewegung steht, weg von der Mangelgesellschaft und der alten Klassengesellschaft,- da passieren Umbrüche, da passiert ein Aufbruch und die Kreisky-Ära war dann eine Folge dieser soziologischen Veränderungen.“ Diese Aufbruchsstimmung hält natürlich nicht ewig an, deshalb kommt es lt. Rosecker 25 Jahre später, etwa Mitte der 80er-Jahre zu einer neuen Veränderung (zweite Zäsur), die, in Hypothese B bereits erwähnte, Auflösung der alten industriegesellschaftlichen Strukturen und der damit verbundene Hegemonieverlust der sozialdemokratischen Linken.

Brunner:

„Man kann es insofern damit vergleichen, dass wir alle immer noch wahnsinnig von den Reformen profitieren, die es in der Ära Kreisky gegeben hat. Damals war große Aufbruchsstimmung und worum wir jetzt kämpfen, also auch die Bundesfrauen, ist dass Errungenschaften aus der Ära Kreisky nicht zurückgedrängt werden.“

Das beginnt lt. Brunner mit der Familienrechtsreform, die es in den 70er Jahren gegeben hat, denn hier gibt es immer wieder Versuche, wenn es z.B. um Scheidungen geht, die Frauen in ein negatives Bild zu rücken und wieder zurück an den Herd zu drängen. Sie sollen zwar gut ausgebildet werden, dann aber schlechte und prekäre Jobs bekommen. *„Die Errungenschaften der Ära Kreisky muss man daher immer wieder neu erkämpfen oder neu verteidigen bzw. auch manchmal ausweiten, z.B. bei der Fristenregelung, wo es immer noch Bundesländer gibt wo Abtreibungen nicht erlaubt sind. Man muss einfach dahinter sein, dass Dinge, die seit 30 Jahren Gesetz sind auch umgesetzt werden.“* Ansonsten hält es Brunner für schwierig die heutige Zeit mit früher zu vergleichen, da damals durch die ganze Welt ein politischer Ruck gegangen ist. Denn neben Bruno Kreisky in Österreich, gab es auch Olaf Palme in Schweden und Willy Brandt in Deutschland. Es war die Zeit der 68er-Generation und davor kam es zur Abschaffung der Rassentrennung in den USA und in Afrika sind Diktaturen gefallen. *„Es war also wirklich in den meisten Teilen der Welt eine Aufbruchsstimmung, die wir heute nicht haben. Wir stehen in der Ukraine mehr oder weniger vor einem Krieg und das ist in Europa, wir befinden uns in einer riesigen Weltwirtschaftskrise die sich nicht beruhigt, man sagt die Schlimmste seit den 30er Jahren. Deshalb ist es sehr schwierig die heutige Zeit mit den 70er Jahren zu vergleichen. Damals gab es einen wirtschaftlichen Aufbruch.“*

Interpretation der ExpertInneninterviews zu Hypothese D

Auch hier sind sich die Interviewpartner einig. Die Ära Kreisky ist aufgrund ihrer Ausgangslage nicht mit der heutigen Zeit zu vergleichen. Alle erwähnen, dass es vor Kreisky v.a. mit der 68er Generation eine Aufbruchsstimmung gab, die Menschen wollten Veränderungen und Kreisky konnte damals die BürgerInnen in Österreich von seinen Ideen und Reformen überzeugen, er war sozusagen zur richtigen Zeit am richtigen Platz und konnte die Wünsche der ÖsterreicherInnen zu einem großen Teil erfüllen, er packte Reformen an, die schon längst fällig waren. Heute gibt es keinen wirtschaftlichen Aufbruch, im Gegenteil, wie Brunner es formuliert, befinden wir uns in mitten einer Weltwirtschaftskrise, die nur mit jener Krise der 30er Jahre zu vergleichen ist. Überall rund um Europa und außerhalb davon, gibt es

Bürgerkriege und Unruhen, von Aufbruchsstimmung also keine Spur. Außerdem gibt es wesentlich mehr Parteien als zur Ära Kreisky, dafür aber weniger Menschen die sich für Politik begeistern lassen. Der Frust ist groß, die Zahl der WechselwählerInnen und NichtwählerInnen ebenfalls. Die Hypothese hat sich somit bestätigt.

Meinungen aus dem Gruppeninterview zu Hypothese D

Person 1:

„Du kannst es, meines Erachten nach, fast nicht vergleichen, es war Aufbauzeit. Heute versucht man den Standard zu halten, du kannst fast nix mehr aufbauen. Es war eine Alleinregierung und jetzt bist du in einer Koalition.“

Person 7:

Auch Person 7 meint, dass man die Ära Kreisky mit heute nicht vergleichen kann: *„Zum Amtsantritt von Kreisky 1970 war ja davor noch eine prosperierende Wirtschaftssituation und in den 1970er Jahren ist das ja dann abgeflacht. Also die Situation ist heute total anders.“*

Person 3:

„Die SPÖ ist jetzt eine Partei, die als erstes Ziel hat die nächste Wahl zu gewinnen. Das ist eine Umkehrung die eingetreten ist. Früher wollte man etwas erreichen, dazu war es natürlich notwendig eine Wahl zu gewinnen, aber auf die Reihenfolge kommt es an und auf das Bewusstsein, dass sich dementsprechend entwickelt oder fehlentwickelt. Und etwas Wesentliches was Viktor Adler gesagt hat, das ist: >>Es ist natürlich wichtig Wahlen zu gewinnen, aber noch wichtiger ist es Sozialisten zu erziehen<<. Das ist eigentlich verloren gegangen.“

Person 5:

Person 5 findet, dass das Markante fehlt wofür die SPÖ steht und dass das früher sichtbarer war. *„Manche fühlen sich heute verloren oder nicht mehr repräsentiert.“*

Person 2:

„Ich glaube auch, dass das eine wesentliche Entwicklung ist, dass sozusagen die Meisten nicht genau wissen, oder genau erkennen können für was diese Partei jetzt eigentlich steht, was sie persönlich davon haben, dass sie diese Partei wählen, oder dass sie dieser Partei angehören und dass das mit der Erziehung dahingehend problematisch ist, dass die Leute auch weniger Bezug haben zur Partei und dass es dadurch natürlich auch schwieriger ist Mitglieder zu gewinnen.“ Person 2 meint, dass man in der zweiten Republik gesehen hat, dass sich die Mitgliederzahlen Schritt für Schritt nach unten entwickelt haben.

Außerdem glaubt sie, dass die Kernwerte wieder mehr in den Vordergrund gerückt gehören, um die Entwicklung wieder umzukehren.

Person 1:

„Ich glaube du kannst die zweite Republik in zwei Abschnitte teilen: Du hast den Wiederaufbau und alles was dazu kam, der Sozialstaat wurde ausgebaut, viele Sozialleistungen sind entstanden und irgendwann mal hat sich das Ganze umverlagert, weil du die Finanzen dingfest machen musstest.“ Die Werte sind seit dieser Umverlagerung zwar immer noch da, aber sie schlummern, so Person 1.

Person 3:

„Ich glaube, dass in der zweiten Republik eine Entwicklung eingetreten ist, von >>was machen wir gemeinsam << zu >>was macht die Partei oder auch die Gewerkschaft für mich, was habe ich davon<<. Und das ist ganz dramatisch bei der Mitgliederentwicklung eingetreten, denn wenn ich mich recht erinnere, haben wir Ende der 70er Jahre 712.000 Mitglieder gehabt und jetzt haben wir ca. 50 Prozent davon, bei einer größeren Bevölkerungszahl. – Das ist die eine Entwicklung. Die andere Entwicklung hängt auch, nicht nur, aber auch mit der Partei zusammen, es ist also eine Entpolitisierung eingetreten, - äußert sich bei der Wahlbeteiligung, wenn man jetzt die letzte Nationalratswahl hernimmt, sind wir bereits bei weniger als 75 Prozent die sich an der Wahl beteiligen.

In den 70er Jahren haben wir von Vertrauenspersonen gesprochen, heute reden wir von unternehmerischen Mitarbeitern, es ist also auch da ein Umdenken eingetreten.“

Person 2:

„Man kann nur bei den Parteistrukturen noch einhaken und sagen, vielleicht ist es weniger >> was bringt die Partei mir<<, sondern >>was hat die Partei früher geleistet<<, das hat auch dazu beigetragen, dass wir oder, dass die Partei, die Gesellschaft aktiv mitgestaltet hat.“ Als Beispiel nennt er den Konsum, wo wirklich geschaut worden ist, dass die Leute leistbare Preise für Lebensmittel bekommen, oder die Bawag bzw. wofür sie früher stand, oder die gesamten Parteiorganisationen die in ihren Bereichen versucht haben das Leben der Leute zu gestalten, z.B. die Naturfreunde. Auch die Freizeit und Bildung wurde von den Parteiorganisationen aktiv in die Hand genommen *„und das ist jetzt irgendwie abgeschoben worden, natürlich nachdem wir relativ lang in der Regierung sind und vielleicht dadurch die Partei selbst vernachlässigt worden ist.“* Er sagt, wenn man in die Löwelstraße geht, dann sieht man fast schon symptomatisch wie der Zustand der Partei ist, dass da eigentlich niemand ist, der sich um die Partei und um die Weiterentwicklung der Partei bzw. um die Reaktivierung der Partei kümmert. *„Oder wenn man sich die Sektionen anschaut, für was die früher da waren, dass die dazu da waren die Wahl zu organisieren, - das war der Kernpunkt einer Sektion um die Leute auch zu mobilisieren. Heute werden noch einzelne Wahlbeisitzer oder Wahlhelfer daraus rekrutiert, aber dass da aktiv etwas passiert, das ist schon sehr wenig vorhanden. Es gibt vielleicht einige die aktiver sind, aber andere, die sind halt nur mehr strukturerhaltend.“*

Person 6:

Person 6 findet, dass die Basis nach wie vor sehr wichtig ist und in manchen Bezirken, wie im 23. auch sehr gute Arbeit geleistet wird. Das ist nicht in allen Bezirken so. Ein Grund warum der Kontakt der Sektionen zu den Menschen verloren geht ist, dass es früher Barkassiere gegeben hat die mit den Menschen geredet haben, das fällt heute weg. Heute ist keiner mehr bereit das zu machen, weil alles schnelllebiger geworden ist und die Zeit fehlt.

Person 5:

„Ein größeres Problem ist natürlich, überhaupt Jugendliche für die Politik zu interessieren, egal welches Kollekt, aber besonders bei der SPÖ, die immer den Beisatz hat, eine Pensionistenpartei zu sein, die keine Jungen hat.“ Früher konnten sich, Person 5 zufolge, noch mehr Jugendliche bzw. junge Menschen für Politik begeistern, weil sie auch mehr angesprochen wurden.

Lt. Person 5 wäre es an der Zeit mehr junge PolitikerInnen an die Spitze der Partei zu stellen, dann würde man wahrscheinlich auch wieder mehr junge Menschen haben, die sich für die Partei interessieren.

Interpretation des Gruppeninterviews zu Hypothese D

Diese Hypothese wird bestätigt. Einerseits kann man die beiden politischen Zeiten aufgrund der unterschiedlichen Ausgangslagen nicht vergleichen, wie schon bei den ExpertInneninterviews erwähnt, andererseits haben sich auch die Partei und die Gesellschaft verändert. Politik (Partei) und Gesellschaft befinden sich in einem Teufelskreis:

Die SPÖ kann ihren WählerInnen nicht mehr das bieten, was sie ihnen früher bieten konnte, weil sie einerseits nicht mehr diese Mehrheit hat und weil andererseits immer weniger Menschen sie wählen. In den Sektionen gibt es immer weniger Mitglieder die hinaus zu den Leuten gehen und mit ihnen über ihre Sorgen reden, auf der anderen Seite gibt es heute aber auch viel mehr Menschen die politikverdrossen sind und sich von der Partei nicht mehr vertreten und im Stich gelassen fühlen.

Die Frage ist, ob die Partei mehr für die Bevölkerung tun würde, wenn sie nicht in einer Koalition sitzen würde und ständig über ihre Forderungen diskutieren müsste, welche sie oft nicht durchsetzen kann. Die meisten BürgerInnen bezweifeln das, sie hören immer nur Versprechungen, die am Ende nie durchgesetzt werden.

Fazit: Man kann die Ära Kreisky mit heute nicht vergleichen, einerseits aufgrund der erwähnten unterschiedlichen Ausgangslagen (Aufbruch und Stillstand), andererseits weil sich die Bevölkerung heute weniger für Politik interessiert, oder weil sie enttäuscht von ihr ist und sich die Großparteien SPÖ und ÖVP viel zu wenig dafür einsetzen das zu ändern.

13.2. Repräsentation der Partei

E) Die SPÖ ist nach wie vor eine Linkspartei.

Meinungen aus den ExpertInneninterviews zu Hypothese E

Lindenmayer:

Siegi Lindenmayer findet, dass die SPÖ theoretisch eine Linkspartei ist, „*vom Parteiprogramm her.*“ In der Praxis sieht es ihm zufolge anders aus: „*Wenn man in einer Koalition ist, dann muss man Kompromisse schließen und daher ist zwischen dem was man gerne theoretisch machen möchte und dem was man dann praktisch machen muss, eine Differenz die es immer geben wird. Wir haben nun mal nicht 50 Prozent, wenn wir 50 Prozent hätten, dann können wir machen was wir wollen, daher sind wir alleine schon aus diesen Gründen in der Praxis nicht so links, wie wir es in der Theorie eigentlich sein sollten.*“

Rosecker:

Rosecker zufolge kann man salopp sagen, dass die SPÖ eine Linkspartei ist. Der Anspruch an die Partei ist aber ein anderer, und zwar: „*nicht nur der Anspruch Linkspartei zu sein, sondern quasi eine breite Bevölkerungsgruppe repräsentierende Partei links der Mitte zu sein. Das ist für mich persönlich, in meiner Wahrnehmung als Sozialdemokrat ein sehr wichtiger Anspruch, der natürlich nicht mehr das bedeuten wird wie in den 60er und 70er-Jahren, aber trotzdem eine breite Repräsentanz vieler Bevölkerungsgruppen in Österreich, die ihre Vertretung, ihre Weltanschauung, ihre Heimat, ihr Betätigungspotenzial in der Sozialdemokratie sehen.*“

Brunner:

Brunner findet, dass die SPÖ eine Linkspartei ist, aber sie weiß auch, dass es unterschiedliche Sichtweisen gibt. Sie würde sich allerdings wünschen, dass die SPÖ immer als Linkspartei gesehen wird. „*Nicht wie zum Beispiel in den 90er Jahren, der Schröder-Klima-Blair-Weg, wo man gesagt hat: >>wir sind nicht links, wir sind nicht rechts, sondern der neue Weg, also die Mitte<<, sondern ich würde mir manchmal pointierter wünschen, dass wir sagen:*

>>Wir sind eine Linkspartei<<, also dass wir für die ArbeitnehmerInnen und die Schwächeren in unserer Gesellschaft Partizipation ermöglichen wollen. Aber ja wir sind natürlich eine Linkspartei.“

Interpretation der ExpertInneninterviews zu Hypothese E

Diese Hypothese kann teilweise bestätigt werden. Zusammengefasst kann man sagen, dass die SPÖ von ihren Grundsätzen her, eine Linkspartei ist. Oft kann sie, da sie mit der ÖVP gemeinsam reagiert, schlussendlich nicht so links agieren, wie sie es gerne möchte, so sieht es Lindenmayr. Der Anspruch eine Linkspartei zu sein, ist Rosecker zufolge, zu wenig. Ziel muss es sein: „eine breite Bevölkerungsgruppe repräsentierende Partei links der Mitte zu sein.“ Wobei man diesen Anspruch nicht mit der Zeit der 60er und 70er Jahre vergleichen kann. Lt. Brunner ist die SPÖ in jedem Fall eine Linkspartei, heute mehr noch als in den 90er Jahren, wo die SPÖ, unter Vranitzky und später unter Klima, den Schröder-Blair-Kurs, sprich den Weg der Mitte ging. „Das Parteiprogramm 1998 hebt sich drastisch von den vorhergehenden Programmen ab und wurde dementsprechend auch stark kritisiert, da es den schon genannten neoliberalen Kurs, der in der Ära Vranitzky einsetzte, unterstreicht.“ (www.blog.sektionacht.at)

Meinungen aus dem Gruppeninterview zu Hypothese E

Person 1:

Person 1 beantwortet die Frage, ob die SPÖ eine Linkspartei ist, mit einem klaren Ja.

Person 6:

Sie ist der Meinung, dass man anhand einiger Themenbereiche für welche die SPÖ eintritt, sieht, dass die SPÖ eine Linkspartei ist.

Person 7:

„Sie ist die Partei mit den meisten Rotanteilen, aber wie hoch dieser Rotanteil ist, das ist eine andere Frage. Mit Rot meine ich sozial.“

Person 3:

Person 3 ist der Meinung, dass die SPÖ am Weg zu einer sozialliberalen Partei ist. Die Partei passt sich also immer mehr an das bestehende Gesellschaftssystem an, anstatt es zu überwinden und der Linksanteil schwindet nach und nach, auch wenn es Gegenbewegungen gibt, wie z.B. im ÖGB. Sie meint außerdem, dass dieser sozialliberale Kurs unter Klima ganz extrem praktiziert wurde. Ihrer Meinung nach erinnert das Auftreten von Klima an die Vereinigten Staaten, genauer an die Politik von Spielberg, *„die sowas von fern an der Realität der arbeitenden Menschen gewesen ist, wo man geglaubt hat, nur mit dem Spitzenkandidaten eine Wahl gewinnen zu können“*, was Person 3 auch sehr stark an den EU-Wahlkampf 2014 in Österreich erinnert. *„Wenn es gelingt diese Entwicklung zu bremsen, dann gibt es eine Chance. Sonst werden uns die Leute weiter davonlaufen und es wird schwer möglich sein, sie zum mitmachen zu motivieren.“*

Person 8:

Diese Person hält es für wichtig, zwischen Praxis und Theorie zu unterscheiden. Ihrer Meinung nach sind die Inhalte der SPÖ eindeutig links, z.B. soziale Gerechtigkeit, in der Praxis handelt die Partei aber nicht immer so, wie sie es theoretisch anpreist.

Person 1:

„Man kann es natürlich auf Themen herunterbrechen, ein Bereich wo wir vielleicht noch linker sind ist die Bildungspolitik, vielleicht auch in der Steuerpolitik, aber auch das ist nicht immer der Fall wenn man sich anschaut was sozialdemokratische Finanzminister in der Vergangenheit gemacht haben.“

Person 3:

„Ich glaube gerade in der Bildungspolitik haben wir das große Versagen. Wir reden bereits seit den 50er Jahren über die Gesamtschule und es stagniert bis heute. Und wir haben gezeigt das man in einer Neuen Mittelschule auch ganz anders arbeiten kann.“ (Die Tochter von Person 3 ist in die NMS Junior Highschool in der Carlberggasse 23. Bezirk gegangen)
„Alles was wir uns vorstellen, wie eine moderne Schule gestaltet sein sollte, hat es dort gegeben, man hat dafür natürlich auch mehr LehrerInnen gebraucht. Damals, also vor ca. 15 Jahren habe ich gelesen, dass das jetzt unser Regelschulsystem werden soll, und was ist seither geschehen? Nichts.“

Person 4:

Person 4 erwähnt, dass sie in ihrer Schulzeit aufgrund ihrer Gehbehinderung benachteiligt wurde, sie musste in eine Hauptschule gehen, obwohl sie gerne in ein Gymnasium gegangen wäre.

Interpretation des Gruppeninterviews zu Hypothese E

Die Hypothese E wird auch hier nur teilweise bestätigt. Zwar sind zwei Personen von acht der Meinung, dass die SPÖ links ist, aber die Mehrheit sieht das kritischer. Mit überzeugenden Beispielen haben diese Personen gezeigt, dass die SPÖ in der Praxis nicht so links ist, wie ihre Grundwerte versprechen. Natürlich kann man das Ganze aber nicht auf Personen reduzieren, denn es gibt einige in der Partei, die linke Inhalte vertreten und dafür auch kämpfen. Im Gesamten gesehen, wurde die SPÖ in den letzten Jahrzehnten aber mehr von sozialliberalen Werten gelenkt, denn von Sozialdemokratischen. Seit Vranitzky wird die Wirtschaftspolitik nicht mehr nach dem austrokeynesianistischen Modell geführt, sondern neoliberal (vgl. www.blog.sektionacht.at).

F) Die SPÖ bekäme mehr Zustimmung von der Bevölkerung, wenn sie wieder vermehrt den persönlichen Kontakt zu den Menschen suchen würde.

Meinungen aus den ExpertInneninterviews zu Hypothese F

Lindenmayr:

Lindenmayr ist der Meinung, dass der verlorene persönliche Kontakt zu den Menschen, v.a. zu den Mitgliedern einen starken Einfluss auf den immer niedriger werdenden WählerInnenzuspruch hat.

Nur Wien unterscheidet sich heute etwas von den restlichen Bundesländern, wo man langsam wieder anfängt vermehrt Kontakt zu den Menschen zu suchen: „*Wir haben diese große Hausbesuchsaktion, wir haben eine große Mitgliederbefragung gemacht in den letzten zwei Jahren und wir erreichen auch ziemlich viele Personen und es passiert oft, dass dann jemand sagt: >>Hey, es ist gar nicht Wahlzeit und ihr kommt's zu uns.<< Aber so ein Image, bis sich das verfestigt, dass sich da was verändert, das dauert halt auch alles eine Weile.*“

In der ersten Republik und zu Beginn der zweiten Republik war es ihm zufolge wesentlich einfacher die Leute zu erreichen. Es gab viel mehr MitarbeiterInnen, weil es nicht so viele Freizeitmöglichkeiten gab wie heute, auch keinen Fernseher. *„Und daher war es selbstverständlich, dass viele, viele Menschen ehrenamtlich für die SPÖ was getan haben und ständig mit den Leuten in Verbindung gewesen sind. Die Mitgliedsbeiträge wurden noch monatlich kassiert, also man ist monatlich zu den Mitgliedern gegangen, nicht nur in die Gemeindebauten, sondern auch in Privathäuser. Und es ist ja nicht so, dass man sich entschieden hat, so jetzt gehen wir nicht mehr zu den Leuten, sondern, es sind einfach die Mitarbeiter weniger geworden, die ihre gesamte Freizeit in den Dienst der Sache gestellt haben, die Tag und Nacht für die SPÖ unterwegs waren, ehrenamtlich!“* Und weil die MitarbeiterInnen langsam immer weniger geworden sind, wurde auch der Kontakt zu den Mitgliedern weniger, man hat dann halbjährlich oder jährlich kassiert, dann hat man die Leute wenigstens ein- oder zweimal im Jahr gesehen, *„und dann ist man eben komplett auf das Bargeldlose Inkasso umgestiegen, da hat man gar keinen persönlichen Kontakt mehr zu den Mitgliedern gehabt und so hat sich das langsam entwickelt. Nicht irgendwie bewusst gesteuert, das war einfach so, das hat sich von selber so entwickelt und dadurch ist man halt immer weiter weggekommen, von jenen die man eigentlich vertreten sollte.“*

Rosecker:

„Die Nähe zu den Menschen ist etwas sehr wichtiges, aber da kann man auch nicht nur auf alte Muster zurückgreifen, weil, das weiß man selbst aus Hausbesuchserfahrungen die ich schon seit zwanzig Jahren mache, das man hier schon auch neue Wege wird gehen müssen. Also nur einfach von Tür zu Tür – das ist zu wenig. Man muss klare Anliegen definieren und ankündigen, notfalls nicht von Tür zu Tür, sondern in Wohnblöcken allgemein, außerhalb von der Wohnung solche Treffen organisieren und die Anliegen diskutieren.“ Außerdem sollte man, seiner Meinung nach, bei diesen Treffen auch offen anbieten, dass Menschen Probleme definieren können.

Blecha:

Lt. Blecha braucht die SPÖ innerhalb der Partei wieder Leute, die denen die jetzt Politikverdrossen sind erklären können, dass man in der Gesellschaft nicht alles hinnimmt, sondern dass man für Änderungen etwas tun muss. *„Der Weg zu einer größeren Mehrheit, als dieser Mickrigen die die SPÖ jetzt hat, geht nur darüber, dass die Menschen dafür gewonnen*

werden, dass sie eine Politik unterstützen, die zu mehr Gleichheit in unserer Gesellschaft führt, indem sie diese Auswüchse der Ungleichheit, die immer stärker wird, glaubhaft bekämpft.“ Die österreichische Bevölkerung weiß, seiner Meinung nach, nur diffus um den Zustand in unserem Land Bescheid, dass die Reichen immer reicher werden, die Armen immer ärmer, die Profite steigen usw. „Da muss ich mit ihnen reden und zwar dort wo sie sind, aber auch über das Internet –BEIDES! Man muss sich heutzutage viel mehr um die Menschen kümmern und das heißt, dort mit ihnen reden wo sie sind: im Supermarkt, im Sportverein, in der Disco, im Gemeindebau und in den Dorfgemeinschaften. Man muss mit den Leuten reden wo sie antreffbar sind und dort muss man sich wirklich glaubhaft bemühen ihre Sorgen, Ängste und Erwartungen herauszufinden. Dafür brauchst du aber Leute.“ Lt. Blecha muss man die Menschen aber auch über die sozialen Medien ansprechen: „Du musst sie über das Internet ansprechen, über neue Medien, über SMS, Twitter, Facebook – das musst du alles nutzen und du musst sie auch mitreden lassen – was du mit Social Media kannst. Wenn du sagst: >>Ich will das und das machen und was ist deine Meinung dazu?<< Ich habe das ja schon probiert, bei den Pensionisten bekommst du tausende Meinungen auf einmal.“

Die Persönlichkeitsarbeit ist in der SPÖ, Blecha zufolge, sehr sehr schwach entwickelt, was mit ein Grund dafür ist, warum die Partei bei der Bevölkerung wenig Anklang findet.

Er meint, dass die Arbeiterkammerwahl ein tolles Beispiel dafür ist, wie gut der persönliche Kontakt der Partei zu den Menschen in den Betrieben funktioniert: „Bei der Arbeiterkammerwahl hast du noch eine sehr starke Zustimmung von Leuten, die in Betriebssprengeln sind, die noch in Betrieben sind, wo sie untereinander reden können. Die Wahlbeteiligung war allgemein ja nicht so hoch, aber sie war dort hoch wo es Betriebssprengel gibt.“ Die SPÖ hat dadurch, dass sie in den Betrieben Vertrauensleute hat, sprich sozialdemokratische Betriebsräte, die mit den Leuten reden, enorme Erfolge gehabt, ganz entgegen der Politikverdrossenheit.

„Wenn man ihnen sagt, um was es jetzt geht und dass ihre Stimme notwendig ist, dann nehmen die Leute das an. Und diese Menschen, die mit ihnen reden, musst du finden!“

Brunner:

„Früher hatte jede Sektion Kassiere die zu den Mitgliedern gegangen sind und den Mitgliedsbeitrag kassiert haben. Das klingt arg, war aber ein total wichtiges Scharnier in der Partei, weil du damit immer in persönlichem Kontakt mit deinen Mitgliedern warst und man

mit ihnen auch über ihre Probleme und Sorgen sprechen konnte. Dieser persönliche Kontakt ist sehr stark verloren gegangen. Es wird zwar teilweise wieder versucht das wieder ein bisschen aufzuholen, durch die Hausbesuchsaktionen die jetzt im Gange sind und ich auch als sehr wichtig ansehe. Aber dennoch, was wir wirklich schlechter machen, als in der Zeit der Absoluten, ist der persönliche Kontakt.“ Brunner erwähnt aber auch, dass das früher viel leichter war, weil die SPÖ wesentlich mehr Mitglieder hatte, heute hat man nur mehr ein Mitglied auf 10 WählerInnen. „Trotzdem denke ich, dass der persönliche Kontakt eine unfassbar wichtige Errungenschaft ist, aus der man aus den 70er Jahren wieder lernen sollte.“

Interpretation der ExpertInneninterviews zu Hypothese F

Diese Hypothese ist bestätigt worden. Alle Interviewpartner sind der Meinung, dass der persönliche Kontakt zu den Menschen wichtig ist und dass er mit ein Grund dafür war, warum die Leute der Partei früher ihre Stimme geschenkt haben, weil sie das Gefühl hatten, dass man ihnen zuhört, dass man sich mit ihren Problemen und Anliegen auseinandersetzt.

Das ist heute in diesem Ausmaß nicht mehr gegeben. Zwar versucht man in Wien vereinzelt die Menschen über Hausbesuchsaktionen zu erreichen, aber das alleine ist zu wenig, so auch Rosecker, außerdem gibt es auch viel weniger MitarbeiterInnen als früher, die ehrenamtlich zu den Leuten von Tür zu Tür gehen. Was man als Ergänzung daher verstärkt nutzen muss, sind die sozialen Medien, das heißt, das Erreichen der Menschen durch Plattformen im Internet. Dadurch wird der persönliche Kontakt aber nicht ersetzt, also muss man sich Strategien überlegen wie Sektionsmitglieder und andere SPÖ-Organisationen die Leute in ihrem Alltag ansprechen können. Blecha hat dazu schon einige Ideen angegeben, wie Supermarkt, Sportverein oder Diskothek.

Auch Rosecker hat die Idee, nicht nur immer unbedingt von Tür zu Tür zu gehen, sondern politische Treffen in Wohnblöcken oder außerhalb der Wohnung zu organisieren. Die Hausbesuchsaktionen in Wien sind aber schon ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Auch in der Europäischen Wertestudie 2008, die ich in Kapitel 16 näher behandeln werde, wird erwähnt, wie wichtig persönlicher Kontakt zu den Menschen ist, so wie Blecha schon sagte: „Man muss sie dort ansprechen wo sie sind.“ Also sind die Sektionen in den Bezirken und Gemeinden angehalten, auf die Leute zuzugehen und mit ihnen einerseits über ihre Sorgen, andererseits über den Standpunkt der SPÖ zu reden.

Meinungen aus dem Gruppeninterview zu Hypothese F

Person 2:

„Absolut richtig ist, der Social Media-Bereich ist sicher einer, den man professioneller oder besser machen, oder nutzen muss.“

Person 3:

„Das was in Wien jetzt wieder praktiziert wird, diese Hausbesuchsaktionen – Ich glaube, dass das wesentlich ist, dass uns die Menschen draußen sehen und dass wir ihnen zeigen, dass Sozialdemokratie auch in ihrer Wohnumgebung ein Gesicht hat. Ich glaube, dass das ein ganz wesentlicher Punkt ist und dass man damit auch ansprechbar wird, weil sie wissen, dass es uns gibt und dass sie zu uns kommen können.“

Person 6:

Auch Person 6 sieht den persönlichen Kontakt als besonders wichtig. Sie erwähnt, wie auch schon Lindenmayr, Blecha und Brunner, die Barkassiere von früher und ist davon überzeugt, dass der dadurch hervorgebrachte Kontakt zu den Leuten einen direkten Einfluss auf die Wählerstimmen hatte.

Interpretation des Gruppeninterviews zu Hypothese F

Diese Hypothese kann auch aus Sicht der TeilnehmerInnen des Gruppeninterviews bestätigt werden. Im Prinzip haben die TeilnehmerInnen dasselbe gesagt, wie die ExpertInnen: Einerseits wieder vermehrt den persönlichen Kontakt zu den Menschen suchen, wofür die Hausbesuchsaktionen ein erster Ansatz sind, andererseits den Social Media-Bereich ausbauen und besser nutzen.

G)Der Parteivorsitzende spielt eine maßgebliche Rolle für die Zustimmung oder Ablehnung der WählerInnen für die Partei.

Meinungen aus den ExpertInneninterviews zu Hypothese G

Lindenmayr:

Lindenmayr denkt, dass der Parteivorsitzende einen sehr großen Einfluss auf die Zustimmung oder Ablehnung für die Partei hat. *„Man beschreibt das mit dem Wort Charisma, das kann man nicht lernen. Also ich glaube die jeweiligen Vorsitzenden haben großen Einfluss darauf wie die SPÖ wahrgenommen wird. Ich kann mich nur zurückerinnern bis Kreisky, vorher – das kenne ich nur aus den Geschichtsbüchern und ich glaube manche haben einfach nur ein Pech gehabt. Also der Kreisky war natürlich eine große Persönlichkeit, danach der Sinowatz – klar nach einer sehr großen Persönlichkeit ist es schwer (er hat ja auch nur drei Jahre Zeit gehabt), sich zu profilieren.“* Lindenmayr erwähnt, dass Sinowatz seinerzeit sagte: *>>Es ist alles so kompliziert<< und dass man ihm diesen Satz vorwarf, was er als ungerecht empfindet, denn: „Das stimmt ja wirklich, es ist ja wirklich alles kompliziert. Und der Vranitzky hat halt sehr damit zu kämpfen gehabt, dass er aus der Wirtschaft kam, zumindest ist er vorher so wahrgenommen worden und hat es aber immerhin geschafft die europakritische SPÖ dazu zu bringen, dass wir alle gesagt haben: >>Ja, Österreich muss der Europäischen Union beitreten<<. Das ist eine große Leistung!“* Klima war seiner Meinung nach schon ein bisschen populistischer und hat darauf geachtet, dass er mit vielen Fotos (z.B. mit Gummistiefel bei einem Hochwasser) in den Zeitungen war. *„Ich glaube auch, dass er schlechte Berater gehabt hat.“* Lindenmayr glaubt generell, dass sich große Persönlichkeiten mit kritischen Beratern umgeben, denn man muss die Größe haben sich auch mit Leuten zu umgeben, die einem wirklich die Wahrheit sagen, während sich ihm zufolge, schwache Persönlichkeiten mit lauter Ja-Sagern umgeben. *„Das schmeichelt dem zwar, aber führt dann dazu, dass man oft völlig falsche Entscheidungen trifft.“*

„Der Gusenbauer hat uns in der Oppositionszeit ganz gut geführt, er war ein gescheiter Mensch und ist immer noch gescheit, aber er hat jeden spüren lassen wie gescheit er ist und wer hat das schon gerne, dass man ständig zu hören, oder zu spüren kriegt (gesagt hat er es ja nicht), dass man eigentlich ein Trottel ist?“

Und über den Faymann wird halt die Geschichte urteilen, schauen wir mal, ich glaube so in Richtung Viktor Klima, populistisch und nicht so gute Berater um sich. Ich lehne mich da schon weit aus dem Fenster, aber ich sage einmal, er ist keine große Persönlichkeit.“

Rosecker:

Auch Rosecker ist der Meinung, dass der Parteivorsitzende eine sehr große Rolle für die Zustimmung in der Bevölkerung spielt. *„Eine Begleiterscheinung oder eine zentrale Erscheinung der gesellschaftlichen Veränderungen der 70er und der 80er Jahre war natürlich eine neue Rolle des Politikers und der Politikerin. Also die Person aufgrund der Medialisierung von Politik, die neue Rolle der Medien im Allgemeinen in dieser Zeit, hat dazu geführt, dass die Führungspersönlichkeit ein immer höheres Gewicht in der Bewertung von Politik bekommen hat.“* Dem fügt Rosecker hinzu, dass das der Sozialdemokratie seit Kreisky sehr gut gelungen ist. Oft, so behauptet er, konnte die Rolle dieser Führungsfiguren über andere strukturelle Fragen hinüberretten oder hinwegtäuschen. *„Eines ist aber heute sehr wichtig, also quasi jetzt am Ende dieser Entwicklung die in den 80er Jahren begonnen hat, hat es meines Erachtens wieder eine Verschiebung gegeben, wo natürlich die Medialisierung noch größer geworden ist als in den 80ern und 90ern. Ich bin der Ansicht, dass Personen noch immer eine zentrale, wichtige Rolle in der heutigen Politik spielen, weil sie Träger von Ideen sind. Also wenn man heute Menschen mit Politik erreichen will, wenn man heute Menschen mit Politik mobilisieren will, wenn man sie für Demokratie begeistern will, braucht man handelnde Personen, die repräsentativ sind, die Menschen mögen, das hat sich nicht verändert. Aber der erste Punkt ist heute das Anliegen. Ich brauche ein Thema. Auch eine Kampagne muss heute meines Erachtens, stark auf einem Anliegen beruhen.“*

Blecha:

Ebenso wie Lindenmayr und Rosecker ist auch Blecha davon überzeugt, dass die Parteispitze einen Einfluss auf die Zustimmung oder Ablehnung der WählerInnen hat.

„Aber ich möchte nur sagen, den größten Zuspruch fand der Bruno Kreisky, weil er in einer Zeit aktiv geworden ist, wo die Sehnsucht nach Änderungen da war.“ Dennoch spielen Persönlichkeiten in einer ideologiefreien Zeit, wie wir sie heute haben, seiner Meinung nach eine noch größere Rolle als früher.

Brunner:

Brunner unterstreicht ihre Überzeugung, dass Parteivorsitzende einen starken Einfluss auf das Wahlergebnis haben mit Meinungsumfragen. *„Das war immer schon so und auch heute noch, sagt ein Großteil der SPÖ-WählerInnenschaft, sie wählen die SPÖ wegen dem Spitzenkandidaten. In der Gesamtbevölkerung ist der Anteil nicht mehr so groß, aber unter der SPÖ-Stammwählerschaft spielt der Spitzenkandidat immer noch eine ganz wesentliche Rolle. In den 70er Jahren haben ganz viele den Kreisky gewählt, auch jene die überhaupt nichts mit der SPÖ am Hut hatten, weil er einfach eine sehr charismatische Person war, sehr geschickt, sehr gescheit, sehr belesen und sehr interessant. Immer dann wenn es besonders gekriselt hat um den Parteivorsitzenden, dann ist es auch uns sehr schlecht gegangen, wie z.B. beim Gusenbauer, wie er die zwei Jahre Bundeskanzler war, waren wir bei Umfragen bei ca. 20 Prozent, weil es in der Partei so eine große Krise rund um ihn gab.“*

Für Brunner ist es ganz logisch, dass der Spitzenkandidat bzw. Parteivorsitzende eine so große Rolle spielt. *„Weil worauf fokussieren die Medien und was kriegen die Leute draußen mit? Den Spitzenkandidaten, Parteivorsitzenden plus ein paar Spitzenpolitiker und Politikerinnen.“* Ihrer Meinung nach würde eine charismatische Persönlichkeit auf jeden Fall einen positiven Einfluss auf die Zustimmung innerhalb der Bevölkerung haben. *„Man muss aber aufpassen, dass diese Person dann nicht so schnell verglüht, wie es z.B. Klima gemacht hat. Viktor Klima war dann plötzlich in den 90er Jahren der strahlende Hero, wo alle gemeint haben, der wird uns jetzt retten. Es gab eine sehr starke PR und er galt als großer Charismatiker, dieses Image ist aber dann extrem schnell verglüht, wie dann 99 die Wahl war, weil dahinter einfach wenig Apparat stand, zwar sehr viel PR-Apparat, aber wenig politischer Apparat. Das darf halt nicht passieren, die Politik dahinter muss passen. Ich glaube das ist die Aussage dahinter.“*

Interpretation der ExpertInneninterviews zu Hypothese G

Auch Hypothese G ist, folgt man den ExpertInnen, zu bestätigen. Alle sind geschlossen der Meinung, dass der Parteivorsitzende einen erheblichen Einfluss auf die Zustimmung oder Ablehnung der Bevölkerung für die Partei hat, was sich auch im Wahlergebnis niederschlägt. Dennoch ist zu betonen, dass auch viele andere Faktoren mitspielen, warum eine Partei mehr oder weniger Zustimmung erhält. Lt. Blecha hatte Kreisky damals das Glück, in einer Zeit Parteivorsitzender zu sein, wo sich die Gesellschaft im Aufbruch befand.

Heute befinden wir uns in einer Zeit des Stillstands, wir haben aber auch niemanden der sich so für die Partei und für die BürgerInnen einsetzt, wie Kreisky das tat. Neben einer charismatischen Persönlichkeit, ist für die Zustimmung der Bevölkerung, auch das Anliegen von hoher Bedeutung, Rosecker zufolge ist dieses sogar das Wichtigste. Um bei den WählerInnen Gehör zu finden muss die Partei ihr Anliegen definieren und an die Bevölkerung bringen. Meiner Meinung nach geschieht das aber über die Print-, Fernseh- und Radiomedien schon sehr gut. Außerdem ist ein guter politischer Apparat von essentieller Bedeutung, wenn man möchte, dass der beliebte Parteivorsitzende auch beliebt bleibt, so Brunner. Alles in allem ist und bleibt der Parteivorsitzende äußerst wichtig und ist unverzichtbar für die WählerInnenschaft. „Schuld“ daran sind auch die Medien, denn es sind die Parteivorsitzenden und MinisterInnen über die sie berichten. Auch in Meinungsumfragen, wie Brunner erwähnt, steht der Spitzenkandidat an hoher Stelle, wenn es darum geht seine Stimme für eine Partei abzugeben (vgl. www.sora.at/nrw13).

Meinungen aus dem Gruppeninterview zu Hypothese G

Person 1:

Ihr fällt sofort Kreisky ein: *„Charisma hat der Kreisky gehabt, das ist unumstritten, darüber brauchen wir nicht zu diskutieren.“*

Person 4:

Person 4 fügt dem von Person 1 Gesagtem hinzu: *„Der Faymann nicht.“*

Person 5:

„Also ich weiß nur, dass der Vranitzky bei Frauen irrsinnig angekommen ist, wobei ich jetzt erst erfahren habe, dass der gar nicht so einfach und beliebt war, weil er aus der Wirtschaft gekommen ist, aber ich weiß noch damals wie der war, sind meine Freundin und ich wirklich am silbernen Markt gestanden und haben Autogramme von ihm verlangt.“

Sie glaubt, dass es bei einer Person die Charisma hat, gar nicht so darauf ankommt was sie sagt oder nicht sagt, sie zieht die Leute durch ihre Art einfach mit.

Person 6:

Person 6 denkt, dass auch das Aussehen eine Rolle spielt, sie erwähnt dabei Gusenbauer, dessen Äußeres immer wieder von allen Seiten verspottet wurde.

Person 7:

„Vom Wesen her hat er mich sehr an den Pittermann erinnert, medial absolut ungeeignet. Ich weiß nicht warum, jedenfalls ist der bestimmt unter seinem Wert gehandelt worden.“

Person 3:

„Das war beim Pittermann der Fall und das war ganz extrem beim Sinowatz. Also der war einer der intelligentesten Politiker und intelligentesten Parteivorsitzenden die wir seit 45 gehabt haben und der ist bei der Presse, bei den Journalisten derart miserabel behandelt worden.“

Person 7:

Person 7 erwähnt, dass Kreisky gegenüber allen anderen Parteivorsitzenden nach ihm, den Vorteil hatte, seine „Reporterherde“ an der kurzen Leine gehalten zu haben und dass er die Entwicklung des Fernsehens sehr gut eingeschätzt hat.

Person 3:

„Du hast auf der einen Seite den Bundeskanzler, oder die Bundeskanzlerin (haben wir bis jetzt noch nicht gehabt) und auf der anderen Seite die Journalisten. Und die Journalisten haben sich nach relativ kurzer Zeit nicht mehr getraut dem Kreisky dumme Fragen zu stellen. Und heute werden die Interviews sehr oft wie ein Verhör geführt, besonders im ORF, mit einer maßlosen Überschätzung, die sich aufspielen, als wenn sie Richter und Henker in einer Person wären.“

Person 6:

Person 6 glaubt, dass die Optik der Parteivorsitzenden auch genau das ist womit die FPÖ punktet. *„Es gibt ja nur zwei Sachen, wenn du fragst was taugt dir so am Strache: >>Fesch ist er und gegen die Ausländer ist er.<< Das war's, mehr kriegst du da nicht von den Leuten raus.“*

Person 1 & Person 5:

Person 1 ergänzt, dass Strache außerdem ein Partymensch sei und Person 5 meint, dass das wiederum gut bei den Jugendlichen ankommt, weil er überall dabei ist und sich für keine Diskothek zu schade ist.

Person 3:

Sie denkt, dass Kreisky neben seinem Charisma, seine exzellente Allgemeinbildung ausgezeichnet hat und dass diese heute fehlt.

Person 5:

Person 5 meint, dass Gusenbauer zwar auch eine sehr gute Allgemeinbildung hatte, dass sich Dieser aber nicht verkaufen konnte.

Interpretation des Gruppeninterviews zu Hypothese G

Diese Hypothese ist bestätigt worden, vor allem das Charisma des Parteivorsitzenden spielt eine Rolle für die Zustimmung zu einer Partei, einige meinen auch das Aussehen und die Allgemeinbildung. Dass Vranitzky blendend aussah und dementsprechend auch auf andere wirkte, konnten wir schon auf den Seiten 55 und 66 bei Leser und Pluhar lesen (vgl. Leser 2008, 187) (vgl. Pluhar in Knehs-Vranitzky, Gross et al 2007, 173). Und dass Gusenbauer oft den anderen das Gefühl gab, er sei klüger als die anderen, finden nicht nur Lindenmayr und Person 7. „Bei Gusenbauer verstärkte die mangelnde Akzeptanz seiner Denkanstöße den Glauben klüger zu sein als der Rest.“ (www.profil.at/0640/560/153340)

Mit der Meinung, dass Faymann keine große Persönlichkeit ist, sind die Interviewpartner auch nicht alleine, wie wir in Kapitel 15 noch lesen werden.

Wenn der Parteivorsitzende es schafft durch seine eigene Überzeugung und seine authentische Art, die BürgerInnen Österreichs anzusprechen, dann wäre das für die SPÖ von Vorteil. Natürlich ist ein charismatischer, sympathischer Parteivorsitzender alleine nicht genug, um die SPÖ dauerhaft auf hohem Kurs zu halten, aber für ein besseres Wahlergebnis als bei den letzten zwei Nationalratswahlen würde es mit großer Wahrscheinlichkeit reichen.

13.3. Politische Partizipation

H) Politische Parteien sind nach wie vor sehr wichtig für die politische Partizipation.

Meinungen aus den ExpertInneninterviews zu Hypothese H

Lindenmayr:

Siegi Lindenmayr hält Parteien für die politische Partizipation für sehr wichtig, weil es in einer Großstadt wie Wien, aber auch in kleineren Gemeinden, Menschen mit unterschiedlichen Interessen gibt und die Aufgabe der PolitikerInnen ist seiner Meinung nach, Interessenausgleiche wahrzunehmen. *„Die unterschiedlichsten Leute haben die unterschiedlichsten Anliegen und um ein gedeihliches Miteinander in der gesamten Gesellschaft zu haben, muss ein Ausgleich der unterschiedlichsten Bedürfnisse geschaffen werden, sodass es für alle halbwegs passt. Es wird nie für alle passen, aber dass es für alle halbwegs passt, - das ist eigentlich die Hauptaufgabe der PolitikerInnen und der politischen Parteien und daher sind politische Parteien einfach notwendig.“*

Rosecker:

Dr. Rosecker erwähnt, dass SPÖ und ÖVP, aufgrund der historischen Entwicklung Österreichs, einen Sonderstatus entwickelt haben. Die Parteien waren um zwei große Lager formiert, außerdem war die Rolle der Partei mit dem Demokratieverständnis der zweiten Republik verbunden. *„Aber diese Gesellschaft, aus der die Rolle dieser Partei stammt, gibt es in dieser Form nicht mehr. Damit hat sich die Rolle der Parteien in Österreich grundlegend verändert. Man merkt das natürlich auch an der Wahlbeteiligung und an den Wahlergebnissen, wenn man sich die Entwicklung der letzten 25 Jahre anschaut, dass die Parteien, gerade in Österreich, hier manches noch nicht rezipiert haben, allgemein, das trifft nicht nur die SPÖ.“* Was ich damit ausdrücken will ist folgendes: Gerade in Österreich hat sich die Rolle der Parteien stark verändert, das führt natürlich teilweise zu Legitimationsproblemen und Mobilisierungsproblemen der etablierten Parteien, das heißt aber nicht, dass Parteien in den neu entstehenden gesellschaftlichen Verhältnissen nicht auch eine Zukunft haben können. Nur, wie Parteien funktionieren, wen sie repräsentieren, wie sie intern Demokratie organisieren, - das sind Zukunftsfragen die sich jetzt natürlich stellen.

Die Geschichte ist eigentlich eine Aneinanderreihung von scheiternden Organisationen, das muss sich jede Partei gewahr sein, das ist eine historische Möglichkeit. Aber da bin ich bei der Sozialdemokratie sehr zuversichtlich, auch im europäischen Kontext, weil Grundfragen der Sozialdemokratie mögen alte Fragen sein, aber die werden sicher neu gestellt und werden neue Antworten brauchen.“

Blecha:

Blecha ist davon überzeugt, dass die Parteien für die politische Partizipation unverzichtbar sind. *„In der repräsentativen Demokratie ist es unerlässlich, dass es Parteien gibt die Interessen bündeln, formulieren und versuchen sie politisch umzusetzen. Und in der modernen repräsentativen Demokratie, wie wir sie in Österreich haben, ist es auch notwendig, dass dann, wenn bestimmte Auffassungen in verschiedenen Parteien zusammengefasst Niederschlag in Programmen finden, man davon ausgehen muss, dass das was jetzt der Gesetzgeber, sprich die Parlamentsmehrheit machen kann, Kompromiss ist.“* Blecha findet nicht, dass der Kompromiss etwas Schlechtes ist. Er ist, ihm zufolge, ein normales Mittel in unserer Demokratie, sozusagen ein gesellschaftlicher Fortschritt, welchen auch die Bevölkerung mittragen kann.

Brunner:

Auch Brunner ist der Ansicht, dass politische Parteien sehr wichtig für die politische Partizipation sind, *„auch wenn es in der Zwischenzeit ganz viele Möglichkeiten gibt, sich anders, denn politisch zu beteiligen, zum Beispiel in der Frauenpolitik.“*

Sie sagt, dass es früher nicht so viele Möglichkeiten gab, sich im Frauenbereich zu partizipieren, außer eben in politischen Organisationen. *„Heute gibt es ganz viele Frauenvereine.“* Es gibt auch ganz viele Umwelt NGOs, also man muss nicht mehr nur in die große Partei gehen um sich zu engagieren. Aber grundsätzlich glaube ich, dass politische Parteien für politische Beteiligung konzipiert sind.“

Interpretation der ExpertInneninterviews zu Hypothese H

Hypothese H kann bestätigt werden. Alle InterviewpartnerInnen erwähnen, dass politische Parteien für die politische Beteiligung wichtig sind. Dennoch haben die Parteien Konkurrenz von NGO's und ganz vielen anderen Vereinen bekommen, in welchen man sich engagieren kann.

Laut Lindenmayr und Blecha sind politische Parteien dafür da, Interessensausgleich wahrzunehmen, Interessen zu bündeln, zu formulieren und politisch umzusetzen, immer im Kompromiss mit der Bevölkerung und den anderen Parteien.

Für die Zukunft der Parteien ergeben sich lt. Rosecker aber noch wichtige Fragen, da sie nicht mehr denselben Stellenwert haben wie vor 25 Jahren. Er ist der Meinung, dass sie sich dabei mit Legitimations- und Mobilisierungsproblemen konfrontiert sehen, da sich ihre Rolle in den letzten Jahrzehnten stark verändert hat. Dennoch können sie eine Zukunft haben, nur wie sie funktionieren, wen sie repräsentieren und wie sie intern Demokratie organisieren, ist die Frage.

Zusammengefasst lässt sich feststellen, dass Parteien für die politische Partizipation nach wie vor wichtig sind, dass sie aber zum derzeitigen Zeitpunkt nicht denselben Stellenwert haben wie in den 50er bis 90er Jahren, da sich leider immer weniger Menschen für Politik begeistern können und so verdrossen von der derzeitigen politischen Lage sind, dass sie sich nicht mehr oder nur sehr selten an die Parteien wenden.

Meinungen aus dem Gruppeninterview zu Hypothese H

Person 8:

Person 8 hält Parteien für die politische Partizipation für *„insofern wichtig, weil eigentlich jede Partei eine gewisse inhaltliche Linie vorgibt und jede Partei versucht ein eigenes Klientel zu vertreten und daher ist es für die Partizipation sehr wichtig, dass es unterschiedliche Parteien gibt.“*

Person 4:

„Parteien sollten die Meinungen ihrer Mitglieder oder Gesinnungsgenossen vertreten. Und da gibt es halt verschiedene Interessenten und daraus haben sich dann das Liberale Forum, oder das BZÖ oder jetzt die NEOS gegründet, weil sich eben diese Mitglieder oder die Gesinnungsgenossen nicht mehr mit den ursprünglichen Parteien identifizieren können.“

Person 2:

„Ich glaube die Frage ist weniger ob sie die Interessen vertreten, sondern ich glaube Parteien sind prinzipiell deshalb wichtig, weil sie Kristallisationspunkte darstellen.

Sie sind eine Art Andockstelle für jemanden der in eine gewisse Richtung tendiert und die Parteien organisieren auch die politischen Prozesse.“ Person 2 denkt, dass Institutionen in Form von Parteien wichtig sind, damit man überhaupt die Möglichkeit hat in der Politik „anzudocken“, da es ansonsten keine Organisation gibt in die man sich einfügen kann, außerdem gäbe es ohne Parteien keine Möglichkeit Politik strukturiert zu betreiben und dann im staatlichen Gefüge einfließen zu lassen. P2 erwähnt aber auch, dass es heute schwieriger ist die Parteien ideologisch klar voneinander zu trennen als in der Vergangenheit, weil das Links-Rechts-Schema heute etwas verschwimmt. Dennoch *„haben Parteien die Aufgabe Politik zu strukturieren und Kristallisationspunkte für unterschiedliche Meinungen zu sein.“*

Person 4:

Person 4 hält die politischen Parteien für die Partizipation wichtig, weil sie das Bild schärfen bzw. prägen, dass man von einer Partei hat. Sie ist aber auch der Meinung, dass bei den neueren Parteien, wie den NEOS, nicht klar hervorgeht wofür sie stehen und sie daher auch nicht einsieht warum man sich für diese Parteien engagieren sollte.

„Bei den NEOS kenn ich mich gar nicht aus, die bestehen zu zwei Drittel aus ÖVP, der Rest ist ein Mix aus allen anderen und es sind genau die von der ÖVP abgesprungen, die sich in der ÖVP wenig durchsetzen konnten, die aber durchaus sehr gute Ideen hatten.“

Wer sich, ihrer Meinung nach, viel zu wenig in den politischen Parteien beteiligt, sind Quereinsteiger und Leute die aus der Wirtschaft kommen. *„Wo hast du wirklich Quereinsteiger, die sich in der Wirtschaft orientiert haben und die heute sagen, ich will das wirtschaftliche Wissen, das ich erreicht habe oder auch das Sozialpolitische Wissen (z.B. bei der Gesundheitspolitik gab es auch ein paar Quereinsteiger, die gut waren) in die Politik tragen. Die wollen ja gar nicht in die Politik gehen. Die Leute, die irgendwo in der Wirtschaft sind, Geschäftsführer, HR-Verantwortlicher oder so, die sagen, warum soll ich in die Politik gehen? Wo habe ich die Chance wieder zurück zugehen?“*

Person 5:

„Das Problem ist, dass der Beruf des Politikers im Moment nicht unbedingt sehr angesehen ist, der ist in der Ranking Liste sehr weit unten.“

Person 1:

„Aber trotzdem gibt es genug die sich dazu berufen fühlen. Das ist irgendwie alles absurd.“

Person 4:

„Ich habe vor kurzen mit dem Bezirksvorsteher von Mariahilf bei einer Veranstaltung gesprochen, wir haben eine Stunde lang geredet und ich habe die Politik danach viel frischer gesehen.“

Interpretation des Gruppeninterviews zu Hypothese H

Auch aus Sicht der Gruppe ist diese Hypothese zu bestätigen. Politische Parteien sind wichtig für die politische Partizipation, einerseits weil Parteien Interessen vertreten und andererseits, weil die Parteien „Kristallisationspunkte“ darstellen bzw. eine „Andockstelle“ für jene Leute sind, die in eine gewisse, der jeweiligen Partei ähnliche, Richtung tendieren.

Inwiefern diese Andockstellen heute, im Gegensatz zu früher genutzt werden, ist wieder eine andere Frage. Ein Problem ist, dass das Links-Rechts-Schema immer mehr verschwimmt und man nicht mehr so genau weiß wofür die Parteien stehen.

Außerdem vermisst werden Leute aus der Wirtschaft, welche sich in der Politik partizipieren. Die meisten PolitikerInnen sind schon von der Jugend an in ihrer Partei engagiert und haben nie etwas anderes kennengelernt. Durch die Blume kann man vernehmen, dass das Dasein der Berufspolitikerin, des Berufspolitikers kritisiert wird. Zusammenfassend ist zu sagen:

>>Ja, politische Parteien sind wichtig für die politische Partizipation, aber genutzt wird diese Möglichkeit der Beteiligung von der Bevölkerung, zu wenig.<<

I) Die Mitgliedschaft zu einer Partei hat für die Bevölkerung kaum Bedeutung mehr, für die politischen Parteien schon.

Meinungen aus den ExpertInneninterviews zu Hypothese I

Lindenmayr:

Lindenmayr behauptet, dass es nicht sexy ist SPÖ-Mitglied zu sein und dass von dem was die Sozialdemokratie erreicht alle profitieren, nicht nur die Mitglieder.

„Was natürlich schade ist, weil je mehr Mitglieder die SPÖ hat, desto stärker können wir auch daran arbeiten das rüber zu bringen, was wir wirklich machen. Daher sind Mitglieder für uns wichtig, also für mich zumindest. Es ist eigentlich eine Wertschätzung der Arbeit der SPÖ wenn man Mitglied ist. Und bei der Einkommensrealität vieler Menschen kann mir keiner sagen, die 5,70 Euro, die der Mitgliedsbeitrag derzeit im Monat kostet, sind zu viel. Es gibt genügend, PensionistInnen beispielsweise, jene, die die geringste Pension von 900/1000 Euro haben, das ist verdammt wenig, - wenn die sagen, ich kann mir das nicht mehr leisten, verstehe ich das sofort und gerade die sind die Treuesten, die würden auf vieles andere verzichten, aber nicht aus der Partei austreten. Oder für die Studentinnen und Studenten ist extra eine Mitgliedskategorie geschaffen worden, wo sie derzeit einen Euro im Monat oder so zahlen.“ Am Geld liegt es also nicht, ist Siegi Lindenmayr sicher. Doch auch wenn die Mitgliederzahlen der SPÖ im Vergleich zu den 70er und 80er Jahren heute sehr niedrig sind, ist sie *„in Wien immer noch die mitgliederstärkste Stadtpartei der Welt, wenn wir jetzt vom Kommunismus (in Nordkorea) absehen. Auch österreichweit haben wir, bezogen auf die Gesamtbevölkerung, immer noch einen hohen Prozentsatz.“*

Rosecker:

„Also wenn schon die Präferenz für Parteien stark abnimmt, hat natürlich die Mitgliedschaft generell an Bedeutung verloren. Das trifft ja nicht nur die Parteien, das trifft auch viele althergebrachte, historisch gewachsene Organisationen. Das trifft die Konfessionen, das trifft den Gewerkschaftsbund, das trifft eben auch Parteien, dass Mitgliedschaft an Attraktivität verloren hat.“ Damit Mitgliedschaften zu jeglichen Organisationen, aber v.a. zu Parteien für die Menschen wieder attraktiver werden, müssen diese ihre Bindungen „niederschwellig“ anbieten. Rosecker zufolge muss der Zutritt, sowie der Austritt niederschwellig organisiert bzw. angeboten werden. *„Das ist jetzt keine Frage der Sympathie, sondern eine Frage der Notwendigkeit. Das heißt Organisationen werden in der heutigen Lebensführung von Menschen temporär gewünscht. Erfüllt eine Organisation jetzt dieses Interesse, diese Funktion, diese Sehnsucht? Ja, dann wird es Mitgliedschaft geben, nur das wird eine andere Mitgliedschaftsbedeutung sein, als in den letzten 125 Jahren, auch bei den Parteien. Also Mitgliedschaft sehe ich in Zukunft immer noch als etwas Wichtiges in einer Parteiorganisation, nur was sie bedeutet und wie sie funktioniert, da wird man neue Wege gehen müssen, denn sonst ist es ein sterbendes Konzept.“*

Blecha:

Für Blecha ist die Mitgliedschaft zu einer Partei sehr wichtig. Aber die Mitglieder müssen auch das Gefühl bekommen, die Politik in der Partei mitbestimmen zu können.

„Daher muss ich jetzt im Zuge einer Parteireform alle Formen schaffen, damit die Mitglieder mitentscheiden können. Daher brauche ich viel mehr Abstimmungen über bestimmte politische Forderungen der Parteimitglieder“, zum Beispiel über das Internet. „Man muss sie mehr einbinden und da muss man eben die neuen Formen im digitalen Zeitalter nutzen, die es gibt.“ Blecha fordert mehr Mitbestimmung. *„Das heißt, das Mitglied muss wissen, warum es eigentlich Mitglied ist.“* – Weil es mitreden kann. Es braucht seiner Meinung nach Menschen in der Partei, die denen die jetzt Politikverdrossen sind, erklären können, *„dass man in der Gesellschaft nicht alles hinnimmt, sondern dass man für Änderungen etwas tun muss. Der Weg zu einer größeren Mehrheit, als dieser Mickrigen die, die SPÖ jetzt hat, geht nur darüber, dass die Menschen dafür gewonnen werden, dass sie unsere Politik unterstützen.“*

Brunner:

„Ich glaube, dass jene Leute, die heute Mitglieder der SPÖ sind, mehrheitlich aktiv in der Politik engagiert sind. Früher ist man SPÖ-Mitglied geworden, weil man die Partei gewählt hat, weil man im weitesten Sinne einfach dazugehört hat, aber sie sind damals nicht so aktiv gewesen. Heute, wo wir einen wesentlich geringeren Stand haben, ist der Großteil der Mitglieder in irgendeiner Art und Weise aktiv und enger mit der Partei verbunden, - ist mein persönlicher Eindruck. So ärgern sich diese Leute dann auch viel mehr über Dinge die in der SPÖ nicht so gut laufen, wie andere, die das vielleicht gar nicht so mitbekommen, Beispiel Quoten.“

Interpretation der ExpertInneninterviews zu Hypothese I

Diese Hypothese wird bestätigt. Für die Partei selbst, sind die Mitglieder schon wichtig, einerseits weil es eine Ehre ist, oder eine Bestätigung für ihre gute Arbeit, andererseits weil sie mit einer größeren Anzahl an AnhängerInnen mehr Macht hätte und so mehr durchsetzen könnte. „Die Mitgliederzahlen bei den politischen Parteien gingen (ab Mitte der 80er Jahre) zurück, wovon eine Massenpartei wie die SPÖ besonders betroffen war“ und ist. (Sandner 2013, 66) Für die Menschen ist die Mitgliedschaft zu einer Partei, aber auch zu anderen Organisationen immer weniger interessant, weil sie sich nicht binden wollen. Daher auch der Vorschlag Rosecker's, die Mitgliedschaften niederschwelliger anzubieten, damit der Zugang

und Austritt vereinfacht wird. Ihm zufolge, müssen wir uns von der Bedeutung der Mitgliedschaft, wie wir bzw. die Parteien sie bisher kannten, verabschieden. Heute wird sie temporär gewünscht und nicht auf Dauer.

Meinungen aus dem Gruppeninterview zu Hypothese I

Person 1:

Person 1 glaubt, dass es wichtiger ist SympathisantInnen zu finden und Menschen mobilisieren zu können, als Mitglieder zu haben. *„Ich glaube, dass die Zeit der Parteibücher so gut wie vorbei ist.“* auch wenn es schön ist, wenn die SPÖ Mitglieder hat die zur Partei stehen, hält sie es für sinnvoller, der Partei einmal eine kräftige Spende zu geben wenn man sie unterstützen möchte, anstatt sich mit einem fixen Mitgliedsbeitrag zu binden, auch weil immer mehr Leute austreten.

Person 2:

„Ich denke schon dass die Mitgliedschaft eine besondere Qualität hat.“ Person 2 findet aber, dass sich die Partei zu wenig darum kümmert, Mitglieder zu gewinnen.

„Ich erlebe das relativ wenig, dass Leute aktiv gefragt werden, möchtest du beitreten oder schau, das sind unsere Grundwerte und wenn du uns unterstützen möchtest, dann tritt bei.“

Man muss lt. Person 2 den Leuten auch eine Mitgliedsanregung geben, dass sie beitreten. *„Ich glaube schon, dass die Bindung zur Partei durch die Mitgliedschaft eine gewisse Tiefe hat, die durch eine Spende oder ein Wahlparteiverhalten weniger zum Ausdruck kommt. Gerade die SPÖ braucht diese langfristige Bindung, weil wir haben keinen Wirtschaftsbund, oder eine Raiffeisen.“*

Person 5:

Person 5 meint, wenn man heute bei irgendeinem Verband oder Verein ist, z.B. beim Verein der Radiotechnologien oder beim Alpenverein, dann muss man einen Mitgliedsbeitrag zahlen. Das ist so und das akzeptiert jeder. *„Irgendwie vertieft so ein Mitgliedsbeitrag die Bindung, ich zahle das, ich bin dabei.“*

Person 8:

Person 8 hält es für wichtig, dass die Partei ihren Mitgliedern auch Mitgestaltungsmöglichkeiten gibt. Es soll nicht so sein, dass die Partei sagt: „*Wir haben diese Inhalte und deswegen dürft ihr uns beitreten*“, sondern die Mitglieder sollen auch die Möglichkeit haben, mitentscheiden zu können. „*Und das geht mir zum Beispiel ab, - dieser Mitgestaltungsfaktor auch als Bewegung, - du als ganz Kleiner, Unbedeutender kannst trotzdem was bewegen, sowie der Bundeskanzler ganz oben.*“

Person 3:

„*Also ich sehe es als Notwendiges, als Positives an, dass man in dieser Gemeinschaft sprechen kann, über politische Themen die sonst eher nicht auf der Tagesordnung stehen, und dass man Gegenpositionen präsentiert bekommt, aber auch seine darstellen kann und deswegen glaube ich, ist es (die Mitgliedschaft) notwendig und wichtig.*“

Interpretation des Gruppeninterviews zu Hypothese I

Diese Hypothese kann im Großen und Ganzen bestätigt werden. Zwar ist eine Person der Meinung, dass die Zeit des Parteibuches vorbei ist und dass man lieber große Spenden geben sollte, wenn man die Partei unterstützen möchte, anstatt auf Dauer Mitglied zu sein.

Die Anderen sehen die Parteimitgliedschaft, aus verschiedenen Gründen dennoch als etwas Wichtiges an. Die Mitgliedschaft zur Partei bedeutet eine engere Verbundenheit und Tiefe, außerdem spricht man in den Sektionen über politische Themen, über die man woanders so eingehend nicht sprechen würde, der Blick auf gewisse Dinge wird geschärft und man kann seine ehrliche Meinung zum Ausdruck bringen. Was man noch mehr ausbauen sollte, ist die aktive Bewerbung der Mitgliedschaft und die Kommunikation der Partei nach außen hin, dass man Politik als Mitglied in einer Sektion, v.a. im eigenen Bezirk, mitgestalten kann.

J) Ein weiterer Ausbau direktdemokratischer Instrumente ist keine Garantie für eine höhere politische Partizipation.

Meinungen aus den ExpertInneninterviews zu Hypothese J

Lindenmayr:

Lindenmayr glaubt nicht, dass die Schweiz in der es recht viele Volksbefragungen gibt, demokratischer ist als Österreich. *„Und ich sage immer, ich werde gewählt um fünf Jahre lang Entscheidungen zu treffen.“* Natürlich ist es seiner Meinung nach, falsch zu sagen: *„Ich mache jetzt fünf Jahre lang das, was ich mir einbilde und dann werde ich eh sehen ob ich abgewählt werde oder nicht. Aber wenn ich wirklich ständig mit vielen Personen in Kontakt bin, dann habe ich ja eh regelmäßig die Rückkopplung und dann sehe ich ja ob ich richtig oder falsch liege.“*

Auch ist er der Meinung, dass nicht einer alleine die volle Entscheidung treffen kann. Es braucht viele PolitikerInnen und BeraterInnen, die „Sensoren“ haben *„und diese vielen, vielen Sensoren tragen sicher dazu bei die Entscheidungen besser zu treffen.“*

Einen weiteren großen Nachteil bei der Volksbefragung sieht er, wenn es um sehr heikle, emotionale Themen wie einer Vergewaltigung oder einen Kindsmord geht. Würde hier über die Wiedereinführung der Todesstrafe abgestimmt werden, *„ich garantiere ihnen die Mehrheit der Bevölkerung würde sagen, ich bin für die Todesstrafe.“* Das ist also ein sehr heikles Instrument mit dem behutsam umzugehen ist.

Seiner Meinung nach wird ein Politiker gewählt um Entscheidungen zu treffen und nicht um jeden zu fragen ob er mit seiner Entscheidung richtig liegt. *„Also nur durch mehr Volksbefragungen alleine, glaube ich nicht, dass wir mehr Zuspruch kriegen. Aber wir sollten vielleicht mehr Mut haben mit dem Instrument ein bisschen zu experimentieren.“*

Rosecker:

Bei Volksbefragungen kommt es seiner Meinung nach stark darauf an, wie man diese organisiert. Er ist dagegen, dass es ab einem bestimmten Quorum Abstimmungen geben soll, wie es FPÖ und ÖVP vorgeschlagen haben. Er ist aber auch der Ansicht, dass neue Wege der direkten Demokratie unerlässlich sind, um die Demokratie in Österreich weiterzuentwickeln. Aber die Frage wie man das organisiert ist essentiell, so Rosecker.

„Das heißt, das Zentrum ist die repräsentative Demokratie in Österreich und die wird klar strukturiert, ergänzt mit direktdemokratischen Regeln und da gibt es in der Bundesrepublik auf Landesebene ein 3-stufen-Modell, das ich persönlich für sehr gangbar halte.“

Er findet, dass der Drei-Stufen-Plan, den es in Deutschland gibt, auch für Österreich sehr sinnvoll wäre, weil er immer wieder probiert, die direktdemokratischen Instrumente trotz repräsentativer Demokratie einzusetzen. *„In Deutschland ist das in den Bundesländern so, dass immer wieder auch das Parlament, der Gesetzgeber eingeschaltet wird, um zu vermitteln ob man eine Lösung findet die dem entspricht, aber auch die repräsentative Demokratie mitnimmt und erst am Schluss kommt dann quasi die Volksabstimmung.“* Rosecker denkt, dass die Gefahr besteht Ungleichgewichte in der Gesellschaft zu verstärken, wenn man ab einer bestimmten Anzahl an Unterschriften gleich eine Volksabstimmung macht.

Blecha:

Blecha hält wenig von Volksabstimmungen, da man komplizierte Materien nicht mit einem Ja oder Nein beantworten kann, dafür hält er aber sehr viel von Volksbefragungen. Er sieht die Volksbefragung als Weg um den BürgerInnen klarzumachen:

„Na dann komm halt, melde dich und sage uns wie du dazu denkst.“ Bei einer Volksbefragung gibt es auch mehrere Punkte zum Ankreuzen, nicht so wie bei einer Volksabstimmung.

Brunner:

Brunner ist der Ansicht, dass man BürgerInnenbeteiligungsprozesse ausbauen muss. Bei manch anderen direktdemokratischen Instrumenten, wie der Volksabstimmung, ist sie sich der Sinnhaftigkeit aber nicht so sicher.

Bei manchen Themen macht es, ihrer Meinung nach, überhaupt keinen Sinn diese abzufragen, wie Lindenmayr, erwähnt auch sie das Extrembeispiel Todesstrafe. *„Das muss ein Thema sein, zu dem es keine Volksabstimmung geben darf. In der Schweiz könnte dir sowas passieren.“* Brunner zufolge sind PolitikerInnen dafür gewählt um Entscheidungen zu treffen und diese darf man nicht den Populisten überlassen, die Entscheidungen über Volksabstimmungen machen wollen. *„Aber ja, BürgerInnenbeteiligungsprozesse grundsätzlich zu stärken, z.B. in dem Umfeld in dem man lebt finde ich gut und wichtig. Diese sollten ausgebaut werden und auch die Mitgliederbeteiligungsprozesse, denn dann würde es auch wieder mehr Partizipation innerhalb der SPÖ von unseren Mitgliedern geben.“*

Interpretation der ExpertInneninterviews zu Hypothese J

Diese Hypothese kann teilweise bestätigt werden. Zwar sind alle InterviewpartnerInnen der Meinung, dass BürgerInnenbeteiligungsprozesse wichtig sind und dass diese auch ausgebaut werden sollen, oder dass man mehr mit ihnen experimentieren sollte, aber auf die Form kommt es an. Von Volksabstimmungen hält keiner der vier ExpertInnen etwas, weil man komplexe Themen nicht einfach mit Ja oder Nein beantworten kann und weil PolitikerInnen schließlich und endlich auch gewählt wurden um Entscheidungen zu treffen.

Ob BürgerInnenbeteiligungsprozesse tatsächlich eine höhere Partizipation der BürgerInnen bedeuten würde sehen die ExpertInnen unterschiedlich, oder sie äußern sich gar nicht dazu.

Während Lindenmayr nicht glaubt, dass man durch Volksbefragungen alleine mehr Zuspruch bekommt, ist Brunner überzeugt, dass der Ausbau von BürgerInnenbeteiligungsprozessen und Mitgliederbeteiligungsprozessen mehr Partizipation v.a. der Mitglieder innerhalb der SPÖ bedeuten würde.

Meinungen aus dem Gruppeninterview zu Hypothese J

Person 1:

Person 1 glaubt, dass es die Menschen schnell nerven würde, wenn sie zu oft zu einer Volksbefragung gehen müssten. Sie würden sagen: *„Das ist meine Zeit und du bist Politiker, also entscheide du das.“*

Person 7:

Person 7 denkt, dass man für den Ausbau direktdemokratischer Instrumente Verständnis und Tradition braucht. *„Wenn man das über Jahrzehnte lang gemacht hat, dann ist das einfach ein Bestandteil der zum Alltag zählt, das wäre in Österreich halt der Beginn.“*

Person 2:

„Das Recht aus der Demokratie ist die Beteiligung der Wahl und deshalb bin ich für eine Wahlpflicht.“

Alle Personen:

Die Gruppe ist einstimmig für die Einführung der Wahlpflicht.

Person 1:

„Der Eine oder andere wird sich dann doch wieder mit Politik beschäftigen, bevor er eine Stimmenthaltung macht.“

Interpretation des Gruppeninterviews zu Hypothese J

Leider kann ich zu dieser Hypothese wenig sagen, da die InterviewpartnerInnen schnell von der eigentlichen Frage, ob denn direktdemokratische Instrumente eine höhere Partizipation bedeuten würden, schnell abgeschweift sind.

Festgehalten werden kann, dass auch die Personen aus dem Gruppeninterview der Meinung sind, dass PolitikerInnen gewählt werden um Entscheidungen zu treffen. Außerdem sind alle für die Einführung der Wahlpflicht, da zur Wahl zu gehen, ihrer Meinung nach der wichtigste BürgerInnenbeteiligungsprozess ist.

Nach Ansicht der meisten GruppenakteurInnen sind persönlicher Kontakt zu den Menschen, wie Hausbesuchsaktionen und ein Ausbau des Social Media Bereiches wichtige Mittel um wieder mehr Partizipation von den BürgerInnen erwarten zu können.

Direktdemokratische Instrumente wie Volksbefragungen oder Volksabstimmungen waren keine Themen über die ausführlich diskutiert wurde.

14. SPÖ als ArbeiterInnenpartei?

Bei meinen Interviews habe ich die Frage gestellt, inwieweit man die SPÖ heute noch als ArbeiterInnenpartei bezeichnen kann. Die Antworten waren alle sehr ähnlich. Denn zunächst muss man einmal den Begriff ArbeiterInnenpartei definieren. Meint man damit die klassische Arbeiterpartei (z.B. Fabrikarbeiter) der 50er bis 70er Jahre, dann ist die Antwort schlicht, Nein. Modernisiert man diesen Begriff allerdings und erweitert ihn auf die heutige Zeit, dann kann man durchaus darüber diskutieren, ob die SPÖ eine ArbeiterInnenpartei ist, oder nicht.

Kurt Flecker, ehem. Landtagspräsident und nachwievor Vorsitzender der SPÖ-Bezirksorganisation Liezen (Stmk), versucht sich dieser Diskussion in seinem Beitrag >>SPÖ Arbeiterpartei a.D.?<< im Jahrbuch für Politik 2013 zu stellen.

Er meint, dass die typischen Merkmale der sozialdemokratischen Partei, umgelegt auf die heutige Politik zu untersuchen sind, außerdem ist die aktuelle Politik entlang der Werte Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit zu beobachten.

Er ist außerdem der Ansicht, dass die Personalbesetzungen an der Spitze der Partei mehr als unbefriedigend und derzeit die größte Last der SPÖ ist.

Er diagnostiziert, dass der derzeitige Zustand der Partei schlecht ist, dass ihre Tradition, die Stärke ihrer inhaltlichen Werte sie aber wieder in Richtung einer stärkeren programmatischen Ausrichtung bringen werden. Dafür muss es aber auch eine grundsätzliche Änderung bei der Auswahl von Spitzenfunktionären geben (vgl. Flecker in Khol et al 2014, 87). Flecker versucht zu definieren, was er unter einer sozialdemokratischen Partei versteht, bzw. was er sich darunter vorstellt. Wichtig sind ihm hierbei die Grundwerte Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit, da diese generell den Kampf gegen Privilegien postulieren. „Dass die Unterprivilegierten zur Gründungszeit vor allem die Arbeiter waren und es zum Teil heute noch sind, rechtfertigt auch die SPÖ als Arbeiterpartei zu bezeichnen, aber nicht (sie) in diesem verengten Spektrum zu sehen und zu verstehen.“ (Flecker in Khol et al 2014, 88) Wichtig ist hier natürlich auch das Hervorheben des Wertes Arbeit. Lohn und Einkommen sollen aus Arbeit resultieren und der Lohn soll gerecht sein.

Was erwarten wir vom Grundwert Freiheit? Flecker meint, dass dieser Grundwert fordert, sich nicht mit der eigenen Freiheit zufrieden zu geben, sondern „sich in Solidarität mit allen Unfreien für ein System, das persönliche Freiheit sichert, einzusetzen.

Freiheit fordert ein unbeirrbares Eintreten für Menschenrechte und die Freiheit des Geistes und seiner Äußerungen.“ (Flecker in Khol et al 2014, 89)

Was erwarten wir von Gerechtigkeit? Lt. Flecker neben guten Gesetzen und einer unabhängigen Justiz, auch gleichen Lohn für gleiche Arbeit, sowie gerechten Lohn, welcher auch das Arbeitsleid berücksichtigt und eine gerechte Verteilung von Gütern, Einkommen und Macht. Letztere kann nur durch eine entsprechende Kontrolle der Machthaber erreicht werden (vgl. Flecker in Khol et al 2014, 89).

All das und mehr ist für die „GenossInnen“ in solidarischer Gesinnung anzustreben (vgl. Flecker in Khol et al 2014, 89). So viel zur Theorie. Aber wie sieht es in der Praxis aus?

Wie finden sich die einzelnen Grundwerte und Merkmale in der heutigen Partei und in ihrer Politik wieder?

14.1. Derzeitige Umsetzung der sozialdemokratischen Grundwerte

Freiheit: Grundsätzlich und v.a. im Vergleich zu anderen europäischen Ländern, leben wir in einem Staat, der in einem großen Ausmaß die Freiheitsrechte seiner BürgerInnen garantiert. Dass das so ist, haben wir auch v.a. der Sozialdemokratie zu verdanken. Der politische Trend geht aber leider in die Richtung, sich auf reine Ordnungsrechte zu konzentrieren. Das liegt in erster Linie daran, dass sich der Staat in seiner Einflussnahme immer mehr zurückgenommen hat, wobei die SPÖ fleißig mitgeholfen hat und dem Druck der Konservativen nichts entgegengesetzt (vgl. Flecker in Khol et al 2014, 89). Damit rückten Ordnungsbestimmungen (diverse Verbote), verstärkte Überwachung und Fremdengesetze immer mehr in den Vordergrund, Letztere sind noch dazu geeignet einen latenten Rassismus zu bedienen. „All diese Ordnungsbestimmungen werden von populistischen, sozialdemokratischen Amtsträgern gefordert oder mitgetragen.“ (Flecker in Khol et al 2014, 89)

Die Sozialdemokratie fordert zwar Freiheit für jene die unterdrückt werden, aber wenn diese Menschen zu uns kommen, dann hört sich der Spaß auf, so Flecker. Er ist der Meinung, dass es eine Schande ist, wenn man die Beurteilung Österreichs durch das Flüchtlingskommissariat verfolgt. Die Schuld auf die jeweiligen InnenministerInnen zu schieben ist zu einfach,

denn die SPÖ hat alle Verschärfungen der Migrationsgesetze mitgetragen (vgl. Flecker in Khol et al 2014, 90). Auch die Qualität des demokratischen Aufbaus eines Staates kann man lt. Flecker als Freiheit sehen. Eine Demokratiereform ist in Österreich längst überfällig.

„Dass im Regierungsübereinkommen keine Linien vorgezeichnet werden, ist ein Armutszeugnis für beide Parteien. Dass von der SPÖ keinerlei ernsthafte Vorstellungen zur Demokratiereform bekannt sind, ist ein Armutszeugnis für sie.“ (Flecker in Khol et al 2014, 90). Parteimitglieder oder Funktionäre an der Basis haben so gut wie keine Mitbestimmungs- oder auch nur Informationsrechte. Sie können eigentlich nur an den Parteisitzungen teilnehmen, die in Form eines Frontalunterrichts geführt werden. Lt. Flecker hat die SPÖ es verabsäumt, mit dem Koalitionsvertrag in eine Urabstimmung zu gehen. Auch wenn damit ein Risiko verbunden gewesen wäre, die Chancen für die Partei wären ungleich größer. Die Mitglieder hätten wieder mehr das Gefühl in gewisse Entscheidungsprozesse mit eingebunden zu werden und mitreden zu können. Und so ein Votum würde auch die Verhandlungsposition stärken. Man hätte sich bloß einer umfassenden Informationskampagne unterziehen müssen (vgl. Flecker in Khol et al 2014, 91).

Gleichheit: „Wie sehr Gleichheit existiert oder angestrebt wird, ist wohl am besten am Umgang mit Minderheiten zu beurteilen.“ (Flecker in Khol et al 2014, 91)

Den Umgang mit MigrantInnen empfindet Flecker, wie erwähnt, als unerfreulich. Besser ist der Umgang mit gleichgeschlechtlichen Paaren. Die Gleichheit von Religionen und Glaubensgemeinschaften in unserem Rechtsgefüge ist kein Thema mit dem sich die SPÖ auseinandersetzt.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, das ist bezogen auf den Grundsatz Gleichheit, wohl das von der SPÖ am konsequentesten vertretene Thema, welches sie im Rahmen des Möglichen in der bestehenden Koalition umsetzt. Die Bemühungen, dass Frauen das gleiche Gehalt für dieselbe Arbeit bekommen wie Männer, sind nicht abzustreiten, auch wenn es Statistiken zufolge, noch nicht umgesetzt werden konnte (vgl. Flecker in Khol et al 2014, 92).

Ein extremes Beispiel von Ungleichheit im Bereich der Arbeit ist Leiharbeit. Die Gewerkschaften kritisieren diesen Missstand immer wieder, die SPÖ hingegen hält sich mit ihrer programmatischen Kritik vornehm zurück. „Mir ist schon bewusst, dass dieses Unwesen europäische Dimensionen hat, aber es wäre doch ganz im Sinne der Tradition dieser Partei, bei der Bekämpfung der Leiharbeit eine Vorreiterrolle einzunehmen.“ (Flecker in Khol et al 2014, 92)

Auch die Absicherung sozial Schwacher in wesentlichen Lebensbereichen, fällt unter den Titel Gleichheit. Hier ist im Bereich der Krankenbehandlung ein sehr hoher Standard festzustellen. Was das anbelangt haben sozialdemokratische MinisterInnen sehr gute Arbeit geleistet, wobei es in der Zahnmedizin natürlich sehr von den finanziellen Möglichkeiten abhängt, welche Behandlung man erhält.

Ein weiterer Fortschritt ist die Einführung der Mindestsicherung, welche die SPÖ durchgesetzt hat. Über die Höhe kann man natürlich streiten, so meint Flecker, dass es mit den derzeitigen Sätzen unmöglich ist, ein menschenwürdiges Leben zu führen.

Flecker findet, dass es Aufgabe der Partei ist, ihren Fokus auf besonders gefährdete Gruppen zu lenken, dazu gehören kinderreiche Familien, alleinerziehende Mütter und MigrantInnen. Er meint, dass Konzepte fehlen und auch der Wille, für MigrantInnen etwas zutun (vgl. Flecker in Khol et al 2014, 92).

Das Pflegesystem empfindet Flecker als absolut unzureichend. Er ist der Meinung, dass die derzeitige Form der Finanzierung über die Sozialhilfe unwürdig und gänzlich unzureichend ist. Ein logisches Finanzierungssystem würde über eine öffentliche, solidarische Pflegeversicherung oder eine zweckgebundene Steuer laufen. Dieses System hat aber noch nicht den Eingang in die politische Praxis gefunden, was lt. Flecker zum einen, an dem hinhaltenden Widerstand der ÖVP liegt, die Pflege offenbar immer noch als Privatangelegenheit sieht, zum anderen gibt es aber auch von der SPÖ und ihrem Sozialminister Rudolf Hundsdorfer keine Konzepte und Bemühungen in diese Richtung (vgl. Flecker in Khol et al 2014, 93).

Im Bereich der Bildung ist die SPÖ sehr bemüht, ihre Ideen umzusetzen. Erfolgreich war sie bei der Abschaffung der Studiengebühren. Die Durchsetzung der Gesamtschule scheint derzeit allerdings unmöglich, da die ÖVP in dieser Frage gespalten ist. Die SPÖ hätte allerdings die Möglichkeit gehabt die Gesamtschule zur Koalitionsbedingung zu machen, hat sie aber nicht. Eine, aus unserem derzeitigen Bildungssystem resultierende Problematik stellt der ungleich schwerere Zugang zu „höherer Bildung“ für Jugendlichen aus sozial schwachen Familien, im Gegensatz zu jenen aus gut situierten Familien, dar.

Gerechtigkeit: Was ist ein „gerechtes Einkommen“? Das ist eine Frage über die man sich wohl nie einig sein wird, zu viele Stellungnahmen von zu vielen Menschen. Einer Frage der man sich aber stellen kann, ist jene, womit die Einkommen erzielt werden.

„Die Krisen der letzten Jahre haben gezeigt, dass die größten Einkommen und als Ursache der Krise – wohl auch Verluste, am Finanzmarkt erzielt werden.“ (Flecker in Khol et al 2014, 93) Flecker zufolge spielt der Faktor Arbeit eine untergeordnete Rolle. Der Anteil der Realwirtschaft am Einkommen sinkt und das Wirtschaften von heute ist durch eine Casino-Mentalität gekennzeichnet. „Konzepte der SPÖ, den Anteil der Arbeit am Einkommen zu erhöhen, sind mir nicht bekannt, auch nicht solche, die die Real- gegenüber der Finanzwirtschaft fördert.“ (Flecker in Khol et al 2014, 93, 94) Innerhalb der Arbeitseinkommen gibt es Unterschiede die nicht vertretbar sind, das gilt v.a. auch für Managergehälter im öffentlichen und halböffentlichen Bereich (z.B. in der Post oder der ÖBB). Der Verfasser des Beitrages meint, dass es schon längst die Aufgabe der seit Jahren regierenden SPÖ gewesen wäre, diese enorm hohen Gehälter einzudämmen. Geschehen ist möglicherweise deswegen nichts, weil einige von den eigenen Leuten in den Vorstandsetagen sitzen. Wenn das stimmt, dann ist eine Partei die sich sozialdemokratisch nennt, diesem Namen nicht würdig. „Es mutet als selbstverständlich an, dass einer Sparpolitik, die am Sozialnetz nagt und die ärmere Bevölkerungskreise trifft, wohl eine Steuerpolitik, die dort hineingreift, wo genug da ist, vorzuziehen ist.“ (Flecker in Khol et al 2014, 94). In erster Linie würde das Bestverdienende, große Vermögen und Erbschaften betreffen. Hier fordert die SPÖ schon lange eine Erhöhung des Grenzsteuersatzes, sowie die Einführung einer Vermögens- und Erbschaftssteuer und das ist unter dem Titel der Gerechtigkeit auch selbstverständlich. Diese Forderungen auch umsetzen zu können, scheint aus derzeitiger Sicht allerdings unmöglich. Bei der Steuerreform, die im März 2015 beschlossen wurde, hat die SPÖ es jedenfalls nicht geschafft. Für die Sozialdemokratische Partei Österreichs ist es enorm schwierig sich gegen die Klientelpolitik der Volkspartei durchzusetzen, die sich v.a. für genannte Ungerechtigkeiten einsetzt. „Aber steter Tropfen würde den Stein höhlen. Leider fehlt es der SPÖ hier an Inkontinenz.“ (Flecker in Khol et al 2014, 94)

Solidarität: Solidarität wird von Flecker nicht behandelt, weil er die Meinung vertritt, dass diese kein Wert für sich ist, „sondern Merkmal der Verhaltensweise inner- und außerhalb der Partei und gewissen Gruppen gegenüber.“ (Flecker in Khol et al 2014, 94)

14.2. Personal

Flecker sieht die schlechte personelle Ausstattung ihrer Spitze als größtes Problem der SPÖ. Ihm fällt, außer einer Hand voll Funktionären, darunter der Wiener Bürgermeister Michael Häupl, kaum einer oder eine ein, „dem Nähe oder Standhaftigkeit unterstellt werden kann.“ (Flecker in Khol et al 2014, 96). Er findet, dass Faymann wie eine Kunstfigur wirkt, welche ihre Sprechblasen der Meinung des Boulevards und einer No-Na-Logik anpasst. Für ihn sind weder ein sprühender Funke, noch Authentizität auszeichnend, leider ist auch seine Rhetorik verbesserungswürdig.

Auch in diversen Medien liest und hört man, dass Faymann weder Ausstrahlungs- und Aussagekraft noch Visionen hätte (vgl. auch tvthek.orf.at).

Bei ein paar, meist SPÖ-internen Veranstaltungen zu erscheinen und davon zu sprechen wie stark und geschlossen die Gesinnungsgemeinschaft der SPÖ ist, empfinden viele als realitätsfern und unglaubwürdig.

Charakterstärke bewies Faymann, lt. Flecker, auch nicht unbedingt, denn Personen die ihm nur irgendwie gefährlich werden konnten, verschwanden einfach von der politischen Bildfläche. „Es wäre Zeichen von Intelligenz, persönliches Manko durch eine Vielzahl von guten Leuten in seiner Umgebung auszugleichen. Er leistet sich allein Josef Ostermayer.“ (Flecker in Khol et al 2014, 96)

Abschnitt III

15. Herausforderungen für eine zukünftige Politik der SPÖ

Den Daten der Europäischen Wertestudie 2008 zufolge, ist das Interesse an Politik generell im Sinken begriffen, das Vertrauen in die Politik ist teilweise erschüttert und lange etablierte wichtige Institutionen der Republik (auch Parteien wie die SPÖ) sind meist mit einem massiven Vertrauensverlust konfrontiert und teils nimmt man sogar den Ruf nach einem/einer „starken Mann/Frau“ wahr (vgl. Friesl, Hamachers-Zuba, Polak 2009, 278). Österreich ist hier kein Sonderfall und dennoch stellt sich die Frage, was die Herausforderungen für die österreichische Politik sind, um für die Bevölkerung wieder ein relevanter Faktor zu werden, an dem sie sich aktiv beteiligen wollen.

15.1. Vorschläge für die Erhaltung unserer Demokratie

Laut europäischer Wertestudie liegt ein Grund für die kritische politische Lage in Österreich darin, „dass sich die Politik in ihren Versuchen der Reform des Staates primär auf die Neugestaltung der staatlichen Strukturen konzentriert und auch hier – nimmt man etwa die Beispiele Verwaltungs-, Bildungs- und Gesundheitsreform her – nur mäßig erfolgreich ist.“ (Friesl, Hamachers-Zuba, Polak 2009, 278). Des Weiteren begrenzen makroökonomische und internationale Entwicklungen, sowie demografische Veränderungen, die Integration Österreichs in die Europäische Union und die Handlungsfähigkeit der österreichischen Politik (vgl. Friesl, Hamachers-Zuba, Polak 2009, 278). „Dies wiederum führt zu einem zunehmenden Vertrauensverlust der Menschen in ihr politisches System.“ (Friesl, Hamachers-Zuba, Polak 2009, 278)

Schmidt zufolge sind sinkende Wahlbereitschaft, das Anwachsen des Anteils von „unzufriedenen DemokratInnen“, sowie die Distanzierung vieler WählerInnen von den Parteien und die niedrige Reputation der meisten PolitikerInnen, aber auch von Parlamenten und Parteien, Indikatoren für die Problematik des „Nachfrage-Angebots-Diskrepanz“ (vgl. Schmidt 2008 in Friesl, Hamachers-Zuba, Polak 2009, 278). Auf der Angebotsseite der demokratischen Politik, so Schmidt, gibt es nur wenige begabte Führungsfachleute „und sie werden derzeit –angesichts der großen Risiken politischer Karrieren und attraktiverer Karriere- und Einkommensalternativen jenseits der Politik– zunehmend seltener.

Darüber hinaus sind die Leistungen, welche die Politik dem „Volk“ bietet, keineswegs immer überzeugend.“ (Schmidt 2008 in Friesl, Hamachers-Zuba, Polak 2009, 278) „Und auf der Nachfrageseite steht eine immer anspruchsvollere und urteils- wie verurteilungsfreudiger gewordene Wähler/innenschaft, die sich in der Politik für wenig Einsatz hochwertige politische Leistungen, ferner intelligentere, lautere, vertrauenserweckende und für geringen Lohn tätige Politiker“ erwartet, die ihnen möglichst auch ein unterhaltsames politisches Spektakel liefern.“ (Schmidt 2008 in Friesl, Hamachers-Zuba, Polak 2009, 278, 279) Verschärft sich diese „Nachfrage-Angebots-Diskrepanz“ noch mehr, als sie es bisher schon getan hat, dann wird das wohl oder übel zu einer Destabilisierung der Demokratie führen (vgl. Friesl, Hamachers-Zuba, Polak 2009, 279). Aufgrund der medial aufgeladenen Spannung zwischen Politikvermittler/innen und Publikum sind die Ansätze zur Überbrückung der Diskrepanz zwischen „Angebot“ und „Nachfrage“ nur schwer zu finden. Dennoch: Es scheint gerade auch in Österreich an der Zeit, über Formen der Rekrutierung von politischem Personal und der daran anschließenden Personalentwicklung in Parteien und politischen Institutionen nachzudenken.“ (Friesl, Hamachers-Zuba, Polak 2009, 279)

Den AutorInnen zufolge haben sich die Parteien schon viel zu lange auf klassische ParteikarrieristInnen verlassen und zu wenig gab es eine Durchlässigkeit zwischen Parteiapparat und Außenwelt. Als möglichen Grund nennen sie den hohen Organisationsgrad der österreichischen Parteien, denn auch wenn die Zahl der Parteimitglieder in den vergangenen Jahren enorm zurückgegangen ist, sind es im internationalen Vergleich immer noch mehr Mitglieder als irgendwo sonst. Nachteil dieser extremen Geschlossenheit ist, dass die Abgrenzung gegenüber allen anderen, also nicht in der Partei stehenden, zu stark war.

„Auch große und erfolgreiche Parteiapparate wie etwa jener der Wiener SPÖ oder der niederösterreichischen Volkspartei sind erst in den vergangenen Jahren dazu übergegangen, ihre Arbeit und Ideenfindung für Nicht-Parteimitglieder zu öffnen.“ (Friesl, Hamachers-Zuba, Polak 2009, 279)

Neben dem Update der traditionellen Parteien und ihrer „personellen Kompetenz“, wie es die AutorInnen und HerausgeberInnen von „Die Österreicher-innen“ nennen, braucht es auch noch andere Wege um die Interaktion zwischen Politik und BürgerInnen zu stärken:

Erstens: Regionale Kompetenz: Die AutorInnen meinen, dass sich die Menschen vor allem mit ihrer Region identifizieren und dass es daher naheliegt, einen wesentlichen Teil der politischen Inszenierung und Willensbildung dort zu betreiben. Auch Anton Pelinka und Sieglinde Rosenberger meinen, dass sich in den substaatlichen Gebietskörperschaften und in

den kleinen Räumen der Wille zur Selbstbestimmung intensiviert (vgl. Pelinka/Rosenberger 2003 in Friesl, Hamachers-Zuba, Polak 2009, 279).

Zweitens: Prozessuale Kompetenz: Wutscher denkt, dass man die Distanz zwischen dem politischen „Angebot“ und der „Nachfrage“ seitens der BürgerInnen überbrücken kann, wenn sie so früh wie möglich in politische Entscheidungsprozesse eingebunden werden (v.a. auf regionaler Ebene). Die Distanz lässt sich ihm zufolge, also viel eher „ex ante“ als „ex post“ überbrücken (vgl. Wutscher 2008, 194 in Friesl, Hamachers-Zuba, Polak 2009, 280).

Drittens: Methodische Kompetenz: Um die Demokratie zu verlebendigen braucht es in einer veränderten, modernen Gesellschaft auch neue Ideen und Methoden. Ein Beispiel dafür ist das „Green Paper – The Future of Democracy in Europe“ für den Europarat: „Hier findet sich eine Fülle von Vorschlägen, angefangen von Ideen rund um E-Democracy über Innovationen im Umgang mit Mandaten („shared mandates“) bis zu Vorschlägen zur Erziehung zu politischer Partizipation.“ (Friesl, Hamachers-Zuba, Polak 2009, 280)

15.2. Herausforderung: Mobilisierung der Jugend

Die Zeiten in denen die SPÖ bei der Jugend die absolute Mehrheit hatte (70er und 80er Jahre) (vgl. Rathkolb 2005, 191) sind längst vorbei. „Das SORA-Institut erhob in einer Nachwahlbefragung zur NRW 2008, dass bei den 16- bis 18-Jährigen die ÖVP mit 22% die Nase vorne gehabt hatte, gefolgt von FPÖ (18%), Grünen (14%), SPÖ (12%) und BZÖ (6%).“ (Schwarzer 2009 in Friesl, Hamachers-Zuba, Polak 2009, 280) (vgl. www.sora.at/waehlen-mit-16). Beim Interesse für Politik sieht es schon positiver aus als bei der Wahlbeteiligung. „Junge Menschen formulieren ein deutliches Interesse an Politik und politischer Beteiligung, drei Viertel verfolgen zumindest ein- bis zweimal pro Woche oder öfter politische Themen. Sie sind selbstkritisch genug, um ihr Wissen über Politik zu hinterfragen und den Wunsch nach mehr Information zu äußern.“ (www.sora.at/waehlen-mit-16)

Die Post-Election-Studie der 16- bis 18-Jährigen des SORA-Instituts in Zusammenarbeit mit dem Institut für Strategieberatungen und Dr. Ulrike Kozeluh ergibt, dass es nicht Politikverdrossenheit sondern Distanz ist, welche die Jugendlichen dazu treibt nicht zur Wahl zu gehen. „Viele Jugendliche fühlen sich von der Politik und den wahlwerbenden Parteien nicht wahrgenommen bzw. nicht ernst genommen. Knapp die Hälfte der 16- bis 18-Jährigen teilt die Meinung, dass sich PolitikerInnen nicht um die für sie wichtigen Dinge kümmern.

Drei Viertel der Jugendlichen halten es für sehr wichtig, dass sich die Politik mehr mit dem Thema Ausbildung beschäftigt, dahinter folgen gleich Jugendarbeitslosigkeit, Gleichberechtigung und Armut als ebenfalls sehr wichtige Bereiche. Das glaubwürdige Auftreten von PolitikerInnen im direkten Lebensumfeld der Jugendlichen kann helfen, die bestehende Distanz zu überbrücken.“ (www.sora.at/waehlen-mit-16)

Die AutorInnen der Wertewandelstudie „Die Österreicher-innen“ sind der Meinung, dass es die Entwicklung einer authentischen, spannenden und inhaltsreichen politischen Kultur braucht, wenn sich die Politik bei den Jungen ins Spiel bringen wollen (vgl. Friesl, Hamachers-Zuba, Polak 2009, 281). Ihre Vorschläge sind:

Erstens: „Inhaltlich eine Jugendperspektive einzunehmen und thematische Relevanzen der Jungen in Sachpolitik und Kommunikation ernst zu nehmen.“ (Friesl, Hamachers-Zuba, Polak 2009, 282)

Zweitens: Müssen unmittelbare, konkrete Projekte angeboten werden, da bei Jugendlichen die Bereitschaft zur Mitgestaltung groß ist (vgl. Friesl, Hamachers-Zuba, Polak 2009, 282).

Drittens: Braucht es im Jugendsegment ein geeignetes Angebot an PolitikerInnen, die als Sympathie- und InteressensträgerInnen wahrgenommen werden können. „Dass Heinz-Christian Strache hier eine Ausnahme ist, erklärt einen Gutteil des FP-Erfolgs bei den Jungen.“ (Friesl, Hamachers-Zuba, Polak 2009, 282)

Viertens: Ist eine qualifizierte politische Bildung unabdinglich. Diese muss unbedingt ausgebaut werden und sollte in jeder Schule ein Pflichtfach sein (vgl. Friesl, Hamachers-Zuba, Polak 2009, 282).

Fünftens: Muss mehr getan werden um Partizipation zu wecken, Bewegung zu erzeugen und Verantwortung zuzulassen. Das sollte vor der Parteipolitik stehen (vgl. Friesl, Hamachers-Zuba, Polak 2009, 282).

15.3. Politische Wende 2000 im Zusammenhang mit unserer Zivilgesellschaft

In Österreich gibt es im Vergleich zu anderen europäischen Nationen eine verspätete Zivilgesellschaft. „Die seit Ende des 18. Jahrhunderts Österreich prägenden politischen Traditionen –starke staatliche Regulierung, breite Akzeptanz staatlicher Maßnahmen, gesellschaftliche Dominanz politischer Parteien, Korporatismus– haben viel Stabilität, aber auch gesellschaftliche Immobilität und wenig Zivilgesellschaft gebracht.“ (Friesl, Hamachers-

Zuba, Polak 2009, 283) Zu dieser oft als „habsburgerisch“ bezeichneten Prägung kamen später die „Untertanenmentalität“ und die „Stabilitätssehnsucht“ hinzu. Die österreichische Gesellschaft ist damit eher eine ordnungsorientierte Bildungsgesellschaft, als eine freiheitsorientierte Beziehungsgesellschaft, das heißt sie ist durch eine hohe Akzeptanz staatlichen Handelns und gesellschaftliche Kontrolle gekennzeichnet. „Unter diesen Voraussetzungen begannen Zivilgesellschaftsdiskussionen in den achtziger Jahren mit einer bürgerlichen, gegen den Staat und große Strukturen gerichteten Kritik. In den neunziger Jahren übernahmen populistische und radikale Ansätze diese Funktion.“ (Friesl, Hamachers-Zuba, Polak 2009, 283) Es gelang nicht durch liberale Perspektiven, die auf individuellen Rechten und Pflichten aufbauen, mehrheitsfähige Reformangebote zu entwickeln. Das wiederum führte für die politische Kultur in Österreich einerseits zum Fehlen von Orten für rationale Reformdiskurse und andererseits war es eine sehr gute Voraussetzung für Populismus (vgl. Friesl, Hamachers-Zuba, Polak 2009, 283).

Mit der politischen Wende 2000 haben sich die Verhaltensformen der politischen Eliten geändert und zwar von Konkordanz zu Konflikt (vgl. Friesl, Hamachers-Zuba, Polak 2009, 282, 283). Doch mit der Wahl 2008 und der darauffolgenden Regierungsbildung kam es wieder zu einem Kurs in Richtung Konsens. Viele sprachen von einem sogenannten „Kuschelkurs“ der Regierung und einer Wiederaufwertung der Sozialpartnerschaft (vgl. Friesl, Hamachers-Zuba, Polak 2009, 284). Doch weder dieser unglaubliche Kuschelkurs noch die vorhin genannte Konfliktpolitik (Hickhack), war und ist in der Lage, die BürgerInnen zu mehr politischer Aktivität zu motivieren (vgl. Friesl, Hamachers-Zuba, Polak 2009, 284).

15.4. AusländerInnenfeindlichkeit und ihr Einfluss auf die Politik

Die Daten der europäischen Wertestudie aus 2008 ergeben, dass die Einstellung Fremden gegenüber in Österreich äußerst kritisch ist, da das Thema AusländerInnenfeindlichkeit nicht nur die alltagspolitische Polemik bestimmt, sondern auch die grundsätzliche politische Haltung der Menschen und zwar massiver und nachhaltiger als vermutet.

Aus der empirischen Analyse geht hervor, dass dafür ein Komplex unterschiedlicher Elemente hauptverantwortlich sein dürfte, zu diesen gehören: das Misstrauen gegenüber der handelnden Politik, das persönliche Unbehagen Fremden gegenüber, materialistische und autoritäre Haltungen und eine Abwehrhaltung von Veränderungen in der Gesellschaft,

insbesondere jenen, welche die Internationalisierung und Globalisierung mit sich brachten. „Diese Entwicklungen scheinen gerade im Kontext einer für die einzelnen Menschen komplexen Welt bleibende xenophobe Haltung zu prägen.“ (Friesl, Hamachers-Zuba, Polak 2009, 284) Anstelle einer Förderung von Toleranz, Liberalität und Solidarität, entwickelte sich ein starkes Konkurrenz- und Abgrenzungsdenken, welches vor allem in der „AusländerInnenfeindlichkeit sichtbar ist (vgl. Friesl, Hamachers-Zuba, Polak 2009, 285). Österreich steht mit dieser Entwicklung natürlich nicht alleine da, allerdings dürfte es aufgrund seiner Geschichte eine besondere Neigung zur Fremdenfeindlichkeit haben.

Des Weiteren gibt es in Österreich auch einen größeren Zusammenhang bei der Wechselbeziehung zwischen dem Stolz ÖsterreicherIn zu sein und einer kulturell motivierten AusländerInnenfeindlichkeit: „Scheinbar wächst derzeit wieder in vielen Menschen das Bedürfnis die Einzigartigkeit der regionalen Kulturen zu bewahren, um sich von einer Vereinheitlichung der Weltkonsumkultur abzugrenzen.“ (Friesl, Hamachers-Zuba, Polak 2009, 285)

Die österreichische Bevölkerung bemüht sich also um Identitätsfindung, deshalb wurde auch der Begriff der Heimat wieder attraktiv. „Es scheint, dass die Zugehörigkeit zu einer ethnischen Gruppe, einem Volk, einer Nation oder einem Stamm, einer der wenigen noch verbleibenden und daher umso mächtigeren Faktoren ist, der noch ein Gefühl von kollektiver Identität oder zumindest eine Illusion davon vermitteln kann.“ (Weinzierl/Haerpfer in Friesl, Hamachers-Zuba, Polak 2009, 285) Zudem kommt, dass ausländerInnenfeindliche Inhalte und eine dementsprechende Sprache in unserer Gesellschaft toleriert werden. Auch Medien und PolitikerInnen bedienen sich dieser Sprache und ihre Aussagen bleiben ohne Sanktion, was lt. Wertewandelstudie auch „ein Manko und Defizit der gesellschaftlichen Multiplikator(inn)en“ ist. (Friesl, Hamachers-Zuba, Polak 2009, 285) Da der Kommunikation über Themen wie Zuwanderung, Integration und AusländerInnenpolitik eine immer höhere und problematischere Bedeutung zukommt, kann es auch nicht verwundern, dass sich hierzulande kaum jemand dazu bekennt, dass Österreich ein Zuwanderungsland ist (vgl. Friesl, Hamachers-Zuba, Polak 2009, 285, 286). Um dem entgegenzuhalten, sollte es ein möglichst für alle Betroffenen, klares und transparentes Zuwanderungs-und Integrationsmodell geben, wie es dieses beispielsweise in Kanada schon gibt und welches zu einem deutlich vernünftigeren Umgang mit der Fremdenthematik geführt hat (vgl. Friesl, Hamachers-Zuba, Polak 2009, 286).

15.5. Herausforderungen für eine transnationale demokratische Politik

Aus den Daten der europäischen Wertestudie geht hervor, dass die ÖsterreicherInnen eine ausgeprägte skeptische Haltung internationalen Kontexten gegenüber haben. Daher wäre eine „emotionale“ Ent-Grenzung dringend notwendig. Damit ist allerdings keineswegs ein Aufgeben von identitärer Politik, Inhalten und Strukturen gemeint, sondern lediglich ein gelassener und realistischer „Blick auf ein kleines, reiches und erfolgreiches Land mitten in Europa und den Blick aus diesem Land heraus auf die Anderen.“ (Friesl, Hamachers-Zuba, Polak 2009, 286) „Zu einem „entspannten“ nationalen Selbstbewusstsein mit einem offenen Blick für das Internationale, kommen wir nur über den Weg der Wahrhaftigkeit, hinsichtlich der eigenen Identität mit ihren Stärken und Brüchen.“ (Friesl, Hamachers-Zuba, Polak 2009, 286) Wenn das nicht gelingt, dann kann Österreich seine Chancen für die Mitgestaltung einer transnationalen Politik nicht nutzen, das wäre aber sehr wichtig, da die Politik der Zukunft nach einem transnationalen System der rationalen Austragung der bereits vorhandenen transnationalen Konflikte verlangt (vgl. Pelinka 2004, 39 in, Hamachers-Zuba, Polak 2009, 286). Auch für diese Herausforderung spielt die politische Kommunikation eine wesentliche Rolle: „Solange politische Parteien –mit tatkräftiger Unterstützung österreichischer Medien– mehrheitlich populistisch -europakritisch agieren, ist nicht zu erwarten, dass sich Bürgerinnen und Bürger europapolitisch öffnen.“ (Friesl, Hamachers-Zuba, Polak 2009, 287)

Des Weiteren wird es nicht gelingen, die ÖsterreicherInnen für eine transnationale Politik begeistern zu können, solange manche PolitikerInnen die EU als Sündenbock für das Scheitern nationaler Politik darstellen. Wenn sich die Politik zunehmend von der Bevölkerung entfernt und das tut sie, folgt man den Ergebnissen der Wertestudie, dann ist sie keine gute Anwältin für eine offene und transnationale Politik. „Kontrollverlust und Vertrauensverlust in politische Handlungsmöglichkeiten führen zu einem Rückzug in die eigene kleine Lebenswelt und behindern das Reifen eines grenzüberschreitenden politischen Denkens.“ (Friesl, Hamachers-Zuba, Polak 2009, 287)

Herausgefordert sind hier aber nicht nur die Parteien, sondern auch die Kommunalpolitik, sowie Unternehmen, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Schulen, sowie andere Bildungseinrichtungen und Organisationen der Zivilgesellschaft. Es reicht nicht aus, ab und zu ein Projekt durzuführen, Broschüren zu publizieren und Demonstrationen zu starten um die Menschen von der Plausibilität und Lebbarkeit internationalen Denkens zu überzeugen.

Viel eher muss man die Fähigkeit entwickeln, Antworten auf die Fragen der Menschen zu finden, zu geben und eine Bewusstseinsbildung, Bewegung und Begeisterung zu vermitteln (vgl. Friesl, Hamachers-Zuba, Polak 2009, 287, 288).

Ob Österreich in den nächsten Jahren soweit sein wird, bleibt zu bezweifeln. Zu stark ist das vorhin genannte Nationalgefühl und Heimatbewusstsein, welches v.a. von der FPÖ (die in Umfragen aus 2015 zurzeit auf Platz 1 steht) immens gefördert wird.

15.6. Herausforderung: Vertrauen in die österreichische Politik

„Wenig politisches Interesse, Kritik gegenüber der Demokratie, sinkendes Vertrauen gegenüber politischen Institutionen, mangelnde Bereitschaft zur sozial-politischen Partizipation, der verstärkte Ruf nach dem/der „starken Mann/Frau“: Die Daten der Europäischen Wertestudie 2008 deuten an, dass sich die österreichische Politik immer stärker von der Bevölkerung entfernt.“ (Friesl, Hamachers-Zuba, Polak 2009, 287)

Es gibt zwar keine Patentrezepte für einen effizienten Abbau dieses massiven Vertrauensverlusts in weiten Teilen der österreichischen Bevölkerung, aber es gibt Ideen und manche davon haben in den USA bei der Präsidentschaftswahl 2008 tatsächlich dazu geführt, dass das Vertrauen in die Politik enorm gestärkt wurde.

Durch die vom neuen Präsidentschaftskandidaten Barrack Obama initiierte Re-Demokratisierung lag die Wahlbeteiligung bei der Präsidentschaftswahl am 04. November 2008 bei 64 Prozent, was die höchste Marke bei US-Präsidentschaftswahlen seit 100 Jahren war (vgl. Friesl, Hamachers-Zuba, Polak 2009, 290). Er schaffte es die Beteiligung von ethnischen Minderheiten um ganze 20 Prozent zu erhöhen. Während bei der Wahl 2004, 13 Millionen AfroamerikanerInnen zu den Wahlurnen schritten, waren es 2008, 16 Millionen. Einen ähnlichen Effekt hatte Obamas Wahlkampagnenführung aber auch auf die Jungen, 1,8 Millionen mehr JungwählerInnen stimmten 2008 ab. „Der Appeal für Minderheiten und Junge war sicher teilweise seiner Herkunft und seinem jugendlichen Charisma gedankt.“ (Friesl, Hamachers-Zuba, Polak 2009, 290) Doch dieser Erklärungsansatz alleine, greift lt. Wertestudie zu kurz, denn „Obamas Kampagne entwickelte grundsätzlich Konzepte, wie sie auch in anderen Demokratien zu einem Abbau von Vorbehalten gegenüber Demokratie und politischem Prozess eingesetzt werden könnten (vgl. Friesl, Hamachers-Zuba, Polak 2009, 290).

Aber wie kam es zu dieser Re-demokratisierung und was machte sie aus? „Obama konnte nicht nur hunderttausende Menschen zu diversen Wahlkampfveranstaltungen locken, er schaffte es auch, über 700 Millionen Dollar an Wahlkampfspenden zu lukrieren.

Das Revolutionäre dabei: „Die finanziellen Ressourcen kamen erstmals in der jüngeren Geschichte der USA nicht überwiegend von Großspender/-innen, sondern etwa zur Hälfte von nahezu drei Millionen Kleinspender/-innen, die jeweils weniger als 200 Dollar an Obamas Kampagne überwiesen.“ (Friesl, Hamachers-Zuba, Polak 2009, 290) Dadurch war er diesen Menschen („kleinen Männern und Frauen“) verpflichtet (vgl. Friesl, Hamachers-Zuba, Polak 2009, 290).

Obamas Art Wahlkampf zu machen war revolutionär, so z.B. die Einbeziehung des Internets in die Wahlkampfführung, welche erste Anzeichen einer wirksamen Re-Demokratisierung der amerikanischen Gesellschaft brachte (vgl. Friesl, Hamachers-Zuba, Polak 2009, 290).

Um der Glaubwürdigkeits- und Vertrauenskrise in zentrale politische Institutionen Österreichs entgegenzuwirken, hat die Europäische Wertestudie einige Lösungsansätze vorgeschlagen:

1. *Stärkung von Partizipationsmodellen* – „Eine direkte Beteiligung an der politischen Entscheidungsfindung kann – in welcher konkreten Form auch immer – wohl mittelfristig wieder zu einem höheren Maß an Vertrauen führen.“ (Friesl, Hamachers-Zuba, Polak 2009, 291)

2. *Steigerung des Maßes an Verantwortlichkeit* – Hier ist vor allem der von den Befragten festgestellte Mangel an Verantwortlichkeit für politische Entscheidung gemeint.

Die Leute können das ewige „Schuldzuschieben“ an andere Parteien nicht mehr hören. Auch hier könnte sich die hiesige Politik, lt. Wertestudie, wieder ein Beispiel an Obama nehmen. Dieser entschuldigte sich nämlich nach einigen Fauxpas bei seiner Kabinettsbestellung und dem vierten vorzeitigen Ministerrücktritt, gleich in mehreren Interviews bei der amerikanischen Bevölkerung „und übernahm selbst die Verantwortung für die missglückten Entscheidungen.“ (Friesl, Hamachers-Zuba, Polak 2009, 292)

3. *Personalisierung statt Parteiidentifikation* – „Die Krise der Demokratie und der Mangel an Vertrauen in politische Institutionen des Landes, kann sehr stark auch an der oftmals festgestellten Parteienverdrossenheit festgemacht werden.“ (Friesl, Hamachers-Zuba, Polak 2009, 292)

Die erfolgreichen politischen Kampagnen in Österreich in den letzten Jahren, waren jene die auf KandidatInnenimages und weniger auf klassische Parteienidentifikationsmerkmale setzten. Als Beispiele dienen hier der Wiener und der Niederösterreichische Landtagswahlkampf (vgl. Friesl, Hamachers-Zuba, Polak 2009, 292). Wobei diese Taktik, bei der Auswahl des „falschen“ Kandidaten bzw. der falschen Kandidatin auch in die komplett konträre Richtung gehen kann.

4. *Legitimation durch Nähe* – Der Europäischen Wertestudie 2008 zufolge, kann die Legitimation politischer Handlungen in Hinkunft durch zwei Formen der „Nähe“ zur Bevölkerung wiederhergestellt werden. Das ist einerseits die tatsächliche Nähe zu den Menschen (vgl. Friesl, Hamachers-Zuba, Polak 2009, 292).

So versuchte Obama nach dem Schnüren seines ersten großen Konjunkturpakets auf einer Tour durch die USA in zahlreichen Veranstaltungen, Unterstützung für sein Hilfspaket zu bekommen. Er setzte also nicht mehr auf die massenmediale Vermittlung von Inhalten. Natürlich gab und gibt es diese trotzdem, aber alleine die Tatsache, dass sich Obama der Diskussion stellte und den Kontakt zur Bevölkerung suchte, machte seinen neuen politischen Stil sichtbar. Das zweite Merkmal von Nähe hängt mit dem Ersten eng zusammen, hier müssen die heimischen PolitikerInnen versuchen, „näher an die Bedürfnisse einzelner, genau definierter Bevölkerungsgruppen zu gelangen.“ (Friesl, Hamachers-Zuba, Polak 2009, 293) Die Gefahr die dabei besteht ist, dass die Grenze zwischen problemorientierter Kommunikation und reinem Politikmarketing zu Showzwecken leicht überschritten werden kann (vgl. Friesl, Hamachers-Zuba, Polak 2009, 293).

15.7. Schlusswort - Meine persönlichen Empfehlungen für die SPÖ

Immer weniger BürgerInnen sind bereit die SPÖ zu wählen, bei der letzten Nationalratswahl 2013 erreichte sie nur mehr 26,8 Prozent (ÖVP 24% und FPÖ 20,5%) (vgl. <http://wahl13.bmi.gv.at>), als so kleine Partei in einer Koalition, kann die SPÖ logischerweise fast keines ihrer Versprechen einlösen. Längst fällige Reformen, wie z.B. eine neue Schulreform die vor dreißig Jahren fast gleich thematisiert wurden? Fehlanzeige.

Wie weit die im März 2015 beschlossene Steuerreform greifen wird, werden wir spätestens Anfang nächsten Jahres sehen. Mit Wahlzuckerln und Versprechen, die sie sowieso nicht einlösen können, kommen die Parteien, nicht weit.

Die Sozialdemokratische Partei Österreichs will anscheinend nicht einsehen, dass sie mit ihrer aktuellen Strategie, die positiven Seiten Österreich, wie niedrigste Arbeitslosenrate, Land mit der höchsten Lebensqualität, guter Wirtschaftsstandort etc.- aufzuzählen, nicht weit kommt. Die ÖsterreicherInnen wollen mehr Selbstkritik und vor allem Ehrlichkeit hören.

Auf der anderen Seite braucht die Partei aber auch eine bessere Medienpräsenz. Die österreichische Sozialdemokratie kommt in den Berichterstattungen immer sehr schlecht weg, das muss sich ändern. Sie könnte z.B. ein neues, eigenes Medium schaffen, wie früher die Arbeiterzeitung. Eine bessere Medienberatung könnte sowieso nicht schaden.

Mir ist bewusst, dass die Sozialdemokratische Partei und vor allem ihr Parteivorsitzender Werner Faymann, unter enormen Druck steht. Es muss frustrierend sein, ständig für seine Arbeit kritisiert zu werden, obwohl man sich Mühe gibt und ich bin überzeugt, das tut die Partei. Es muss außerdem wahnsinnig mühsam sein, stundenlange Verhandlungen mit einem Koalitionspartner zu führen, der eine komplett andere Ideologie und Einstellung hat und dann, wenn es gut geht, irgendeinen Kompromiss zu finden, mit dem weder die SPÖ, noch die ÖVP so richtig glücklich ist, geschweige denn die Opposition oder die Bevölkerung.

Daher verstehe ich nicht, warum die Sozialdemokraten unter allen Umständen Regierungspartei bleiben zu wollen und sei das Ergebnis auch noch so schlecht und dabei immer und immer wieder mit dem unbefriedigenden Partner ÖVP in Koalition gehen.

Es ist natürlich verständlich, dass die SPÖ sich stark von der rechtsnationalen FPÖ abgrenzt und eine Koalition mit ihr bis auf weiteres ausschließt. Aber es ist meiner Meinung nach nicht verständlich, dass sich die Partei immer noch als starke Gemeinschaft und Mehrheit in der Öffentlichkeit präsentiert, damit belügt sie sich doch nur selbst. Also, entweder die SozialdemokratInnen versuchen jetzt alles, um einige ÖsterreicherInnen wieder für sich zu gewinnen, wonach es derzeit allerdings nicht aussieht, oder sie gehen spätestens 2018 in Opposition, damit ihr endlich bewusst wird, dass die SPÖ keine starke Einheit mehr ist und damit sich die AkteurInnen der Partei ernsthaft Gedanken darüber machen, wie es mit der SPÖ weitergehen soll bzw. was schief gelaufen ist und wie man die Sozialdemokratie in Zukunft wieder attraktiver für die österreichische Bevölkerung macht.

Die SPÖ muss dringend den Draht zu den Leuten wiederherstellen und das geht nur durch Aufklärung und persönliche Gespräche. Natürlich kann der Bundeskanzler nicht an jede Haustüre klopfen und mit den Menschen sprechen, aber die Parteiangehörigen der Bezirke und Gemeinden können das sehr wohl. Viele tun es auch, aber in einigen Gebieten ist es einfach zu wenig. Die Leute müssen sich aufteilen, fixe Termine ausmachen und dann von

Wohnung zu Wohnung oder Haus zu Haus marschieren und persönliche Gespräche mit den Menschen führen. Ich denke wenn die Bezirks- und Gemeinderäte und andere Organisationen, wie die sozialistische Jugend oder diverse Sektionen sich gut organisieren und jeder/jede TeilnehmerIn dieser Organisationen sich einen Tag im Monat freihält um in seinem/ihrer Gebiet persönliche, ehrliche Gespräche führt, wird sich das erstaunlich positiv für die Sozialdemokratische Partei Österreichs auswirken. Die BürgerInnen wollen gehört, verstanden und ehrlich behandelt werden. Aber die SPÖ hat, denke ich Angst, dass sie, je mehr sie den WählerInnen über die politischen Begebenheiten im Detail berichtet, desto weniger Zuspruch wird sie bekommen. Doch eben das glaube ich nicht, die Menschen sind nicht dumm, sie wissen, dass es in einer Koalition und mit so einer starken Opposition nicht einfach ist Reformen durchzusetzen und mit den gesellschaftlichen Problemen richtig umzugehen und sie wissen, dass PolitikerInnen nicht allmächtig sind. Aber sie wollen wissen, WARUM vieles nicht funktioniert, warum manches einfach stehen bleibt, warum die SPÖ ihre Ideen nicht so durchsetzen kann wie sie will und wie sie überhaupt zu ihren Ideen und Vorstellungen kommt. Diese in ihr Parteiprogramm zu schreiben ist zu wenig.

Wie schon gesagt, der Schlüssel zur Rettung der SPÖ bzw. zu mehr Zuspruch für die SPÖ, ist Ehrlichkeit, Offenheit und ein ehrliches Bemühen um die Bevölkerung, auch in Form von persönlichem Kontakt, aber sicher keine Schönrederei und schon gar keine leeren Wahlversprechungen. Denn das schürt nur noch mehr Wut auf die Regierung, die Folgen sind, wie wir sehen, Politikverdrossenheit (Nicht-WählerInnen) und ProtestwählerInnen. Natürlich ist es nicht nur Schuld der Politik, warum sich immer weniger Menschen für eben diese interessieren. Der gesellschaftliche und wirtschaftliche Wandel, der sich vor allem durch die Globalisierung entwickelte, hat sein Übriges dazu beigetragen. Aber das ist nicht der einzige Grund für das zunehmende Desinteresse und ich bin davon überzeugt, wenn es die SPÖ schafft, sich wirklich an gegebene Verhältnisse anzupassen und dementsprechend die Bevölkerung erreicht, sie auch wieder mehr Zuspruch erhalten wird. Verabsäumt sie diesen Schritt und verweilt weiterhin da wo sie ist, nämlich am Boden, unfähig mit neuem Mut aufzustehen, dann sehe ich für die Nationalratswahl 2018 schwarz oder besser gesagt blau. Denn die FPÖ schafft es im Gegensatz zur SPÖ die Leute anzusprechen. Parteiobmann Heinz Christian Strache lässt sich auf diversen Festen und Veranstaltungen (auch Parteiunabhängigen) blicken, geht in Diskotheken und spricht damit die Jugend an. Er polarisiert durch seine Strache-Raps, die auf Youtube zu sehen sind und auch angesehen

werden, sowohl von BefürworterInnen als auch von GegnerInnen. Man redet über ihn, weil er es noch mehr als alle anderen PolitikerInnen schafft in die Herzen der WählerInnen zu sprechen, auch die GegnerInnen trifft er, allerdings im negativen Sinne, mit einem stechenden Schmerz oder Wut. Aber er trifft sie und das ist es was zählt.

Das soll jetzt bitte nicht falsch verstanden werden, die SPÖ soll sich kein Beispiel an den Freiheitlichen nehmen und Strache kopieren. Vor allem die vorhin erwähnte Ehrlichkeit ist bei den Freiheitlichen eher fraglich, aber das ist für eine Oppositionspartei auch nicht so wichtig, weil sie nicht die Regierungsverantwortung trägt. Die SPÖ muss ihren eigenen Weg finden die Bevölkerung anzusprechen und dabei, das ist das Wichtigste, authentisch bleiben und hier muss ich ehrlich zugeben, wage ich aus heutiger Sicht zu bezweifeln, dass das mit Werner Faymann als Parteivorsitzenden gelingen wird. Ich zweifle nicht an seiner Arbeit und an seinem unaufhaltsamen Engagement für die Partei. Aber als Vorsitzender der Partei und noch dazu als Bundeskanzler erscheint er mir ungeeignet, alleine schon deswegen weil er weder von den Medien noch von der Bevölkerung ernst genommen wird. Er ging als eher ruhiger, unscheinbarer Politiker in die Nationalratswahl 2008 und erscheint jetzt als polternder „Wutkanzler“, der sich keine Kritik von Nichts und Niemandem gefallen lassen möchte. Dieser offensichtliche und unglaubliche Imagewechsel kommt leider gar nicht gut an. Es ist aber auch viel zu einfach die ganze Schuld an dem Versagen der Partei einem Mann zuzuschieben, nur um einen Sündenbock zu haben. Die ganze Partei mit all ihren FunktionärInnen und MitarbeiterInnen gehört von Grund auf reformiert. Jede/jeder Einzelne die/der im Namen der Partei arbeitet, sollte sich überlegen was die SPÖ wieder auf die Beine bringt. Viele Personen die an der Basis arbeiten, also jene die am meisten mit den Menschen in der Umgebung in Kontakt sind, tun das bereits. Diesen Leuten sollte man mehr Mitspracherecht in der Bundespartei einräumen, denn sie wissen am ehesten was Frau und Herr Österreicher wollen.

Literatur:

- Cap Josef (1989): Sozialdemokratie im Wandel, Jugend und Volk, Wien.
- Cap Josef, Heinz Fischer (1998): Rote Markierungen für das 21. Jahrhundert, Löcker Verlag, Wien.
- Fischer Heinz (1994): Die Kreisky Jahre: 1967-1983, 3. Aufl., Löcker Verlag, Wien.
- Flecker Kurt in Khol Andreas, Ofner Günther, Karner Stefan, Halper Dietmar (2014): Österreichisches Jahrbuch für Politik 2013, Böhlau Verlag Wien, Köln, Weimar.
- Flick Uwe (2010): Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung, Rowoldt Verlag Reinbeck bei Hamburg.
- Friesl Cristian, Hamachers-Zuba Ursula, Polak Regina (2009): Die Österreicherinnen: Wertewandel 1990-2008, Czernin Verlag, Wien.
- Fröschl Erich (1996): Politik über den Tag hinaus: Ein Lesebuch zu den Programmdiskussionen der österreichischen Sozialdemokratie von 1966-1996, Löcker Verlag, Wien.
- Fröschl Erich, Mesner Maria, Zoitl Helge (1990): Die Bewegung: Hundert Jahre Sozialdemokratie in Österreich, Passagen-Verl., Wien.
- Fröschl Erich, Zoitl Helge (1986): Der österreichische Weg 1970 – 1985: Fünfzehn Jahre, die Österreich verändert haben, Europa-Verlag, Wien.
- Gatty Werner, Schmid Gerhard, Maria Steiner und Doris Wiesinger (1997): Die Ära Kreisky: Österreich im Wandel 1970 – 1983, StudienVerlag, Innsbruck.
- Grassl-Kosa Michael, Steiner Hans (1995): Vranitzky im Zwielicht, Zeitschriftenbuch, Wiener Verlag, Hemberg/Wien.
- Gusenbauer Alfred, Krawagna-Pfeifer Katharina, Thurnher Armin (2008): Die Wege entstehen im Gehen, Czernin Verlag, Wien.
- Hautmann Hans, Kropf Rudolf (1974): Die Österreichische Arbeiterbewegung vom Vormärz bis 1945. Sozialökonomische Ursprünge ihrer Ideologie und Politik, Europaverlag, Linz.
- Khol Andreas, Ofner Günther, Stirnemann Alfred (1998): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1997, Verlag Oldenbourg - Verlag für Geschichte München, Wien.
- Khol Andreas, Ofner Günther, Karner Stefan, Halper Dietmar (2014): Österreichisches Jahrbuch für Politik 2013, Böhlau Verlag Wien, Köln, Weimar.

- Knehs-Vranitzky, Gross Peter et al (2007): EIN GROSSER EUROPÄER Weggefährten über Franz Vranitzky, Löcher Verlag, Wien.
- Leser Norbert (1988): Salz der Gesellschaft : Wesen und Wandel des österreichischen Sozialismus, Orac GesmbH, Wien.
- Leser Norbert (2008): Der Sturz des Adlers : 120 Jahre österreichische Sozialdemokratie ; ein Lesebuch für Leser-Leser, Kremayr & Scheriau KG, Wien.
- Maderthaner, Wolfgang (1989): Das Werden der disziplinierten Massenpartei. Die Entwicklung der Organisationsstruktur der deutschen Sozialdemokratie in Österreich 1889–1913, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 18, 347–359, Verlag für Gesellschaftskritik, Wien.
- Michels Robert (1925): Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens, 2.Aufl. Alfred Kröner Verlag, Leipzig.
- Maimann Helene (1988): Die ersten 100 Jahre: Österreichische Sozialdemokratie 1888-1988, Verlag Christain Brandstätter, Wien – München.
- Pelinka Peter (1988): Sozialdemokratie in Österreich: hundert Jahre seit Hainfeld ; die Entwicklung einer Bewegung von Viktor Adler bis Franz Vranitzky, Hpt.-Verl.-Ges., Wien.
- Pelinka Peter, Steger Gerhard (1988): Auf dem Weg zur Staatspartei: Zu Geschichte und Politik der SPÖ seit 1945, Verlag für Gesellschaftskritik, Wien.
- Rathkolb Oliver (2005): Die paradoxe Republik Österreich 1945 bis 2005, Paul Zsolnay Verlag, Wien.
- Sandner, Günther (2013): Sozialdemokratie in Österreich : von den Anfängen der Arbeiterbewegung zur modernen Sozialdemokratie, Karl-Renner-Inst., Donau-Forum-Druck, Wien.
- Tálos, Emmerich (1981). Staatliche Sozialpolitik in Österreich. Rekonstruktion und Analyse, Verlag für Gesellschaftskritik, Wien.
- Ucakar Karl (1985): Demokratie und Wahlrecht in Österreich. Verlag für Gesellschaftskritik, Wien.
- Ucakar Karl in: Dachs Herbert, Gerlich Peter, Gottweis Herbert u.a. (2006): Handbuch des politischen Systems Österreichs: Die zweite Republik, Manz Verlag, Wien.

Onlinequellen:

- Asylgesetz entzweit SPÖ (Dez. 2006):
<http://www.linkswege.org/2771/Asylgesetz-entzweit-SPOe>, Downloaddatum: 03.09. 2014
- Asylwesen:
http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_Asylwesen/informationen/start.aspx, Downloaddatum: 03.09. 2014
- BM.I Nationalratswahl 2012, Österreich, Endergebnisse inklusive aller Wahlergebnisse:
<http://wahl13.bmi.gv.at/>, Downloaddatum: 06.07. 2014
- Chronologie der Inseratenaffäre (05. 11. 2013):
<http://www.kleinezeitung.at/nachrichten/politik/oesterreich/3458819/chronologie-inseratenaffaere.story>, Downloaddatum: 05.08. 2014
- Das Grundsatzprogramm der SPÖ (1978):
http://www.renner-institut.at/uploads/media/1978_SPOE-Parteiprogramm_01.pdf,
Downloaddatum: 25.06. 2014
- Das Parteiprogramm der SPÖ (1998):
http://www.renner-institut.at/uploads/media/1998_SPOE-Parteiprogramm_01.pdf,
Downloaddatum: 05.08. 2014
- Dr. Alfred Gusenbauer:
http://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_00663/, Downloaddatum: 02.09. 2014
- Der Networker: Udo Porksch 1934-2001:
<http://www.wien-vienna.at/geschichte.php?ID=1552>, Downloaddatum: 06.07. 2014
- Der Weisenbericht (2000):
<http://www.demokraziezentrum.org/wissen/artikel/minderheitenpolitik-artikel.html?index=1023>, Downloaddatum: 09.08. 2014
- Der Brief nach Brüssel – Wortlaut, Österreich/EG/Dokumentation (1989):
http://www.parlament.gv.at/ZUSD/PDF/Brief_Bruessel.pdf, Downloaddatum: 15.07. 2014
- Die letzte Chance (21.09. 2014):
<http://www.salzburg.com/nachrichten/kolumne/standpunkt/sn/artikel/die-letzte-chance-1-121493/>, Downloaddatum: 23.09. 2014
- Die Steuerreform 2009 (März 2009):
https://brwup.univie.ac.at/fileadmin/user_upload/betriebsrat/Steuerreform_2009.pdf,
Downloaddatum: 02.09. 2014

- 700. 000 Genossenschafter bei Konsum (13.03. 2012):
<http://orf.at/stories/2100253/2100262/>, Downloaddatum: 01.08. 2014
- Gusenbauer erzählt Andre Heller: „Ich wollte nicht mehr“ (03.01. 2014):
http://diepresse.com/home/kultur/medien/1512823/Gusenbauer-erzaehlt-Andre-Heller_Ich-wollte-nicht-mehr, Downloaddatum: 09.09. 2014
- Gusenbauer: “Maßnahmen waren kontraproduktiv“ (29.01. 2010):
http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/536395/Gusenbauer_Massnahmen-waren-kontraproduktiv, Downloaddatum: 09.09. 2014
- 5 Jahre Schwarz-Blau: SPÖ-Chef Alfred Gusenbauer zieht eine vernichtende Bilanz (03.02. 2005): <http://www.news.at/a/5-jahre-schwarz-blau-spo-e-chef-alfred-gusenbauer-bilanz-104160>, Downloaddatum: 03.09.2014
- Junge Wählerinnen und Wähler bei der Nationalratswahl 2008:
http://www.sora.at/fileadmin/downloads/wahlen/2009_wahlen-mit-16_presseunterlage.pdf,
Downloaddatum: 09.09. 2014
- Kanzler der verpassten Chancen (06.07. 2013):
<http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/supermarkt/1427305/Kanzler-der-verpassten-Chancen>, Downloaddatum: 18.09. 2014
- Koalition will sich bei Steuern bis März einig werden (September 2014):
<http://derstandard.at/2000005050825/Koalition-will-sich-bei-Steuern-bis-Maerz-einig-werden>, Downloaddatum: 02.09. 2014
- Kritik am Gusenbauer-Vorstoß und an Neuwahl-Gelüsten (2008):
<http://www.market.at/de/market-aktuell/news/entity.detail/action.view/key.362.html>,
Downloaddatum 02.09. 2014
- Lebenslauf Werner Faymann:
<https://www.bka.gv.at/site/3332/default.aspx>, Downloaddatum: 09.09. 2014
- Nationalratswahl 1999:
<http://www.sora.at/themen/wahlverhalten/wahlanalysen/nrw99.html>, Downloaddatum:
12.08. 2014
- Nationalratswahl 2002:
<http://www.sora.at/themen/wahlverhalten/wahlanalysen/nrw02.html>, Downloaddatum:
02.09. 2014

- Nationalratswahl 2006:
<http://www.sora.at/themen/wahlverhalten/wahlanalysen/nrw06.html>, Downloaddatum:
 09.09. 2014
- Nationalratswahl 2013:
<http://www.sora.at/themen/wahlverhalten/wahlanalysen/nrw13.html>, Downloaddatum:
 14.09. 2014
- ÖVP-Pressedienst dokumentiert Aussagen Gusenbauers zu Asylgesetz (03.10. 2007):
http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20071003_OTS0077/oevp-pressedienst-dokumentiert-aussagen-gusenbauers-zu-asylgesetz, Downloaddatum: 03.09. 2014
- ÖVP kündigt Koalition auf – Molterer will Neuwahlen im September (11.07. 2008):
<http://derstandard.at/3404122>, Downloaddatum: 09.09. 2014
- Pensionistenbrief: Nicht die feine Klinge, aber bezeichnend fürs Klima (20.11. 2007):
http://www.wienerzeitung.at/meinungen/analysen/91611_Pensionistenbrief-Nicht-die-feine-Klinge-aber-bezeichnend-fuers-Klima.html, Downloaddatum: 03. 08. 2014
- Pensionen werden 2012 mehrheitlich um 2,7% erhöht (23.11. 2011):
http://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2011/PK1125/, Downloaddatum: 03. 09. 2014
- Prinzhorn zu Pensionen: Vranitzky-Brief noch gut in Erinnerung! (21.09. 1999):
http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_19990921_OTS0259/prinzhorn-zu-pensionen-vranitzky-brief-noch-gut-in-erinnerung, Downloaddatum: 03.08. 2014
- Regieren ist mehr als Klientelpolitik (27.06. 2014):
<http://www.salzburg.com/nachrichten/kolumne/standpunkt/sn/artikel/regieren-ist-mehr-als-klientelpolitik-111795/>, Downloaddatum: 06.07. 2014
- Regierung erhöht Pensionen 2014 um 1,6 Prozent (25.11. 2013):
<http://derstandard.at/1385168755594/Regierung-erhoeht-Pensionen-2014-um-16-Prozent>,
 Downloaddatum: 03.09. 2014
- Roter Bruderzwist zwischen SPÖ und ÖGB: Trennungsschmerzen der Endzeitgenossen (01.04.2006):
<http://www.profil.at/articles/0613/560/136898/roter-bruderzwist-spo-eogb-trennungsschmerzen-endzeitgenossen>, Downloaddatum: 01.08. 2014
- Sommergespräch: Werner Faymann (2014):
<http://tvthek.orf.at/program/Sommergespraeche-2014/8265312/Sommergespraech-Werner-Faymann-SPOe/8484621>, Downloaddatum: 22.09. 2014

- SPÖ: Vom Bürgerschreck ins Kanzleramt. Was tut Gusenbauer wenn er Kanzler wird? (07.10. 2006):
<http://www.profil.at/home/spoe-vom-buergerschreck-kanzleramt-was-gusenbauer-kanzler-153340>, Downloaddatum: 02.09. 2014
- Steuerreform: “Erbschaftssteuer light” statt Vermögenssteuern (21.02. 2015):
<http://www.salzburg.com/nachrichten/dossier/steuerreform/sn/artikel/steuerreform-erbschaftssteuer-light-statt-vermoegenssteuern-139128/>, Downloaddatum: 23.02. 2015
- U-Ausschüsse werden zum Normalfall (11.07. 2014):
<http://www.salzburg.com/nachrichten/kolumne/standpunkt/sn/artikel/u-ausschuesse-werden-zum-normalfall-113425/>, Downloaddatum: 05.08. 2014
- Udo Proksch:
http://de.wikipedia.org/wiki/Udo_Proksch, Downloaddatum: 04. 08. 2014
- Viktor Klima:
<https://rotbewegt.at/#/epoche/1997-2000/artikel/viktor-klima>, Downloaddatum: 06. 08. 2014
- Viktor Klima – Bilanz der Amtszeit: Pdf - Seminararbeit zum Seminar für österreichische Geschichte: Historisierung einer Periode: Die große Koalition 1986-2000, Verfasser: Lang Answer, Downloaddatum: 12.08. 2014
- Vorgezogene Nationalratswahl in Österreich (07.07. 2008):
https://www.bka.gv.at/site/infodate_07.07.2008/5913/default.aspx,
Downloaddatum: 03.09. 2014
- Wählen mit 16 bei der Nationalratswahl (2009):
http://www.sora.at/fileadmin/downloads/wahlen/2009_waehlen-mit-16_zusammenfassung.pdf : Downloaddatum: 09.09. 2014
- Zwei Parteiprogramme: 1978 und 1998:
<http://blog.sektionacht.at/2014/03/zwei-partieprogramme-1978-und-1998/>,
Downloaddatum: 04. 08. 2014

Anhang:

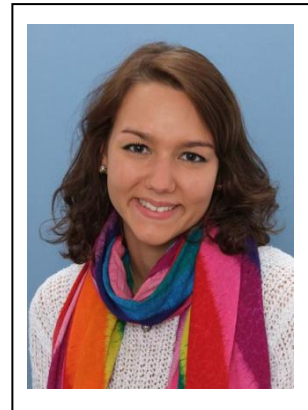
Lebenslauf

Vorname: Sabrina Vanessa

Nachname: Engl

Geburtsdatum: 28.06. 1991

Staatsbürgerschaft: Österreich



Schulbildung:

Universität:

2012-2015

Im Masterstudium für Politikwissenschaften an der Universität Wien

2010-2012

Bachelorstudium für Politikwissenschaften an der Universität Wien

2012 BA of Arts

Schule:

2006-2010

BORG, 1230 Wien, Anton Kriegergasse,

2010 Matura

2002-2006

Bilinguale Mittelschule

1230 Wien, Carlberggasse

1998-2002

Volksschule, 1230 Wien Alt-Erlaa

Musicalausbildung:

2005-2006

Performing Center Austria. Youth Company

1070 Wien, Zieglergasse 7

Beruflicher Werdegang:

November 2014 bis Jänner 2015:

Volontärin bei Radio Energy Österreich für 30 Stunden pro Woche

Seit September 2014:

Pilatestrainerin

Juli bis September 2014:

Angestellte beim Empfang in der SPÖ-Parteizentrale für 16 Stunden pro Woche

März bis Mai 2014:

Mitarbeiterin im EU-Wahlkampf für die Organisationsabteilung der SPÖ

Juni 2012 bis Juni 2013

Trainerin auf Zehn-Stunden-Basis im Damensportclub Mrs. Sporty

August und September 2012

Praktikantin, zuständig für die Interviewauswertung des Projekts „Kompetenzentwicklung von Lehramtsstudierenden“ im Bereich -Psychoanalytische Pädagogik- an der Fakultät für Interdisziplinäre Forschung und Fortbildung am Institut für Unterrichts- und Schulentwicklung für 38,5 Stunden pro Woche

Februar 2012

Mitarbeiterin im Meinungsforschungsinstitut Triconsult, Telefondienst für ca. 12 Stunden pro Woche

Juli bis September 2011

Freiwillige Mitarbeiterin im Armenhaus Heart, Love & Soul, Niagara Falls NY – für 40 Stunden pro Woche; Interviewen der Gäste, Assistenz bei kleineren Reparaturarbeiten sowie in der Küche, Essensausgabe usw.

Februar bis Juni 2011

Angestellte auf 12-Stunden-Basis bei Coca-Cola HBC Austria in der Finanzabteilung;
Buchhaltung, Bearbeitung von Post, Rechnungsprüfung, etc.

Juli 2010

Ferialpraktikantin bei Coca-Cola HBC Austria, Mitarbeit in der Tourenabrechnung und im Einkauf

Juli 2008

Ferialpraktikantin im Techpark Vienna, (Produktion von Faxgeräten der Firma SAGEM),
Recherche und Erstellung von RoHS- Zertifikaten (Restriction of Hazardous Substances)

Besondere Kenntnisse:

Interviewerfahrung, Moderation, Gesang

Sprachkenntnisse:

Englisch - fließend

Spanisch - Grundkenntnisse

Deutsch - Muttersprache

Auslandsaufenthalt:

Niagara Falls, NY